



**Doris Schmied Hrsg.**

# **Peripherien in Europa zwischen Rückbau und Umbau**

**Cuvillier Verlag Göttingen**







---

**RURAL 6**

# **Peripherien in Europa zwischen Rückbau und Umbau**

*Herausgeber*

Doris Schmied



## **Biographische Informationen der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über

<http://dnb.ddb.de> abrufbar

1. Aufl. – Göttingen: Cuvillier, 2012

ISSN 1865-4215

ISBN 978-3-95404-088-9

## **Veröffentlicht als Band 6 der Reihe RURAL**

### **Herausgeber der Reihe:**

**Prof. Dr. Doris Schmied, Universität Bayreuth**

**PD Dr. Karl Martin Born, Universität Vechta**

## **Published as Volume 6 of the RURAL Series**

### **Series Editors:**

**Prof. Dr. Doris Schmied, University of Bayreuth**

**PD Dr. Karl Martin Born, University of Vechta**

**© CUVILLIER VERLAG, Göttingen 2012**

**Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen**

**Telefon: 0551-54724-0**

**Telefax: 0551-54724-1**

**[www.cuvillier.de](http://www.cuvillier.de)**

**Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.**

**1. Auflage, 2012**

**Gedruckt auf säurefreiem Papier**

**ISSN 1865-4215**

**ISBN 978-3-95404-088-9**



Für Professor Herbert Popp als Dank für seine langjährige wissenschaftliche  
und menschliche Unterstützung

Die Herausgeberin





## Vorwort

Peripherie ist ein schwieriger, wenn nicht sogar verwirrend vielfältiger, Begriff. In der räumlich-geographischen Interpretation beinhaltet er zunächst eine Randlage und impliziert damit ein Abseits-Sein von etwas "Zentralem". Es schwingen aber auch nicht-räumliche Konnotationen wie "unwichtig" oder "unbedeutend" mit. Und in der Tat sind periphere Regionen meist auch wirtschaftlich und politisch marginal, mit wenig oder ganz ohne Einfluss bzw. Macht.

Aber peripher heißt nicht isoliert von Außeneinflüssen. Die immer weiter fortschreitende Globalisierung hat eine Veränderung des räumlichen Maßstabes mit sich gebracht und zum Eindringen in bzw. zur Verstärkung globaler Einflüsse in bisher eher unbedeutende(n) Räume(n) geführt. Abhängig davon, wie sich der Einfluss der Globalisierung gestaltet, hat das einerseits eine steigende Konkurrenz zur Folge und kann zu verstärktem Abzug von finanziellem und menschlichem Kapital aus peripheren Räumen führen. Es kann andererseits aber auch die Entstehung von neuen Verknüpfungen, von Verbindungen in der Produktion oder menschlichen/sozialen Netzwerken in und mit peripheren Räumen begünstigen. Das gilt auch für Europa, wo Peripherien mit diesen veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kämpfen müssen, nicht selten Entwicklungsrückschläge erleiden und Kompensations- bzw. Anpassungsstrategien entwickeln müssen.

Die Idee zu diesem Sammelband entstand auf einer Leitthemensitzung des 57. Geographentages 2009 in Wien, die den Titel "Peripherien im gesellschaftlichen Rückbau" trug und von Prof. Dr. Herbert POPP (Universität Bayreuth) und Prof. Dr. Reinhard WIEßNER (Universität Leipzig) initiiert und organisiert worden war und deren Ziel es war, die oben beschriebenen Prozesse zu analysieren und zu diskutieren. Die Sitzung umfasste vier Vorträge, von denen drei in weiter entwickelter Form in diesem Band enthalten sind; zwei zusätzliche Beiträge wurden als Ergänzung aufgenommen.

Die in Wien begonnene Diskussion zwischen den Autoren hat die Herausgeberin dieses Bandes veranlasst, einen nicht grundsätzlich pessimistischen Buchtitel zu wählen und der Frage nachzugehen, ob es sich bei den Prozessen, die in den europäischen Peripherien gegenwärtig ablaufen, tatsächlich immer um einen "Rückbau", also um eine Regression bzw. einen Rückschritt von einem bereits einmal erreichten besseren/höheren Niveau, handeln muss oder ob es auch Entwicklungstendenzen gibt, die eher als "Umbau" charakterisiert werden können und die – trotz der unbestrittenen Schwierigkeiten peripherer Räume – als Anhaltspunkte für eine Kompensation oder sogar Erneuerung bewertet werden können.





Dieser Band enthält ein Mosaik von Beiträgen zu bisher relativ wenig beachteten Aspekten europäischer Peripherien. Das bedeutet, dass die Aufsätze zwar nur thematische und/oder regionale Schlaglichter werfen, aber in ihrer Gesamtheit doch wichtige Einblicke zur Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklung vermitteln.

Im ersten Kapitel nimmt Robert MUSIL Bezug auf die Diskussion über staatliche Zentralisierungstendenzen unter Globalisierungsdruck und untersucht, inwieweit sich die – zentrale bis dezentrale – staatliche Organisation auf die – konvergente bis divergente – Entwicklung der regionalen Raumeinheiten in den verschiedenen europäischen Ländern auswirkt. Anhand von quantitativen ökonomischen Indikatoren kann er nachweisen, dass Peripherien von einer dezentralen Staatsorganisation profitieren, während sich umgekehrt die "Peripherie der Peripherie" in zentral organisierten Staaten Europas findet – ein Ergebnis, das zu denken geben sollte.

Im zweiten Beitrag greift Anja REICHERT-SCHICK zwei deutsche Periphergebiete heraus und untersucht den massiven Bevölkerungsrückgang und seine Folgen. Anhand der Untersuchungsgebiete Vorpommern und Westeifel illustriert sie, welche regressiven Prozesse im Zuge des so genannten Demographischen Wandels ablaufen (verstärkte Abwanderung gerade junger Menschen, sinkende Einwohnerzahlen, Verschlechterung der Infrastruktur und Dienstleistungen usw.). Sie macht dabei aber auch deutlich, dass selbst relativ geringe Unterschiede in den Standortvoraussetzungen bzw. Rahmenfaktoren zu unterschiedlichen Entwicklungen und Zukunftsaussichten führen können.

Dass periphere europäische Gebiete aber nicht ausschließlich als einfache Abwanderungsgebiete charakterisiert werden dürfen, sondern dass sie auch Zielgebiete für Migranten, und sogar von internationalen Arbeitsmigranten, sein können, zeigen die nächsten beiden Beiträge dieses Bandes.

Relativ unbemerkt von der sozialwissenschaftlichen Forschung erfolgte eine erste Zuwanderung in einige ländlich-periphere Regionen Deutschlands bereits in der Phase der Gastarbeiter-Wanderung in den 1960er bis frühen 1970er Jahren. Mariya RANSBERGER stellt sich diesem Forschungsdefizit und zeigt am Beispiel von türkischen "Personen mit Migrationshintergrund" – wie der offizielle deutsche Sprachgebrauch lautet – die Situation von Ausländern und ihren Nachkommen in Gemeinden Ost-Oberfrankens auf. Dabei legt sie den Fokus auf die Besonderheiten des Integrationsprozesses im ländlich-peripheren Raum und beleuchtet Maßnahmen, Schwierigkeiten und Erfolge von Integrationsarbeit sowie sozialräumliche Aspekte.



Neueren Datums ist in Europa das Phänomen der sogenannten *New Settlement Countries*, also der Länder, die in der Vergangenheit klassische Auswanderungsländer waren, sich aber seit den 1990er Jahren in Einwanderungsländer gewandelt haben (v.a. Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Irland). Dort gibt es – nicht nur, aber immer mehr – ländlich-periphere Regionen, die eine solche Trendwende erlebt haben. Der Beitrag von Doris SCHMIED handelt von einer derartigen Region: Die am Rande Europas gelegenen schottischen Highlands & Islands wurden spätestens im Zuge der EU-Osterweiterung 2004 zu einem beliebten Ziel von Arbeitsmigranten. Die Autorin beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Rolle der politischen Rahmenbedingungen sowie mit den – aus Sicht des Aufnahmegebietes – überwiegend positiven demographischen und ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung. Allerdings bleibt sie skeptisch, wie nachhaltig der Beitrag der Arbeitsmigration für die Entwicklung der Region sein wird.

Abschließend widmen sich Franz BRUNNER und Corinna MITTERHUBER einer angewandten Thematik. Sie kehren zum Einfluss der Regionalpolitik auf die Entwicklung zurück – diesmal aber auf der Meso- bzw. Mikroebene – und befassen sich mit den Vorteilen interkommunaler Zusammenarbeit. Das österreichische Bundesland Steiermark, das sehr viele Klein- und Kleinstgemeinden aufweist, setzt nicht auf eine Gemeindegebietsreform, wie dies z.B. ostdeutsche Bundesländer getan haben und dafür Identitätsverluste und mangelndes Engagement von Bürgern in den neu geschaffenen größeren Einheiten in Kauf nehmen mussten. Es fördert stattdessen im Zuge der Initiative "Regionext" freiwillige interkommunale Kooperationen unter Beibehaltung gewachsener Gemeinden und erzielt auf diese Weise Synergieeffekte. Dies demonstrieren die Autoren am Beispiel der Kleinregion Übelbachtal, die auch deshalb besonders interessant ist, weil es sich hier um eine so genannte "innere Peripherie" handelt, also um eine Region, die zwar in Nähe zum steirischen Zentralraum Graz liegt, aber dennoch fast "klassische" Merkmale der Peripherie aufweist.

Die Beiträge dieses Bandes zeigen, wie entscheidend der Einfluss von Politik und Planung auf die zukünftige Entwicklung von peripheren Regionen ist. Sie zeigen vor allem aber auch, dass europäische Peripherien eine sehr differenzierte Betrachtung erfordern. Leider neigen einzelne Politiker, politische Gremien oder *think tanks* oft zu einem relativ einfachen "Zentral-Peripher-Denken". Ein Beispiel sind in diesem Zusammenhang die doch sehr problematischen Handlungsempfehlungen des Zukunftsrates der Bayerischen Staatsregierung zu Metropolisierung und ländlichem Raum aus dem Jahr 2010.



Periphere Regionen in Europa dürfen nicht einfach abgeschrieben werden, denn eine einseitig global ausgerichtete Politik führt zu Fehlentwicklungen und wird innerstaatliche Probleme verstärken statt vermindern. Insofern versteht sich dieser Band auch als ein Plädoyer für die Überprüfung von simplen Denkmustern und fordert stattdessen vertiefte handlungsbezogene und innovative Forschung zum "Umbau" von europäischen Peripherien.

Doris Schmied

Bayreuth, im April 2012



## Inhalt

Vorwort	i
Autoren	vi
Konvergenz durch Dezentralisierung? Die Entwicklung der europäischen Peripherien vor dem Hintergrund der räumlichen Staatsorganisation Robert MUSIL	1
Indikatoren, Determinanten und Effekte regressiver Siedlungsentwicklung im peripheren ländlichen Raum, dargestellt an den Beispielen Vorpommern und Westeifel Anja REICHERT-SCHICK	37
Der periphere ländliche Raum als Ort der Integration von Zuwanderern aus der Türkei und ihren Nachfahren. Beispiele aus der Region Oberfranken-Ost Mariya RANSBERGER	71
Zuwanderung von Arbeitsemigranten als Rettung für die europäische Peripherie? Das Beispiel Schottland Doris SCHMIED	97
Gemeindekooperationen als Chance für periphere ländliche Regionen – das Beispiel des österreichischen Bundeslandes Steiermark Franz BRUNNER und Corinna MITTERHUBER	125



## Autoren

Dr. Franz BRUNNER ist Assistenzprofessor am Institut für Geographie und Raumforschung der Karl-Franzens-Universität Graz (Österreich). Sein wissenschaftliches Interesse gilt der Stadt- und Regionalentwicklung, insbesondere der nachhaltigen Entwicklung, Raumproduktion und -konflikten sowie Kommunikation und Partizipation.

Mag. Corinna MITTERHUBER ist Projektmitarbeiterin am Institut für Geographie und Raumforschung der Karl-Franzens Universität Graz (Österreich). Ihr wissenschaftliches Interesse gilt der Regional- und Gemeindeentwicklung, besonders unter ökonomischen Aspekten.

Dr. Robert MUSIL ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadt- und Regionalforschung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Er arbeitet über globale Städtesysteme sowie die Entwicklung regionaler Disparitäten.

Dr. Mariya RANSBERGER studierte und promovierte in Astrachan (Russland), bevor sie nach Deutschland kam und eine Tätigkeit am Lehrstuhl für Stadtgeographie und Geographie des ländlichen Raumes der Universität Bayreuth aufnahm. Ihre wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen im Bereich der Tourismus- und Destinationsforschung sowie der Integration von Migranten in ländlichen Räumen.

Dr. Anja REICHERT-SCHICK ist Akademische Rätin auf Zeit für Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Universität Trier. Sie interessiert sich für die räumlichen Dimensionen von demographischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen in ländlichen Räumen sowie für Kulturlandschaften, Kulturerbe und dessen touristische Nutzung. Seit 2009 ist sie im Vorstand des geographischen Arbeitskreises "Ländlicher Raum".

Dr. Doris SCHMIED ist außerordentliche Professorin am Geographischen Institut der Universität Bayreuth und im Leitungsgremium des Arbeitskreises Dorfentwicklung aktiv. Sie ist Herausgeberin der Reihe RURAL und Mitglied des Editorial Board der internationalen Zeitschrift "Journal of Rural Studies".







## **Konvergenz durch Dezentralisierung? Die Entwicklung der europäischen Peripherien vor dem Hintergrund der räumlichen Staatsorganisation**

**Robert Musil**

*Institut für Stadt- und Regionalforschung, Österreichische Akademie der  
Wissenschaften*

### **Kurzfassung**

Beeinflusst die räumliche (dezentrale) Organisation von Staaten eine konvergente Raumentwicklung? Diese in der Finanzwissenschaft kontrovers geführte Debatte soll für die (nationalen) Peripherien von 22 europäischen Staaten diskutiert werden. Dazu werden sowohl unterschiedliche Indikatoren der dezentralen Staatsorganisation als auch der räumlichen Konvergenz berücksichtigt. Die Ergebnisse der Untersuchung lassen den Schluss zu, dass sich Dezentralisierung tendenziell positiv auf die nachholende Entwicklung peripherer Regionen auswirkt. Allerdings wird auch deutlich, dass eine "dezentrale Staatsorganisation" ein sehr komplexes politisches Handlungsfeld darstellt, das einer weiteren Differenzierung und Analyse bedarf. Für die geographische Forschung, die sich in den vergangenen Jahrzehnten mit dieser wichtigen Thematik kaum beschäftigt hat, besteht hier noch beträchtlicher Forschungsbedarf.

### **Abstract**

Does a decentralized spatial organization of states help to reduce regional disparities or even account for a convergent spatial development? This controversial debate of public finance will be discussed for the (national) periphery of 22 European states. For this purpose, different indicators of decentralized state control and spatial convergence are analyzed. The findings help substantiate the conclusion that decentralization tends to have a positive impact on the development of peripheral areas. At the same time it becomes clear that a "decentralized state organization" represents a very complex political field of action that needs further investigation. This is a clear challenge for geographers who in the past few decades have hardly been interested in this important research topic.





## **1 Die Organisation von Staaten – im Zeitalter der Globalisierung ein relevanter Faktor für räumliche Entwicklung?**

Die politischen, sozialen und ökonomischen Umbrüche des späten 20. Jahrhunderts haben zu einer Veränderung der Rolle des Staates und seines Einflusses auf Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Dies war einerseits die Folge der Ausweitung ökonomischer Aktionsräume von Unternehmen sowie der Internationalisierung der Waren- und Geldmärkte, die bisher unter staatlicher Aufsicht standen. Andererseits erfolgte eine Verschiebung, ein *re-scaling*, von Politikfeldern, weg von der nationalstaatlichen Ebene nach "oben" zu supranationalen Organisationen oder nach "unten" zu Städten oder Regionen. Dieser Prozess führte zur Aufwertung zivilgesellschaftlicher Akteure, sowohl auf der globalen als auch auf der lokalen Ebene (BRENNER 1999, KEIL und BRENNER 2003). Die genannten Entwicklungen hatten eine zunehmend eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Staates, insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen, zur Folge. Konnte der fordistische Nationalstaat der 1960er und 1970er Jahre noch große Handlungsspielräume zum Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaats nutzen, so waren diese in den 1980er Jahren in beträchtlichem Ausmaß abhanden gekommen. Dieser Paradigmenwandel spiegelte sich in der sozial- und raumwissenschaftlichen Forschung in einer Ablehnung des territorialen Konzeptes von Staatlichkeit wider; die Bestimmungsfaktoren für regionale Entwicklung wurden zunehmend auf der globalen/internationalen Ebene gesehen, was in der *Global City*-Theorie (vgl. FRIEDMANN 1986, SASSEN 1991 und CASTELLS 2001) sowie im Paradigma der regionalen Wettbewerbsfähigkeit besonders deutlich zum Ausdruck kommt (zur Kritik siehe ZELLER 2003).

Diese Transformation der globalen Wirtschaft führte zwar zu einem weitreichenden Bedeutungsverlust des Staates, jedoch blieben wichtige Bereiche des öffentlichen Sektors davon unberührt. So kam es zu einer inhaltlichen Neuorientierung der Politik (von der fordistischen Wohlfahrts- zur postfordistischen Wettbewerbspolitik) sowie zur Verschiebung von Politikfeldern (HIRSCH 1996), die innere Organisationsstruktur des ehemaligen "Behälterstaates" war davon aber faktisch nicht betroffen. Dies gilt insbesondere für die territoriale Gliederung der Staaten, also die Existenz und Stellung subnationaler Einheiten wie Bundesstaaten, Bundesländer, Regionen/Bezirke/Distrikte oder Gemeinden. Dieses Beharrungsvermögen hat verschiedene Ursachen: Erstens blicken die staatlichen Subeinheiten auf eine lange Tradition zurück, sie bestehen in vielen Fällen länger als die mühsam gebildeten – europäischen – Nationalstaaten (vgl. FLORA 2000), und deren Privilegien werden durch starke regionale Bewegungen, Eliten und Interessensverbände eifersüchtig überwacht<sup>1</sup>. Zweitens ist dieses Grundgerüst der horizontalen und



vertikalen Organisationsstruktur der Staaten in aller Regel in den Verfassungen der Staaten festgelegt. Drittens und letztens erlauben das komplexe System der Steuergesetzgebung und die damit verbundene Mittelzuteilung zwischen den Gebietskörperschaftsebenen keine direkte Modifikation durch exogene Akteure wie etwa multinationale Konzerne, da sie das Ergebnis jahrzehntelanger Verhandlungsprozesse zwischen den staatlichen Akteuren darstellen, wie sich an der Komplexität der Finanzausgleichsverhandlungen in Deutschland oder Österreich deutlich zeigt.

Kurz gesagt: Die räumliche Organisationsstruktur der Staaten, die auf dem territorialistischen Prinzip der Staatlichkeit basiert, blieb von den globalen Transformationen unberührt, weil sie von anderen Akteuren und von anderen Logiken bestimmt wird. Der klassische fordistische Wohlfahrtsstaat der 1960er und 1970er Jahre erlebte zwar eine massive Transformation, aber das bestehende Organisationsgerüst der Staaten ist im Wesentlichen unverändert geblieben. Ausnahmen bilden hier lediglich regionale Autonomiebestrebungen, die zu einer Modifikation oder Lockerung des Verhältnisses einer subnationalen Einheit gegenüber dem Gesamtstaat führen. Bei regionalen Autonomiebestrebungen in Südtirol, Schottland, Katalonien oder dem Baskenland handelt es sich allerdings um Entwicklungen, die nicht ursächlich mit dem Globalisierungsprozess in Verbindung stehen.

Während der Reterritorialisierung von Staatlichkeit und der Modifikation sowie dem *re-scaling* des Politischen in der sozialwissenschaftlichen sowie in der geographischen Literatur breite Aufmerksamkeit geschenkt wurde (vgl. BRENNER 1999, LIJPHART 1999), blieb das durch tief verwurzelte Traditionen und verfassungsrechtliche Gesetze abgesicherte und einzementierte Grundgerüst der Staaten von der geographischen Forschung nahezu unberücksichtigt (BOESLER 1983). Bemerkenswert ist, dass auch die klassische politische Geographie, die sich gemäß Eigendefinition mit den "räumlichen Grundlagen und Wirkungen politischer Strukturen und Prozesse" (LIJPHART 1999) befasst, zu diesen Fragen in den aktuellen Debatten kaum Beiträge geliefert hat<sup>2</sup>.

In der modernen Sozialgeographie werden Räume als das Produkt sozialer Prozesse verstanden, die entweder durch die "alltäglichen Regionalisierungen von Individuen" (WERLEN 2004) oder das soziale (kapitalistische) System und dessen neue oder alte Arbeitsteilung (ARRIGHI 1994) geschaffen und verändert werden. Die Grundannahme dieses Beitrages lautet, dass analog zur Raumproduktion der Globalisierung, also der Formierung neuer globalisierter Orte oder *Global Cities* (vgl. PARNREITER 2007), nach wie vor Raumproduktion im Inneren der Staaten durch die Politik, aber auch durch deren räumliche Organisationsstrukturen erfolgt. Und sie erfolgt nach Logiken, die weder von der Globalisierung der Weltwirtschaft noch von



neuen Paradigmen, sondern von der historisch-politischen bzw. der verfassungsmäßigen Tradition der betreffenden Staaten bestimmt werden.

In diesem Beitrag werden die räumliche Organisation von 22 europäischen Staaten sowie deren Wirkungen auf die Entwicklung regionaler Disparitäten untersucht. Dazu werden die Peripherien der betreffenden Staaten in den Mittelpunkt gerückt. Insbesondere ist die Frage zu klären, in welcher Form der Staatsorganisation die Peripherien eine günstigere Entwicklung zeigen. Relevante Maßstabsebene ist dabei nicht die gesamteuropäische Ebene, sondern die räumliche Entwicklung innerhalb der europäischen Staaten. Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Nachdem in Kapitel 2 die aktuellen Debatten der Finanzwissenschaften bzw. der Föderalismusforschung zum Zusammenhang von Staatsorganisation und regionaler Entwicklung diskutiert werden, erfolgt anschließend (Kapitel 3) eine empirische Darstellung der Zusammenhänge von Organisationsform, Wohlstandsniveau und Staatsquote. Im empirischen Hauptteil (Kapitel 4) soll für die ausgewählten 22 europäischen Staaten der Zusammenhang bzw. der Einfluss dezentraler staatlicher Organisationsstrukturen auf das Ausmaß regionaler Disparitäten sowie auf die Entwicklungsdynamik nationaler Peripherien geklärt werden. Daran schließt sich eine Klassifikation peripherer Regionen nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie dem rural-urbanen Gefälle an (Kapitel 5).

## **2 Räumliche Staatsorganisation und regionale Entwicklung – theoretische und empirische Befunde**

### **2.1 Staatliches Handeln in räumlicher Perspektive**

Die räumliche Staatsorganisation, also die territoriale Gliederung sowie die Zuschreibung der fiskalischen Kompetenz auf die Gebietskörperschaftsebenen, wird in den Finanzverfassungen der Staaten festgelegt. Dabei können zwei Grundformen unterschieden werden:

1. Zum Typus der unitaristischen Finanzverfassung, in der die fiskalpolitischen Kompetenzen beim Zentralstaat liegen, gehören die meisten westeuropäischen Staaten wie etwa Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Schweden.
2. Zum zweiten Typus der föderalistischen Finanzverfassung zählen in Europa vor allem die Schweiz, Deutschland und Österreich. Außerhalb Europas sind Australien, Kanada oder die USA klassische Beispiele föderal organisierter Staaten (GENSER und HOLZMANN 1997).

Die Frage, wie die räumliche Organisation des Staates die Performance einer Volkswirtschaft (also Wirtschaftswachstum, Inflation, Verschuldung)



beeinflusst, beschäftigte die Finanzwissenschaft schon in den 1970er Jahren (vgl. OATES 1972). Ausgangspunkt der Debatte war die Annahme, dass ein föderaler Staat im Sinne der Güterallokation (also der Bereitstellung öffentlicher Güter) über eine höhere Effizienz verfügt als ein unitaristischer Staat. Dieses "Dezentralisierungstheorem" (LIJPHART 1999) basiert auf der Annahme, dass die Bereitstellung der Güter umso besser erfolge, je (räumlich) näher die Verwaltungsbürokratie an den Bürgern und deren (regional) unterschiedlichen Bedürfnissen liegt (MUSGRAVE et al. 1992). Es handelt sich hierbei somit nicht um eine Effizienz im makroökonomischen Sinne, sondern um die optimale Effizienz wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Politiken (MUSGRAVE et al. 1992: 19 sowie QIAN und WEINGAST 1997: 245). Was die makroökonomische Performance betrifft, so lassen sich jedoch keine klaren Auswirkungen einer föderalen Finanzverfassung feststellen (vgl. QIAN und WEINGAST 1997 sowie KAISER und EHLERT 2006): Während manche Autoren durchaus positive Effekte auf die Inflationsrate, die Arbeitslosenrate oder das Wirtschaftswachstum sehen, wird dies von anderen Autoren nicht bestätigt (vgl. LIJPHART 1999).

Arbeiten der jüngeren politikwissenschaftlichen Föderalismusforschung haben aufgezeigt, dass die bipolare Gliederung der Finanzverfassungen (mit einer einfachen Unterscheidung in unitaristisch und föderalistisch) nicht der Realität entspricht und einer weiteren Differenzierung bedarf: Zum einen lassen sich graduelle Abstufungen zwischen diesen Typen feststellen. Zum anderen sollte die räumliche Organisation staatlichen Handelns nach einem zweiten Gesichtspunkt differenziert werden, nämlich nach dem Ausmaß der Dezentralisierung staatlicher Strukturen.

Die zwei in der klassischen Föderalismusforschung gleichgesetzten Dimensionen (Ausmaß des Föderalismus und Dezentralisierungsgrad, vgl. Abb. 1) sind als unterschiedliche politische Handlungsfelder zu verstehen: ersteres meint das in der Verfassung verankerte Recht subnationaler Einheiten, Gesetze zu beschließen; letzteres, die Dezentralisierung, bezieht sich auf die effektiven Ausgaben und Einnahmen, aber auch Investitionen und öffentliche Beschäftigte auf der subnationalen Ebene. Während das Ausmaß des Föderalismus – als *right to decide* bezeichnet – relativ unverändert bleibt, unterliegt der Grad der Dezentralisierung gewissen Schwankungen, etwa wenn Steuern, die subnationalen Ebenen zufielen, abgeschafft werden. So lässt sich beispielsweise im föderalistischen Österreich ein Trend abnehmender Dezentralisierung konstatieren, da ausschließliche Gemeinde- oder Landesabgaben sukzessive durch gemeinschaftliche Bundesabgaben ersetzt werden (SCHRATZENSTALLER 2005).

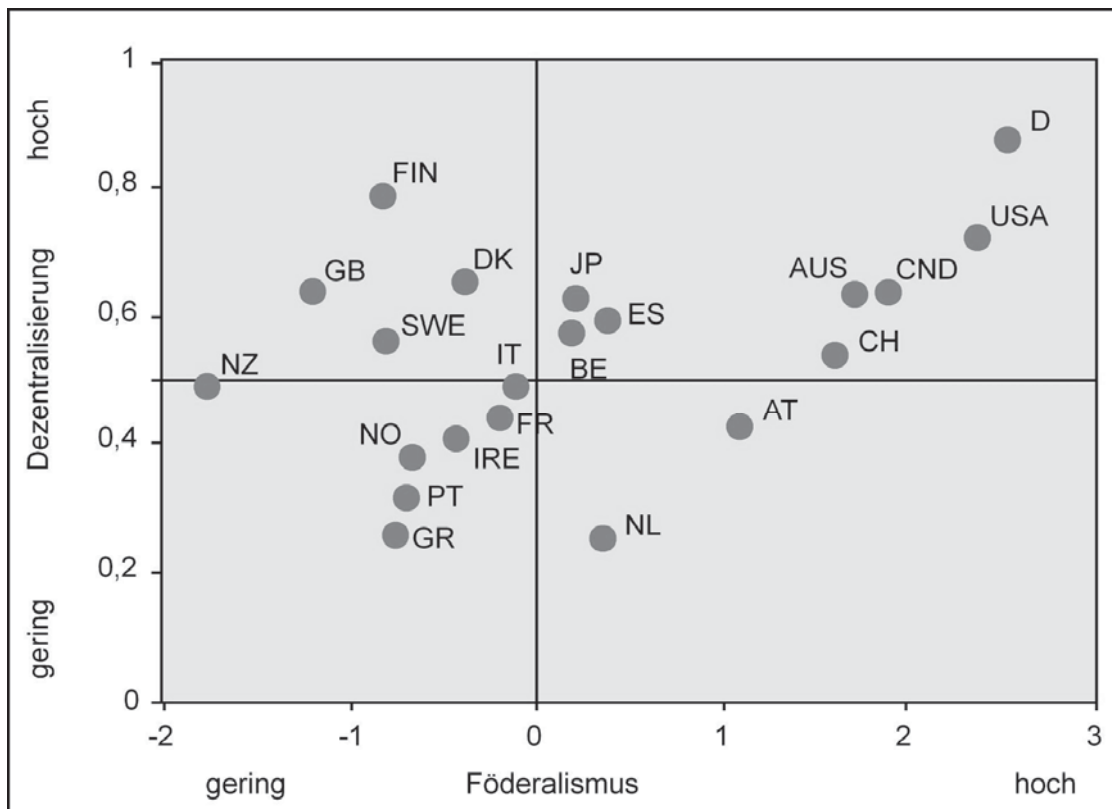
Auf globaler Ebene lässt sich für die OECD-Staaten hingegen eine zunehmende Dezentralisierung staatlicher Strukturen feststellen (RODRIGUEZ-POSE und EZCURRA 2009). Abbildung 1 zeigt zwar einen positiven Zusammenhang zwischen dem Ausmaß des Föderalismus und der

Dezentralisierung, dennoch handelt es sich hier um zwei unterschiedliche Organisationsformen staatlichen Handelns, wie in verschiedenen empirischen und theoretischen Studien aufgezeigt werden konnte (EZCURRA und PASCUAL 2008 sowie QIAN und WEINGAST 1997).

### Abbildung 1

#### Der Zusammenhang zwischen Föderalismus und Dezentralisierung

Quelle: Online-Projektdatenbank "Föderalismus und Dezentralisierung als Dimensionen von Staatshandeln I" (<http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser>)



## 2.2 Föderalismus, Dezentralisierung und regionale Disparitäten

Während es in der Geographie seit den 1970er und 1980er Jahren um den Zusammenhang zwischen Finanzverfassung und räumlicher Entwicklung weitgehend still geworden ist, hat in den letzten Jahren eine Belebung der Debatte um die Raumwirksamkeit staatlicher Umverteilungssysteme stattgefunden. Im Vordergrund standen hier etwa Fallstudien zur regionalen Inzidenz im Sinne einer Diskrepanz zwischen regionaler Mittelaufbringung und -verwendung (ALBRECHT und POHLAN 2009) sowie zum Einfluss kommunaler Finanzströme auf die Suburbanisierung (MÄDING 2001) oder zum regionalen demographischen Wandel (HOFFMANN und SEITZ 2008, MÄDING 2008).



Auch außerhalb der geographischen Forschung, etwa in der Finanzwissenschaft, hat man begonnen sich der Frage zu widmen, welche Wirkungen die räumliche Staatsorganisation auf die regionalen Disparitäten entfaltet (EZCURRA und PASCUAL 2008, RODRIGUEZ-POSE und GILL 2004 sowie LESSMANN 2009). Doch auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der räumlichen Organisationsstruktur der Staaten und der Entwicklung regionaler Disparitäten geben die finanzwissenschaftlichen Studien keine eindeutige Antwort. Diese sollen in der Folge kurz erläutert werden.

Für eine Dezentralisierung des Staates sprechen aus der Sicht der finanzwissenschaftlichen Theorien im Wesentlichen zwei Argumentationsrichtungen:

1. Effizienzvorteile, die aus der räumlichen Nähe der staatlichen Organe zu den Bürgern resultieren (vgl. HANDLER und SCHRATZENSTALLER 2005). Maßgeblich dabei sind zum einen die oben erwähnte Allokation staatlicher Leistungen, zum anderen wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die betriebliche Förderpolitik, die besser auf regionale Begebenheiten abgestimmt werden kann (OATES 1972 sowie MARTINEZ-VAZQUEZ und MCNAB 2001).
2. Vorteile aus dem Wettbewerb zwischen den Gebietskörperschaftsebenen, die zu einem Legitimierungsdruck, vor allem der subnationalen Ebenen, führen und damit Effizienzgewinne erwarten lassen (QIAN und WEINGAST 1997).

Dem steht allerdings auch die Einschätzung gegenüber, dass zentralistische Staaten besser in der Lage sind, interregionale Disparitäten durch Transferzahlungen ausgleichen zu können. Zudem sollen vor allem wohlhabende Gebietskörperschaften von dezentralen Strukturen profitieren, da diese über höhere Steuereinnahmen und damit größere fiskalische und budgetäre Spielräume verfügen als ärmere Regionen (PRUD'HOMME 1995).

Die wenigen in den letzten Jahren veröffentlichten Studien lassen keine eindeutigen Schlüsse zu, allerdings überwiegen jene, die einen negativen Zusammenhang zwischen regionalen Disparitäten und Dezentralisierung feststellen (SHANKAR und SHAH 2003 sowie EZCURRA und PASCUAL 2008). Auch LESSMANN (2009, 2471) hat in seiner Studie diesen negativen Zusammenhang für die Dezentralisierung bestätigt, während sich für den Föderalismus kein Zusammenhang mit den räumlichen Ungleichgewichten feststellen lässt.

Die empirischen Befunde lassen den Schluss zu, dass das Wohlstandsniveau der Volkswirtschaft insofern eine wichtige Rolle spielt, als in armen Volkswirtschaften der beschriebene negative Zusammenhang nicht festzustellen ist, beziehungsweise sich in einen positiven umkehren könnte (RODRIGUEZ-POSE und GILL 2004 sowie LESSMANN 2009). Der Grund dafür ist



erstens, dass bestehende (oftmals ausgeprägte) regionale Disparitäten durch die regionale Steuer- und Abgabenautonomie verstärkt werden und zweitens interregionale Transfers des Gesamtstaates (im Sinne eines Finanzausgleiches) aufgrund der geringen Finanzkraft keine ausgleichende Wirkung entfalten können. Allgemein lässt sich formulieren, dass in armen Staaten die Vorteile einer dezentralen Allokation öffentlicher Güter durch Nachteile der ungleichen Verteilung der Finanzmittel (bei gleichzeitig fehlenden räumlichen Ausgleichsmechanismen) überlagert werden. So ist auch anzunehmen, dass in den mittel-osteuropäischen Transformationsländern dezentrale Strukturen eine konvergente Raumentwicklung eher behindern als fördern.

Da in den genannten Studien die Indikatoren zur Dezentralisierung deutlichere Ergebnisse geliefert haben als jene zum Föderalismus, wird der Fokus der Analysen in diesem Beitrag auf die Dezentralisierung gelegt.

### **3 Räumliche Disparitäten in den Staaten Europas**

#### **3.1 Zum Design der Untersuchung**

In dieser Studie stehen die peripheren Regionen von 22 europäischen Staaten im Mittelpunkt. Folgende Forschungsfragen sollen dazu beantwortet werden:

- Neigen dezentral organisierte Staaten eher zu einer konvergenten Raumentwicklung? Welche Rolle spielen dabei makroökonomische Indikatoren wie das Wohlstandsniveau, die Staatsverschuldung oder die Staatsquote?
- Zeigen die Peripherien in dezentralen Staatsstrukturen eine stärkere Dynamik ("aufholendes Wachstum") als in zentralen Strukturen?

In den bisher durchgeführten Studien zum Zusammenhang zwischen Staatsorganisation und regionalen Disparitäten wurde das Hauptaugenmerk auf unterschiedliche Formen der Dezentralisierung sowie auf die Differenzierung zwischen Föderalismus und Dezentralisierung gelegt (vgl. QIAN und WEINGAST 1997, LESSMANN 2009). Aus regionalwirtschaftlicher Perspektive ist es allerdings auch erforderlich, die regionalen Disparitäten genauer zu untersuchen. Deshalb werden hier zwei Indikatoren bzw. Formen der regionalen Konvergenz unterschieden:

1. die "Alpha"-Konvergenz, die sich in der Abnahme der Streuung einer Variable (etwa des Bruttoregionalproduktes je Einwohner) über die Zeit ausdrückt, und



2. die "Beta"-Konvergenz, die dann vorliegt, wenn periphere Regionen durch überproportionales Wachstum eine aufholende Entwicklung vollziehen.

Die Alpha-Konvergenz wird durch die Veränderung statistischer Streuungsparameter gemessen, entweder die Standardabweichung oder die Varianz, die Beta-Konvergenz durch Vergleich des regionalen mit dem nationalen Wirtschaftswachstum (vgl. BARRO und SALA-I-MARTIN 1991).

Die Analyse der regionalen Disparitäten und der räumlichen Staatsorganisation erfolgt im Wesentlichen für die Staaten der Europäischen Union, wobei Kleinstaaten mit einer zu geringen räumlichen Differenzierung aus dem Sample entfernt wurden: es handelt sich dabei um Luxemburg, Malta, Zypern sowie die baltischen Staaten. Die Schweiz wurde als einziges Nicht-EU-Mitglied in der Untersuchung berücksichtigt, womit das Sample 22 Staaten umfasst. Die regionalen Analysen werden auf Ebene der 268 NUTS-2-Regionen<sup>3</sup> durchgeführt.

### **3.2 Welche Peripherie?**

Wenn in diesem Beitrag die Peripherien der europäischen Staaten untersucht werden sollen, so ist es notwendig, diesen Begriff konzeptionell kurz zu erläutern. "Zentrum und Peripherie" bilden ein relationales Begriffspaar, wobei die Zuordnung von der Maßstäblichkeit der Betrachtung abhängt. Da die räumliche Staatsorganisation im Mittelpunkt der Untersuchung steht, soll nicht die Peripherie auf Ebene der Europäischen Union, sondern innerhalb von europäischen Staaten untersucht werden. Und hier wird die Peripherie nicht nach funktionalen oder strukturellen Kriterien, sondern auf der Basis von Wirtschaftskraft bzw. deren Abweichung vom nationalen Mittel bestimmt. Die Identifikation peripherer Regionen auf Basis der Abweichung des Bruttoregionalprodukts pro Kopf vom nationalen Mittel erfolgt aus forschungspragmatischen Gründen, d.h. aufgrund guter Verfügbarkeit und klarer Interpretationsmöglichkeit von Daten.

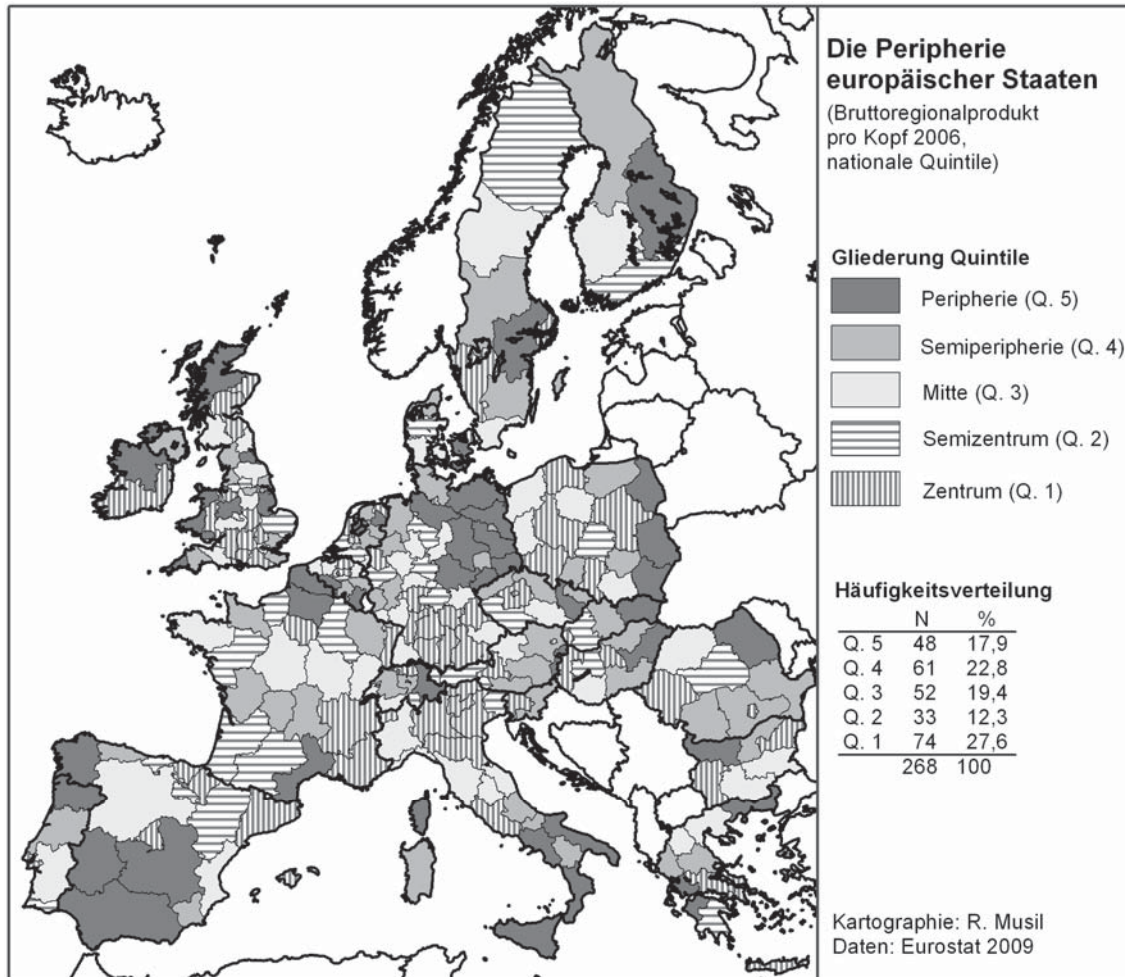
Die 268 NUTS-2-Raumeinheiten wurden in fünf Gruppen (Quintile) eingeteilt, deren Grenzwerte sich auf die jeweiligen nationalen Streuungswerte beziehen. Demnach umfasst die Peripherie das fünfte (unterste) Quintil und zählt 48 Raumeinheiten, die Semiperipherie das vierte Quintil (61 Raumeinheiten). Diese 109 Raumeinheiten stehen im Mittelpunkt der weiteren Analysen. Zum dritten, mittleren Quintil zählen die Regionen, die nahe um den nationalen Durchschnitt streuen (52 Raumeinheiten). Die beiden oberen Quintile (33 semizentrale und 74 zentrale Raumeinheiten) bilden die ökonomischen Zentren der jeweiligen Staaten (vgl. Abb. 2).



## Abbildung 2

### Das Zentrum-Peripherie-Gefälle der europäischen Staaten 2006

Quelle: EUROSTAT 2009, eigene Berechnungen



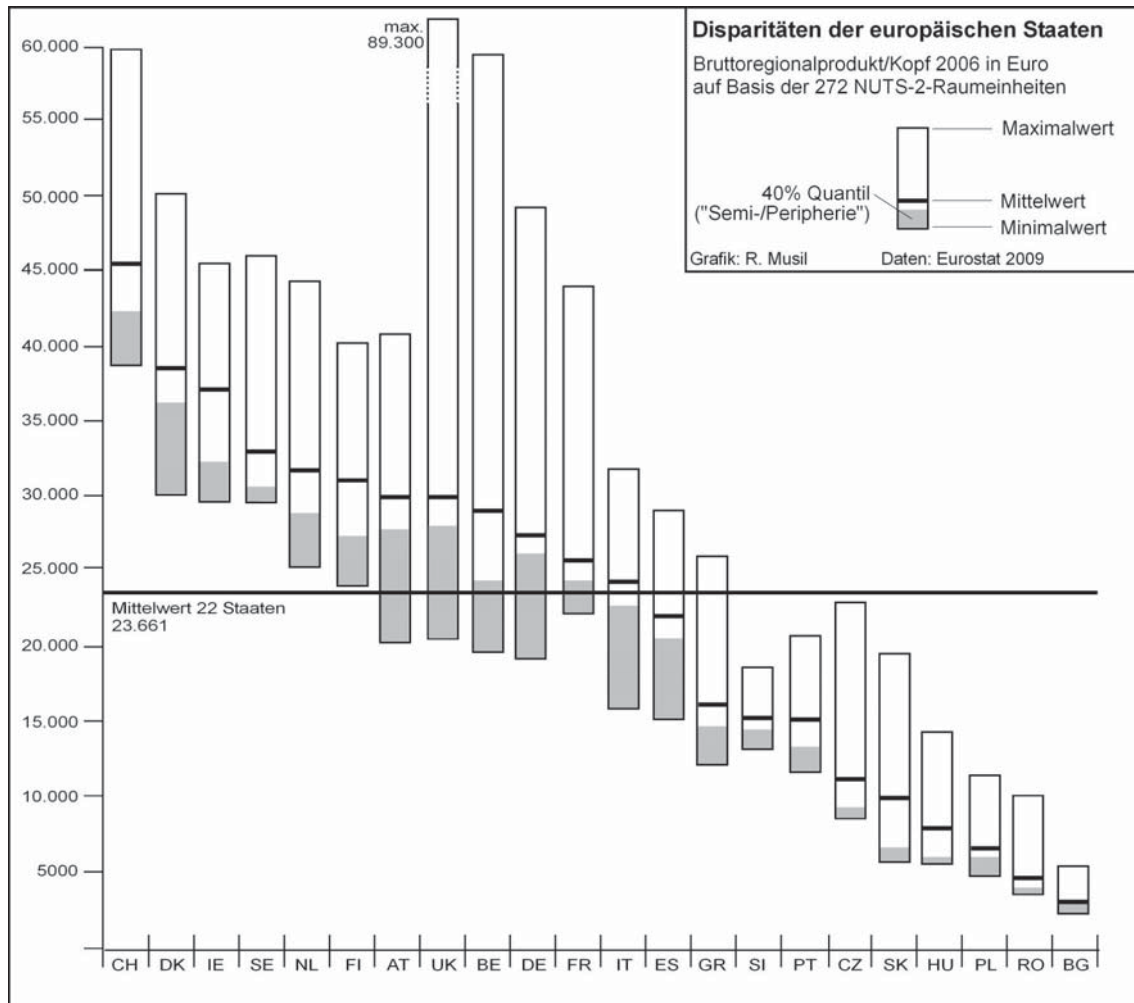
Aufgrund des unterschiedlichen wirtschaftlichen Niveaus der betrachteten 22 Staaten weisen die peripheren bzw. semiperipheren Regionen eine beträchtliche Streuung auf. Es handelt sich – aus gesamteuropäischer Perspektive – um einen sehr heterogenen Raumtyp (vgl. die grauen Flächen der Balken in Abbildung 3). So streuen die wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der nationalstaatlichen Peripherien Europas zwischen den Regionen der Schweiz mit einem BIP/Kopf von rd. € 38.000 (Ostschweiz) und Bulgariens mit einem Wert von € 2.300 (Severozapaden). Dabei zeigt sich, dass der europäische Mittelwert des pro-Kopf-BIPs (rund € 23.700) sehr beschränkt aussagekräftig ist. Auch innerhalb der Staaten weist die Gesamtstreuung der Peripherie ein teilweise beträchtliches Ausmaß auf, wobei die Anzahl der subnationalen Raumeinheiten sowie die Struktur der Untergliederung hier eine gewisse verzerrende Wirkung haben. Um die Vergleichbarkeit der Disparitäten sowie der Streuung innerhalb der Peri-



pherien zwischen den Staaten zu gewährleisten, wurden die Indikatoren um den nationalen Wert normiert sowie die Streuung in logarithmischer Form angegeben.

**Abbildung 3**  
**Regionale Disparitäten europäischer Staaten beim Bruttoregionalprodukt/Kopf, 2006**

Quelle: EUROSTAT 2009, eigene Berechnungen



### 3.3 Konvergenz oder Divergenz? Entwicklung der regionalen Disparitäten in europäischen Staaten

Das Ausmaß der Disparitäten der 22 europäischen Staaten, gemessen am Variationskoeffizienten<sup>4</sup> weist auch nach einer Normierung/Logarithmierung beträchtliche Abweichungen auf, wobei sich in der Schweiz und in Schweden neben Frankreich die geringste regionale Streuung – gemessen am Variationskoeffizienten des logarithmierten BIP/Kopf – zeigt. Die größten Disparitäten zeigen die Transformationsländer Ungarn und Rumänien, sowie

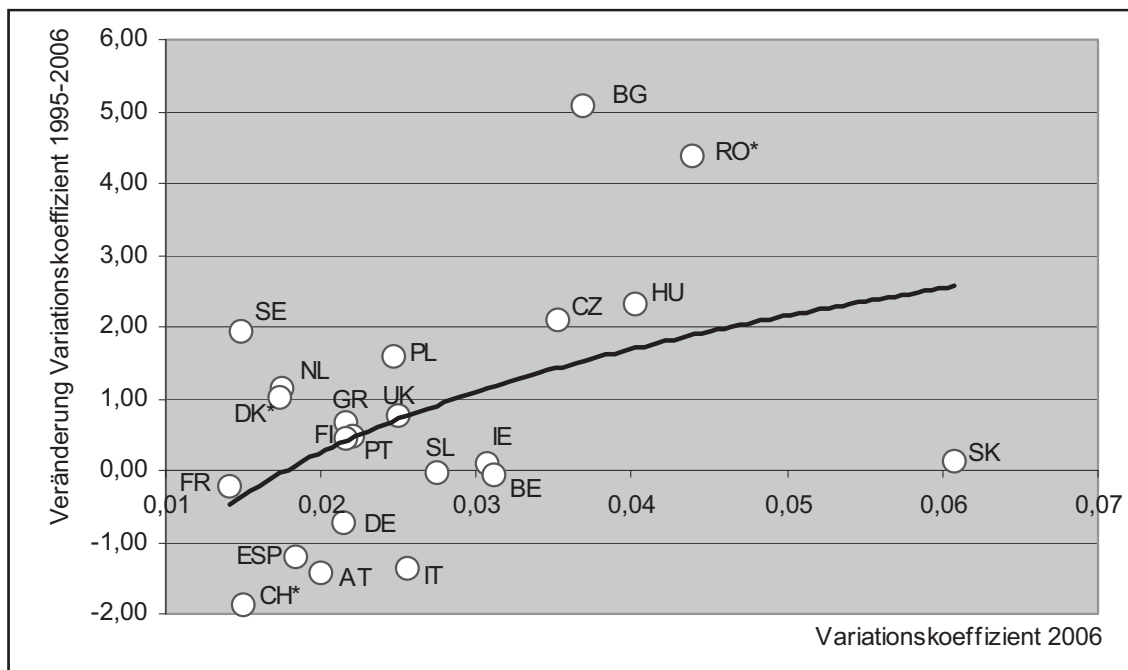
ganz extrem die Slowakei. Das Streuungsmuster der Staaten in Abbildung 4 ist durch eine relativ große Staatengruppe mit geringen Unterschieden der Disparitäten für 2006 (zwischen Slowenien und Frankreich) gekennzeichnet, höhere Werte weisen neben fünf Transformationsstaaten nur Belgien und Irland auf. Ein ähnliches Bild zeigt die y-Achse der Veränderung des Variationskoeffizienten zwischen 1995 und 2006: In vier (Transformations-) Staaten ist es in diesem Zeitraum zu einer starken Zunahme der Disparitäten gekommen (Wert über 2,00), während in der überwiegenden Zahl der Staaten nur moderate Veränderungen stattgefunden haben. In acht Ländern haben die regionalen Disparitäten nicht zu-, sondern abgenommen. Aus der Gruppe der Transformationsstaaten haben nur Polen und Slowenien eine räumliche Struktur erreicht, die jener der westeuropäischen/alten EU-Staaten entspricht.

#### Abbildung 4

#### Ausmaß und Entwicklung der regionalen Disparitäten in den Staaten Europas

(Variationskoeffizient des logarithmierten BIP/Kopf, durchschnittliche jährliche Veränderung 1995-2006)

Quelle: EUROSTAT 2009, eigene Berechnungen



(\*Schweiz ab 2000, Dänemark ab 2004, Rumänien ab 1998)

Die Streuung in der Punktwolke lässt zudem darauf schließen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der regionalen Disparitäten und deren Zunahme zwischen 1995 und 2006 besteht: Der Verlauf der Trendkurve in Abbildung 4 lässt sich durch eine Korrelationsanalyse bestätigen. Demnach besteht ein mittelstarker, statistisch hoch signifikanter



Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Varianz (d.h. der Streuung des BIP/Kopf) 2006 und deren zeitlichen Veränderung<sup>5</sup>. Dabei zeigten Staaten mit einem geringen ökonomischen Gefälle eine tendenziell konvergente Raumentwicklung. Hier muss allerdings eine wesentliche Einschränkung gemacht werden: Der beschriebene Zusammenhang der Variablen gilt nur, wenn die Transformationsländer (BG, HU, RO, PL, SK, CZ, SI) in das Sample eingeschlossen sind. Ohne diese sieben Staaten besteht kein Zusammenhang zwischen den regionalen Disparitäten und deren Veränderung. Es wird noch zu prüfen sein, welche Rolle dem Wohlstandsniveau als Erklärungsfaktor für das Ausmaß der regionalen Disparitäten zuzuschreiben ist.

### **3.4 (Beta-)Konvergenz durch aufholendes Wachstum?**

Die oben beschriebene Alpha-Konvergenz stellt das Ausmaß und die Entwicklung der Streuung von Subeinheiten auf der nationalen Ebene dar. Im Gegenzug dazu beschreibt die Beta-Konvergenz die Abweichung des Wachstums der Regionen vom nationalen Wert. Der Fokus liegt hier also auf der Ebene der Regionen und der Frage, ob durch aufholendes Wachstum der Peripherien eine konvergente Raumentwicklung stattfindet.

Die Daten lassen insgesamt auf einen negativen Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum (gemessen in BIP/Kopf-Wachstum zwischen 1995 und 2006) und dem ökonomischen Niveau (BIP/Kopf 2006) schließen. Dieser Zusammenhang kann allerdings nicht als Ausdruck einer konvergenten Raumentwicklung innerhalb der Staaten interpretiert werden, sondern besagt lediglich, dass ein geringeres regionales Wohlstandsniveau mit einem höheren Wirtschaftswachstum einhergeht.

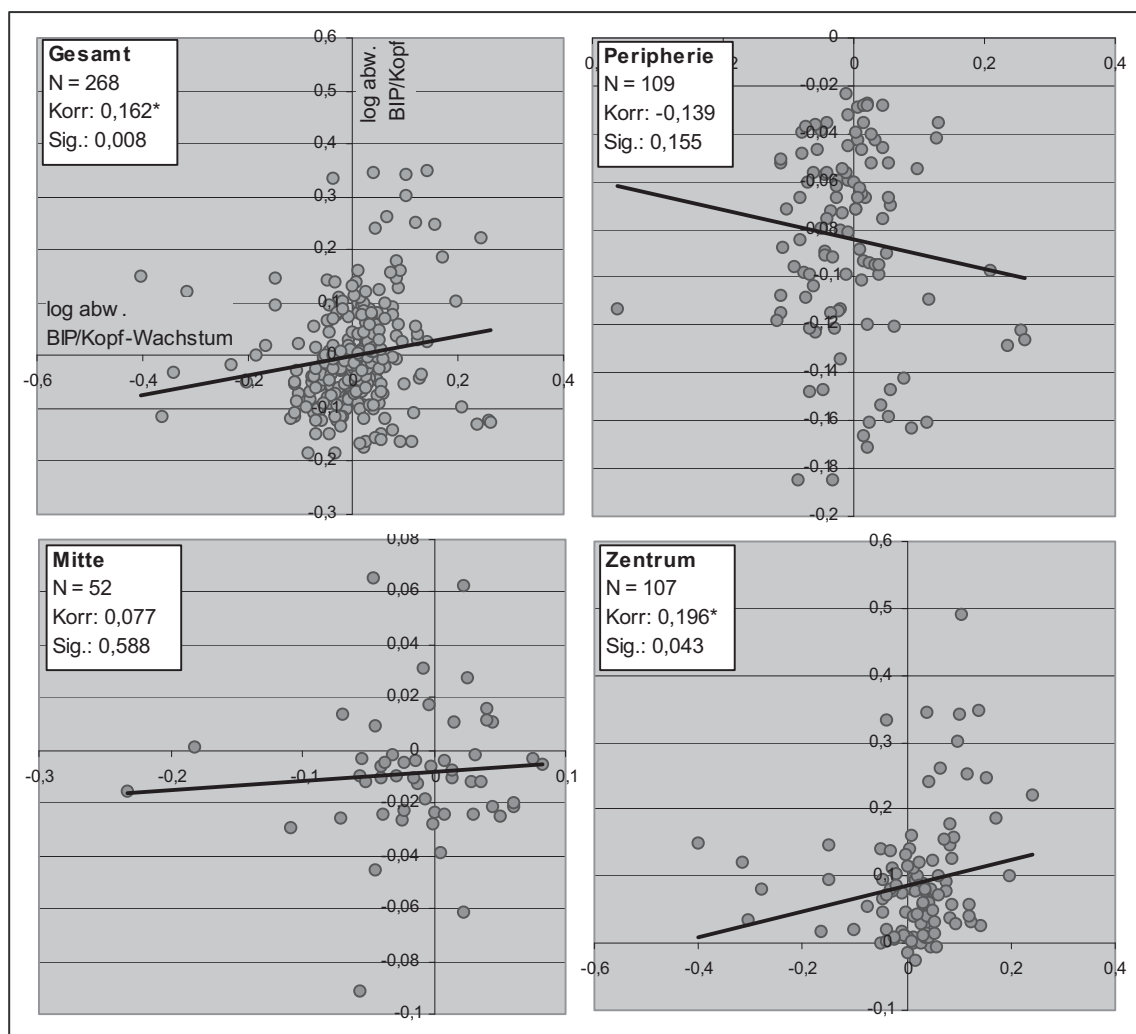
Differenziert man das Wirtschaftswachstum nicht nach absoluten BIP/Kopf-Werten, sondern nach den drei Raumtypen Zentrum, Mitte und Peripherie, die ja auf Basis der jeweiligen nationalen BIP/Kopf-Abweichung der Staaten berechnet wurden (vgl. Kapitel 3.1, Abb. 2), so zeigen zentrale Regionen (also jene mit dem höchsten BIP/Kopf-Niveau) die beste Wachstumsperformance (5,5 %), periphere Regionen liegen mit 5,1 % im Durchschnitt, während die mittleren Regionen mit 4,8 % eine unterdurchschnittliche Entwicklung zeigen. Wird das regionale Wachstum um den nationalen Wert normiert, ist die divergierende Tendenz noch ausgeprägter: Im Durchschnitt liegen die peripheren Regionen der 22 Staaten mit einem Wachstum von -0,24 % unter dem nationalen Wert, die mittleren Regionen mit -0,13 %. Die zentralen Regionen weisen hingegen ein überdurchschnittliches, positives Wachstum von 0,3 % auf. Die wirtschaftliche Dynamik folgt also exakt dem zentral-peripheren Muster (Zentrum-Mitte-Peripherie). Es lässt sich somit ein leicht positiver Trend zwischen BIP/Kopf-Niveau und dem aufholenden Wirtschaftswachstum feststellen. Pointiert formuliert: je reicher die Region, umso stärker ist ihr Wachstum (vgl. Abb. 5, Grafik "Gesamt").

Differenziert man die 268 Regionen nach den drei Raumtypen (Zentrum, Mitte, Peripherie), so zeigt sich, dass dieser Zusammenhang vor allem für die zentralen Regionen, nicht aber für die Peripherie besteht: je stärker hier die Abweichung vom nationalen BIP/Kopf, desto höher das Wirtschaftswachstum. Aufgrund der in Abbildung 5 angegebenen Korrelationswerte sollte man allerdings eher von Zusammenhängen als von Tendenzen sprechen.

### Abbildung 5

#### Regionales Wirtschaftswachstum und Wohlstandsniveau – Abweichung vom nationalen Durchschnitt (log-Werte)

Quelle: EUROSTAT 2009, eigene Berechnungen



Die statistischen Befunde lassen für die Alpha-Konvergenz auf eine gewisse Pfadabhängigkeit der räumlichen Entwicklung, für die Beta-Konvergenz auf ein überdurchschnittliches Wachstum der ökonomischen Zentralräume schließen. Beide Trends können als Ausdruck einer zunehmenden räumlichen Ungleichheit interpretiert werden, allerdings sind die statistischen



Zusammenhänge nur schwach. Die starke Streuung bei der Alpha-Konvergenz (Variationskoeffizient der Streuung) lässt vermuten, dass es zwischen den Staaten möglicherweise beträchtliche Unterschiede in der Raumentwicklung gibt, die im folgenden Kapitel vertieft untersucht werden sollen. Dabei steht die räumliche Staatsorganisation als erklärende Variable im Mittelpunkt, parallel ist jedoch auch das Wohlstandsniveau auf seinen Erklärungsgehalt zu prüfen.

## **4 Die Dynamik der europäischen Peripherien vor dem Hintergrund räumlicher Staatsorganisation**

### **4.1 Dezentrale Staatsorganisation – eine Funktion volkswirtschaftlicher Performance?**

Bevor der Einfluss der räumlichen Staatsorganisation auf regionale Disparitäten untersucht wird, gilt es deren Zusammenhang mit makroökonomischen Variablen zu prüfen, um mögliche Abhängigkeiten der Dezentralisierungsindikatoren festzustellen. Eine sehr hohe Abhängigkeit würde die Dezentralisierung als eigenen Erklärungsfaktor in Frage stellen, wenn dieser lediglich eine abgeleitete Funktion anderer Variablen, etwa der Größe des Staatssektors oder des Wohlstandsniveau, darstellen würde. Weiters gilt es zu prüfen, ob unterschiedliche Indikatoren der Dezentralisierung in die gleiche Richtung weisen oder ob hier unterschiedliche Erklärungszusammenhänge bestehen.

Als makroökonomische Performanceindikatoren werden das ökonomische Niveau (BIP/Kopf 2006), das Wirtschaftswachstum (durchschnittliche jährliche Veränderung des BIP/Kopf zwischen 1995 und 2006) sowie als Indikatoren des Staatssektors die Staatsquote (Staatsausgaben in % des BIP) sowie die Staatsverschuldung (Bruttoschuld des Staates in % des BIP) herangezogen. Die dezentrale Struktur des Staates wird mit folgenden vier Indikatoren dargestellt:

1. dem Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor in den subnationalen Gebietskörperschaften ("subnationale Beschäftigte")
2. dem Anteil der von subnationalen Gebietskörperschaften getätigten Bruttoinvestitionen an den gesamten Investitionen der öffentlichen Hand ("subnationale Investitionen"),
3. dem Anteil der subnationalen Steuereinnahmen ("subnationale Einnahmen") sowie
4. dem Anteil der subnationalen Steuerausgaben ("subnationale Ausgaben").



Die einfachen Regressionsmodelle zeigen einen sehr uneinheitlichen Zusammenhang zwischen den makroökonomischen Kennzahlen (unabhängige Variablen) und den Dezentralisierungsindikatoren (abhängige Variablen) (vgl. Tab. 1). Der BIP/Kopf-Indikator weist zwar für alle Indikatoren einen positiven Beta-Koeffizienten aus, allerdings besteht nur für die Variable "subnationale Investitionen" ein signifikanter Zusammenhang. Da alle Vorzeichen für das Wohlstandsniveau in die "richtige" Richtung weisen, ist davon auszugehen, dass die Dezentralisierung der Staatsorganisation von einem bestimmten Wohlstandsniveau der Volkswirtschaft abhängig ist. Eine deutlichere Abhängigkeit der Dezentralisierung dürfte es allerdings vom Wirtschaftswachstum geben, drei der vier Indikatoren weisen einen mittelstarken negativen Zusammenhang auf. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass es vor allem die gesättigten, westeuropäischen Staaten sind, die über ein hohes Maß an Dezentralisierung verfügen, während die stark wachsenden mittel-osteuropäischen Transformationsmärkte eher zentralistisch organisiert sind.

**Tabelle 1**

**Dezentralisierung und makroökonomische Indikatoren**

Quelle: EUROSTAT, QIAN und WEINGAST 1997; eigene Berechnungen

(\* Der Indikator "Anteil der subnationalen Beschäftigung des öff. Sektors" ist für Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Tschechische Republik nicht verfügbar.)

		Anteil der subnationalen ...			
		Beschäftigung*	Investitionen	Einnahmen	Ausgaben
<b>BIP/Kopf</b>	R <sup>2</sup>	,063	<b>,499</b>	,034	,056
	Korr-Beta	,251	<b>,706</b>	,183	,237
	<i>Signif.</i>	,315	<b>,000</b>	,415	,289
<b>BIP/Kopf-Wachstum</b>	R <sup>2</sup>	,092	<b>,337</b>	<b>,337</b>	<b>,386</b>
	Korr-Beta	-,303	<b>-,580</b>	<b>-,581</b>	<b>-,621</b>
	<i>Signif.</i>	,221	<b>,006</b>	<b>,005</b>	<b>,002</b>
<b>Staatsquote</b>	R <sup>2</sup>	,002	,043	,020	,015
	Korr-Beta	,047	,208	-,190	-,173
	<i>Signif.</i>	,854	,367	,530	,583
<b>Staatsverschuldung</b>	R <sup>2</sup>	,080	<b>,196</b>	,007	,003
	Korr-Beta	-,283	<b>,443</b>	,082	,052
	<i>Signif.</i>	,255	<b>,044</b>	,718	,820

Interessanterweise zeigen die beiden Indikatoren zur Beschreibung des Staatssektors (Staatsverschuldung und Staatsquote) weder einen nennenswert signifikanten Erklärungswert, noch lassen die Vorzeichen auf eine Richtung der Abhängigkeit schließen: demnach scheinen dezentral organisierte Staaten nicht grundsätzlich mit einem überdimensionierten Verwaltungsapparat ausgestattet zu sein, was zumindest in der finanzwissenschaftlichen Theorie als Nachteil dezentraler Organisationsformen



gesehen wird (HANDLER und SCHRATZENSTALLER 2005); auch führt die Fiskalautonomie untergeordneter Gebietskörperschaften nicht zu einer höheren Gesamtstaatsverschuldung.

Die in den Regressionsmodellen dargestellten Zusammenhänge lassen zwei Schlüsse zu:

1. Es ist unumgänglich, das Ausmaß der Dezentralisierung nach unterschiedlichen Dimensionen zu differenzieren.
2. Es lässt sich keine eindeutige Abhängigkeit der Dezentralisierung von den makroökonomischen Indikatoren ableiten – ein für die Interpretation der Ergebnisse nicht unwichtiger Aspekt, da es sich hier somit um eine Variablengruppe handelt, der ein eigenständiger Erklärungswert zugesprochen werden kann.

#### **4.2 Beeinflusst eine dezentrale Staatsorganisation Ausmaß und Entwicklung regionaler Disparitäten?**

In der finanzwissenschaftlichen Literatur wird der dezentralen Staatsorganisation ein Einfluss auf die regionalen Disparitäten zugesprochen, allerdings ist die Richtung der Wirkung (konvergent oder divergent) vom Wohlstands- bzw. Entwicklungsniveau abhängig: Für arme Staaten, insbesondere Entwicklungsländer, wird der Trend zur Dezentralisierung als ambivalent für eine konvergente Raumentwicklung gesehen. Beträchtliche regionale Entwicklungsunterschiede sowie das Fehlen finanzieller Ausgleichsmechanismen (wie etwa durch den Finanzausgleich) spielen hier eine Rolle. Hingegen dürfte in wohlhabenden und entwickelten Ländern eine dezentrale Staatsorganisation die räumliche Konvergenz fördern, da die Effizienz der öffentlichen Güterallokation (vgl. Kapitel 2.2) in Staaten mit umfangreichen sozialen Umverteilungsmechanismen einen regionalökonomisch relevanten Faktor darstellt (vgl. EZCURRA und PASCUAL 2008, KESSLER und LESSMANN 2008).

Für das vorliegende Datensample zeigt sich auch, dass der Einfluss der räumlichen Staatsorganisation, also der Dezentralisierung, auf das Ausmaß und die Entwicklung räumlicher Disparitäten (im Sinne der Alpha-Konvergenz) durchwegs eindeutig ist, also ein hohes Ausmaß an Dezentralisierung zu einer konvergenten Raumentwicklung innerhalb der Staaten führt. Ein negatives Vorzeichen der Beta-Koeffizienten bedeutet eine negative Abhängigkeit der Disparitäten von den Dezentralisierungsindikatoren. Das Ausmaß der regionalen Disparitäten ist also umgekehrt proportional zum Anteil der subnationalen Investitionen, d.h. mit zunehmendem Anteil subnationaler Investitionen sinken die räumlichen Ungleichgewichte. Die Stärke dieser negativen Abhängigkeit ist allerdings sehr schwach und differiert erheblich zwischen den Variablen (vgl. Tab. 2).



**Tabelle 2**
**Abhängigkeit regionaler Disparitäten von Indiktoren räumlicher  
Staatsorganisation**

Quelle: siehe Tabelle 1

		Anteil der subnationalen ...			
		Beschäftigung*	Investitionen	Einnahmen	Ausgaben
<b>Disparitäten</b>	R <sup>2</sup>	,004	,002	,041	,051
<b>1995</b>	Korr-Beta	-,066	-,044	-,203	-,225
<b>(Variationsk.)</b>	<i>Signif.</i>	,796	,847	,366	,313
<b>Disparitäten</b>	R <sup>2</sup>	,008	,213	,191	,215
<b>2006</b>	Korr-Beta	-,091	-,462	-,437	-,464
<b>(Variationsk.)</b>	<i>Signif.</i>	,720	,031	,042	,030
<b>Veränderung</b>	R <sup>2</sup>	,000	,453	,234	,230
<b>1995 bis 2006</b>	Korr-Beta	-,006	-,673	-,484	-,480
<b>(Variationsk.)</b>	<i>Signif.</i>	,983	,001	,023	,024

Von den vier Dezentralisierungsindikatoren besteht für die subnationalen Investitionen und Ausgaben ein Einfluss auf die regionalen Disparitäten, allerdings nur für 2006 und auf geringem Niveau. Einen stärkeren Einfluss scheinen die Dezentralisierungsindikatoren auf die Veränderung der Disparitäten zu haben: für Einnahmen und Ausgaben besteht eine schwache Abhängigkeit (auf geringem Signifikanzniveau), für die Investitionen auf der subnationalen Ebene ist der Einfluss auf die Veränderung der regionalen Disparitäten stärker und weist ein höheres Signifikanzniveau auf. Die starken Unterschiede zwischen den vier Dezentralisierungsindikatoren in ihrer Erklärung der regionalen Disparitäten zeigen, dass diese Dimensionen des Staatshandelns eine sehr unterschiedliche Raumwirksamkeit aufweisen.

Um den Einfluss der Dezentralisierung staatlicher Organisation auf die regionalen Disparitäten im Vergleich zu anderen makroökonomischen Strukturvariablen abzuschätzen, sind diese in einem Regressionsmodell zusammengefasst. Dadurch kann die Veränderung der Disparitäten zwischen 1995 und 2006 (am Variationskoeffizient des BIP/Kopf) als abhängige Variable durch vier unabhängige Variablen erklärt werden: die subnationalen Investitionen, die Staatsquote, die Staatsverschuldung und das BIP/Kopf-Wachstum. Ziel ist es nicht, ein Modell zur Erklärung räumlicher Disparitäten zu entwickeln, sondern den Einfluss der Dezentralisierung gegenüber anderen makroökonomischen Faktoren abzuschätzen (vgl. Tab. 3).

Das Modell liefert mit einem Korr-R<sup>2</sup>-Wert von 57,4% einen mittleren und signifikanten Erklärungswert, wobei die vier erklärenden Variablen einen sehr unterschiedlichen Beitrag leisten: Den höchsten Erklärungsgehalt für die Veränderung der regionalen Disparitäten liefert (mit negativen Vorzeichen) überraschender Weise die Staatsverschuldung, an zweiter



Stelle folgt der Anteil der subnationalen Verschuldung als Indikator für die Dezentralisierung mit einem etwas geringeren Erklärungsbeitrag, beide auf einen geringen Signifikanzniveau. Ein großer Staatssektor *per se* scheint hingegen keinen signifikanten Erklärungsbeitrag zur Veränderung der regionalen Disparitäten zu leisten. Dies gilt für das Wirtschaftswachstum, bei dem das ebenfalls positive Vorzeichen als Hinweis auf einen Einfluss hinsichtlich steigender Disparitäten zu interpretieren ist. Der Einfluss der dezentralen Staatsorganisation (nach dem Indikator der subnationalen Investitionen) auf die räumlichen Disparitäten kann in diesem Modell auf jeden Fall bestätigt werden.

**Tabelle 3**

**Regressionsmodell zur Erklärung der BIP/Kopf-Varianz**

Quelle: eigene Berechnung

<b>Modellgüte</b>				
R <sup>2</sup>		0,660		
Korrigiertes R <sup>2</sup>		0,574		
Signifikanz		0,001		
Abhängige Variable: Veränderung Variationskoeffizient 1995-2006 (logarith.)				
<b>Modellkoeffizienten</b> (logarith.)	<b>Beta-Koeff.</b>	<b>Standardisierter Beta-Koeff.</b>	<b>Sig.</b>	<b>Koll.-VIF</b>
BIP/Kopf jährl. Wachstum	1,506	0,192	0,324	1,679
subnat. Investitionen	-5,399	-0,439	0,030	1,593
Staatsquote	8,646	0,274	0,139	1,457
Staatsverschuldung	-3,502	-0,450	0,040	1,900

**4.3 Aufholendes Wachstum der Peripherie – eine Frage der Dezentralisierung?**

Nachdem Ausmaß und Dynamik der Alpha-Konvergenz anhand der Varianz in den europäischen Staaten gemessen wurde und deren Abhängigkeit von der räumlichen Staatsorganisation schwach signifikante, aber doch eindeutige Ergebnisse zeigte, soll im Folgenden der Einfluss auf die Beta-Konvergenz (also auf die aufholende Entwicklung der Peripherie) – untersucht werden: Dabei soll insbesondere geklärt werden, ob die nationalen Peripherien eher bei dezentraler oder zentraler Staatsorganisation ein aufholendes, d.h. über dem nationalen Durchschnitt liegendes, Wirtschaftswachstum zeigen.

Als Indikator zur Erfassung der Beta-Konvergenz wird das vom nationalen Mittel abweichende, durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum (BIP/Kopf) herangezogen. Wie schon gezeigt werden konnte (vgl. Kapitel 3.2), liegt in peripheren Regionen ein unterdurchschnittliches, in zentralen



Regionen hingegen ein leicht überdurchschnittliches Wachstum vor. Differenziert man nicht nur nach drei, sondern nach den fünf Raumtypen (vgl. Abb. 2), so zeigt sich ein schief u-förmiges Verlaufsmuster: dabei zeigt das vorletzte Quintil, also die semiperipheren Regionen, die stärkste negative Abweichung (mit  $-0,28\%$ ), gefolgt von der Peripherie ( $-0,18\%$ ) und den mittleren Regionen ( $-0,13\%$ ). Leicht überdurchschnittlich ist das Wachstum der semizentralen Regionen ( $0,08\%$ ), deutlicher jenes der zentralen Regionen ( $0,4\%$ ) (vgl. Abb. 6, Grafik "Gesamt"). Um den Einfluss der räumlichen Staatsorganisation auf dieses Muster des regionalen Wachstums schätzen zu können, wurden die Staaten in drei Gruppen unterschiedlicher Dezentralisierung eingeteilt. Basis dafür bildet der "durchschnittliche Dezentralisierungsindikator", der sich aus dem Mittelwert der Anteile der subnationalen Einnahmen, Ausgaben und Investitionen errechnet. Die Zusammensetzung der drei Gruppen zeigt eine gewisse Durchmischung, d.h. es finden sich nicht alle Transformationsstaaten in der Gruppe der geringen Dezentralisierung (Tab. 4).

**Tabelle 4**

**Durchschnittlicher Dezentralisierungsgrad der europäischen Staaten**

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung

	durchschnittliche Dezentralität (in %)				
	gering	mittel		hoch	
Großbritannien	22,9	Dänemark	41,1	Finnland	57,8
Griechenland	27,6	Slowenien	43,6	Belgien	58,5
Bulgarien	31,8	Portugal	47,3	Österreich	59,9
Rumänien	33,4	Schweden	47,9	Spanien	66,4
Irland	38,0	Niederlande	50,4	Frankreich	68,2
Tschech. Rep.	38,4	Polen	50,9	Deutschland	70,8
Ungarn	39,8	Slowakei	51,4	Schweiz	73,1
		Italien	54,5		

Wie variiert nun das oben beschriebene u-förmige Grundmuster des aufholenden BIP-Wachstums, wenn die Staaten nach der durchschnittlichen Dezentralisierung differenziert werden (vgl. Abb. 6)?

1. In der Staatengruppe mit geringer durchschnittlicher Dezentralisierung zeigt die Abweichung des Wachstums vom nationalen Mittel ein eindeutiges Muster: Mit zunehmendem Peripherisierungsgrad fällt die Abweichung vom durchschnittlichen nationalen Wirtschaftswachstum tendenziell stärker bzw. negativer aus. Während semizentrale Regionen *de facto* stagnieren, konzentriert sich das



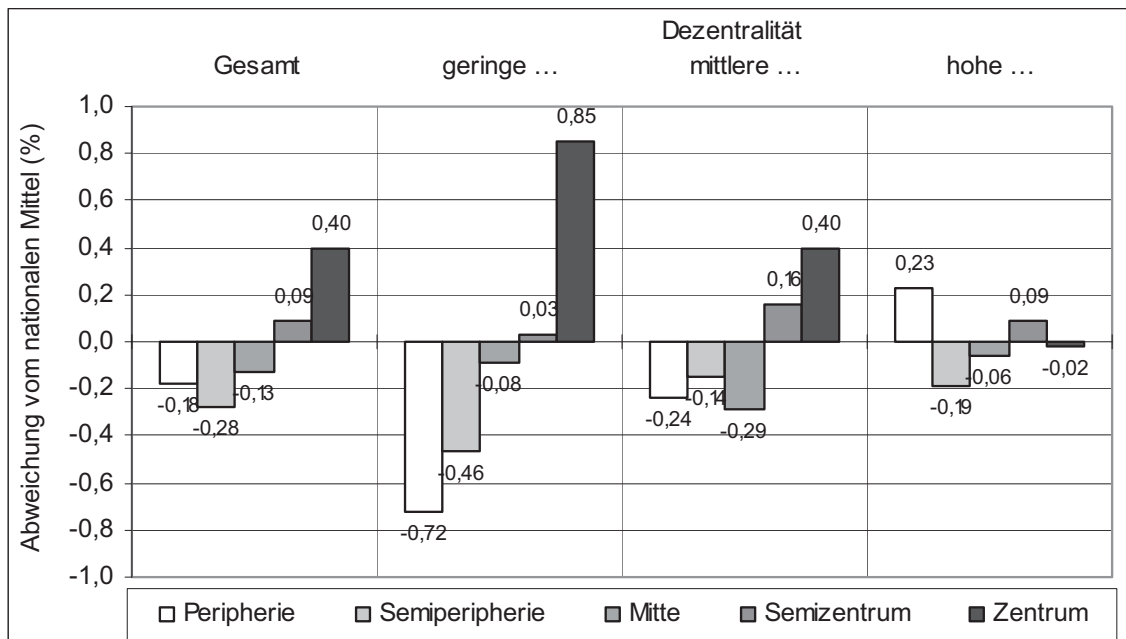
Wachstum auf die ökonomischen Zentralräume. In dieser Staaten-  
gruppe besteht demnach ein deutlicher Trend zu einer divergenten  
Raumentwicklung.

2. Der Trend zur räumlichen Divergenz besteht auch in Staaten, die eine  
mittlere durchschnittliche Dezentralisierung aufweisen, allerdings ist  
dieses deutlich geringer ausgeprägt. Das stärkste Wachstum entfällt  
auch in dieser Staatengruppe auf die zentralen bzw. semizentralen  
Regionen.
3. In Staaten, die einen hohen durchschnittlichen Dezentralisierungs-  
grad aufweisen, ist das Wachstumsmuster hingegen umgekehrt: Pe-  
riphere Regionen sind durch ein überdurchschnittliches Wirtschafts-  
wachstum gekennzeichnet, gefolgt von semizentralen Regionen. Die  
Zentren dieser Staatengruppe haben zwar gegenüber dem nationalen  
Mittel ein leicht überdurchschnittliches, aber im Vergleich zu den bei-  
den anderen Gruppen vergleichsweise schwaches Wirtschaftswachs-  
tum. In dieser Staatengruppe besteht der stärkste Trend zu einer  
konvergenten Raumentwicklung, in der die Peripherie eine aufholende  
Wirtschaftsdynamik zeigt.

**Abbildung 6**

**Abweichung des regionalen Wirtschaftswachstums vom nationalen Durch-  
schnitt**

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung





#### 4.4 Wohlstandsniveau als Erklärungsfaktor?

Welche Rolle spielt das nationale und regionale Wohlstandsniveau für die Verteilung des Wirtschaftswachstums auf die fünf Raumtypen? Diese Frage ist insofern relevant, als sich zwischen subnationalen Investitionen und dem Wohlstandsniveau ein mittelstarker positiver Zusammenhang feststellen ließ (vgl. Tab. 1, Kap. 4.1). Auch für den durchschnittlichen Dezentralisierungsindikator ergibt sich ein mittlerer Zusammenhang, allerdings nur, wenn die Transformationsstaaten im Sample enthalten sind. Ohne diese sieben Staaten besteht keine Abhängigkeit des Wohlstandsniveaus von der Dezentralisierung<sup>6</sup>.

Auf der regionalen Ebene konnte schon in Abschnitt 3.4 (vgl. Abb. 5) ein sehr schwacher positiver Zusammenhang zwischen dem normierten Wohlstandsniveau und dem Wirtschaftswachstum festgestellt werden. Differenziert man die Analyse nach den drei Staatengruppen, so liegt – wie aus Abbildung 6 klar ersichtlich ist – in der Gruppe mit geringer Dezentralisierung ein positiver Zusammenhang vor, der jedoch mit zunehmender Dezentralisierung (also in den beiden anderen Gruppen) abnimmt. Die Abhängigkeit des abweichenden Wirtschaftswachstums vom Wohlstandsniveau kann für diese Gruppe bestätigt werden; aufgrund der fehlenden Signifikanz ist das Vorzeichen aber lediglich als Tendenz zu werten<sup>7</sup>. Demnach hängt nur in Staaten mit geringer Dezentralisierung das regionale Wirtschaftswachstum vom (normierten) Wohlstandsniveau ab. Möglicherweise, kommt es in dezentral organisierten Staaten aufgrund der finanziell bedeutsamen Ausgleichsmechanismen (v.a. einem Finanzausgleich) zu einer "Auflösung" des Zusammenhanges "arme Region = Stagnation/Schrumpfung". Der bereits festgestellte fehlende Einfluss des BIP/Kopf-Niveaus auf die Alpha-Konvergenz lässt sich für die Beta-Konvergenz, insbesondere bei einer Differenzierung nach der Dezentralisierung, bestätigen.

#### 4.5 Die ökonomische Performance der Peripherie

In welchen staatlichen Organisationsformen weisen periphere Regionen die günstigsten Strukturindikatoren auf? Um den Einfluss der Dezentralisierung auf die Performance der 109 peripheren Regionen abzuschätzen, werden ausgewählte ökonomische Entwicklungsindikatoren und deren Abhängigkeit vom Dezentralisierungsgrad der jeweiligen Staaten geprüft. Diese Indikatoren – das Wirtschaftswachstum, das BIP/Kopf-Niveau sowie die Arbeitslosenrate – werden auf das jeweilige nationale Mittel normiert.

Die Abweichung des regionalen Wirtschaftswachstums vom gesamtstaatlichen Niveau zeigt ein klares Gefälle zugunsten der dezentral organisierten Staaten. Peripheren Regionen, die Teil eines Staates mit hoher Dezentralisierung sind, vollziehen eher ein "aufholendes Wirtschafts-



wachstum", wenn auch auf einem sehr geringen Niveau (0,01%). Mit abnehmendem Dezentralisierungsgrad fällt das Wachstum der Peripherie unter das gesamtstaatliche Niveau. Der positive (schwache) Zusammenhang zwischen dem normierten Wirtschaftswachstum und dem Grad der Dezentralisierung kann mittels signifikanter Teststatistik bestätigt werden (vgl. Tabelle 5). Für die anderen beiden Indikatoren, das relative Wohlstandsniveau sowie die Arbeitslosenrate, besteht kein statistisch signifikanter Zusammenhang. Beim BIP/Kopf-Niveau zeigt sich ein u-förmiges Muster: Die peripheren Regionen mit dem ungünstigsten Niveau liegen in Staaten mit einer mittleren Dezentralisierung. Einen ähnlichen Verlauf zeigt auch die normierte Arbeitslosenrate, wobei die geringste Abweichung vom nationalen Mittel (nach oben) in der Peripherie jener Staaten besteht, die die geringste Dezentralisierung aufweisen. In den beiden anderen Gruppen ist das Niveau ungefähr doppelt so hoch.

**Tabelle 5**  
**Ökonomische Performance peripheren Regionen und dezentrale Staatsorganisation**

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung

		Abweichung vom nationalen Mittel		
		Wirtschaftswachstum (BIP/Kopf 1995-2006)	rel. Wohlstandsniveau (BIP/Kopf 2006)	Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenrate)
Dezentralität	hoch	0,01	-22,44	1,21
	mittel	-0,19	-29,19	1,41
	gering	-0,57	-26,95	0,74
<b>gesamt</b>		<b>-0,24</b>	<b>-25,65</b>	<b>1,11</b>
Zusammenhang mit Niveau der Dezentralität				
<b>gesamt</b>		<b>0,318**</b> (Sig. 0,001)	<b>0,123</b> (Sig. 0,204)	<b>0,131</b> (Sig. 0,182)

## 5 Eine Typologie der Peripherien europäischer Staaten

### 5.1 Wo liegt die "Peripherie der Peripherie"?

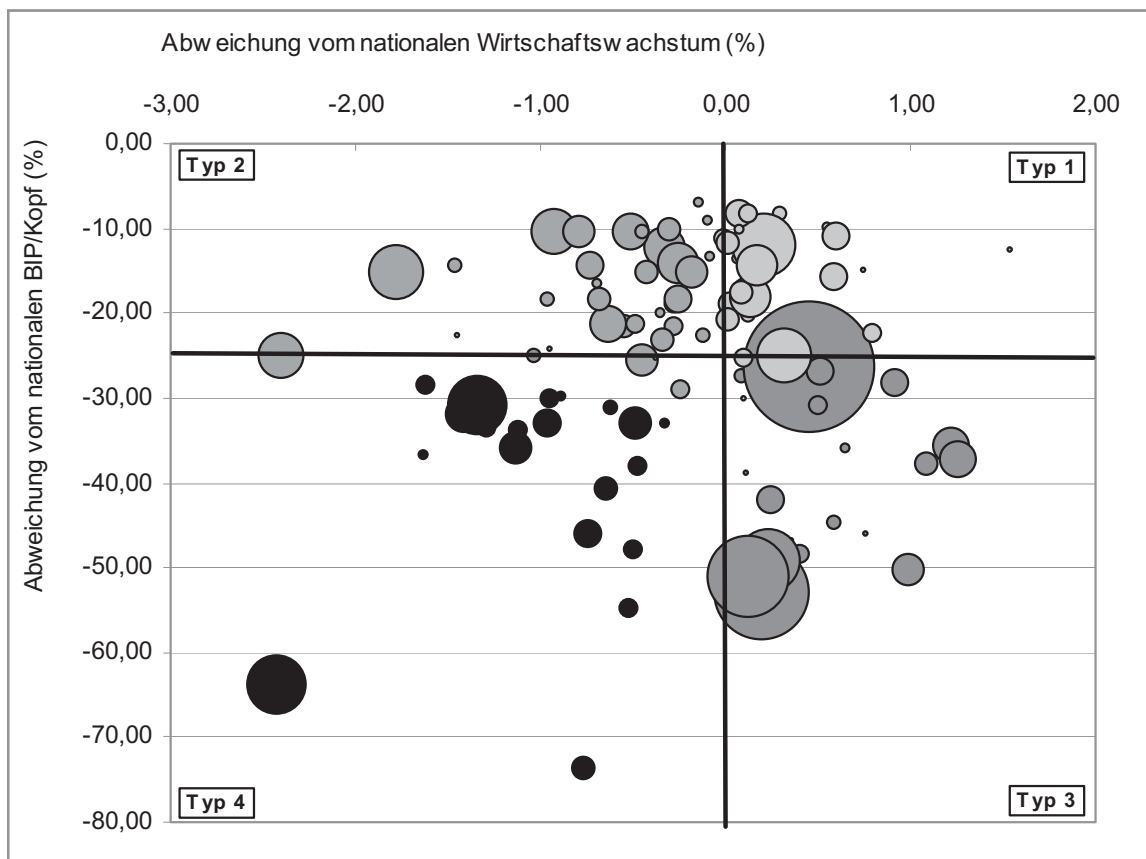
Die 109 als peripher eingestuften Regionen weisen eine sehr unterschiedliche Entwicklungsdynamik auf, sowohl was das Ausmaß der Abweichung vom nationalen BIP/Kopf-Niveau als auch das abweichende Wirtschaftswachstum betrifft. Auf Basis dieser zwei Indikatoren kann eine Typologie erstellt werden, wonach die peripheren Regionen in vier Kategorien unterschieden werden können:

- 1) Regionen, die eine unterdurchschnittliche (negative) Abweichung vom nationalen BIP/Kopf-Niveau aufweisen (Durchschnittswert 25,7 %) und gleichzeitig ein überdurchschnittliches bzw. aufholendes Wirtschaftswachstum zeigen. Es handelt sich hier also um periphere Regionen mit einer günstigen ökonomischen Struktur und Entwicklungsdynamik (Abb. 7, Typ 1).
- 2) und 3) Mischtypen, die in einem der beiden Indikatoren einen überdurchschnittlichen bzw. unterdurchschnittlichen Wert aufweisen.
- 4) Regionen mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum und BIP/Kopf-Niveau, das weit unter dem jeweiligen nationalen Durchschnitt liegt. Es handelt sich gewissermaßen um die "Peripherie der Peripherie".

### Abbildung 7

#### Typologie der peripheren Regionen nach der Abweichung vom Wirtschaftswachstum und dem BIP/Kopf

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung

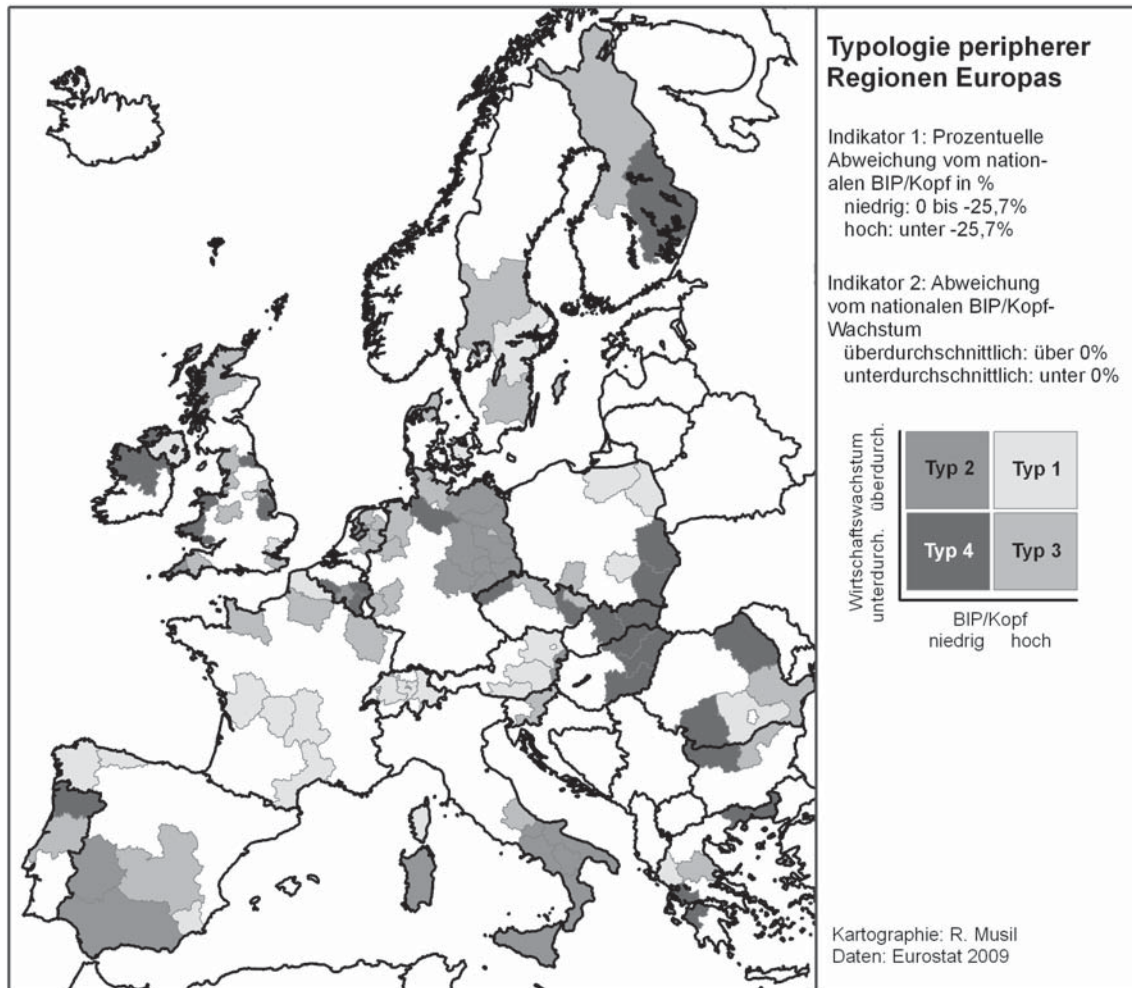


Um die Bedeutung bzw. das "demographische Gewicht" der Regionen zu berücksichtigen, werden in Abbildung 7 die absoluten Bevölkerungszahlen in der Punktgröße dargestellt. Die räumliche Verteilung der vier Peripherie-Typen wird in Abbildung 8 gezeigt.

### Abbildung 8

#### Räumliches Muster der Typologie der peripheren Regionen

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung



Die räumlichen Muster von Typ-1- und Typ-4-Regionen zeigen ein sehr unterschiedliches Bild: Erstere finden sich gehäuft in Österreich und der Schweiz, im südwestlichen Frankreich sowie in Nordspanien; weitere vereinzelte Regionen dieses aufsteigenden Typs sind im Untersuchungsraum verstreut. Periphere Typ-4-Regionen konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Transformationsstaaten, Wallonien sowie Regionen in Großbritannien. Hier ist die Frage zu stellen, welcher Zusammenhang mit dem Dezentralisierungsgrad der jeweiligen Staaten besteht: Lässt sich die Vermutung bestätigen, dass aufsteigende Regionen (Typ 1) in dezentralen Staaten zu finden sind?





Um der unterschiedlichen Untergliederung in NUTS-2-Regionen sowie der Größe der Staaten Rechnung zu tragen, soll der jeweilige Bevölkerungsanteil der Typ-1- und der Typ-4-Regionen an den peripheren Regionen des jeweiligen Staates erhoben werden.

Die in Tabelle 6 dargestellte Verteilung zeigt tatsächlich, dass in Staaten mit einer geringen dezentralen Staatsorganisation Typ-3- und Typ-4-Regionen, also Regionen mit einem unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum, hinsichtlich des Anteils der Bevölkerung innerhalb der nationalen Peripherie dominieren; lediglich Dänemark bildet in dieser Staatengruppe einen Ausreißer.

**Tabelle 6**

**Demographische Verteilung der Bevölkerung peripherer Regionen auf verschiedene Peripherie-Typen**

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung

		Peripherie-Typ...				Peripherie Bev.in Mio.
		1	2	3	4	
gering	Großbritannien	26,5	10,4	<b>42,2</b>	20,8	18,03
	Griechenland	13,4		35,6	<b>51,1</b>	2,63
	Bulgarien			<b>50,1</b>	49,9	1,86
	Rumänien	27,2		23,3	<b>49,5</b>	12,11
	Irland				<b>100,0</b>	1,18
	Tschech. Rep.			<b>53,7</b>	46,3	5,12
	Ungarn				<b>100,0</b>	4,09
	Dänemark	<b>58,6</b>		41,4		1,40
	Slowenien			<b>100,0</b>		1,08
	mittel	Portugal		8,2	<b>91,8</b>	
Schweden		48,5		<b>51,5</b>		3,16
Niederlande		42,4		11,3	<b>46,4</b>	9,20
Polen		3,8		37,4	<b>58,7</b>	6,38
Slowakei					<b>100,0</b>	2,93
Italien			<b>93,6</b>	6,4		20,83
hoch		Finnland			49,3	<b>50,7</b>
	Belgien		15,1		<b>84,9</b>	3,08
	Österreich	<b>92,3</b>	7,7			3,64
	Spanien	28,6	<b>49,5</b>	21,8		18,42
	Frankreich	<b>65,3</b>		34,7		16,45
	Deutschland		46,6	<b>47,4</b>	6,0	28,21
	Schweiz	<b>100,0</b>				3,51



Ein sehr ähnliches Bild zeigt sich für die Staaten mit mittlerer Dezentralisierung: auch hier liegt das demographische Gewicht in den Typ-3- und Typ-4-Regionen, wobei die süditalienische Peripherie aufgrund des starken Wirtschaftswachstums eine Ausnahme darstellt. Überdies finden sich in Schweden und in den Niederlanden erhebliche Bevölkerungsanteile in aufsteigenden Typ-1-Regionen. Es herrscht hier also eine beträchtliche Streuung innerhalb der Peripherie, ähnlich wie in Dänemark. In den übrigen Staaten dieser beiden Gruppen besteht eine mehr oder weniger deutliche Dominanz von absteigenden Regionen (Typ 3 und 4), nur Großbritannien weist eine breite Streuung auf, die wohl auf die große Zahl an Regionen und deren räumliche Verteilung zurückzuführen ist.

In Staaten mit einer ausgeprägten Dezentralisierung lässt sich hingegen kein eindeutiges Muster feststellen: auf der einen Seite liegt in Finnland und Belgien das demographische Gewicht der Peripherie in absteigenden Regionen, in den meisten anderen Ländern dominieren hingegen Typ-1- und Typ-2-Regionen; Deutschland, wohl bedingt durch die neuen Bundesländer, bildet hier jedoch eine Ausnahme.

Wenn auch das Bild kein einheitliches ist, so zeigt sich doch die Tendenz, dass eher in Staaten mit geringer oder mittlerer dezentraler Staatsorganisation das demographische Gewicht in den Typ-3- oder Typ-4-Regionen liegt. Allerdings wird die Verteilung durch spezifische Entwicklungen auf der nationalen Ebene mitgeprägt (etwa der Sonderrolle der neuen Bundesländer Deutschlands oder das politische System Belgiens, das mit einem deutlichen ökonomischen Gefälle einhergeht), auf die im Rahmen dieser quantitativen Studie nicht eingegangen werden kann.

## 5.2 Peripherie – nur ein Thema des ländlichen Raumes?

Der ländliche Raum wird weithin als ökonomisch peripher (im Sinne der hier verwendeten Definition) eingestuft, urbane Räume hingegen als zentral. Im Kontext dieser Untersuchung ist die Frage zu stellen, ob die Überlagerung des zentral-peripheren Gefälles mit strukturellen Merkmalen des ländlichen Raumes sowohl in dezentral als auch in zentral organisierten Staaten stattfindet: Gibt es urbane Peripherräume und umgekehrt rurale Zentralräume und wenn ja, sind diese eher in zentral oder dezentral organisierten Staaten anzutreffen? Als "ländlicher Raum" sind jene Regionen definiert, die sowohl eine geringe Bevölkerungsdichte als auch eine national überdurchschnittliche Agrarquote aufweisen. Beide Variablen sind in Quintilsgruppen aufgeteilt und in einer Kreuztabelle zu fünf raumstrukturellen Regionstypen zusammengefasst (vgl. Tab. 7).

**Tabelle 7****Typologie nach Bevölkerungsdichte und abweichender Agrarquote**

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung

		Agrarquote (Differenz zum nationalen Mittel)				
		über 2,5	0,8 bis 2,4	0 bis 0,7	-0,1 bis -1,1	unter -1,1
Bev.-dichte (EW/km <sup>2</sup> )	unter 69	20	17	7	4	4
	69 bis 106	16	16	8	9	7
	107 bis 176	9	13	15	8	9
	177 bis 370	2	8	17	14	11
	über 370	0	1	5	23	25

Legende	rural	←—————→			urban
Typologie	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5

Erwartungsgemäß dominieren in der Peripherie der europäischen Staaten Regionen mit einer ländlichen Struktur (72 periphere Regionen), bei den wenigen urbanen Zentren (25 Regionen) handelt es sich primär um altindustrialisierte Gebiete etwa in Großbritannien, Belgien, Nordfrankreich, Deutschland oder der Tschechischen Republik. Aber auch zwei europäische Millionenstädte zählen zur jeweiligen nationalen Peripherie, und zwar Neapel und Berlin (vgl. Abb. 9a).

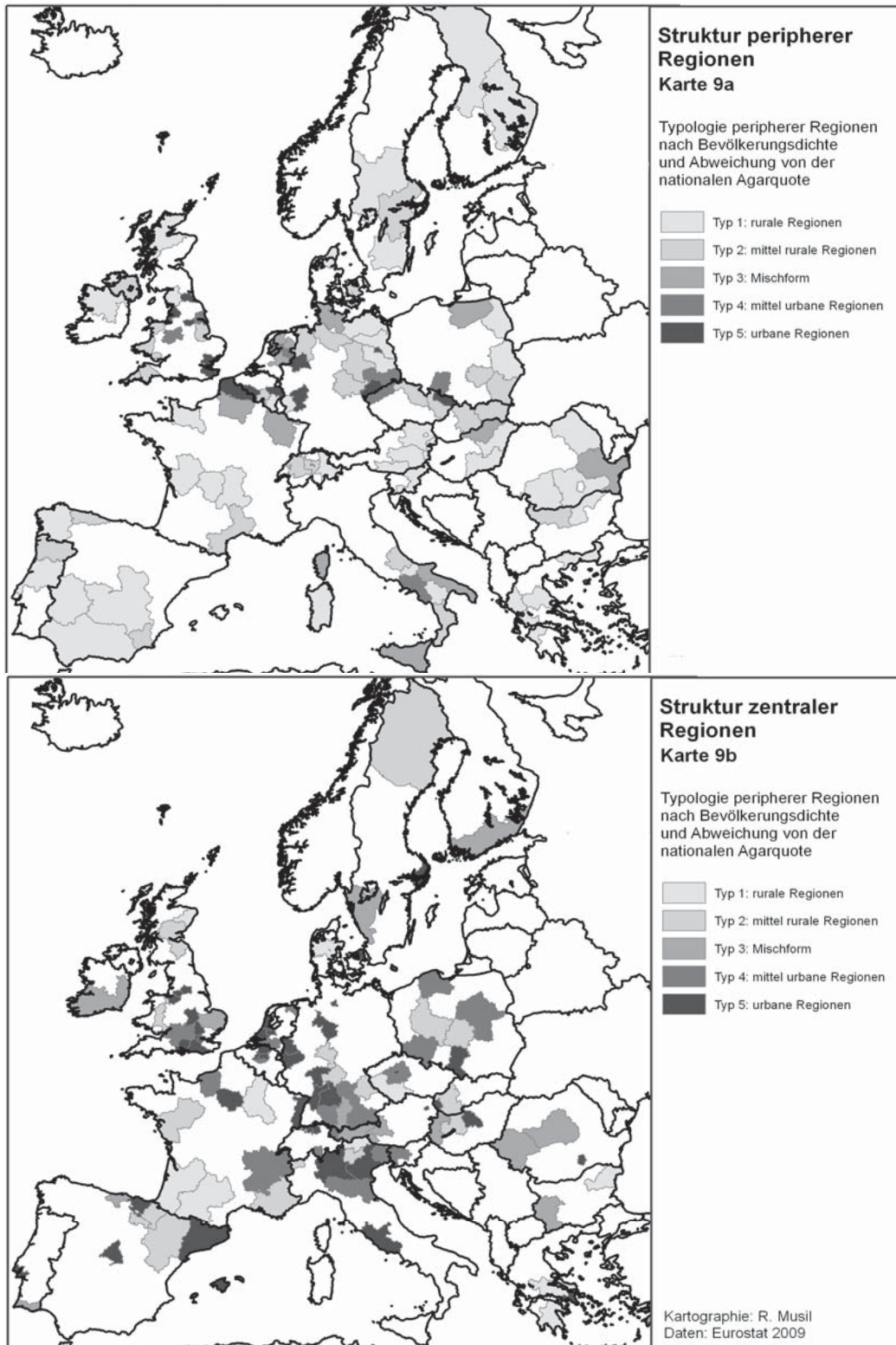
Wie unterscheidet sich nun dieses Muster in zentral bzw. dezentral organisierten Staaten? Aufgrund der bisherigen empirischen Befunde könnte man annehmen, dass aufgrund größerer existierender Umverteilungssysteme ländliche Räume in dezentralen Staaten eher profitieren und zu ökonomischen Zentralräumen aufsteigen. Von besonderem Interesse ist daher die Verteilung der "atypischen" Kombinationen, also der urbanen Peripherräume, aber vor allem auch der ruralen Zentralräume. Erstere machen 9,3 %, letztere 10,8 % der Regionen aus (vgl. graue Felder für "Gesamt" in Tabelle 8).



**Abbildung 9**

**Strukturunterschiede der zentralen (a) und peripheren (b) Regionen Europas**

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung



**Tabelle 8****Gegenüberstellung der Variablen Zentralität und Raumstruktur**

Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnung

<b>Gesamt</b>				<b>geringe Dezentralität</b>				
	Peripherie	Mitte	Zentrum		Peripherie	Mitte	Zentrum	
rural	Anzahl	<b>72</b>	21	29	Anzahl	<b>25</b>	<b>9</b>	10
	erwartete A.	49,6	23,7	48,7	erwartete A.	18,5	8,0	17,5
	%	26,9%	7,8%	10,8%	%	28,4%	10,2%	11,4%
Mischtyp	Anzahl	12	<b>9</b>	14	Anzahl	2	2	<b>7</b>
	erwartete A.	14,2	6,8	14,0	erwartete A.	4,6	2,0	4,4
	%	4,5%	3,4%	5,2%	%	2,3%	2,3%	8,0%
urban	Anzahl	25	<b>22</b>	<b>64</b>	Anzahl	10	5	<b>18</b>
	erwartete A.	45,1	21,5	44,3	erwartete A.	13,9	6,0	13,1
	%	9,3%	8,2%	23,9%	%	11,4%	5,7%	20,5%
<b>mittlere Dezentralität</b>				<b>hohe Dezentralität</b>				
	Peripherie	Mitte	Zentrum		Peripherie	Mitte	Zentrum	
rural	Anzahl	<b>17</b>	3	7	Anzahl	<b>30</b>	9	12
	erwartete A.	10,7	5,6	10,7	erwartete A.	20,5	10,0	20,5
	%	25,0%	4,4%	10,3%	%	26,8%	8,0%	10,7%
Mischtyp	Anzahl	<b>6</b>	<b>6</b>	2	Anzahl	4	1	<b>5</b>
	erwartete A.	5,6	2,9	5,6	erwartete A.	4,0	2,0	4,0
	%	8,8%	8,8%	2,9%	%	3,6%	,9%	4,5%
urban	Anzahl	4	5	<b>18</b>	Anzahl	11	<b>12</b>	<b>28</b>
	erwartete A.	10,7	5,6	10,7	erwartete A.	20,5	10,0	20,5
	%	5,9%	7,4%	26,5%	%	9,8%	10,7%	25,0%

Differenziert nach den drei Staatengruppen mit geringer, mittlerer und hoher Dezentralisierung zeigen sich nur sehr geringe Unterschiede, wobei in zentral organisierten Staaten der Anteil atypischer Kombinationen am höchsten (22,7 %) ausfällt. Die Anteile aller Kombinationen, differenziert nach der Staatsorganisation, sind in Tabelle 8 dargestellt. Hier finden sich aber mit Ausnahme der Staatengruppe mittlerer Dezentralisierung (mit einem vergleichsweise geringen Anteilswert der urbanen Peripherie von 5,9 %) bei den atypischen Kombinationen in der Regel keine wesentlichen Abweichungen vom gesamten Sample. Dies bedeutet, dass in zentralistisch organisierten Staaten ländliche Räume nicht schlechter gestellt sind und ebenso wie in dezentralen Staaten als "rurales Zentrum" eine günstige ökonomische Entwicklung erfahren können.

**6 Fazit**

Dieser Beitrag rückt einen für die Geographie ungewöhnlichen Akteur in den Mittelpunkt des Interesses: den Staat und dessen räumliche horizontale und vertikale Organisationsstruktur. Während sich die finanzwissenschaftliche Föderalismusforschung schon lange diesem wichtigen Thema gewidmet hat, wird es in der Geographie erst seit wenigen Jahren (und immer noch sehr



vereinzelt) aufgegriffen. Die Unterscheidung zwischen Föderalismus und Dezentralisierung zeigt, dass es sich bei der Staatsorganisation um eine komplexe Variable handelt. Die Ergebnisse dieser Studie lassen darauf schließen, dass eine weitere empirische und theoretisch fundierte Differenzierung notwendig ist.

Das Vorurteil, dass ein überdimensionierter Verwaltungsapparat sowie höhere Budgetdefizite – aufgrund der Möglichkeit zur Verschuldung auf sub-nationaler Ebene – charakteristisch für dezentrale Staaten sind, konnte in diesem Beitrag nicht bestätigt werden. Dagegen zeigt sich ein positiver Zusammenhang mit der Wirtschaftsleistung sowie ein negativer mit dem Wirtschaftswachstum: Es sind tendenziell die wohlhabenden und gesättigten Volkswirtschaften, die dezentrale Strukturen aufweisen.

Der Einfluss der dezentralen Staatsorganisation auf das Ausmaß regionaler Ungleichgewichte ist eindeutig, ein hohes Maß an Dezentralisierung führt zum Abbau regionaler Disparitäten (Alpha-Konvergenz). Gleiches zeigt sich bei der Beta-Konvergenz: dezentral organisierte Staaten verfügen über ein regional ausgeglichenes Wirtschaftswachstum, wobei die Peripherie der Staaten ein aufholendes Wirtschaftswachstum erfährt. Umgekehrt zeigt sich vor allem in Staaten mit geringer Dezentralisierung eine starke Polarisierung der wirtschaftlichen Entwicklung: ein starkes Wachstum findet ausschließlich in den Zentren statt, periphere Regionen liegen deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Der günstige Einfluss der dezentralen Staatsorganisation auf eine konvergente Raumentwicklung wird auch durch ökonomische Performance-Indikatoren (BIP/Kopf-Niveau, Wirtschaftswachstum) bestätigt: innerhalb der Gruppe der peripheren Regionen entwickeln sich jene am besten, die Teilgebiete dezentral organisierter Staaten sind. Die "Peripherie der Peripherie" konzentriert sich im Wesentlichen auf die zentralistischen Staaten Europas und umfasst dort auch einen erheblichen Teil der Bevölkerung.

Die Ergebnisse der zahlreichen statistischen Tests weisen klar darauf hin, dass die dezentrale Staatsorganisation eine komplexe Variable darstellt, die einen eindeutigen Einfluss auf die räumliche Entwicklung, insbesondere auf die peripheren Räume der Staaten, hat. Eine weitere Differenzierung nach den unterschiedlichen Dimensionen staatlichen Handelns wäre jedoch notwendig, um mehr Klarheit in diese Frage zu bringen. Der Beitrag konnte aufzeigen, dass für die Geographie noch erheblicher Forschungsbedarf zu dem Themenfeld der Raumwirksamkeit des Staates und seiner räumlichen Organisation besteht. Dies gilt auch für die wechselseitige Wirkung zwischen nationalen und supranationalen Ausgleichsmechanismen, insbesondere die Regionalförderprogramme der EU.



## Anmerkungen

- 1 Die Veröffentlichung eines Einspruches des spanischen Verfassungsgerichtes gegen die weitreichenden Autonomiebestimmungen Kataloniens am 9. Juli 2010 führte am folgenden Tag zu einer Demonstration, an der 1,1 bis 1,5 Millionen Menschen, rund ein Fünftel der katalanischen Bevölkerung teilnahmen (SCHULZE 2010).
- 2 Eine Ausnahme bildet der Bonner Geographentag von 1997, bei dem die Rolle des Föderalismus und des Nationalstaates zwischen Regionalisierung und Europäischer Integration thematisiert wurde (BOESLER et al. 1998).
- 3 Für die Schweiz wurden die Kantone zu sieben Großregionen zusammengefasst, die den NUTS-2-Regionen der EU entsprechen.
- 4 Der Variationskoeffizient gibt das Verhältnis zwischen Standardabweichung und Mittelwert wieder. Er reagiert robust auf die Anzahl der Regionen sowie die Höhe der Zahlenwerte und eignet sich daher für den Vergleich von Staaten mit unterschiedlicher regionaler Differenzierung.
- 5 Metrische Korrelationen nach Pearson für 21 Staaten (ohne Slowakei). "Varianz 2006" mit "Veränderung Varianz 1995-2006": **0,637\*** (Sig. 0,002)
- 6 Regressionsanalyse für 22 Staaten:  $R^2=0,205$ , Korrr. Beta-Koeff=0,453 (Signifikanz 0,034). Für die 15 "Nicht-Transformationsstaaten" liefert die Regression kein signifikantes Ergebnis.
- 7 Regressionsanalyse auf regionaler Ebene: "normiertes Wirtschaftswachstum" mit "normiertes BIP/Kopf".  
Für geringe Dezentralisierung: Korrr. Beta-Koeff=+0,423 (Signif. 0,000,  $R^2=0,170$ )  
Für mittlere Dezentralisierung: Korrr. Beta-Koeff=+0,236 (Signif. 0,053,  $R^2=0,056$ )  
Für hohe Dezentralisierung: Korrr. Beta-Koeff=-0,057 (Signif. 0,548,  $R^2=0,003$ )

## Literatur

ALBRECHT, M./J. POHLAN (2009). "Fiskalische Wirkungen der neuen Landesentwicklungsstrategie Brandenburgs: Polarisierung zwischen Wachstumskernen und Schrumpfräumen?". In: Mäding, H. (Hrsg.) (2009). Öffentliche Finanzströme und räumliche Entwicklung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 293-330.

ARRIGHI, G. (1994). The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times. London, New York: Verso.

BARRO, R. J./X. SALA-I-MARTIN (1991). "Convergence across states and regions", Brookings Papers of Economic Activity 1, 107-158.

BOESLER, K.-A. (1983). Politische Geographie. Stuttgart: Teubner.



BOESLER, K.-A./G. HEINRITZ/R. WIESSNER (Hrsg.) (1998). Europa zwischen Integration und Regionalismus. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

BRENNER, N. (1999). "Globalisation as reterritorialisation: the re-scaling of urban governance in the European Union", *Urban Studies* 36, 3, 431-451.

EZCURRA, R./P. PASCUAL (2008). "Fiscal decentralization and regional disparities: evidence from several European Union countries", *Environment and Planning A* 40, 5, 1185-1201.

FLORA, P. (Hrsg.) (2000). Stein Rokkan: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

GENSER, B./R. HOLZMANN (1997). "Öffentlicher Sektor: Finanz- und Sozialpolitik". In: Nowotny, E. und G. Winckler (Hrsg.) (2. Auflage 1997). *Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs*. Wien: Manz, 214-261.

HANDLER, H./M. SCHRATZENSTALLER (2005). "Indikatoren für die Ausgestaltung der innerstaatlichen Finanzbeziehungen". In: K.D.Z. - Zentrum für Verwaltungsforschung/Österreichischer Städtebund (Hrsg.) (2005). *Finanzausgleich 2005. Ein Handbuch*. Wien/Graz: Neuer Wissenschaftlicher Verlag, 366-392.

HIRSCH, J. (1996). *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin: Edition ID-Archiv.

HOFFMANN, M./H. SEITZ (2008). "Demographiesensitivität und Nachhaltigkeit der Länder- und Kommunal Finanzen: Ein Ost-West-Vergleich". In: Mai, R./F. Micheel (Hrsg.) (2008). *Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen*. Berlin: Pro Business GmbH, 53-92.

KAISER, A./N. EHLERT (2006). "How and why do political institutions matter? Federalism, decentralisation and macro-economic performance in OECD countries". Paper prepared for the First Max Planck Summer Conference on Economic Sociology and Political Economy, Villa Vigoni, Lago di Como, Italy.

KEIL, R./N. BRENNER (2003). "Globalisierung, Stadt und Politik". In: Scharenberg, A./O. Schmidtke (Hrsg.) (2003). *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 254-276.

KESSLER, A. S./C. LESSMANN (2008). "Interregional redistribution and regional disparities: How equalization does (not) work". Burnaby: Simon Fraser University.

LESSMANN, C. (2009). "Fiscal decentralization and regional disparity: evidence from cross-section and panel data", *Environment and Planning A* 41, 10, 2455-2473.





- LIJPHART, A. (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven: Yale University Press.
- MÄDING, H. (2001). "Suburbanisierung und kommunale Finanzen". In: Brake, K., J. Dangschat und G. Herfert (Hrsg.) (2001). *Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen*. Opladen: Leske und Budrich, 109-120.
- MÄDING, H. (2008). "Der demographische Wandel und die Ausgaben der Städte". In: Mai, R./F. Micheel (Hrsg.) (2008). *Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen*. Berlin: Pro Business GmbH, 165-176.
- MARTINEZ-VAZQUEZ, J./R. McNAB (2001). "Fiscal decentralisation and economic growth". Georgia State Andrew Young School of Policy (ISP) Working Paper No. 01-01.
- MUSGRAVE, R./P. MUSGRAVE /L. KULLMER (1992). *Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis*. 3. Band. Tübingen: Mohr.
- OATES, W. E. (1972). *Fiscal Federalism*. London: Harcourt Brace Jovanovich.
- PARNREITER, C. (2007). *Historische Geographie, verräumlichte Geschichte. Mexico City und das mexikanische Städtetz von der Industrialisierung bis zur Globalisierung*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- PRUD'HOMME, R. (1995). "The dangers of decentralization", *World Bank Research Observer* 10, 2, 201-220.
- QIAN, Y./B. WEINGAST (1997). "Federalism as a commitment to preserving market incentives", *Journal of Economic Perspectives* 11, 4, 83-92.
- RODRIGUEZ-POSE, A./R. EZCURRA (2009). "Does Decentralization Matter for Regional Disparities? A Cross-Country Analysis". London: Spatial Economics Research Centre.
- RODRIGUEZ-POSE, A./N. GILL (2004). "Is there a global link between regional disparities and devolution?", *Environment and Planning A* 36, 12, 2097-2117.
- SCHRATZENSTALLER, M. (2005). "Neuer Finanzausgleich und Stabilitätspakt - keine grundlegenden Änderungen", *WIFO-Monatsberichte* 1/2005, 49-60.
- Schulze, Ralph (2010). "Spaniens kurzer Moment der Einheit", *Die Presse.com* vom 12.07.2010 (<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/580711/Spaniens-kurzer-Moment-der-Einheit?from=suche.intern.portal>, eingesehen am 13.07.2010)
- SHANKAR, R./A. SHAH (2003). "Bridging the economic divide within countries - a scorecard on the performance of regional policies in reducing regional income disparities", *World Development* 31, 8, 1421-1441.



WERLEN, B. (2004). Sozialgeographie. Bern: Haupt Verlag.

ZELLER, C. (2003). "Bausteine zu einer Geographie des Kapitalismus",  
Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 47, 3/4, 215-230.

### **Internetquellen**

Online-Projektdatenbank "Föderalismus und Dezentralisierung als Dimension von Staatshandeln I"

(<http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser>, eingesehen am 28.06.2011)

Eurostat-Datenbank

([http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search\\_data\\_base](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_data_base), eingesehen am 26.06.2011)

Statistik Schweiz

([www.atlas.bfs.admin.ch](http://www.atlas.bfs.admin.ch), eingesehen am 20.03.2010)



## **Regressive Siedlungsentwicklung in Vorpommern und der Westeifel. Indikatoren, Determinanten und Effekte von Erosionsprozessen in peripheren ländlichen Räumen Deutschlands**

**Anja Reichert-Schick**

*\* Fach Wirtschafts- und Sozialgeographie, Universität Trier*

### **Kurzfassung**

Dieser Beitrag erläutert anhand der Regionen Vorpommern und Westeifel Auswirkungen von Alterung, Schrumpfung und Migration auf Dorfstrukturen. Auf empirischer Grundlage werden Gemeinsamkeiten und Gegensätze ländlicher Peripherien in Deutschland hinsichtlich des Grades ihrer Entleerung und der Auswirkungen der Regressionsprozesse analysiert. In beiden Regionen sinkt die Einwohnerzahl, junge Menschen wandern ab, die Zahl der Älteren steigt an und die Infrastruktur wird abgebaut. Aber trotz vieler Übereinstimmungen sind gravierende Gegensätze zwischen den Räumen zu konstatieren. In Vorpommern verstärken sich die Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen Strukturproblemen und negativer Bevölkerungsentwicklung zu einer Abwärtsspirale. Die Westeifel hingegen weist trotz Strukturschwäche und Peripheralität vergleichsweise stabile Entwicklungsperspektiven auf; denn durch ihre großräumige Lage werden positive Effekte induziert. Ziel des Beitrages ist es, die regionspezifischen Indikatoren der Siedlungsregression zu identifizieren und markante räumliche Muster herauszuarbeiten.

### **Abstract**

This contribution uses the example of the regions of Western Pomerania and Western Eifel to analyze the effects of population ageing, decline and outmigration on rural settlements and structures. The empirical basis helps to illustrate similarities and differences of the two peripheral areas in Germany as far as the degree of desertion and the impact of the regression processes are concerned. In both regions, the overall number of inhabitants is in decline, young people move out, the number of elderly is on the increase while services and infrastructure are deteriorating. Yet, in spite of many common features the regions differ in others. In Western Pomerania, the economic structural problems and the negative demographic development interact and cause a downward spiral. By contrast, development prospects for the Western Eifel are – in spite of structural weaknesses and peripherality – fairly positive due to its wider geographic location. The overall aim of this paper is to identify the region-specific indicators for regression processes and the most striking spatial patterns.



## 1 Einleitung und Fragestellung

Die europäische Kulturlandschaft hat in ihrer Geschichte bereits mehrfach Phasen der Stagnation und Regression mit rückläufigen Entwicklungen im Siedlungsbestand erlebt (vgl. DENECKE 1985, 16). Auch gegenwärtig sind in strukturschwachen Regionen regressive Prozesse zu beobachten, die längerfristig zum völligen Wüstfallen einzelner Siedlungen führen können. Insbesondere periphere ländliche Räume besitzen hierfür eine ausgeprägte Anfälligkeit. Sie werden daher im aktuellen öffentlichen Diskurs auch häufig als Problem- und Verliererregionen dargestellt. Dies schlägt sich vielfach in Schlagzeilen nieder, wie "Verlassenes Land, verlorenes Land" (BÖLSCHKE 2006), "Dörfer werden Wüstungen" (ASMUTH 2004) oder "Das Ende der Dörfer" (BAUER 2009).

Ländliche Räume sind bereits seit vielen Jahrzehnten von der Abwanderung insbesondere jüngerer Menschen betroffen. Diesem Prozess wird seit den 1970er Jahren durch den Zweiten Demographischen Wandel eine neue Dimension verliehen, der insbesondere in peripheren Regionen einen Entleerungsprozess induziert hat. Die Folge sind qualitative und quantitative Veränderungen der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur; denn ländliche Abwanderungsregionen haben sich zu überalternden Entleerungsgebieten gewandelt (vgl. SCHWEDT 1984, 9, HENKEL 1978, 1). Gehen diese demographischen Prozesse zusätzlich mit regionalwirtschaftlicher Strukturschwäche und weiteren Depressionsfaktoren einher, können sich die Peripherisierungsprozesse voll entfalten und eine Regressionsspirale in Gang setzen. Nach KEIM (2006) ist unter Peripherisierung die wechselseitige Verstärkung sozialer und räumlicher Ungleichheiten zu verstehen, die zu einer dauerhaften Verfestigung von Strukturdefiziten führt.

Der Begriff der Siedlungsregression hängt zusammen mit Verfall, Substanzverlusten, Kulturlandschaftsabbau und im Extremfall sogar mit Wüstungsvorgängen. Dabei ist Siedlungsregression ein prozessdynamischer Begriff, der zum einen den Vorgang der Schrumpfung und Entleerung einer Siedlung und zum anderen die rückläufige Entwicklung des Siedlungsbestandes in einem bestimmten Raum bezeichnet. Damit ist die Kontraktion und Schrumpfung verschiedener Funktionsbereiche und die Konzentration auf wenige Nutzungen verbunden. "Die Folge ist die Reduzierung eines zuvor vielfältigeren Profils in funktionaler, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht. Peripherisierungen münden in Entdifferenzierung und Fragmentierung" (KEIM 2006, 4). Mit der Regression gehen verschiedene Degradationsvorgänge im Sinne einer Wert- und Funktionsminderung einher, die eine Siedlung graduell schwächen, wie z.B.

1. die physiognomische Degradation, die sich in der Aufgabe und dem Verfall von Gebäuden äußert,



2. die funktionale Degradation, die den zunehmenden Abbau der Funktionen einer Siedlung bis hin zur bloßen Wohnfunktion beschreibt,
3. die demographische Degradation, die neben einem Rückgang der Bevölkerungszahl meist auch eine Deformierung der Bevölkerungsstruktur umfasst,
4. und die ökonomische Degradation, die Prozesse der Schwächung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bezeichnet.

Darüber hinaus sind häufig siedlungshierarchische, aber auch administrative Degradationsvorgänge festzustellen. Diese Prozesse können sich gegenseitig verstärken und als Endzustand die Aufgabe einer Siedlung bewirken.

Aus diesem Kontext heraus wird dem Beitrag folgende Hypothese zugrunde gelegt:

5. Siedlungsregression kann in einen Peripherisierungsprozess mit kumulativen Schrumpfungsvorgängen münden,
6. sie kann aber unter bestimmten Bedingungen auch Freiräume für neue Funktionen, neue Nutzungen und neue Bevölkerungsgruppen schaffen und somit zu einer Stabilisierung führen.

Diese beiden Entwicklungswege werden im Folgenden anhand einer vergleichenden Analyse von zwei schrumpfenden ländlichen Regionen in Deutschland herausgearbeitet. Dabei wird einer Region aus dem äußersten Westen, der Westeifel, eine weitere aus den neuen Bundesländern, nämlich Vorpommern, gegenübergestellt. Es werden die unterschiedlichen Strukturen, Probleme, parallel verlaufende und divergierende Prozesse aufgezeigt sowie die Determinanten und Effekte der regressiven Entwicklungen herausgearbeitet.

## **2 Untersuchungsräume und Methoden**

Im März 2007 und im Juni 2008 führte die Verfasserin eine empirische Untersuchung von insgesamt 33 ländlichen Gemeinden in Deutschland durch<sup>1</sup>. Die beiden Untersuchungsräume liegen an unterschiedlichen Peripherien Deutschlands: Vorpommern im Nordosten und die Eifel im äußersten Westen (Karte 1 rechts). Diese Regionen wurden aufgrund ihres Charakters als Peripher- und Entleerungsraum mit sehr geringer Bevölkerungsdichte ausgewählt.

Die Auswahl der untersuchten Gemeinden erfolgte zunächst mit Hilfe einer Analyse von Sekundärstatistiken. Hierbei wurden bevorzugt Dörfer mit negativer Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt, da in diesen Fällen

deutlich erkennbare Auswirkungen von Regressionsprozessen zu erwarten sind. Die Anzahl der durch die statistische Analyse in die engere Wahl gezogenen Gemeinden wurde nach Telefoninterviews mit den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen nochmals reduziert.

### Karte 1

#### Untersuchungsgemeinden in der Westeifel

Quelle: eigene Erstellung mit RegioGraph, GfK GeoMarketing



Die empirische Untersuchung beinhaltet die Befragung von 271 Einwohnern in Vorpommern bzw. 270 in der Westeifel. Die elf Gemeinden in Vorpommern zählen zusammen 3.990 Einwohner, womit die Stichprobe 6,8 % der Bevölkerung umfasst. Die Gemeinden der Westeifel weisen wesentlich geringere Bevölkerungszahlen auf. Daher wurden in dieser Region doppelt so viele Gemeinden in die Untersuchung einbezogen. Sie zählen insgesamt 3.532 Einwohner. Die Stichprobe umfasst demnach 7,6 % der in den Dörfern lebenden Bevölkerung. Darüber hinaus wurden qualitative Inter-

views mit insgesamt 55 Schlüsselpersonen geführt, darunter Bürgermeister, Amtsvorsteher, Landräte, Planungsverbände und Immobilienmakler.

Die Westeifel ist eine Mittelgebirgsregion, die an Luxemburg und Belgien angrenzt (Karte 1). Das dem Untersuchungsraum am nächsten liegende Oberzentrum ist das im Süden gelegene Trier. Mittelzentren sind die Städte Bitburg und Prüm. Das Vorpommersche Binnenland grenzt im Südwesten an die Müritz, im Osten an Polen mit der Stadt Stettin und im Norden an die Ostsee mit der Insel Usedom (Karte 2). Oberzentren in Vorpommern sind Neubrandenburg und Greifswald, das diese Funktion mit Stralsund teilt. Als Mittelzentren fungieren Demmin, Anklam, Pasewalk, Prenzlau, Neustrelitz und Waren an der Müritz.

## Karte 2

### Untersuchungsgemeinden in Vorpommern

Quelle: eigene Erstellung mit RegioGraph, GfK GeoMarketing



Einige der ausgewählten Untersuchungsgemeinden in beiden Regionen weisen zwar eine indirekte Nachbarschaft zu Mittelzentren oder sogar zu Oberzentren auf, dennoch konnte kein signifikanter Einfluss auf das Antwortverhalten der Bewohner festgestellt werden.





### 3 Vorpommern und Westeifel – Eine vergleichende Analyse

Die vergleichende Analyse der Untersuchungsregionen wird anhand einer kontrastierenden Betrachtung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Westeifel und Vorpommern vorgenommen, um daraus parallel verlaufende Entwicklungen und divergierende Prozesse abzuleiten.

#### 3.1 Gemeinsamkeiten

Zur Betrachtung der Gemeinsamkeiten werden zunächst grundlegende Raumstrukturdaten gegenübergestellt. Im Anschluss werden weitere Analogien anhand der Aspekte Bevölkerungsentwicklung, Infrastruktur und Umzugsbereitschaft der Bevölkerung herausgearbeitet.

##### 3.1.1 Allgemeine Strukturen

Der Vergleich der Raumstrukturdaten macht deutlich, dass beide Untersuchungsregionen klassische Eigenschaften peripherer ländlicher Räume zeigen.

Ihre Bevölkerungsdichte ist sehr niedrig und bewegt sich in den Landkreisen Vorpommerns zwischen 39 und 56 Einwohnern pro Quadratkilometer. Im Eifelkreis Bitburg-Prüm werden 59 Einwohner pro Quadratkilometer erreicht.

Das Netz der zentralen Orte ist sehr weitmaschig und beide Regionen sind gemäß der Einstufung des Raumordnungsberichtes 2005 als Periphereräume sehr geringer Dichte zu charakterisieren (vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2005, 20). Der Raumordnungsbericht 2000 kennzeichnete die Regionen zusätzlich mit der Eigenschaft (sehr) starker Entwicklungsprobleme (vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2000, 65).

Beide Regionen stellen, auf Deutschland bezogen, nationale Randräume dar. Bei Vorpommern bezieht sich diese periphere Lage nicht nur auf eine deutschlandweite Betrachtung; denn auch innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern, dessen Landeshauptstadt Schwerin sich ganz im Westen befindet, liegt der Untersuchungsraum abgeschieden (vgl. WICHMANN 2007, 68).

Darüber hinaus haftet sowohl Vorpommern als auch der Westeifel ein Negativ-Image an. Die Eifel gilt als abgeschiedenes, ärmliches Randgebiet, das aufgrund des rauen Klimas und der schlechten Böden als "Preußisch Sibirien" tituliert wurde (vgl. DOERING-MANTEUFFEL 1995, 62). Vorpommern hingegen wird immer wieder als Problemregion ohne Zukunft bezeichnet, die mittlerweile wieder von Wölfen besiedelt werde (vgl. stellvertretend PETERS UND GLAESCHER 2007).



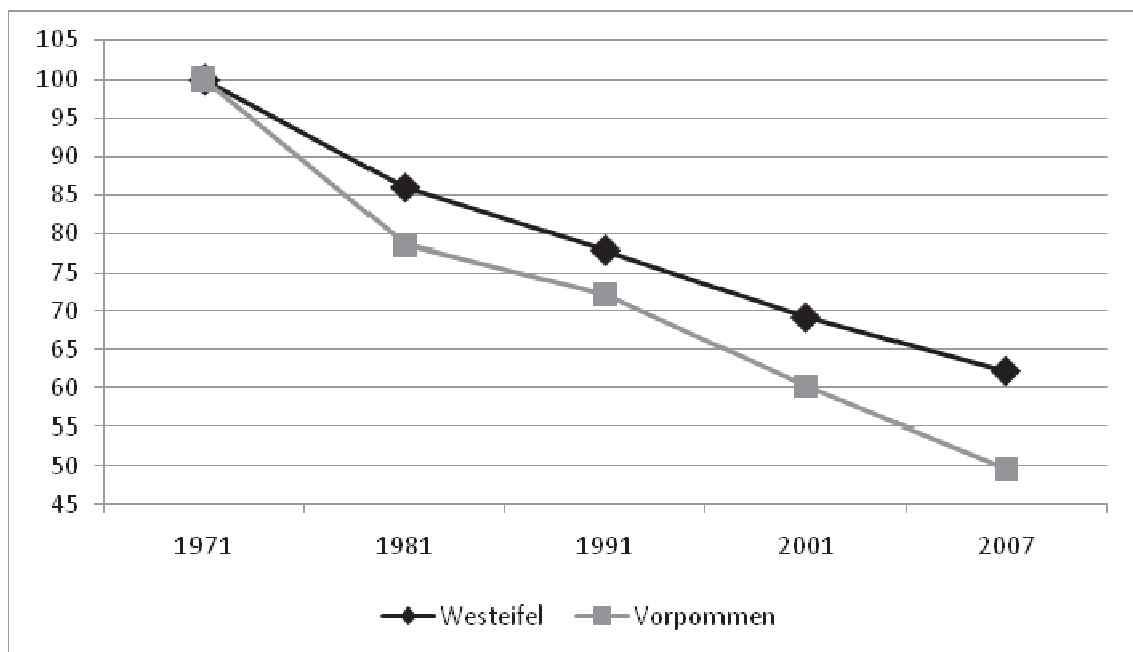
### 3.1.2 Bevölkerungsentwicklung

Eine weitere Gemeinsamkeit stellt die Abwanderung der Bevölkerung dar. Abbildung 1 zeigt, dass die Ausdünnung beider Regionen seit 1971 ungebrochen anhält. Die Untersuchungsgemeinden in Vorpommern haben seit 1971 durchschnittlich die Hälfte (50,4 %) ihrer Bevölkerung verloren; jene in der Westeifel verzeichneten mit minus 37,8 % etwas geringere Verluste. Die Spannweite des Bevölkerungsverlustes reicht in Vorpommern von 33 % (Koblentz) bis 62 % (Voigtsdorf) und in der Westeifel von 14 % (Nusbaum) bis 62 % (Hamm). Dabei kann festgestellt werden, dass kleinere Siedlungen stärker vom Bevölkerungsrückgang betroffen sind.

**Abbildung 1**

**Bevölkerungsentwicklung in den Untersuchungsgemeinden der Westeifel und Vorpommerns (gemittelter Wert) 1971 bis 2007 (1971 = 100)**

Quelle: eigener Entwurf



In beiden Regionen sind die Bevölkerungsverluste in erster Linie auf Wanderungen zurückzuführen. Dabei sind junge Frauen überproportional an der Migration beteiligt, da für sie neben der Landwirtschaft kaum attraktive alternative Erwerbsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und sie zudem aufgrund guter schulischer Abgangsleistungen eher berufliche Positionen in urbanen Räumen suchen (vgl. WEIß 2006, 483+490). Dieses selektive Wanderungsverhalten hat ein zum Teil deutlich ausgeprägtes Frauendefizit zur Folge (Abb. 2), und es wurden bereits auffällige Werte von nur noch 600

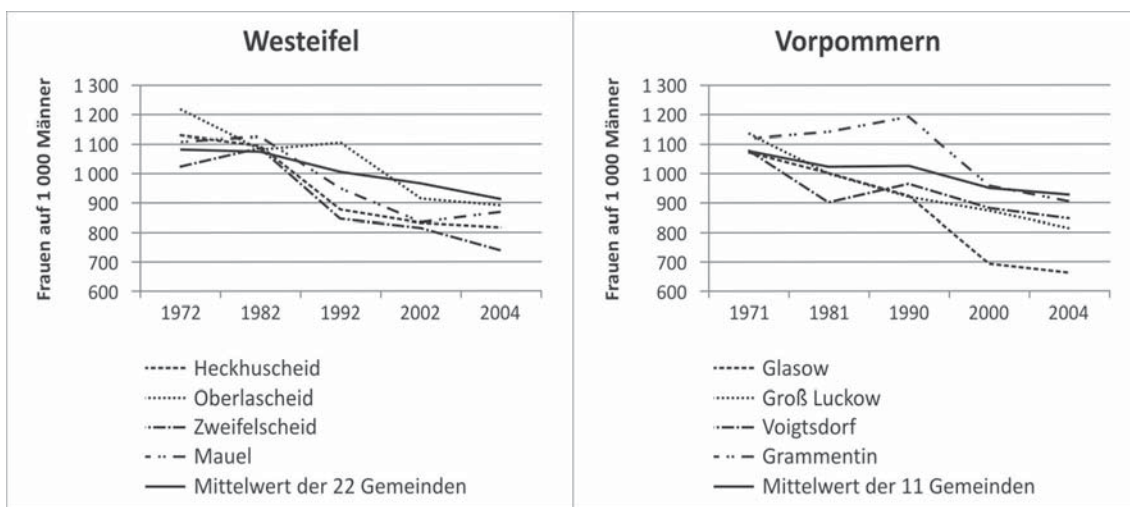
bis 700 Frauen auf 1000 Männer erreicht. Der Mittelwert stellt zwar einen weniger markanten Befund dar, aber auch dieser macht die Tendenz sehr deutlich. Durch diese Entwicklung wird die demographische Alterung der beiden Regionen erheblich beschleunigt.

## Abbildung 2

### Geschlechterverhältnis in ausgewählten Untersuchungsgemeinden in den Jahren 1971/72 bis 2004

(im Vergleich zum Mittelwert aller Untersuchungsgemeinden der jeweiligen Untersuchungsregion)

Quelle: eigene Erhebung



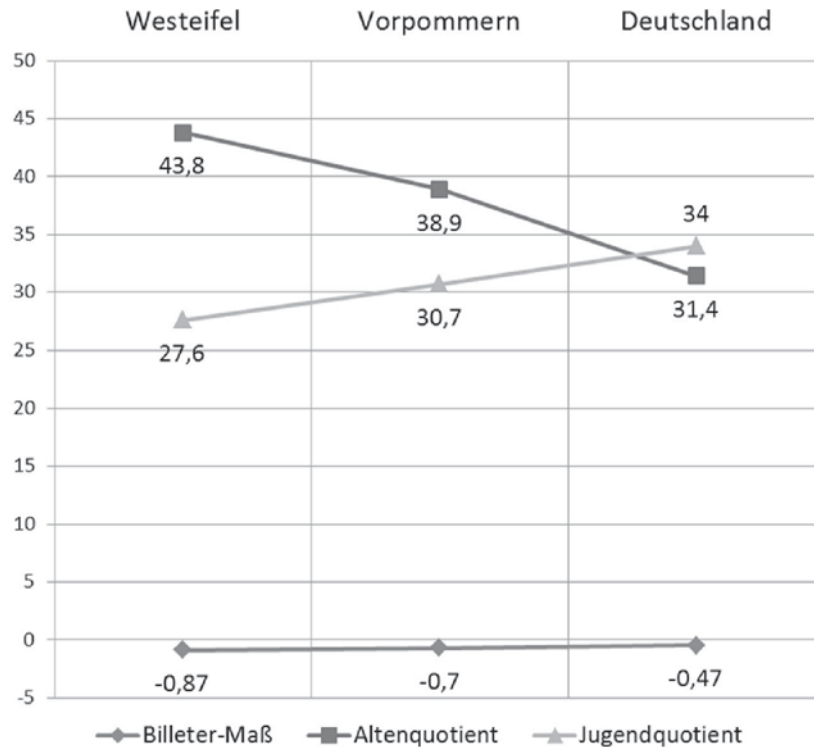
Die Auswirkungen der Abwanderung vorwiegend jüngerer Bevölkerung lassen sich anhand demographischer Maßzahlen verdeutlichen (Abb. 3). Der Altenquotient in beiden Regionen liegt klar über dem gesamtdeutschen Wert von 31, wobei in der Westeifel eine ausgeprägtere Alterung festzustellen ist als in Vorpommern.

Auch der Jugendquotient zeigt, dass der Anteil von Kindern und Jugendlichen in den Untersuchungsregionen, insbesondere in Vorpommern, weit unter dem deutschen Wert liegt. Die sehr negativen Billeter-Maßzahlen schließlich weisen auf die geringe demographische Entwicklungsmöglichkeit hin. Aus bevölkerungsgeographischer Sicht kann demnach für beide Regionen eine schrumpfende und alternde Gesellschaft konstatiert werden, deren Werte sich in Zukunft vermutlich weiter zu ihrem Nachteil verändern werden.



**Abbildung 3**  
**Demographische Maßzahlen im Vergleich**

Quelle: eigene Erhebung



**Altenquotient** = Verhältnis der Menschen ab 66 Jahren zu jenen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre)

**Jugendquotient** = Verhältnis der Menschen bis 19 Jahre zu jenen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre)

**Billeter-Maß** = noch nicht reproduzierende Bevölkerung (bis 14 Jahre) abzüglich der nicht mehr reproduzierenden Bevölkerung (50 Jahre und älter) im Verhältnis zur reproduktionsfähigen Bevölkerung (15 bis 49 Jahre).

3.1.3 Infrastruktur

Auch hinsichtlich des Infrastrukturabbaus gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den Untersuchungsregionen. Die Ausstattung der Dörfer wird zunehmend eingeschränkt (vgl. Kocks 2004, 24). Jahr für Jahr schließen wichtige Einrichtungen wie Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien, Postagenturen, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Dorfgaststätten (Abb. 4 und 5). Auch die Zahl der Arztpraxen sinkt kontinuierlich. Die Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen werden in zentralen Orten konzentriert, wodurch alltägliche Erledigungen ohne Pkw kaum noch leistbar sind; denn der Busverkehr wurde in nahezu allen Untersuchungsgemeinden auf den Schülerverkehr reduziert. Ausnahmen in der Eifel bilden lediglich

Gemeinden wie Usch oder Kyllburg, die unmittelbar an einer aktiven Bahnstrecke liegen.

Tabelle 1 macht deutlich, dass Vorpommern vom Abbau der Infrastruktur noch stärker betroffen ist als die Westeifel. Dies hängt damit zusammen, dass die Dörfer zur DDR-Zeit sehr gut mit Versorgungseinrichtungen ausgestattet waren, was jedoch nach der Wiedervereinigung nicht mehr tragfähig war. Der infrastrukturelle Kahlschlag erfolgte sehr massiv und schlagartig (vgl. REICHERT-SCHICK 2008, 40f.). Heute besitzen nur noch vier der elf Gemeinden in Vorpommern Dienstleistungs- bzw. Infrastruktureinrichtungen. So ist zum Beispiel in Groß Luckow nach der Schließung der Bäckerei, der Post, der Kindertagesstätte, der Schule und der Arztpraxis nur noch das Lebensmittelgeschäft erhalten geblieben. In Grammentin ist noch die Kindertagesstätte geöffnet, während Lebensmittelgeschäft, Bäckerei, Metzgerei und Post geschlossen wurden.



**Abbildung 4**  
**Geschlossenes**  
**Lebensmittelgeschäft in Gültz, das**  
**in Mietwohnungen umgewandelt**  
**werden soll.**



**Abbildung 5**  
**Geschlossenes Gasthaus in Gültz,**  
**das heute als Privatwohnung**  
**genutzt wird.**



**Tabelle 1**

**Geschlossene und vorhandene Infrastruktur in den Untersuchungsgemeinden**

(Angabe(n) sind jeweils das Jahr der Schließung, noch geöffnete Einrichtungen (X) sowie rechts die Anzahl der geschlossenen bzw. noch vorhandenen Angebote.)

Quelle: eigene Erhebung

	Lebensmittelgeschäft	Bäckerei	Metzgerei	Poststelle	Arzt	Kinderbetreuung	Schule	Gasthaus	Anzahl geschlossener Einrichtungen	Anzahl vorhandener Einrichtungen
<b>WESTEIFEL</b>										
Ammeldingen									0	0
Usch	1995			1967			1965		3	0
Eßlingen	1967			1984					2	0
Lascheid	1995			1999			1970		3	0
Zweifelscheid				1974				1976	2	0
Sevenig/Our									0	0
Nusbaum		1995	2002	2001			1972	X	4	1
Mauel	1979								1	0
Mützenich				1968			1965		2	0
Krautscheid	1968 / 2005			1959			1973	2002	5	0
Oberlascheid							1973	X	1	1
Hommerdingen	1978			1988					2	0
Kyllburgweiler				2000				X	1	1
Matzerath									0	0
Hamm					X				0	1
Heckhuscheid	X							1978	1	1
Malberg	X	X	1994	1998			1971	2006	4	2
Reipleldingen								1980	1	0
Strickscheid									0	0
Sengerich									0	0
Feilsdorf								1965	1	0
Kyllburg	X	X	X	X	X	X	X	X	0	8
<b>VORPOMMERN</b>										
Blankensee	1999			1999		1998	1976		4	0
Buchholz	1993		1990		1990	1990		X	4	1
Glasow	2006				2003	1995		1993	4	0
Gültz	2005	1954	2003	1994	X	X	1998	2004	6	2
Grammentin	1995	1975	1980	1995		X			4	1
Groß Luckow	X	1973		1991	1990	1995	1996		5	1
Koblentz	1997		1994		2000				3	0
Kruckow	1995			1992		1998			3	0
Schönfeld	X			1990	X	X		1990	2	3
Schönhausen	1995			1995		1996	1992/1995	1995	6	0
Voigtsdorf	1995			1990	1990	1990		1995	5	0



Die Dörfer der Westeifel hingegen waren nie in dem Maße ausgestattet wie jene Vorpommerns. Fünf der 22 Untersuchungsgemeinden besaßen sogar niemals irgendeine Versorgungs- oder Dienstleistungseinrichtung (Tab. 1), was aber auch auf deren geringe Größe zurückzuführen ist.

Die Relikte der Infrastruktur sind heute zumeist noch als leer stehende oder umgenutzte Baukörper präsent, wie die beiden Beispiele aus Gültz in Vorpommern zeigen. Das Plakat in Abbildung 4 weist darauf hin, dass das Lebensmittelgeschäft "Ihre Kette" zu Mietwohnungen umgebaut wird. Auch die ehemalige Gaststätte "Zum Dorfkrug" (vgl. Abb. 5) fungiert mittlerweile als privater Wohnraum.

Unabhängig von der Anzahl der geschlossenen Einrichtungen ist der heutige Status Quo für beide Regionen vergleichbar. Nur wenige Dörfer besitzen noch Geschäfte und in den meisten Fällen besteht gar keine Gelegenheit zur Versorgung vor Ort mehr. Dieser Abbau von Dienstleistungen und Infrastruktur macht für die Betroffenen einen erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwand zur Bewältigung ihres Alltags notwendig.

Dabei hat die Befragung der Einwohner ergeben, dass 18 % der Befragten aus Vorpommern und sogar 25 % der Befragten aus der Westeifel wichtige Einrichtungen nicht mit den ihnen zur Verfügung stehenden Verkehrsmitteln erreichen können. Somit ist einem erheblichen Teil der Bevölkerung die selbständige Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verwehrt; sie sind auf die Hilfe durch Dritte angewiesen. Des Weiteren wird insbesondere für Schulkinder und ältere Menschen das Leben im Dorf aufgrund der Infrastruktursituation als "schwierig" eingeschätzt. Rund 50 % der Befragten aus beiden Regionen beurteilen das Leben von jüngeren Bevölkerungsgruppen als "problematisch", sogar zwei Drittel das Leben von Älteren.

Für den Dienstleistungs- und Infrastrukturbereich kann abschließend resümiert werden, dass viele Dörfer in ihren Funktionen weitgehend auf das Wohnen reduziert worden sind. Gleichzeitig hat sich die sukzessive Einschränkung und Schließung der Infrastruktur zugunsten der Zentren fortgesetzt. Diese Prozesse können letztlich eine weitere Abwanderung verursachen und entziehen den Ortschaften zudem ihre Attraktivität als Standort für Freizeitwohn- und Altersruhesitze, sofern dieser Aspekt nicht durch andere Vorzüge wie z.B. naturräumliche Werte kompensiert werden kann.

#### 3.1.4 Umzugsbereitschaft

Schließlich wurde die Abwanderungsabsicht der Einwohner erfragt. In diesem Bereich sind sich die Bewohner der Westeifel und Vorpommerns bemerkenswert einig (Abb. 6): Auf einer Skala von 1 bis 8 positionierten sich 66,3 % (Vorpommern) bzw. 70,5 % (Westeifel) bei der 8, was bedeu-

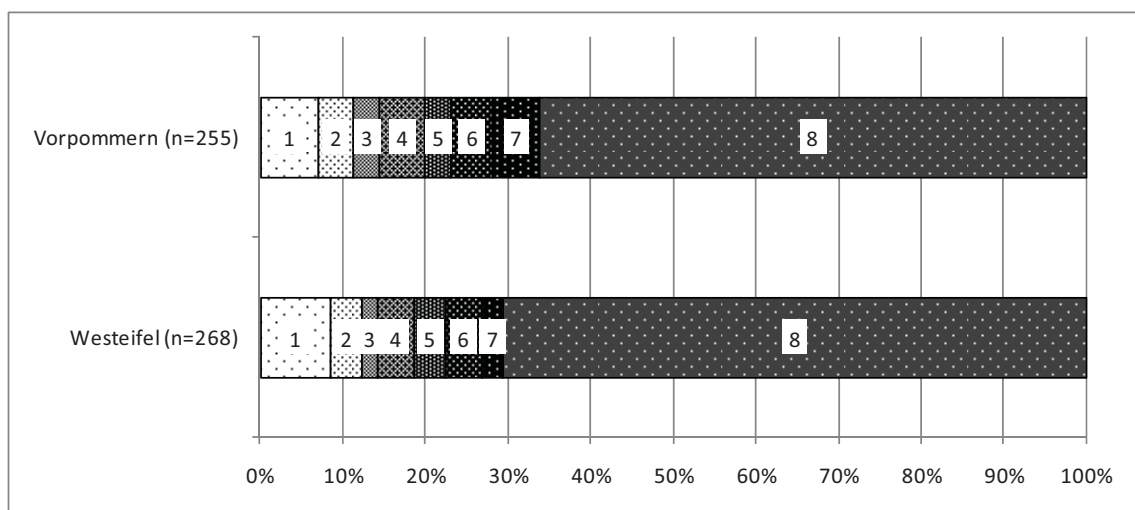


tet, dass sie ganz sicher nicht umziehen wollen. Nur etwa ein Fünftel der Befragten (Westeifel 18,7 %; Vorpommern 20,0 %) bewegt sich im Zustimmungsbereich der Skala zwischen 1 und 4 und zieht einen Umzug in Betracht bzw. intendiert diesen bereits fest.

**Abbildung 6**  
**Migrationsbereitschaft der befragten Einwohner**

(1 = ich werde auf jeden Fall umziehen; 8 = ich werde sicher nicht umziehen, Angaben je Skaleneinheit in Prozent)

Quelle: eigene Erhebung



Dieses Ergebnis wird noch weiter dadurch untermauert, dass sich jeweils drei Viertel der Befragten in ihrer Gemeinde verwurzelt fühlen. Nur wenige können sich vorstellen, den ländlichen Raum als Wohnstandort zu verlassen. Zwar würde rund ein Drittel (31 % Vorpommern, 36 % Westeifel) noch eine Kleinstadt in Betracht ziehen, aber eine Großstadt kommt nur für etwa jeden Siebten in Frage (13 % Vorpommern, 15 % Westeifel). Dieses Ergebnis kann als eindeutiges Bekenntnis zum ländlichen Raum als Wohnstandort gewertet werden.

Bei den Motiven für den Verbleib werden vor allem weiche Standortfaktoren bzw. emotionale Gründe angegeben (Abb. 7). Die ruhige Lage, die schöne Landschaft oder die Tatsache, dass jemand einen großen Teil seines Lebens in der Gemeinde verbracht hat, werden in Vorpommern jeweils von mehr als 60 % der Befragten genannt. In der Westeifel sind die Argumente nahezu identisch, wobei die Eifel-Bewohner von ihrer Region noch etwas mehr überzeugt zu sein scheinen, wie die etwas höheren Werte zeigen. In der Westeifel werden zudem die Aspekte "Ich besitze hier mein eigenes Haus", "Die Lebensqualität ist gut" und "Ich fühle mich insgesamt wohl" von jeweils 70 bzw. 60 % angeführt.



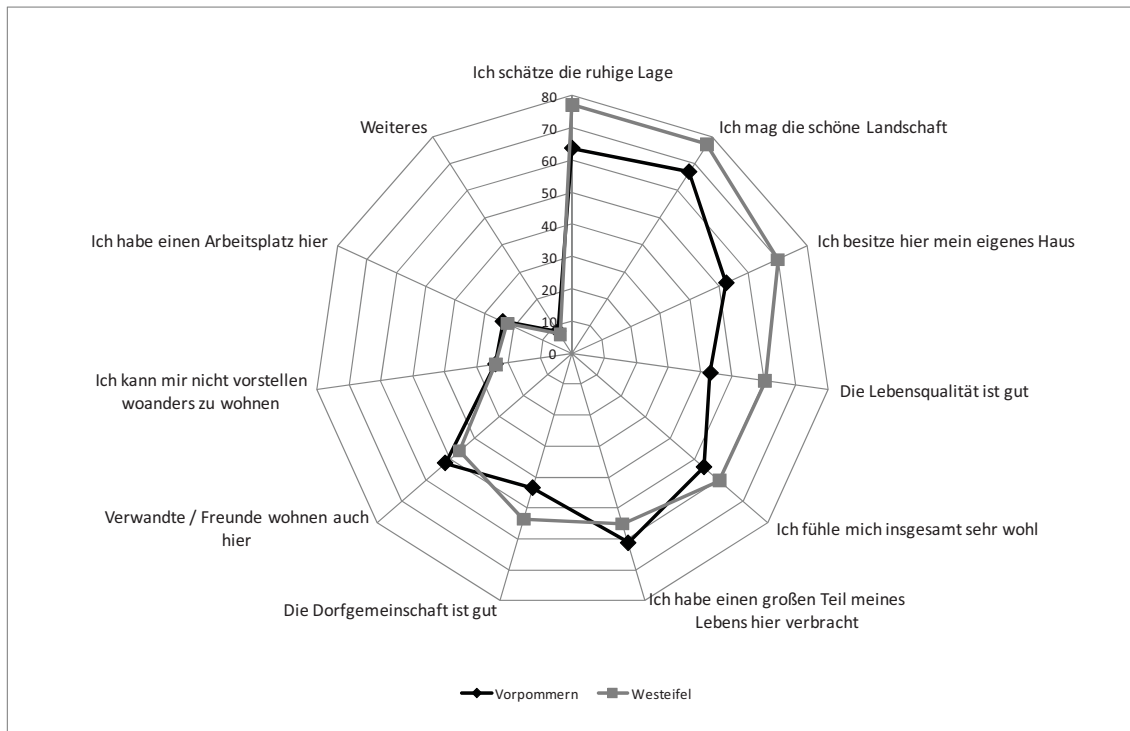
## Abbildung 7

### Gründe der befragten Bewohner in der Region zu verbleiben

(geschlossene Frage, Mehrfachantworten, angegeben ist der Prozentsatz der Personen, die den jeweiligen Aspekt genannt haben,

Westeifel: n=270/1494 Antworten; Vorpommern: n=271/1334 Antworten)

Quelle: eigene Erhebung



Bei den Motiven für einen Wegzug gaben 30 % aus beiden Regionen spontan an, es gebe keinen einzigen Grund für sie abzuwandern<sup>2</sup>. Dieses Ergebnis kann aus zweierlei Perspektiven interpretiert werden. Zum einen könnte dies auf ein ausgesprochen großes Beharrungsvermögen der Bewohner und ihre Verbundenheit mit der Region zurückzuführen sein; diese Deutung wird durch die Motive zum Verbleib (Abb. 7) unterstützt. Zum anderen kann gemutmaßt werden, dass die mobile Bevölkerung bereits abgewandert ist und die noch dort lebenden Menschen nicht mehr migrationswillig sind<sup>3</sup>.

Die Motive zum Wegzug aus der Region (Abb. 8) deuten erste entscheidende Unterschiede zwischen den Untersuchungsregionen an. In Vorpommern stehen deutlich arbeitsplatzgebundene Gründe wie "keine Aussicht auf Arbeit" (40 %) oder "eine zu große Entfernung zum Arbeitsplatz" (22 %) für einen potenziellen Wegzug hervor. Alle weiteren Argumente treten stark in den Hintergrund. In der Eifel hingegen sind die Gründe sehr viel breiter verteilt. Am häufigsten wurde geantwortet, dass



eine ungenügende Versorgungsstruktur zum Wegzug veranlassen könnte (22 %). An zweiter Stelle wurde auch hier "Keine Aussicht auf Arbeit" angeführt, allerdings nur von 17 % der Befragten.

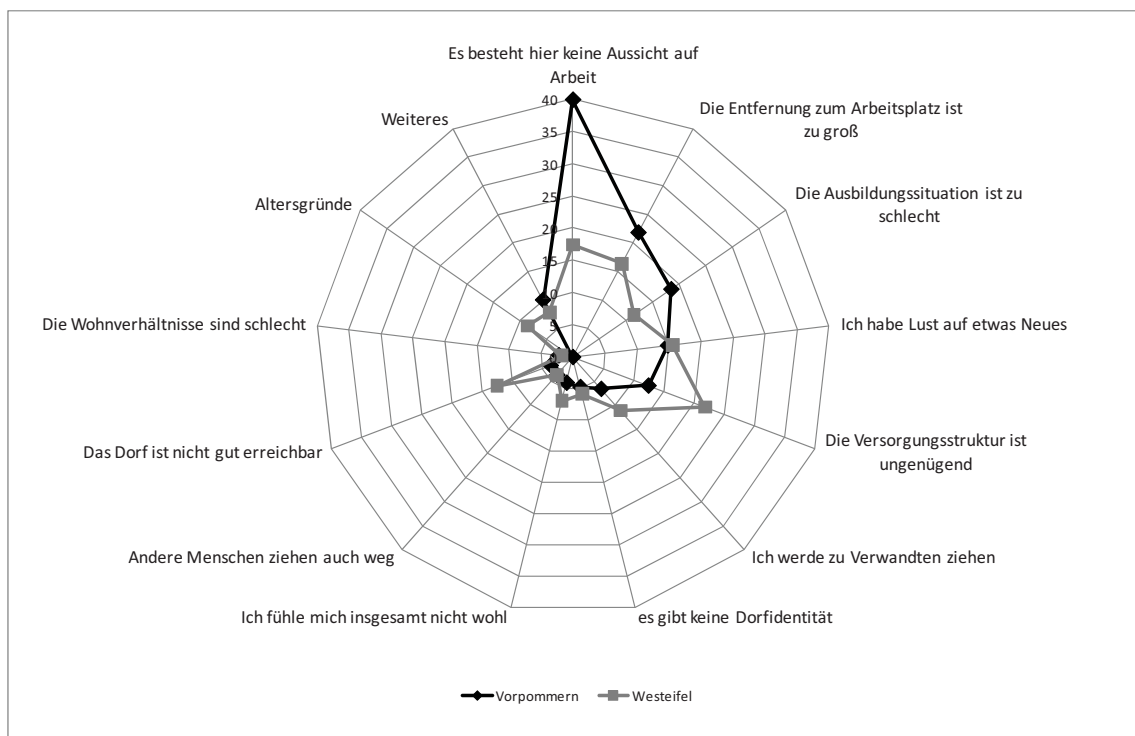
**Abbildung 8**

**Gründe der befragten Bewohner aus der Region wegzuziehen**

(geschlossene Frage, Mehrfachantworten, angegeben ist der Prozentsatz der Personen, die den jeweiligen Aspekt genannt haben,

Westeifel: n=270/463 Antworten; Vorpommern: n=271/468 Antworten)

Quelle: eigene Erhebung



Als Gemeinsamkeit der Westeifel und Vorpommerns kann festgehalten werden, dass es sich um Räume handelt, die sich bereits seit mehreren Jahrzehnten entleeren und dass dieser Trend auch in Zukunft anhalten wird – mit allen negativen Konsequenzen für die Bevölkerungsstruktur und den Abbau der Infrastruktur. Die Menschen, die auf dem Land leben, sind jedoch von ihrem Wohnstandort überzeugt und aus ihrer Sicht überwiegen die Vorteile. Das Bild der Untersuchungsregionen wird jedoch sehr viel differenzierter, wenn man auch die Unterschiede betrachtet.



## 3.2 Unterschiede

Zur Analyse der Unterschiede wird zunächst erneut ein Vergleich wichtiger Sekundärdaten vorgenommen, um naturräumliche, raumstrukturelle und sozioökonomische Gegensätze aufzudecken. Eine weitere Differenzierung erfolgt anhand der Aspekte Dorfgemeinschaft, Immobiliensituation und Zukunftserwartung der befragten Einwohner.

### 3.2.1 Allgemeine Strukturen

Unterschiede sind zunächst hinsichtlich des Landschaftscharakters festzustellen. Das Vorpommersche Binnenland gehört zur Großlandschaft des norddeutschen Tieflandes und ist abgesehen von einigen Endmoränenzügen durch Höhen um 20 bis 50 m ü. NN geprägt. Es handelt sich um eine flachwellige, waldarme Grundmoränenlandschaft, die durch weiträumige, strukturarme Ackerflächen geprägt wird. Die Westeifel hingegen präsentiert sich teils als walddreiche, teils als grünlandgeprägte Kulturlandschaft mit Höhen um 400-540 m ü. NN. Im Norden des Mittelgebirgszuges, der zum devonischen Rheinischen Schiefergebirge zählt, dominieren Hochflächen mit tief eingeschnittenen Flusstälern. Im Süden schließt sich das waldarme Gutland an, eine kuppige Landschaft, die wegen der günstigen Boden- und Klimaverhältnisse vom Ackerbau geprägt ist (vgl. DOERING-MANTEUFFEL 1995, 15ff.). Somit erscheinen die landschaftliche Attraktivität der Westeifel größer und die naturräumlichen Voraussetzungen für den Tourismus günstiger als im eher monoton agrarisch geprägten vorpommerschen Binnenland.

Bezüglich der Zentrenreichbarkeit und Bevölkerungsdichte stellen beide Regionen Periphereräume mit sehr geringer Dichte dar. Betrachtet man jedoch die Karte des BBR zur Raumstruktur in Deutschland (BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2005, 20), so wird ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Räumen deutlich: während Vorpommern weiträumig von weiteren Periphereräumen mit sehr geringer Dichte umgeben ist, ist die Westeifel in verschiedene Zwischenräume (Großraum Trier, Saartal) und Zentralräume (Rhein-Main, Koblenz, Aachen, Rhein-Ruhr) eingebettet. Diese Raumstrukturen setzen sich in den angrenzenden Nachbarländern fort.

Ein weiterer wichtiger Unterschied ist in der Rolle der Landwirtschaft zu sehen. Während in der Westeifel Familienbetriebe mit durchschnittlich 41 ha überwiegen und mit ihrer Infrastruktur die Dörfer deutlich prägen (STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009), wird die Landwirtschaft in Vorpommern vorwiegend von überregional oder sogar international organisierten Großbetrieben mit durchschnittlich 284 ha dominiert und völlig losgelöst von den Dörfern organisiert. Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung in Vorpommern lebt weder direkt noch indirekt von einer Tätig-



keit im primären Sektor, wodurch sich die landwirtschaftliche Funktion in den Dorfstrukturen nur noch vereinzelt niederschlägt (vgl. HAUSS et al. 2006, 34, BEETZ et al. 2008, 301, STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007).

Darüber hinaus sind bedeutsame sozioökonomische Gegensätze zu konstatieren. Der regionalwirtschaftliche Entwicklungsstand wird für die Eifel als "durchschnittlich" und für Vorpommern als "deutlich unterdurchschnittlich" eingestuft (vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2005, 151, GLASER, GEBHARDT und SCHENK 2007, 74). Dies schlägt sich auch drastisch in den Arbeitslosenzahlen nieder: die Quote schwankt in den vorpommerschen Landkreisen zwischen 17 % und 23 %, während sie im Eifelkreis Bitburg-Prüm bei nur knapp 5 % liegt. Dies ist in erster Linie auf die Nähe zu Luxemburg zurückzuführen, wo zahlreiche Bewohner der Westeifel einen gut bezahlten Arbeitsplatz gefunden haben. Auch beim Schuldenstand befindet sich die Eifel in einer besseren Position. Die Untersuchungsgemeinden sind hier mit durchschnittlich 302 Euro pro Einwohner verschuldet, in Vorpommern dagegen mit 1770 Euro (vgl. STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007, STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009).

Aus dieser Gegenüberstellung wird bereits deutlich, dass die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Regressionsprozesse wirksam werden, sehr verschieden sind, und dass sich die Westeifel in einer stabileren Position befindet. Die Unterschiede sollen im Folgenden anhand von drei Aspekten vertieft werden, die nach Erachten der Verfasserin grundlegend für die weitere Entwicklung sind: die Dorfgemeinschaften, die Immobiliensituation und die Zukunftseinschätzung der Bevölkerung.

### 3.2.2 Die Dorfgemeinschaften

Betrachtet man die Dorfgemeinschaften, so zeigen sich eklatante Gegensätze zwischen den Untersuchungsräumen. Auch hier wurden die Einwohner in den Untersuchungsgemeinden im Rahmen der Befragung gebeten, einigen Aussagen zur Dorfgemeinschaft zuzustimmen oder diese abzulehnen (Abb. 9).

Mehr als die Hälfte der Befragten in Vorpommern stimmt der Aussage zu, dass sich das Zusammenleben in den letzten 10 Jahren verschlechtert hat. Im Gegensatz dazu ist nur ein Fünftel der Befragten in der Eifel dieser Ansicht. Darüber hinaus bestätigt fast die Hälfte der Befragten in Vorpommern, dass es soziale Spannungen im Dorf gibt, knapp ein Viertel sagt sogar aus, dass sich die Bewohner aus dem Weg gehen. In der Westeifel bewegen sich die Werte bei beiden Aussagen deutlich darunter. Schließlich bejahten nur 64 % in Vorpommern, dass der Zusammenhalt der



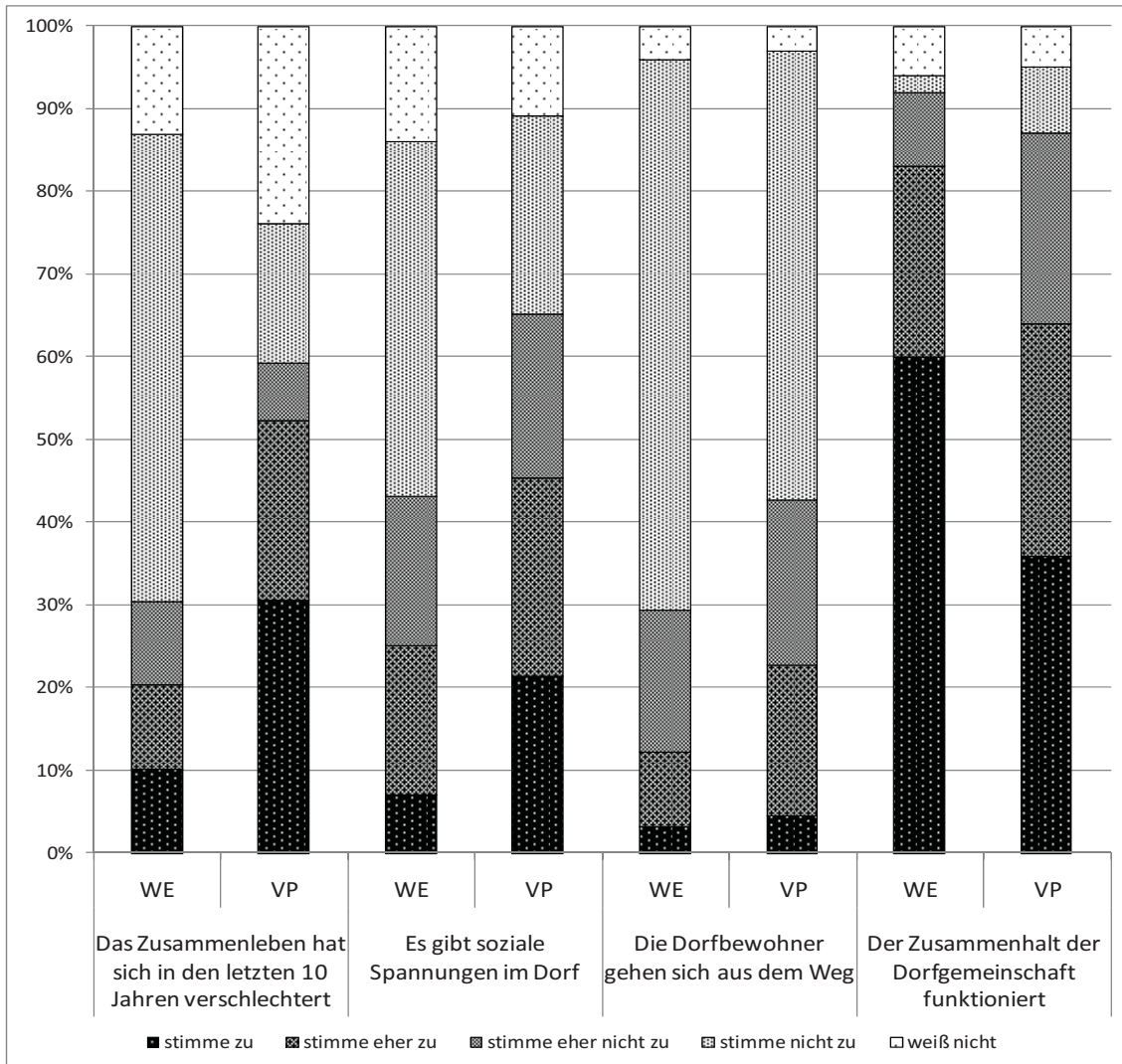
Dorfgemeinschaft funktioniere. In der Westeifel sind dagegen 83 % dieser Meinung.

**Abbildung 9**

**Beurteilung der Dorfgemeinschaft durch die Bewohner**

Westeifel (WE): n=270; Vorpommern (VP): n=271

Quelle: eigene Erhebung



Bezieht man die Aussagen der Bürgermeister mit ein, verschärft sich das problematische Bild der Dorfgemeinschaften in Vorpommern noch weiter. Die folgenden Zitate verdeutlichen die Situation:

"Egoismus und Neid haben zugenommen" (Koblentz)

"Viele Menschen [...] verfallen dem Alkoholismus" (Schönfeld)



Es gibt "negative Emotionen, Unsicherheit und wenig Freude" (Glasow)

"Jeder kämpft für sich" (Gültz)

Nach Aussage der Experten aus Vorpommern leiden in den Dörfern vor allem traditionelle Werte und kommunales Engagement unter dieser Situation. Grundtenor der Gespräche war, dass das Dorfleben durch ein reduziertes Gemeinschaftsleben und eine Auflösung des solidarischen Verhaltens geprägt ist (vgl. hierzu auch HERRENKNECHT 1995, 54 ff). Dies ist vor allem deshalb problematisch, da von solchen Dorfgemeinschaften nur selten positive Impulse und Eigeninitiative ausgehen. Gerade an diesem Punkt bietet sich regressiven Degradationsprozessen eine große Angriffsfläche. Zahlreiche Studien haben belegt, dass die Eigeninitiative der Menschen vor Ort unerlässlich ist, um ein Dorf wieder zu beleben (vgl. stellvertretend STÖBER 2006).

In der Westeifel hingegen stellen die Dorfgemeinschaften kein Thema dar, welches für die Bürgermeister besonders wichtig gewesen wäre. Es gibt lediglich in drei der Untersuchungsgemeinden Streitigkeiten. In einem Fall haben diese einen – im Vergleich zu Vorpommern – trivialen Grund, nämlich den Bau einer Grillhütte. In den beiden anderen Fällen geben Flurbereinigungsverfahren Anlass zu Kontroversen.

Dieser Unterschied spiegelt sich auch in der qualitativen Bewertung der Grundstimmung der Untersuchungsgemeinden wider, die durch die Bürgermeister vorgenommen wurde. In der Westeifel wird sie für 56 % der Gemeinden als positiv und für weitere 32 % als mittelmäßig eingestuft. In Vorpommern hingegen wird sie für 73 % der Gemeinden als negativ bewertet (Tab. 1).

**Tabelle 1**

**Bewertung der Grundstimmung in den Untersuchungsgemeinden durch die Bürgermeister**

Quelle: eigene Erhebung

	<b>Vorpommern (11 Gemeinden)</b>	<b>Westeifel (22 Gemeinden)</b>
<b>positiv</b>	9,1 %	54,6 %
<b>mittelmäßig</b>	18,2 %	31,8 %
<b>negativ</b>	72,7 %	13,6 %



### 3.2.3 Immobiliensituation

In beiden Regionen ist der Immobilienmarkt starken Wandlungsprozessen ausgesetzt. Jedoch laufen die Entwicklungen in ihrer Grundtendenz in entgegengesetzte Richtungen.

In Vorpommern ist ein deutlicher Angebotsüberhang auf dem Wohnungsmarkt zu konstatieren. Während massiver Leerstand vor allem in den aus Betonfertigteilen hergestellten Neubauten der DDR-Zeit festzustellen ist (Abb. 10), unterliegen die Einfamilienhäuser einem drastischen Wertverlust. Die befragten Experten bewerten die Situation folgendermaßen:

"Die Auswirkungen des demographischen Wandels sind stark spürbar: der Bevölkerungsrückgang zieht Preisabschläge bis zu 50 % nach sich" (Immobilienmakler Neubrandenburg).

"Durch die Abwanderung der jungen Menschen kommt es speziell in den ländlichen Regionen zum Leerstand. Nur durch Abrisse von Häusern können die Mietpreise erhalten werden" (Immobilienmakler Neubrandenburg).

"Die Leerstände sind oftmals in einem solch desolaten Zustand, dass nur noch ein Abriss in Betracht gezogen werden kann" (Bürgermeisterin Voigtsdorf).

Betrachtet man die Untersuchungsgemeinden in Vorpommern, so ist offensichtlich, dass Leerstände das Erscheinungsbild der Dörfer beeinträchtigen und eine Atmosphäre von Verfall und Perspektivlosigkeit suggerieren (Abb. 10/11). Es handelt sich zwar noch um Einzelobjekte, aber der Niedergang ist auffällig und in nahezu allen Dörfern präsent. Immer wieder trifft man auf Häuser, an denen die Verkaufsschilder bereits bis zur Unkenntlichkeit verblasst sind oder sogar durch ein "Betreten der Baustelle verboten"-Schild ersetzt wurden, um Kinder vor den Gefahren der maroden Bausubstanz zu schützen.

Auch in der Westeifel sind durchaus verfallende Häuser in den Dörfern vorzufinden, wobei diese jedoch deutlich weniger verbreitet sind. Ein Prozess, der für die Eifel weitaus charakteristischer ist, ist die Renovierung von Häusern, wodurch Immobilien im Dorfkern erhalten werden. Darüber hinaus sind auch Neubauten von Einfamilienhäusern zu beobachten. Die Erklärung hierfür bieten die folgenden Äußerungen:

"Wenn ein Haus leer steht, wird es bedingt durch die Grenznahe sofort neu bezogen" (Bürgermeister Sevenig/Our).

"Leer stehende Häuser sind schnell verkauft" (Bürgermeister Zweifelscheid).



**Abbildung 10**  
**Zum Rückbau vorbereiteter**  
**Geschossbau in Groß Luckow**  
**(Vorpommern)**



**Abbildung 11**  
**Verfallendes Haus mit defektem Dach**  
**in Schönhausen (Vorpommern)**



**Abbildung 12**  
**Werbeplakat für ein Neubaugebiet in**  
**Roth a.d. Our (Westeifel)**



**Abbildung 13**  
**In Renovierung befindliches Haus**  
**in Mael (Westeifel)**



**Abbildung 14**  
**Neuer Ferienwohnsitz in Kinzenburg**  
**(Westeifel)**





"Je schneller in Luxemburg, desto teurer das Grundstück" (HENTSCHEL 2008).

Es sind insbesondere Personen aus den Nachbarländern Luxemburg und Niederlande, aber auch aus dem Großraum Köln-Bonn, die alte Häuser in der Westeifel entweder aufkaufen und renovieren oder neu bauen (Abb. 13/14). Dabei sind nach Aussage der Bürgermeister vor allem zwei Gruppen voneinander zu unterscheiden. Die erste umfasst Altersruhesitzmigranten, die die Landschaft und den Mittelgebirgscharakter schätzen. Die zweite Gruppe wird von Zuwanderern aus Luxemburg gebildet, die mit ihren Familien aufgrund der niedrigen Grundstückspreise in die Westeifel ziehen.

Dadurch entwickeln sich einige deutsche Gemeinden in unmittelbarer Grenznähe, wie z.B. Roth an der Our, zu regelrechten Vororten von Luxemburg. Dass dieser Prozess bewusst forciert wird, ist an den Werbeplakaten für neue Wohnbaugebiete zu erkennen. Diese richten sich explizit, zum Teil auch in französischer Sprache, an die wohlhabende Luxemburger Klientel. Im Plakat auf Abbildung 12 wird beispielsweise auf die gute Lage zu Luxemburger Städten und auf die gute Anbindung an den Luxemburger ÖPNV hingewiesen. Allerdings können nach Aussage der befragten Experten von diesem sogenannten "Luxemburg-Effekt" lediglich Dörfer in Grenznähe profitieren. Ab einer Entfernung von 15 bis 20 Kilometer zur Grenze ebbt das Phänomen deutlich ab. Dass die Integration der Zugewanderten in die alteingesessene Dorfgemeinschaft bisweilen problembehaftet ist, haben die Experten anklingen lassen. Aber insgesamt betrachtet stellt dieser Prozess einen Gewinn und eine Neubelebung für die ländlichen Siedlungen der Westeifel dar.

Ein Effekt, der vor allem durch die Zuwanderung der Luxemburger ausgelöst wurde, ist der beachtliche Anstieg der Grundstückspreise in grenznahen Ortschaften. Hier sticht insbesondere das verkehrsgünstig gelegene Roth an der Our hervor, von wo aus wichtige luxemburgische Städte gut erreicht werden können. Der Bodenrichtwert für baureifes Land beträgt hier im Neubaugebiet € 100, im alten Ortskern hingegen nur € 30. Auch in anderen nahe der Grenze gelegenen Dörfern fallen die hohen Werte auf. Allerdings lässt sich das Phänomen der erhöhten Bodenrichtwerte ausschließlich unmittelbar an der Grenze und in verkehrsgünstig gelegenen Ortschaften feststellen. In peripheren Gemeinden der Westeifel werden hingegen Minimalwerte von nur € 10 erreicht.

Die Bodenrichtwerte in Vorpommern bewegen sich sogar noch deutlich unter jenen der Westeifel und betragen im Schnitt sogar nur € 7,60 pro Quadratmeter. In Schönfeld wird ein Minimalwert von € 3 erreicht. Lediglich in Buchholz, das am südlichen Ausläufer der Müritz gelegen ist, beträgt der Bodenrichtwert € 13. Damit liegt jedoch der höchste in den vorpommer-



schen Untersuchungsgemeinden erreichte Wert noch immer € 2 unter dem Durchschnitt der Westeifel<sup>4</sup>.

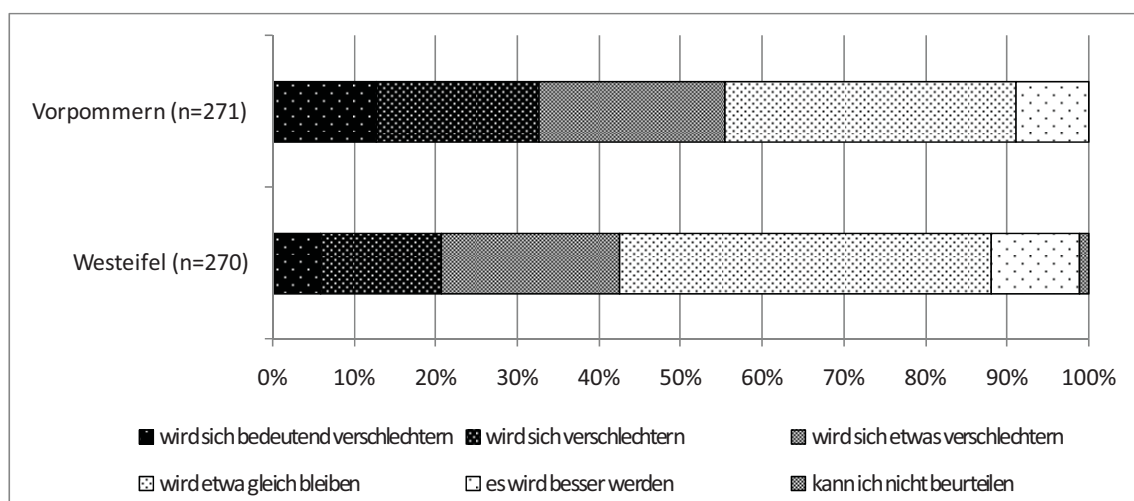
Während also in Vorpommern die Immobiliensituation einen deutlichen Indikator für die aktuell ablaufenden Regressions- und Entleerungsprozesse darstellt, ist dies in der Westeifel nicht der Fall. Hier können frei werdende Immobilien vielerorts an Zuwanderer und Altersruhesitzmigranten verkauft werden, wodurch die ländlichen Siedlungen belebt und stabilisiert werden, wengleich durch diese Prozesse die Immobilienpreise und Bodenrichtwerte zum Teil stark ansteigen.

### 3.2.4 Zukunftserwartungen

Als letzter Aspekt des Vergleichs werden die Zukunftserwartungen der Befragten betrachtet. Die Bewohner wurden gebeten einzuschätzen, wie sich die Gesamtsituation ihrer Gemeinde in Zukunft entwickeln wird (Abb. 15). Insgesamt 56 % der Befragten aus Vorpommern befürchten eine Verschlechterung, wobei 13 % sogar davon ausgehen, dass sich die Situation erheblich verschlechtern wird. Hingegen erwarten nur 43 % der Befragten in der Eifel eine Verschlechterung. Knapp die Hälfte geht hier davon aus, dass alles bleibt, wie es ist. Die Aussage, dass sich die Situation verbessern wird, fand in keiner der beiden Regionen große Zustimmung. Insgesamt gesehen zeigt sich aber in der Eifel eine deutlich positivere Zukunftseinstellung.

**Abbildung 15**  
**Zukunftserwartungen der befragten Bewohner: Aussagen zur zukünftigen Entwicklung der Gesamtsituation in der Gemeinde (Angaben in Prozent)**

Quelle: eigener Entwurf





Bei der Benennung der größten Probleme, die es zu bewältigen gilt, gehen die Meinungen ebenfalls auseinander (Tab. 2). In Vorpommern benannten 70 % der Befragten "fehlende Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit" als größtes Problem der Region. Dieser für Vorpommern derart herausstechende Aspekt findet in der Eifel hingegen kaum Beachtung. Weit abgeschlagen folgen in Vorpommern die Infrastruktursituation sowie die Abwanderung und Alterung der Gesellschaft. Die Eifel-Befragten sind weniger eindeutig bei der Problembenennung. Bei ihnen führt der demographische Wandel die Liste an, der von einem Viertel der Befragten als Problem genannt wird. Darauf folgen die Dorfgemeinschaft und die Infrastruktursituation. Die Sorge um die Dorfgemeinschaft bezieht sich auf die Überalterung und das Fehlen von Kindern, was von vielen Einwohnern als Befürchtung geäußert wird.

Weiterhin sollten die Befragten einschätzen, wie sich die Bevölkerungszahl ihrer Gemeinde in den nächsten 25 Jahren verändern wird. Auch hier ist in der Westeifel ein größerer Optimismus festzustellen; denn nur 68 % der Westeifel-Befragten – im Vergleich zu 85 % der Befragten in Vorpommern – erwarten eine weitere Abnahme. In der Eifel gehen sogar 17 % von einer Zunahme der Bevölkerungszahl aus; in Vorpommern sind nur 7 % dieser Ansicht.

## Tabelle 2

### Die größten Probleme in der Region aus Sicht der Befragten (Angaben in Prozent)

(offene Frage, Mehrfachantworten, angegeben ist der Prozentsatz der Personen, die den jeweiligen Aspekt genannt haben,

Westeifel: n=270/311 Antworten; Vorpommern: n=271/415 Antworten)

Quelle: eigener Entwurf

Vorpommern		Westeifel	
Fehlende Arbeitsplätze / Arbeitslosigkeit	70	Demographischer Wandel	25
Infrastruktursituation	21	Dorfgemeinschaft	19
Demographischer Wandel	14	Infrastruktursituation	13

Die Einwohner wurden weiterhin befragt, was ihrer Ansicht nach die Gründe für den zu erwartenden Bevölkerungsrückgang seien (Tab. 3). Betrachtet man erneut die drei häufigsten Nennungen, so wird deutlich, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach Ansicht der Bewohner eine große Rolle spielen.



**Tabelle 3**

**Die drei meist genannten Gründe für den weiteren Bevölkerungsrückgang**

(offene Frage, Mehrfachantworten, angegeben ist der Prozentsatz der Personen, die den jeweiligen Aspekt genannt haben,

Westeifel: n=270/311 Antworten; Vorpommern: n=271/415 Antworten)

Quelle: eigener Entwurf

<b>Vorpommern (n=662)</b>		<b>Westeifel (n=563)</b>	
Arbeitsplatz- und Ausbildungssituation	36,3	Arbeitsplatz- und Ausbildungssituation	42,3
Mangelnde Perspektiven	22,2	Zu wenig Nachkommen	18,1
Die Wende	11,0	Abgelegene, randliche Lage des Dorfes	11,9

In beiden Regionen steht die Arbeitsplatz- und Ausbildungssituation an erster Stelle der Gründe für eine Abwanderung aus der Region, und sie wird maßgeblich dafür verantwortlich gemacht, dass vor allem jüngere Einwohner wegziehen müssen. In Vorpommern werden schließlich als weitere Gründe "mangelnde Perspektiven" und "Die Wende" genannt. In der Westeifel hingegen sind es eher die als klassisch zu erachtenden Probleme des peripheren ländlichen Raumes, die genannt werden, nämlich "zu wenige Nachkommen" und die "periphere Lage des Dorfes".

Generell lässt sich festhalten, dass die Befragten in Vorpommern ihre Zukunft pessimistischer einschätzen als die Eifelbewohner. Dies zeigt, dass die Selbstwahrnehmung in Vorpommern negativer ist und dass die Chancen, ideale Lebensentwürfe zu verwirklichen, als recht gering beurteilt werden. Dies wird auch an der Einschätzung deutlich, dass mangelnde Perspektiven für den Bevölkerungsrückgang verantwortlich seien.

**4 Ergebnis der vergleichenden Analyse**

Die empirische Erhebung und der Vergleich der Sekundärstatistiken haben gezeigt, dass in beiden Regionen durchaus vergleichbare Problemlagen existieren. Gemeinsamkeiten bestehen hinsichtlich der dezentralen, kleinteiligen Siedlungsstruktur und dem weitmaschigen Netz zentraler Orte. Darüber hinaus wurden sowohl die Westeifel als auch Vorpommern von zwei wichtigen Komponenten des demographischen Wandels erfasst, nämlich einer altersstrukturellen Verschiebung mit unverkennbarer Überalterungstendenz und einem deutlichen Bevölkerungsrückgang. Diese Faktoren haben sich bereits in einem Abbau von Dienstleistungen bzw. Infrastruktur niedergeschlagen. Aber trotz der daraus resultierenden Beeinträchtigung



der Lebensqualität sind nur kleine Teile der Bevölkerung geneigt abzuwandern.

Diese Gemeinsamkeiten bilden einen Rahmen, innerhalb dessen zwischen den beiden Regionen weiter differenziert werden muss. Es sind nämlich markante Unterschiede festzustellen, die jeweils anders geartete Prozesse der Siedlungsregression und Peripherisierung ausgelöst haben. Vor allem in folgenden drei Punkten sind wesentliche Gegensätze zu konstatieren:

1. Zum einen bedingt die großräumliche Verflechtung der Regionen einen unterschiedlichen Grad an Peripheralität und damit bessere bzw. schlechtere Voraussetzungen für die Teilhabe an positiven Entwicklungseffekten. Beide Untersuchungsräume liegen auf einer europäischen Achse von Problemregionen, die sich von Vorpommern über die Eifel, das französische Zentralmassiv bis nach Kastilien zieht (vgl. DIERCKE WELTATLAS 2008, 85). Aber die Westeifel liegt auch in relativer Nähe zu verdichteten und wirtschaftsstarken Regionen und kann somit durch Migrations- und Pendelbewegungen von ihren Nachbarländern und -regionen profitieren. Die Westeifel selbst ist zwar als "Schwächezone" zu bezeichnen, doch erscheint sie großräumig deutlich besser eingebettet als Vorpommern.
2. Hinzu kommt die unterschiedliche Natur- und Kulturlandausstattung, die gerade für die Westeifel einen Vorteil darstellt. Die abwechslungsreiche Mittelgebirgs-Kulturlandschaft zieht Familien und Altersruhesitzmigranten an, die durch ihren Zuzug einen Beitrag zum Erhalt der Dorfstrukturen leisten.
3. Schließlich bewirken die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterschiedlich starke Peripherisierungsprozesse, wobei vor allem Vorpommern benachteiligt ist.

Diese Aspekte werden im Folgenden anhand einer Synthese für beide Regionen verdeutlicht.

#### **4.1 Westeifel**

In der Westeifel sind viele negative Effekte der Siedlungsregression festzustellen. Sie reichen von der Überalterung der Bevölkerung bis hin zum Abbau und der Konzentration der Infrastruktur. Darunter befinden sich allerdings zwei Effekte, die in Kombination mit günstigen strukturellen Voraussetzungen, die Regression verlangsamt haben (Abb. 16).

1. Zum einen sind dies die niedrigen Grundstücks- und Immobilienpreise, die im Zusammenhang mit der Lagegunst der Westeifel Vorteile für Familien aus Luxemburg bringen, da sie vergleichsweise



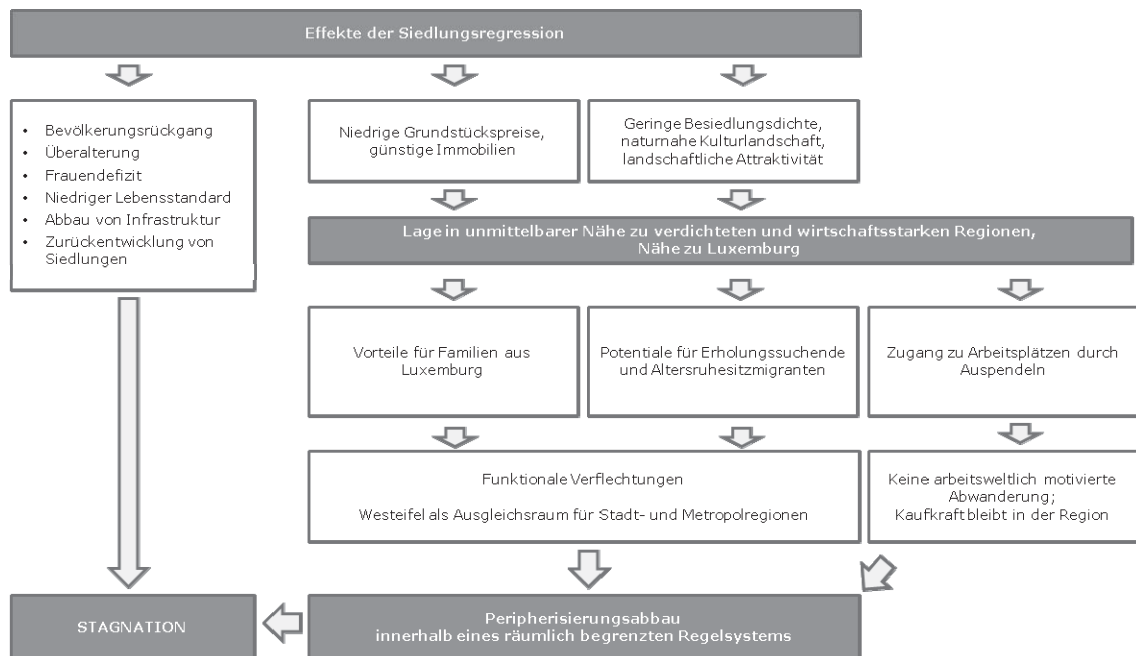
preiswert und in Nähe zu ihrer Heimat ein Eigenheim erwerben oder bauen können.

- Zudem begünstigen die periphere Lage und die geringe Besiedlungsdichte eine naturnahe Kulturlandschaft. In Kombination mit der landschaftlichen Attraktivität der Mittelgebirgsregion stellt dies ein entscheidendes endogenes Potenzial für den erholungs-orientierten Freizeitverkehr und die Altersruhesitzmigration dar.

### Abbildung 16

#### Prozesse und Effekte der Siedlungsregression in der Westeifel

Quelle: eigener Entwurf



Regressionseffekte, die in anderen Regionen weitere negative Auswirkungen nach sich ziehen, konnten in der Westeifel funktionale Verflechtungen mit Stadt- und Metropolregionen initiieren. So wurden durch Siedlungsregression Freiräume für neue Nutzungen und neue Bevölkerungsgruppen geschaffen. Infolgedessen wurden in der Region Peripherisierungseffekte abgemildert und die Regressionsphase von einer relativen Stabilitätsphase abgelöst.

Die Lage im deutsch-luxemburgischen Grenzraum und insbesondere die Nähe zu Agglomerationsräumen stellt für die Westeifel einen entscheidenden Standortfaktor dar, von dem nicht nur die freizeit- und tourismus-orientierten Besucher, sondern auch die arbeitsweltlich motivierten



Auspendler profitieren (Abb. 16). Gerade durch die Auspendlerströme wird der positive Effekt erzielt, dass Kaufkraft in der Region verbleibt, da die an anderer Stelle erzielten Einkommen zumindest zum Teil in der Heimatregion ausgegeben werden. Die Lage im Grenzraum hat zudem den entscheidenden Effekt, dass die in der Westeifel lebenden Menschen auch in Erwerbspositionen des tertiären und quartären Sektors, etwa den Luxemburger Banken, eine Anstellung finden und daher nicht durch berufliche Gründe zur Abwanderung gezwungen sind. Begünstigt wird dies durch die praktisch fehlende Sprachbarriere zwischen Deutschland und Luxemburg.

Der entscheidende Standortfaktor der Westeifel ist somit die trotz ihrer peripheren Lage gegebene relative Nähe zu bevölkerungsreichen und zum Teil auch prosperierenden Regionen im In- und Ausland. Als problematisch ist jedoch die dadurch bedingte Abhängigkeit der Westeifel von exogenen positiven Einflüssen zu erachten. Sollte Luxemburg als Arbeitsmarkt wegbrechen und das Interesse der Einwohner der umgebenden Verdichtungsräume an der Westeifel als Wohn- und Freizeitraum nachlassen, so kann dies nachteilige und entwicklungshemmende Auswirkungen auf die Region haben.

## 4.2 Vorpommern

Die Situation in Vorpommern hingegen ist geprägt durch eine langfristige Verfestigung von Strukturdefiziten mit entsprechenden Folgen für die in der Region lebenden Menschen. Es handelt sich um eine wechselseitige Verstärkung räumlicher, sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten.

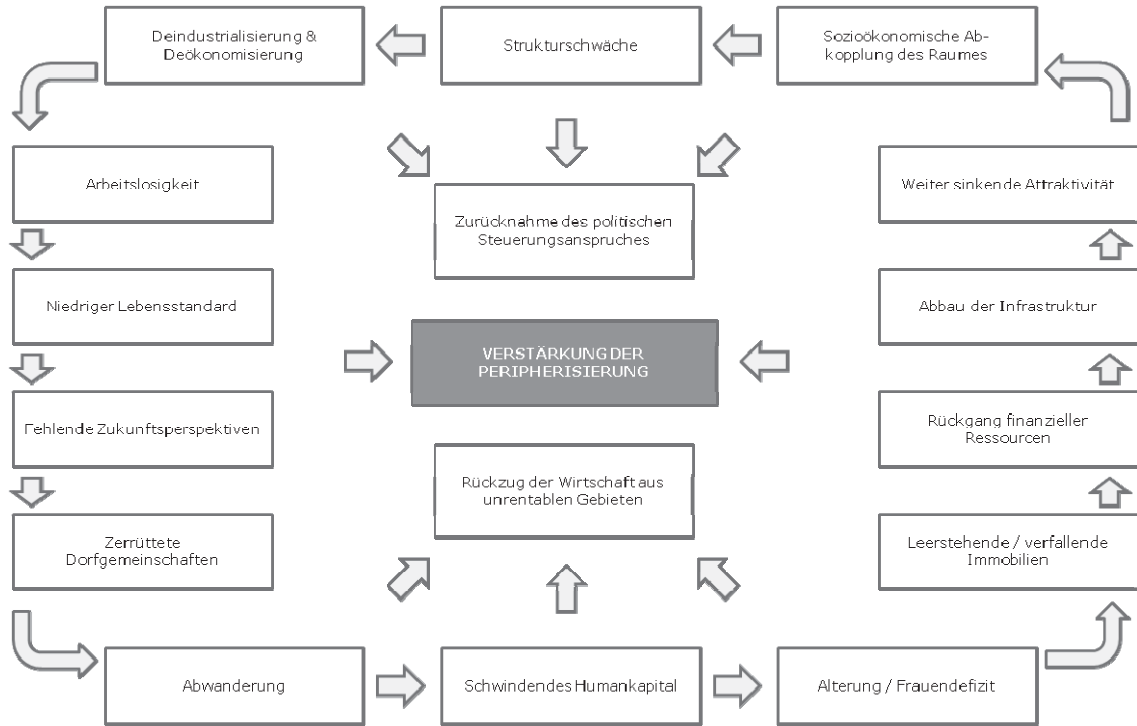
Die Ursache ist vor allem in dem durch die Wende eingeleiteten Deökonomisierungs- und Deindustrialisierungsprozess zu suchen, der mit der ohnehin existenten Strukturschwäche der Region zu Arbeitslosigkeit, einem niedrigen Lebensstandard, fehlenden Zukunftsperspektiven und zerrütteten Dorfgemeinschaften geführt hat (vgl. REICHERT-SCHICK 2008, 46). Dies wiederum hatte massive Abwanderungen zur Konsequenz, aus denen ein schwindendes Humankapital, eine Überalterung der Gesellschaft, leer stehende Immobilien sowie der Abbau der Infrastruktur resultierten (Abb. 17).



**Abbildung 17**

**Prozesse und Effekte der Siedlungsregression in Vorpommern**

Quelle: eigener Entwurf



Dadurch sinkt die Attraktivität der Region beständig. Die Wirtschaft zieht sich von unrentablen Standorten zurück, und selbst die Politik stellt ihren Steuerungsanspruch in Form der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Frage (vgl. PÜTZ und SPANGENBERG 2006). Deutlich wird dies auch in den immer wiederkehrenden Debatten um Abzugsprämien (vgl. PREUB 2007) oder dem Vorschlag des Berlin-Instituts, dass diese sogenannten verlorenen Räume nicht mehr gefördert werden sollten (vgl. BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG 2009). Die Siedlungsregression mit ihren Peripherisierungsprozessen hat demnach in Vorpommern eine sozioökonomische Abkopplung initiiert, die mit einem Verlust der Teilhabechancen und einer Verengung der Handlungsspielräume der Bewohner einhergeht (vgl. KEIM 2006, NEU 2006). Vorpommern ist somit ein Beispiel dafür, dass Siedlungsregression in einen kumulativen Schrumpfungsprozess münden kann.

Vorpommern unterliegt auf mehreren Ebenen einem Peripherisierungsprozess und ist durch eine hohe Abhängigkeit gekennzeichnet. Es besteht daher die Gefahr, dass die Region um einer vermeintlich wirtschaftlichen Effizienz willen voreilig abgeschrieben wird. Viele Beispiele haben jedoch gezeigt, dass "als hoffnungslos zurückgeblieben eingestufte Räume sich





wider Erwarten hervorragend entwickeln" (vgl. HEINRICHS 2006, 653). Die staatlichen Institutionen sind demzufolge gefordert, Möglichkeiten für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung zu eröffnen (vgl. DEHNE et al. 2008, 1). Eine Chance bietet auch hier die Grenzraumlage. Vorpommern ist jedoch bislang noch nicht in der Situation, gemeinsam mit dem Nachbarland eine tragfähige Perspektive zu entwickeln. Die Region liegt zwar in unmittelbarer Nachbarschaft zum Großraum Stettin mit mittlerweile rund 500.000 Einwohnern; aber dies hat sich bislang noch nicht spürbar ausgewirkt. Auf die Intensivierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern wirkt sich nicht zuletzt die Sprachbarriere erschwerend aus. Hoffnungen bestehen indessen durch die verkehrsgeographisch günstige Lage von Stettin, dessen wirtschaftliche Basis durch die maritime Industrie, seinen Wissenschaftssektor mit den Hochschulen und nicht zuletzt seinen touristisch attraktiven Charakter. Wenn es gelingt, Stettin zu einem dynamischen Zentrum zu entwickeln, sind vermutlich auch deutlich positive Veränderungen für das deutsche Umland zu erwarten (vgl. MAACK et al. 2005).

Insgesamt betrachtet, befindet sich die Westeifel in einer stabileren Situation und in einer günstigeren räumlichen Lage, die positive Einflüsse ausübt. Zwar wird auch diese Region weiterhin altern, schrumpfen und mit einem geringen Maß an Versorgungsinfrastruktur zurechtkommen müssen, aber die Prozesse der Siedlungsregression werden sich weitaus weniger destruktiv auswirken als in Vorpommern. Allerdings bestehen auch in Vorpommern Hoffnungen aufgrund der Nachbarschaft zu Polen und dem Großraum Stettin. Es konnten bereits Beziehungen etabliert werden, aber eine nachhaltig positive Auswirkung auf die grenzüberschreitende Region bleibt bislang noch aus.

## Anmerkungen

- 1 Die Untersuchung erfolgte unter anderem im Rahmen von Forschungspraktika an der Universität Trier, an denen elf bzw. 17 Studierende partizipierten und insbesondere eine umfangreiche Einwohnerbefragung ermöglichten.
- 2 Diese Personen zählen zu der Gruppe, die ganz sicher nicht umziehen möchte (vgl. Abb. 5).
- 3 Diese Vermutung wird vor allem für die Region Vorpommern durch die Ausführungen von Weiß zur Residualbevölkerung gestützt, der er eine signifikante Sesshaftigkeit zuschreibt (WEIß 2006, 494).
- 4 Quelle: Westeifel: Gutachterausschüsse für Grundstückswerte Rheinland-Pfalz (Bodenrichtwerte online <http://www.gutachterausschuesse.rlp.de/>) – Stichtag: 01.01.2008; Vorpommern: mündliche bzw. schriftliche Auskunft der Gutachterausschüsse – Stichtag: 31.12.2008



## Literatur

ASMUTH, Tobias (2004). "Dörfer werden Wüstungen", Frankfurter Rundschau 269, 17.11.2004, 28.

BAUER, Wolfgang (2009). "Das Ende der Dörfer", Focus 44, 110-115.

BEETZ, Stephan/ Sandra HUNING/ Tobias PLIENINGER (2008). "Landscapes of Peripherization in North-Eastern Germany's Countryside: New Challenges for Planning Theory and Practice", International Planning Studies 13, 4, 295-310.

BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (2009). "Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder (Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung)". Berlin.

BÖLSCHKE, Jochen (2006). "Verlassenes Land, verlorenes Land", Spiegel online. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,404888,00.html>, abgerufen am 12.07.09).

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2000). "Raumordnungsbericht 2000". (Berichte, 7). Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005). "Raumordnungsbericht 2005". (Berichte, 21). Bonn.

DEHNE, Peter/Klaus BORCHARD/ Ulrike GRABSKI-KIERON et al. (2008). "Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung". (Positionspapier aus der ARL, 77). Hannover.

DENECKE, Dietrich (1985). "Wüstungsforschung als siedlungsräumliche Prozeß- und Regressionsforschung", Siedlungsforschung. Archäologie-Geschichte-Geographie 3, 9-35.

DIERCKE WELTATLAS (2008). Jubiläumsausgabe. Sekundarstufe 1 und 2. Braunschweig.

DOERING-MANTEUFFEL, Sabine (1995). Die Eifel. Geschichte einer Landschaft. Frankfurt/Main, New York.

GLASER, Rüdiger/Hans GEBHARDT/ Winfried SCHENK (2007). Geographie Deutschlands. Darmstadt.

HAUSS, Friedrich/Rainer LAND/ Andreas WILLISCH (2006). "Umbruch der Agrarverfassung und Zerfall der ländlichen Gesellschaft", Aus Politik und Zeitgeschichte 37, 31-38.

HEINRICH, Bernhard (2006). "Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung - eine Neujustierung, aber kein Paradigmenwechsel", Informationen zur Raumentwicklung 11/12, 653-658.



HENKEL, Gerhard (1978). "Die Entsiedlung ländlicher Räume Europas in der Gegenwart". Paderborn.

HENTSCHEL, Uwe (2008). "Aufmerksamer Blick in die Nachbarschaft". In: Volksfreund.de. 10.06.2008.  
(<http://www.lokalo.de/zeitung/3879/Aufmerksamer-Blick-in-die-Nachbarschaft>, abgerufen am 19.04.2008).

HERRENKNECHT, Albert (1995). "Der Riß durch die Dörfer – Innere Umbrüche in den Dörfern der neuen Bundesländer". In: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.). Dorf- und Regionalentwicklung in den neuen Bundesländern. Beiträge aus der Praxis. (= ASG - Kleine Reihe, 54). Göttingen,

KEIM, Karl-Dieter (2006). "Peripherisierung ländlicher Räume – Essay", Aus Politik und Zeitgeschichte 37, 3-7.

KOCKS, Martina (2004). "Infrastruktur und demographischer Wandel: Die Anpassung managen", LEADER Forum 2, 25-27.

MAACK, Klaus/Martin GRUNDMANN/Jesco KREFT et al. (2005). "Wachstumspol Stettin und Auswirkungen auf die Entwicklung der deutsch-polnischen Grenzregion". (= edition der Hans-Böckler-Stiftung 132). Düsseldorf.

NEU, Claudia (2006). "Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung", Aus Politik und Zeitgeschichte 37, 8-15.

PETERS, Rolf-Herbert/Jörg GLAESCHER, (2007). "Lasst die Wölfe rein!", Stern 13, 184-191.

PREUß, Marie (2007). "Abzugsprämie soll Dörfer entvölkern". In: Spiegel online. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,505510,00.html>, abgerufen am 09.11.2008).

PÜTZ, Thomas/Martin SPANGENBERG (2006). "Zukünftige Sicherung der Daseinsvorsorge. Wie viele Zentrale Orte sind erforderlich?", Informationen zur Raumentwicklung 6/7, 337-344.

REICHERT-SCHICK, Anja (2008). "Siedlungsregression und Schrumpfungprozesse ländlicher Gemeinden in Vorpommern", Europa Regional 16, 1, 36-48.

SCHWEDT, Herbert (1984). "Abwanderung und Dorfkultur". In: Schwedt, Herbert (Hrsg.). Migration und Dorfkultur. Untersuchungen in Abwanderungsregionen des Landes Rheinland-Pfalz. (= Mainzer Studien zur Sprach- und Volksforschung, 7). 3-68.

STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (2007). "Mecklenburg-Vorpommern - Gemeindedaten 2007 (CD-Rom)". Schwerin.



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2009). "Datenbank "Meine Heimat: mein Dorf, meine Stadt".

(<http://www.infothek.statistik.rlp.de/lis/MeineRegion/index.asp>, abgerufen am 08.07.2009).

STÖBER, Silke (2006). "Lebendige Dörfer in Brandenburg – Bürgerbeteiligung im Alltag. Ergebnisse einer Befragung in 5 Dörfern".

([http://www.la21bb.de/service/stoerber\\_1.pdf](http://www.la21bb.de/service/stoerber_1.pdf), abgerufen am 26.08.09).

WEIß, Wolfgang (2006). "Zur Entwicklung einer Residualbevölkerung infolge lang anhaltender selektiver Abwanderung in Mecklenburg-Vorpommern. Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte", Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 31, 3-4, 469-506.

WICHMANN, Sabine K. (2007). "Regionale Identität und Landschaftskult als Hemmnis der Abwanderung?", Denkanstöße: Landschaftskult – Kulturlandschaft 6, 66-75.

*Eine gekürzte und abgeänderte Version dieses Beitrages wurde publiziert in:*

*FASSMANN, Heinz / GLADE, Thomas (Hrsg.) (2011): Geographie für eine Welt im Wandel. 57. Deutscher Geographentag 2009 in Wien. Wien, 139-160.*



# **Der periphere ländliche Raum als Ort der Integration. Von Zuwanderern aus der Türkei und ihren Nachfahren. Beispiele aus der Region Oberfranken-Ost**

**Mariya Ransberger\***

*\*Lehrstuhl für Stadtgeographie und Geographie des ländlichen Raumes,  
Universität Bayreuth*

## **Kurzfassung**

Der Beitrag beschreibt am Beispiel von zwei Gemeinden in Oberfranken/Nord-Bayern den aktuellen Stand der Integration von türkischstämmigen Bürgern und Integrationsmaßnahmen in ländlich-peripheren Gemeinden. Dabei wird vor allem der Integrationsarbeit mit türkischen Kindern und Jugendlichen Aufmerksamkeit geschenkt und die raumspezifischen Besonderheiten des Integrationsprozesses außerhalb der Ballungsräume unter soziokulturellen und baulich-räumlichen Aspekten herausgearbeitet.

## **Abstract**

This contribution analyzes the social integration of people of Turkish descent in two rural municipalities in peripheral Upper Franconia/Northern Bavaria. It describes the communal integration efforts for persons with a migration background, in particular for Turkish children and youths, and emphasizes place- and space-specific (socio-cultural and structural) aspects of the integration process in less densely populated areas.



## 1 Problemstellung

Während zu den vielfältigen Problemen der Integration von Zuwanderern und ihren Nachfahren in den Ballungsräumen Deutschlands im Verlauf der zurückliegenden Jahre bereits intensiv geforscht wurde (vgl. u.a. FRIEDRICHS und BLASIUS, 2001, HÄUBERMANN und SIEBEL 2003, HECKMANN 2005, WOHLWILL 2008), sind entsprechende raumwissenschaftliche Studien im peripheren ländlichen Raum bisher eher unzureichend. So könnte man fast glauben, dass entweder in den peripheren Räumen Deutschlands fast keine Türken leben oder dass ihre Integration so erfolgreich verlaufen ist, dass den Gemeinden im ländlichen Raum die aus den deutschen Großstädten bekannten Probleme erspart geblieben sind. De facto sind viele Gemeinden im ländlichen Raum, selbst in peripheren Gebieten, schon längst multikulturell geworden und erwarten von der Politik und der Wissenschaft eine bessere und gezielte Unterstützung im Umgang mit dem Thema "Zuwanderung und Integration auf dem Land". Die Zuwanderer aus der Türkei und ihre Nachfahren nehmen dabei eine besondere Stellung in der gesamten Problematik ein, da sie zum einen die in der Regel am meisten vertretene Ausländergruppe in vielen ländlichen Gemeinden bilden, zum anderen sie sich durch ihre Religion und Kultur deutlich von der christlich geprägten einheimischen Glaubensstradition unterscheiden (vgl. MIKSCH und SCHWIER 2002), die in ländlichen Gebieten noch eine größere Bedeutung hat als in städtischen.

In dem vorliegenden Beitrag wird versucht, den aktuellen Stand der sozialräumlichen Integration von den türkischstämmigen Bürgern peripheren ländlichen Raum Ost-Oberfrankens zu beleuchten und die spezifischen Züge dieses Prozesses zu analysieren. Wie stark sind die Türken im ländlichen Raum vertreten? Welche - wenn überhaupt - Integrationsmaßnahmen wurden/werden in den Gemeinden getroffen? Welche raumspezifischen Vorteile oder Nachteile der Integration im Vergleich zur Integration in den Ballungsräumen lassen sich dabei feststellen?

## 2 Theoretischer und geographischer Rahmen der Untersuchung

Um die oben gestellten Fragen möglichst genau und aus der Sicht aller betroffenen Seiten zu beantworten, ist es nötig, einzelne Experten aus verschiedenen Bereichen (dem Bildungssektor, der kommunalen Verwaltung, sozialen Trägern wie Caritas etc.), Zuwanderer und ihre Nachfahren in den Gemeinden selbst zu Wort kommen zu lassen. Deshalb wurde bei der vorliegenden Untersuchung anstelle von quantitativen auf qualitative Forschungsmethoden wie Leitfadeninterviews, Gruppendiskussionen und Teilnahmebeobachtungen zurückgegriffen. Diese Methoden



haben den Vorteil, dass die untersuchten Personen frei reden und dabei auch Aspekte ansprechen können, die nicht aus der Theorie bzw. dem Forschungsdesign abgeleitet werden. Zwar sind dabei Fragen der Vergleichbarkeit und Repräsentativität berechtigt, aber die vorliegende Studie erhebt diesen Anspruch nicht. Vielmehr soll dieser Beitrag als eine Fallstudie zu einer aktuellen, gesellschaftlich relevanten Problematik betrachtet werden.

## 2.1 Konzeptueller Rahmen der Untersuchung

Den Hintergrund der öffentlichen Diskussion über die Integration von Personen mit Migrationshintergrund bildet eine Vorstellung, welche von einer Integration der Zuwanderer *in* die Gesellschaft ausgeht. Es wird angenommen, die aufnehmende Gesellschaft stelle ein in sich geschlossenes Ganzes dar, in das "fremde" Individuen oder Gruppen eindringen. Die Integration bedeutet dabei nur einen Prozess, bei dem Fremdheit auf unterschiedlichen Wegen zum Verschwinden gebracht wird, durch Vergessen, Anpassung oder Verschmelzung. Dabei wird oft vergessen, dass die Aufnahmegesellschaft in den meisten Fällen selbst nicht homogen ist, sondern sich aus verschiedenen, zum Teil sogar widersprüchlichen Teilen zusammensetzt (HÄUBERMAN und SIEBEL 2003).

Die deutsche Gesellschaft ist weder ökonomisch, noch politisch, noch kulturell homogen, sondern differenziert sich immer stärker in verschiedene Milieus und Lebensstilgruppen (SCHÄFFERS 2004). Die Distanz zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen der modernen deutschen Gesellschaft ist oft mit der einander fremder ethnischer Gruppen vergleichbar. Beim genaueren Betrachten weisen ländliche Räume eine nicht minder große Anzahl an sozialen Gruppen und Milieus auf als Ballungsräume; diese resultieren z.B. aus Konfessionsunterschieden, örtlicher/nicht-örtlicher Herkunft, sozialem Hintergrund, Bildungsgrad, Abstammung o.ä.

Früher gab es hier blutige Schlägereien, wenn ein Junge, zum Beispiel aus der katholischen Gemeinde, einem Mädchen aus protestantischer Familie den Hof machte. Ganz zu schweigen von Heiraten, es war ein Tabu, sogar nach dem Krieg. Danach kamen die Türken und Spätaussiedler und... die Katholiken und Lutheraner haben sich auf einmal vertragen können. (Expertin, Speichersdorf)

Ähnliches äußert eine Einheimische aus Marktredwitz:

Interviewte: Toleranz in der kleinen Stadt ist zu meinem Erstaunen nicht so hoch wie in größeren Städten, in Nürnberg, zum Beispiel. Nicht nur im Bezug auf Integration, sondern allgemein.

Einheimische: Was meinen Sie damit?





Interviewte: Ich meine soziale Unterschiede. Die Abgrenzung auf dem Land ist viel stärker als in einer großen Stadt.

Vor allem zwischen den türkischstämmigen und einheimischen Einwohnern der ländlichen Gemeinden. Aufgrund der geringen sozialräumlichen Segregation im peripheren ländlichen Raum treffen die oft durch Religionszugehörigkeit bedingten kulturellen Unterschiede unmittelbarer aufeinander als in den Ballungsregionen (MIKSCH und SCHWIER 2002). Die primäre Bedeutung der nachbarschaftlichen Kommunikation und Kontakte untereinander ist deswegen nicht zu unterschätzen. Auf dieser Basis können und sollen weitere Integrationsmaßnahmen in den betroffenen Gemeinden aufgebaut werden unter der Bedingung, dass Interesse dazu auf den beiden Seiten vorhanden ist.

Eine zunehmende Marginalisierung der Dörfer und kleinen Städte außerhalb der Ballungsräume als Folge der Globalisierung, bedingt durch wirtschaftliche und kulturelle Konzentration in den großen Städten, wurde im Laufe der Jahre in mehreren oberfränkischen Gemeinden zu bitterer Realität. In einer Situation der Ungewissheit über die eigene Zukunft suchen viele Einheimische den "Sündenbock" in den Zuwanderern, vor allem in den Türken. Sie werden als Bedrohung der eigenen Existenz angesehen, Aussagen wie "... die Türken (Ausländer) nehmen uns die Arbeitsplätze weg" sind keine Seltenheit. Dabei wird gerne vergessen, dass die Migranten aus der Türkei und anderen Ländern den wirtschaftlichen Erfolg und den Aufstieg der deutschen Mitarbeiter in die höheren Positionen deutschlandweit erst ermöglicht haben (WINTER 2004, 57 nach WOHLWILL 2008, 35). Das beschränkte Berufsspektrum und die geringen Arbeitsmöglichkeiten auf dem Lande sowie die gehemmte Wohlstandsentwicklung in den letzten Jahren, insbesondere im Vergleich zur Stadt, verschlimmern diese Situation.

Während die Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die Ballungsgebiete konzentriert, fühlt sich die Bevölkerung am Land vergessen. Diesen Zustand nutzen die rechten und rechtsextremen Parteien mit ihrer eigenen wohlbekannten Einstellung zur Ausländerthematik für sich aus. Die Akzeptanz der fremdenfeindlichen Einstellungen dieser Parteien in breiten Schichten der Bevölkerung stellt sicherlich eine zusätzliche Herausforderung für Integration und interkulturelles Zusammenleben dar (BOOS-KRÜGER 2005).

Die Probleme der Integration im ländlichen Raum sind demnach nicht weniger komplexer und vielschichtiger als in den Großstädten, obwohl ihr Ausmaß nicht mit dem großstädtischer Kommunen vergleichbar ist. In dem vorliegenden Beitrag wird vor allem auf soziokulturelle und baulich-räumliche Aspekte der sozialräumlichen Integration von Türken in Oberfranken eingegangen.



## 2.2 Indikatoren der Sozialintegration nach ESSER

Um Erfolge oder Probleme der Integration der Türken im ländlichen Raum zu identifizieren, bedarf es geeigneter Indikatoren. Für die folgende Untersuchung wurden sie aus der Migrationstheorie von Hartmut ESSER abgeleitet. ESSER (2001, 3) versteht Sozialintegration, im Unterschied zur Systemintegration, als Integration "der Akteure (bzw. der von ihnen gebildeten Gruppen) 'in' das System hinein" (ibid., 21). Bei Systemintegration handelt es sich dagegen um den Zusammenhalt eines bestehenden Systems, z. B. einer Gesellschaft.

Laut ESSER liegt das Ziel einer gelungenen Sozialintegration in *Assimilation*. Bei *Assimilation* geht es seiner Darstellung nach vor allem "um die Auflösung systematischer Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen und Kategorien, nicht aber um die Gleichheit der 'Individuen' in allen Belangen" (ibid., 22). Die Beibehaltung aller "individuellen" Ungleichheiten (in politischer Orientierung, religiöser Überzeugung oder kulturellem Lebensstil) bietet nach Meinung der Verfasserin einen vernünftigen Weg für die Migranten und (insbesondere) ihre Nachfahren, ihren Platz in der Aufnahmegesellschaft zu finden, ohne Aufgabe eigener Individualität.

ESSER unterscheidet vier Formen der Sozialintegration: Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation. Unter *Kulturation* wird die Aneignung des nötigen Wissens über die Aufnahmegesellschaft und der erforderlichen Kompetenzen von Migranten verstanden. Der Sprachkompetenz kommt dabei eine Schlüsselposition zu. Mit *Platzierung* ist die Besetzung bestimmter gesellschaftlicher Positionen gemeint, dabei ist vor allem die Integration in den Bildungs- und Ausbildungsmarkt von Bedeutung. *Interaktion* ist ein Indikator für "emotionale" Integration; dabei orientieren sich die Akteure über Wissen und Symbole wechselseitig aneinander, handeln miteinander, was in sozialen Beziehungen im alltäglichen Leben seinen Ausdruck findet. Bei der Dimension der *Identifikation* sieht der Akteur sich und das aufnehmende soziale System als Einheit und wird mit ihm "identisch" (ESSER 2001, 8ff.).

## 2.3 Die Region Oberfranken-Ost als Untersuchungsgebiet

Die Planungsregion Oberfranken-Ost weist trotz Deindustrialisierungserscheinungen auch heute noch eine erhebliche Zahl türkischstämmiger Bürger in den ehemaligen Zentren der Porzellanindustrie und ihrer Umgebung auf. Laut der Regierung von Oberfranken besitzen 13.199 Bürger im Regierungsbezirk türkische Staatsangehörigkeit, davon leben 6.978 in der Planungsregion Oberfranken-Ost. Dazu kommen die türkischstämmigen Bürger, die im Laufe der vergangenen Jahre die



deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Kraft Gesetzes § 4 Abs. 3 StAG können auch nach 2000 geborene Kinder von Ausländern bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Diese Kinder, u.a. auch türkische, werden dann in der Ausländerstatistik nicht erfasst. Somit lässt sich mit Sicherheit behaupten, dass die Zahl der Personen mit türkischem Migrationshintergrund<sup>1</sup> erheblich höher ist als die in der regionalen Ausländerstatistik geführte Zahl (Tab. 1).

**Tabelle 1**

**Anzahl der Bürger mit türkischer Staatsangehörigkeit in einigen Gemeinden**

(Stand 1.01.2011, Wunsiedel Stand 2010)

Quelle: Gemeindestatistik, eigene Zusammenstellung

Gemeinde	Einwohnerzahl	davon mit türkischer Staatsbürgerschaft	
		Personen	%
Bayreuth	74.519	1 427	1,9
Hof	46.039	2 021	4,4
Kulmbach	27.165	402	1,5
Marktreudwitz	17.351	459	2,6
Selb	17.119	539	3,1
Münchberg	11.209	312	2,8
Wunsiedel	9.538	73	0,8
Rehau	9.435	298	3,2
Bindlach	7.562	65	0,9
Speichersdorf	6.159	129	2,1
Arzberg	5.612	56	1,0
Bad Berneck	4.634	75	1,6
Hohenberg	1.440	34	2,4
Schirnding	1.304	88	6,7



Nach dem Anwerbeabkommen mit der Türkei von 1961 kamen Tausende Türken zusammen mit anderen Ausländern als Arbeitskräfte nach Oberfranken, auch für die Arbeit in den Porzellanfabriken der Region. Entsprechend der Ausländerpolitik Deutschlands in den 1960er und frühen 1970er Jahren wurden sie als eine vorübergehende Lösung des Arbeitskräftemangels angesehen, weshalb Integrationsmaßnahmen in den Städten und ländlichen Gemeinden in der Regel ausblieben. Die Arbeitgeber zeigten jedenfalls meistens kein Interesse daran, die Integration der türkischen Belegschaft zu fördern, da die Arbeitsverträge der türkischen Arbeitnehmer zeitlich begrenzt waren und man annahm, dass sie nach dem Ablauf des Arbeitsvertrages in ihr Herkunftsland zurückkehren würden. Währenddessen wurde vielen Türken in Deutschland immer klarer, dass die damalige wirtschaftliche und politische Situation in der Türkei die geplante Rückkehr erschwerte, wenn nicht gar unmöglich machte (WOHLWILL 2008, 80). Gleichzeitig führte Einsamkeit und Sehnsucht nach den in der Türkei zurückgelassenen Familien dazu, dass immer mehr Türken ihre Angehörigen nach Deutschland holten (insbesondere nach dem Anwerbestopp von 1973). Mit der Zeit bekamen viele türkische Frauen einen festen Arbeitsplatz in den Porzellan- und Textilwerken der Region, die türkischen Kinder gingen in die deutschen Schulen – die ehemaligen Gastarbeiter wurden zu Nachbarn.

Aufgrund der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung der Porzellanindustrie und Textilverarbeitung in der Region und der Schließung vieler Werke gingen viele der türkischen Arbeitnehmer zurück in die Türkei, weitaus mehr aber blieben aus finanziellen oder anderen Gründen in Oberfranken und konnten sich in den anderen Branchen etablieren. Im Gegensatz zu der ursprünglichen Einstellung der türkischen Migranten stellt man heute wichtige Veränderungen in ihrem Selbstbewusstsein fest, die sich mit folgendem Zitat beschreiben lassen: "... wir gehen nicht mehr zurück nach Türkei".

### **3 Integrationspolitische Maßnahmen und aktueller Stand der Integration in Speichersdorf und Marktredwitz**

Die oben erläuterte Ausgangssituation stellt die betroffenen Gemeinden im ländlich-peripheren Raum vor die Notwendigkeit, ihre Einstellung zur Integrationsarbeit zu überdenken, unter Berücksichtigung der raumspezifischen Charakteristika. So hat z.B. die Siedlungsstruktur einen deutlichen Einfluss auf die Integrationsarbeit der einzelnen Gemeinden. In ländlichen Gemeinden ist die Bevölkerungsverteilung relativ durchmischt und es kommt – im Gegensatz zu den Großstädten – kaum zu sozial-räumlicher Segregation der Migranten aus der Türkei und anderen Ländern. Dieser Umstand lässt einen größeren Spielraum für soziale Kontakte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen (BOOS-KRÜGER 2005).



Die Überschaubarkeit einer kleinen Stadt oder Dorfgemeinde stellt zwar einerseits einen großen Vorteil für eine gezielte Integrationsarbeit dar, andererseits wird jeder noch so kleine Konflikt in der Gemeinde in kürzester Zeit durch die "Gerüchteküche" für die breite Öffentlichkeit bekannt, was den Abbau von Vorurteilen gegenüber Ausländern oft erschwert. Demzufolge sind hier spezifische integrationspolitische Maßnahmen gefordert, die die speziellen Bedingungen der ländlichen Kommunen berücksichtigen.

Im Folgenden werden der aktuelle Stand der sozialräumlichen Integration der türkischstämmigen Bevölkerung und die integrationspolitischen Maßnahmen einzelner Kommunen am Beispiel der Gemeinde Speichersdorf und der Stadt Marktredwitz in der Region Oberfranken-Ost vorgestellt.

### **3.1 Integrationsarbeit in der Gemeinde Speichersdorf**

Die Gemeinde Speichersdorf liegt 20 km östlich von Bayreuth, an der Grenze Oberfrankens zur Oberpfalz. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund (überwiegend Türken und Spätaussiedler aus den GUS-Ländern) ist in der 6.159 Einwohner zählenden Gemeinde (Stand Januar 2011) überdurchschnittlich hoch. Die Zahl der Bürger mit türkischer Staatsangehörigkeit in Speichersdorf beläuft sich auf 129 Personen, dazu kommen schätzungsweise ungefähr genauso viele türkischstämmige Bürger, die im Laufe der Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben sowie die seit dem Jahr 2000 in Deutschland geborenen türkischen Kinder. Die erste türkische Generation kam schon in den 1960er Jahren zur Arbeit in der Firma Rosenthal nach Speichersdorf. Viele von ihnen trafen später die Entscheidung, in Deutschland zu bleiben und holten ihre Familien aus der Türkei nach. Mittlerweile ist die Mehrheit der Türken in Speichersdorf, sowohl Männer, als auch Frauen, nach wie vor bei Rosenthal tätig.

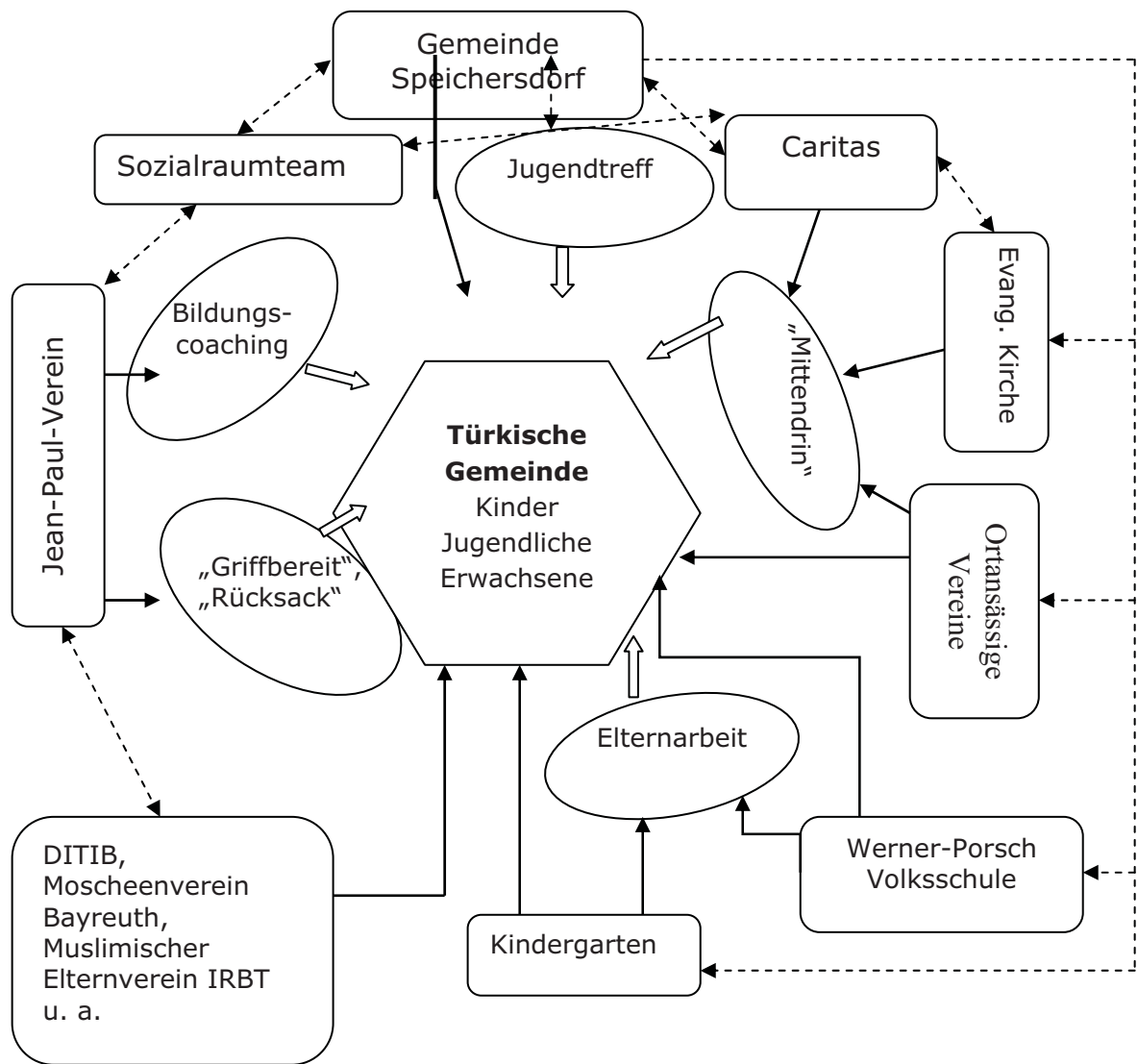
Die Türken in Speichersdorf ziehen es vor, nahe beieinander zu leben, wobei es sich nicht um keine kompakte Siedlung, sondern um einige Mehrfamilienhäuser mit türkischen Einwohnern handelt. Die konsequente Politik der Gemeinde hatte von Anfang an das Ziel, keine türkischen oder Spätaussiedler-Viertel in Speichersdorf entstehen zu lassen. Gleichwohl hat man in der Gemeinde Verständnis für eine gewisse Cluster-Bildung: "[wenn] ... eine junge, 'frisch verheiratete' türkische Frau nach Deutschland kommt, fällt es ihr leichter sich in ihrem neuen Leben zurechtzufinden, wenn sie zu den anderen türkischen Frauen Kontakt halten kann", so der Speichersdorfer Bürgermeister Herr Porsch.

Die Integrationsarbeit in Speichersdorf wird durch mehrere Organisationen und Institutionen gestaltet (Abb. 1). Eine führende Rolle dabei spielen

**Abbildung 1**

**Integrationsarbeit mit der türkischstämmigen Bevölkerung in Speichersdorf**

Quelle: eigener Entwurf



Quelle: eigene Darstellung



neben der Gemeinde der Jean-Paul-Verein Bayreuth und der Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche Caritas. In Speichersdorf laufen gleichzeitig mehrere soziale Integrationsprojekte, die auf verschiedene Altersgruppen von Personen mit Migrationshintergrund abzielen.

Besonders wichtig bei den Integrationsmaßnahmen ist die Präventionsarbeit. Die positiven Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass die Effizienz der Integrationsangebote erheblich höher ist, wenn sich diese schon an kleine Kinder richten. Damit erreicht man automatisch auch deren Eltern, die den Nutzen der frühen Bildungs- und Sprachförderung erkennen und bereit sind, ihre Kinder dabei zu unterstützen. Das zeigt das seit Oktober 2009 laufende Projekt "Griffbereit" des Jean-Paul-Vereins. Das Projekt richtet sich an die türkisch- und russischsprachigen Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren und deren Mütter. Die türkische Gruppe trifft sich wöchentlich dienstags in einem kindgerecht eingerichteten Raum im Rathaus. Mittels zweisprachiger Materialien werden spielerisch die deutsche und die türkische Sprache geübt, gleichzeitig erhalten die Mütter Anregungen zur Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung. Die Leitung wird durch eine geschulte türkische Mutter übernommen, was die Hemmschwelle zur Teilnahme deutlich abbaut. Trotz alledem ist die Zahl der türkischen Teilnehmerinnen auf ca. fünf Mütter begrenzt, was laut der Kursleiterin durch die traditionelle Lebensweise in den türkischen Familien erklärt werden könnte: "... sie [Türkinnen] bleiben unter sich zu Hause und wollen oder trauen sich nicht raus".

Eine aktive Teilnahme am umfangreichen Integrationsangebot in Speichersdorf und seine positiven Effekte werden vor allem bei den türkischen Kindern und Jugendlichen festgestellt. Die türkischen Kinder im Schulalter nutzen – genauso wie die Kinder der Spätaussiedler oder der einheimischen Bevölkerung – das Angebot der Mittags- und Ferienbetreuung oder das Schülercafé. Die türkischen Jugendlichen kommen regelmäßig zum von Caritas und Gemeinde organisierten Jugendtreff, sie sind Mitglieder des Sportvereins, vor allem in der Sparte Fußball. An der Bewerbungsarbeit in Speichersdorf im Sommer 2011 um den Integrationspreis "com.mit Award" des Fernsehsenders RTL nahmen neben den jungen Deutschen und Spätaussiedlern auch türkische Jugendliche teil.

Große Aufmerksamkeit wird seitens der Gemeinde und des Jean-Paul-Vereins dem Bildungscoachingprojekt geschenkt. Der Erfolg im Bildungssystem ist heute für das Arbeitsschicksal der Jugend entscheidend. Deswegen ist die Hilfe beim Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses und/oder der Suche nach einem Ausbildungsplatz für türkische und andere Jugendliche mit Migrationshintergrund so notwendig. Beim Bildungscoaching in Speichersdorf wird außerdem praktische Unterstützung beim Bewerbungsschreiben angeboten, darüber hinaus setzt sich der Bürgermeister persönlich ein, wenn es um Ausbildungsplätze für die jungen



Türken oder Spätaussiedler bei den örtlichen Firmen und Betrieben geht. Der positive Effekt dieser Arbeit zeigt sich nach der Aussage des Bürgermeisters in den zurückgehenden Zahlen der Jugendlichen ohne Ausbildung.

Zu den ehrenamtlichen Initiativen Speichersdorfer Bürger im Bereich der Integration und Prävention zählt vor allem das Projekt "Mittendrin". Das Ziel des Projektes ist es, Kontakte bei den Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen in einer zwanglosen Form herzustellen und gegenseitiges Kennenlernen zu fördern. Das regelmäßige Treffen der Teilnehmer – Deutsche, Türken, Spätaussiedler – erfolgt seit 2007 in zweiwöchigem Rhythmus im Evangelischen Gemeindehaus Speichersdorf, wobei die Teilnahme der Türken allerdings einen eher sporadischen Charakter hat. Nach dem Motto "Essen hält Leib und Seele zusammen" werden Essen und Trinken auf Spendenbasis angeboten, unterstützt von Türkinnen bzw. Spätaussiedlerinnen. Durch die kulinarische Beteiligung an solchen Treffen wird das oft geringe, aus dem Herkunftsland mitgebrachte Selbstbewusstsein der Türkinnen gestärkt. Die Frauen sind stolz darauf, was sie können; durch Austausch von Rezepten kommt es oft zum Austausch über familiäre oder berufliche Probleme zwischen den Teilnehmerinnen aller Nationalitäten.

Neben den regelmäßigen Integrationsprojekten werden in Speichersdorf auch Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt, die dem Zusammenhalt der Gemeinde und dem Abbau der Vorurteile gegenüber Zuwanderern dienen. Den größten Erfolg hatte bisher das Fest der Kulturen 2010, bei welchem alle in Speichersdorf vertretenen Nationen ihren Tanz, ihre Musik und landestypisches Essen im Beisein tausender Gäste erfolgreich präsentierten.

Trotz des beispielhaften Integrationsangebotes in Speichersdorf wird der Integrationswillen der türkischen Bürger von mehreren Experten bemängelt. Vor allem die Türken der ersten Generation zeigen oft kein Interesse am Integrationsangebot in der Gemeinde. Die bis heute gepflegte Geschlechtertrennung der Gesellschaft bei den türkischen Zuwanderern, vor allem und gerade im Familienleben, trägt dazu bei. Viele türkische Männer in Speichersdorf verbringen die Abendzeit unter sich im sogenannten "Türkischen Cafe", während sich die Frauen um Kinder und Haushalt kümmern oder ihre türkischen Freundinnen besuchen. Auch wenn Frauen Interesse an der Teilnahme an den Veranstaltungen in der Gemeinde zeigen, ist in den meisten Fällen die Erlaubnis ihrer Männer notwendig, diese aber wird den Frauen häufig verweigert. Für viele türkische Hausfrauen stellt außerdem die fehlende Sprachkompetenz eine große Hemmschwelle dar, dabei ziehen sie es aus falschem Schamgefühl oft vor, erst gar nicht zu sprechen. Das wird bei der einheimischen Bevölkerung als Unwille zur Integration interpretiert: "... viele leben hier schon Jahre und können kein Deutsch, so geht es nicht".





Die Geschlechtertrennung lässt sich auch in der dritten Generation der Türken in Speichersdorf verfolgen, was von den Mitarbeitern und freiwilligen Helfern der Integrationsprojekte immer wieder festgestellt wird. So kommen türkische Mädchen relativ selten zum Jugendtreff, sie werden von ihren oft viel jüngeren Brüdern in der Öffentlichkeit "herumkommandiert". Die wenigen jungen Türken und vor allem Türkinnen, die sich nicht mehr an die traditionellen Regeln halten wollen, werden von ihren Verwandten und Landsleute oft verspottet und sogar bedroht.

Als erhebliche Störung bei der Sozialarbeit in der Gemeinde wird auch die Trennung der ortsansässigen Türken aus religiösen Gründen empfunden. Die in Speichersdorf lebenden Sunniten lehnen z.B. die Teilnahme an Veranstaltungen ab, an denen die ortansässigen Aleviten<sup>2</sup> partizipieren und umgekehrt. Die Zahl der Sunniten und Aleviten in Speichersdorf ist ungefähr gleich groß. Die Türken in Speichersdorf haben keine eigene Moschee, zur Ausübung ihrer religiösen Bedürfnisse kommen sie nach Bayreuth. Die aus Speichersdorf stammende Zweite Vorsitzende des DITIB-Vereines<sup>3</sup> in Bayreuth schätzt die aktuelle Situation in Speichersdorf als eher untypisch ein und bemängelt den fehlenden Zusammenhalt ihrer Landsleute. Ihrer Erfahrung nach kam die religiös und ethnisch bedingte Trennung erst mit dem Erwachsenwerden der zweiten Generation der Speichersdorfer Türken zustande. Die türkischen Zuwanderer der ersten Generation waren bei vielen Angelegenheiten (Behördengang, Einkaufen, Schulbesuch usw.) auf gegenseitige Unterstützung wie Übersetzungs- und Dolmetscherhilfe, Mitfahrgelegenheit o.ä. angewiesen. Mit der Zeit übernahmen die Kinder diese Aufgaben, da sie gut Deutsch konnten: dadurch hat die Notwendigkeit der Kontakte zu den anderen türkischen Gruppen außerhalb der Großfamilien an Bedeutung verloren. Am äußerlichen Verhalten kommt die aktuelle Abgrenzung selten zum Ausdruck; es sind andere Merkmale, die dafür sprechen: So wird nicht untereinander geheiratet, die Teilnahme am öffentlichen Leben erfolgt in getrennten Gruppen, die Freundschaften werden fast ausschließlich innerhalb der eigenen Gruppe geschlossen.

### **3.2 Integrationsarbeit des Türkisch-Islamischen Kulturvereines in Marktredwitz**

Die Stadt Marktredwitz mit der Einwohnerzahl 17.243 (Stand Januar 2011) liegt im Landkreis Wunsiedel und ist das wirtschaftliche Zentrum des Landkreises. Der Ausländeranteil an der Bevölkerung der Stadt beträgt etwa 5,5 %, davon haben 42 % (459 Personen) die türkische Staatsangehörigkeit. Die genaue Zahl der Personen mit türkischem Migrationshintergrund lässt sich aus genannten Gründen nur schätzen. Nach der Aussage des Vorsitzenden des Türkisch-Islamischen Kulturvereines hat der Verein 175 Mitglieder und vertritt die Interessen von ca. 1.700 Türken in Marktredwitz



und Umgebung. Die Zahl der in Marktredwitz lebenden Türken schätzt er auf ca. 1.000 Personen.

Dank des breiten Wirtschaftsspektrums der in Marktredwitz angesiedelten klein- und mittelständischen Unternehmen hat die regionale Krise in der Porzellanindustrie zu keiner so großen Auswanderung der türkischstämmigen Bevölkerung geführt wie z.B. in Selb. Türkische Arbeitnehmer sind in der Belegschaft aller wichtigen Unternehmen der Stadt vertreten.

Die Türken in Marktredwitz wohnen zwar überwiegend in der Altstadt und in den an die Schulen angrenzenden Straßen, sind aber mit der einheimischen Bevölkerung und den Spätaussiedlern gut vermischt. Einige türkische Familien haben mittlerweile mehrere ältere, für die Deutschen unattraktive Häuser in verschiedenen Stadtteilen, vor allem aber in der Altstadt, erworben. In der Regel werden solche Häuser renoviert und weiter vermietet, oft an Deutsche. Laut Angaben des Türkisch-Islamischen Kulturvereines befinden sich mittlerweile über 100 Häuser im türkischen Besitz. Ähnliche baulich-räumliche "Nebenwirkungen" der Integration werden auch in den anderen Städten der oberfränkischen Peripherie festgestellt (STANDL 2007). Die Oberbürgermeisterin in Marktredwitz, Frau Dr. Seelbinder, sieht darin eine Chance zur Lösung des durch aktuelle demographische und wirtschaftliche Entwicklungen bedingten Leerstandproblems:

... es wird somit der langsame Zerfall und die unvermeidliche Aufgabe solcher Häuser verhindert.

Sie betont auch die große Rolle der Türken in der Bereicherung des wirtschaftlichen Lebens der Stadt. Türkische Läden, Schneiderei, Autowerkstatt, Friseursalon, Gastronomieeinrichtungen und Bäckerei sind schon lange zu einem unentbehrlichen Teil der Stadt Marktredwitz geworden.

Bei den durchgeführten Recherchen zur Integration der türkischstämmigen Bürger in Marktredwitz fiel das ungewöhnlich große Engagement des ortansässigen Türkisch-Islamischen Kulturvereines und seines Vorstandes auf (Abb. 2).

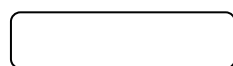
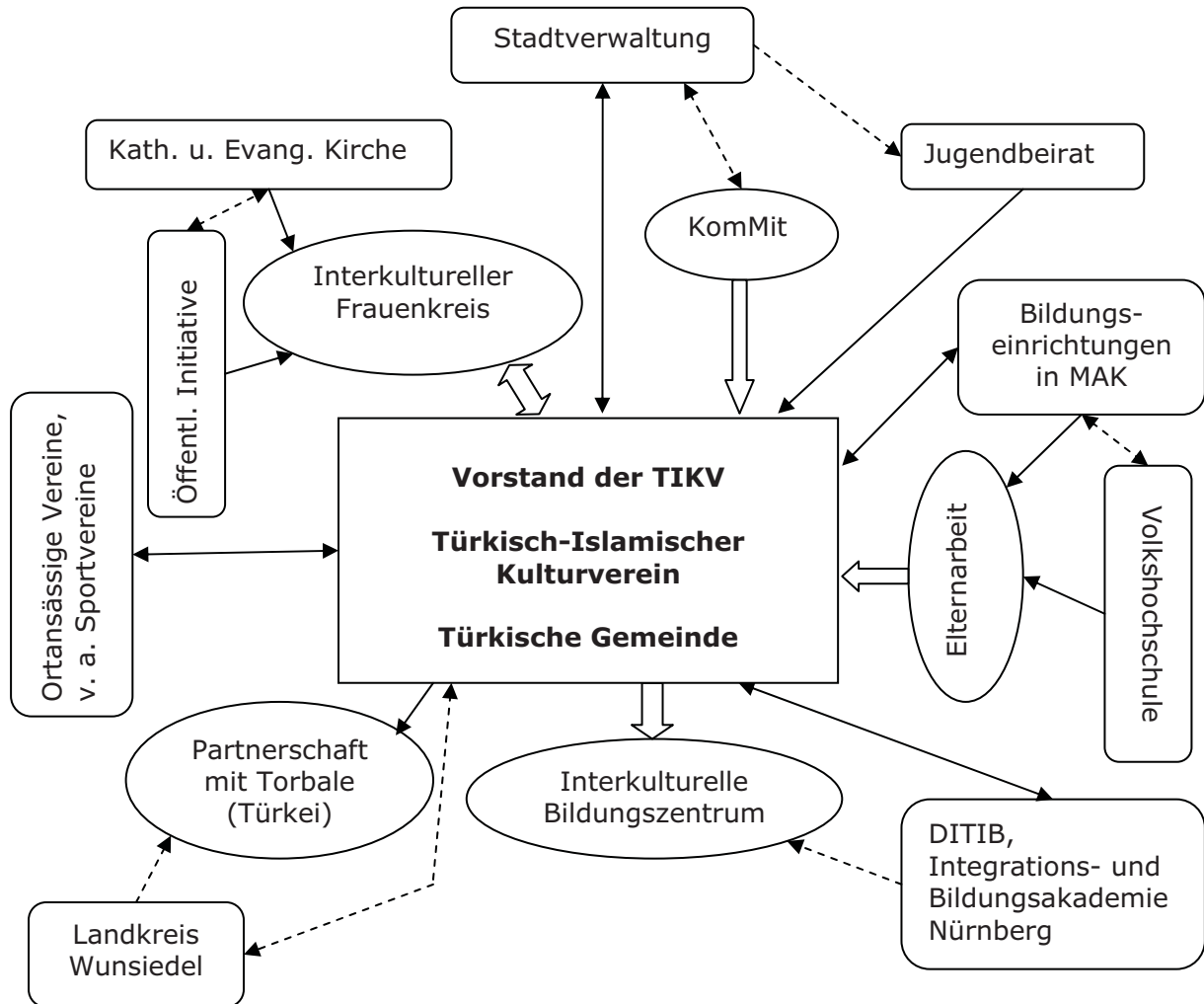
In der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und anderen städtischen Strukturen und Organisationen versucht der Vorstand des Türkisch-Islamischen Kulturvereines, die vielfältigen Probleme des interkulturellen Zusammenlebens zu bewältigen oder einen vernünftigen Kompromiss zu ihrer Lösung zu finden. Diese Arbeit wird durch die Bemühungen zur Integration bei gleichzeitiger Beibehaltung der nationalen Identität gekennzeichnet (Abb. 3).



## Abbildung 2

### Integrationsarbeit mit der türkischstämmigen Bevölkerung in Markredwitz

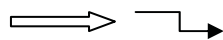
Quelle: eigener Entwurf



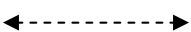
- an der Integrationsarbeit teilnehmende Organisationen und Vereine



- laufende Integrationsprojekte



- direkte Integrationsarbeit

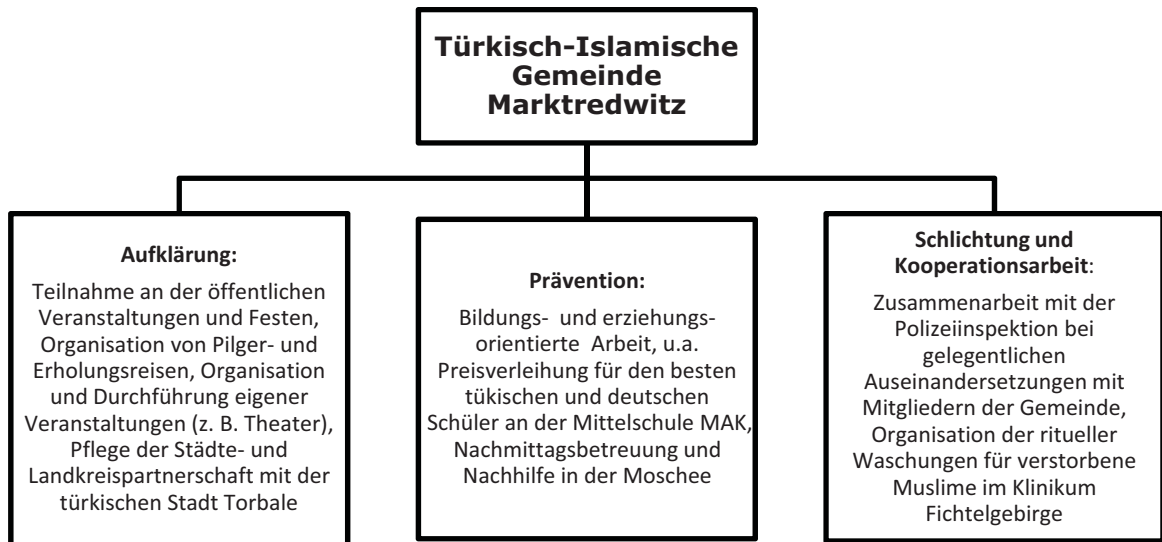


- Informationsaustausch und Beratungsfunktion

### Abbildung 3

#### Funktionen der Türkisch-Islamischen Gemeinde Marktredwitz

Quelle: eigener Entwurf



Der türkisch-islamischen Gemeinde hat die Stadt Marktredwitz die Eröffnung des interkulturellen Bildungszentrums im April 2011 zu verdanken. Das neue Bildungszentrum im Hinterhaus der Moschee wurde durch Spenden von Privatpersonen, das große Engagement des Vorstandes der türkischen Gemeinde und die Eigenleistung ihrer Mitglieder geschaffen. Zusammen mit der Integrations- und Bildungsakademie Nürnberg sollen im Bildungszentrum Integrationskurse für Ausländer angeboten werden, dabei werden die neu eingerichteten interkulturellen Jugendräume allen Jugendlichen der Stadt zur Verfügung gestellt. Man bietet ihnen nicht nur die Möglichkeit zur aktiven Freizeitgestaltung an, sondern auch die Möglichkeit, sich mit anderen Kulturen auseinander zu setzen. Nach den Worten des Vorsitzenden des Türkisch-Islamischen Vereines

... sollen sich auch Konfliktgruppen hier treffen und diskutieren können.

Inwieweit die gesetzten Ziele erreicht werden können und ob das Bildungszentrum sich wirklich zu einem Ort der interkulturellen Begegnung entwickelt, bleibt abzuwarten.

Bei der detaillierten Untersuchung zu den Aktivitäten der türkischen Gemeinde in Marktredwitz stellte sich eine bemerkenswert starke Teilnahme von Frauen an der Integrationsarbeit der Gemeinde heraus. Die Frauen im Kulturvereinsvorstand übernehmen die Verantwortung für die Organisation und Verpflegung bei den öffentlichen Veranstaltungen und Festen, sie



kümmern sich um die Belange anderer türkischer Frauen, organisieren regelmäßige Ausflüge und Pilgerreisen. Bei manchen dieser Reisen gilt ein striktes "Männerverbot", deutsche Teilnehmerinnen werden dagegen oft eingeladen. Die Kontakte der Türkinnen zu den deutschen Frauen außerhalb der direkten Nachbarschaft werden durch aktive Teilnahme am Interkulturellen Frauenkreis Marktredwitz gefördert.

Der erste Versuch eines interkulturellen Treffens – als Reaktion auf das Geschehen am 11. September 2001 und die danach verstärkten Vorurteile gegenüber Muslimen – gab es in Marktredwitz bereits im März 2002, initiiert von der evangelischen Gemeinde. Dieser Versuch war aber daran gescheitert, dass einige muslimische Frauen keine Veranstaltungen mit unbekanntem Männern besuchen wollten bzw. konnten. So entstand mit der Zeit die Idee des Interkulturellen Frauenkreises, die eine große Unterstützung des Islamischen Kulturvereines, des Pfarrgemeinderates der katholischen Pfarrei St. Josef sowie der evangelischen Gemeinde erhielt.

Der seit 2007 aktive Interkulturelle Frauenkreis Marktredwitz eröffnete den türkischen und deutschen Frauen die Möglichkeit, sich gegenseitig kennenzulernen und zu verstehen. An den monatlichen Treffen werden unterschiedliche Themen angesprochen und diskutiert, wie z.B.:

- der Alltag muslimischer Frauen in Deutschland,
- Erntedank und Ramadan,
- das christliche Weihnachtsfest,
- "Am Beginn des Lebens": Informationen zu Taufe und Beschneidung,
- Rituale zu Tod und Sterben / Das Leben nach dem Tod (jeweils aus muslimischer und christlicher Sicht),
- eheloses Leben im Christentum (mit einem katholischen Pfarrer, einer evangelischen Diakonisse und einer katholischen Ordensschwester)

und vieles mehr.

Regelmäßig werden auch Referenten von außen eingeladen; erfolgreich waren insbesondere die Treffen unter "freiem Himmel" wie das Familien-Grillfest im Auenpark 2010. Der Interkulturelle Frauenkreis Marktredwitz konnte sich mittlerweile als eine bekannte und feste Institution in der Öffentlichkeit etablieren.

Im Laufe der Jahre hat sich die Zahl der Teilnehmerinnen bei ca. 40-50 Frauen stabilisiert, wobei die deutschen Frauen ungefähr zwei Drittel der Besucherinnen ausmachen. Bei den Treffen des Interkulturellen Frauenkreises in der Moschee ist der Anteil der Türkinnen (bei gleichbleibender Zahl deutscher Frauen) deutlich höher. Vermutlich ist die Hemmschwelle



vieler türkischer Frauen in den vertrauten Räumen der Moschee nicht so hoch. Das durchschnittliche Alter der Teilnehmerinnen ist bei den deutschen Frauen etwas höher als bei den Türkinnen. Die Leiterin des Frauenkreises erklärt diesen Altersunterschied damit, dass das Treffen des Frauenkreises für viele Türkinnen in Marktredwitz als einer der wenigen Orte der Kommunikation außerhalb ihres Zuhause benutzt wird, daher trifft man hier die türkischen Frauen im unterschiedlichsten Alter. Die meisten Frauen waren und sind neugierig auf die Lebensweise der jeweils anderen Kultur, wobei bei den Deutschen ein größerer Nachholbedarf besteht. Die Leiterin spricht von dem gegenseitigen Lernen der beiden Gruppen:

... für viele deutsche Frauen ist die unkomplizierte Herzlichkeit der Türkinnen befreiend; diese wiederum wachsen gerne in die gründliche Organisation mancher Veranstaltung hinein.

Im Gegensatz zur aktiven Teilnahme der türkischen Frauen bei der Integrationsarbeit in Marktredwitz spielt der lokale Imam dabei keine bedeutsame Rolle. Die Entsendung der an türkischen Universitäten ausgebildeten Imame nach Marktredwitz wird von DITIB finanziert. Zu den Aufgaben des Imams gehört neben religiösen Pflichten auch der Unterricht der türkischen Sprache. Der jetzige Imam in Marktredwitz beherrscht kein Deutsch, nach fünf Jahren Arbeit kehrt er in die Türkei zurück. Die Lebensrealität seiner Gemeinde kennt er kaum, was sein Ansehen besonders bei den hier aufwachsenden Jugendlichen nicht unbedingt erhöht. Der Vorstand der Islamischen Gemeinde hat die Hoffnung, einen in Deutschland ausgebildeten Imam als Nachfolger für ihn zu bekommen.

### **3.3 Der aktuelle Stand der Integration von türkischen Kindern und Jugendlichen in Marktredwitz und Speichersdorf**

Die vor allem sprachliche Integration der türkischen Kinder in den untersuchten Gemeinden erfolgt in erster Linie in den Kindergärten. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist in manchen von ihnen ziemlich hoch, z.B. im Kindergarten St. Josef im Marktredwitzer Stadtzentrum haben 42 % der Kinder mindestens einen ausländischen Elternteil, im katholischen Kindergarten St. Maria in Speichersdorf sind es 43 % der Kinder. Die Erzieherinnen in den Kindereinrichtungen wünschen vor allem frühzeitigen und regelmäßigen Besuch der ausländischen Kinder, was das Erlernen der deutschen Sprache für das Kind wesentlich leichter und stressfreier macht. Die Erfahrungen zeigen, dass ein regelmäßiger Besuch der Einrichtungen in den meisten Fällen für die spätere Aufnahme des Kindes in die Grundschule ausreicht.

Nach Angaben des Grundschuldirektors in Marktredwitz besaßen 36 der 100 für das Schuljahr 2010/11 angemeldeten Kinder einen Migrationshinter-



grund, ca. die Hälfte davon türkischen. Dieses Verhältnis ist seit 2000 relativ stabil. Bei sechs bis sieben Kindern mit Migrationshintergrund wird jährlich ein Mangel an Sprachkompetenz festgestellt. Für sie findet in den Kindergärten eine Vorschule in Deutsch statt, so dass kein zusätzlicher Unterricht in der Grundschule gebraucht wird.

Nach der Grundschule besuchen türkische Kinder in Marktredwitz überwiegend die Mittelschule, wo sie etwa 15 % der Schüler ausmachen. Die Wahl der Realschule oder des Gymnasiums ist eher eine Ausnahme, obgleich die Tendenz leicht steigend ist, da das Bewusstsein für den Wert der Bildung bei immer mehr türkischen Eltern steigt. Mit dem Aufgeben des Wunsches nach einer Rückkehr in die Türkei sehen viele Eltern die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung für ihre Kinder ein und sind bereit, diese zu fördern.

Man stellt fest, dass bei den Kindern der Türken und Spätaussiedler die Wahrscheinlichkeit des Schulabbruches in den ersten zwei bis drei Gymnasialjahren höher ist als bei den deutschen Kindern. Ein Experte vom Otto-Hahn-Gymnasium in Marktredwitz nennt als mögliche Ursache dafür mangelnde Kenntnisse des deutschen Bildungssystems und fehlende Unterstützung in der Familie. Eine ähnliche Meinung vertreten auch Schulleitungen anderer Schulen in Marktredwitz. Man muss berücksichtigen, dass sogar türkische Eltern mit guten Alltagsdeutschkenntnissen erhebliche Verständnisschwierigkeiten bezüglich des hochdifferenzierten deutschen Schulsystems haben. Es liegt vermutlich daran, dass es im türkischen Bildungssystem kein inhaltlich-sprachliches Analog dazu gibt. Zur Verbesserung dieser Situation wird an den Schulen zusammen mit der Volkshochschule ein Elternkurs angeboten, damit die Eltern nicht nur ihre Deutschkenntnisse verbessern, sondern auch die Schulordnung und Schulregeln kennenlernen können.

Besonders auffällig ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Werner-Porsch-Volksschule in Speichersdorf (Grund- und Hauptschule). Im Schuljahr 2010/11 haben 25 % der Grundschüler, in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 sogar 50 % aller Schüler mindestens ein Elternteil mit Migrationshintergrund. Für alle Kindergartenkinder mit Migrationshintergrund wird in der Schule ein Vorkurs Deutsch angeboten. Mit der fremdsprachlichen Hausaufgabenbetreuung und dem Zusatzkurs Deutsch, an dem auch Eltern teilnehmen können, wird die Sprachkompetenz der Schüler mit Migrationshintergrund gefördert. Das Sozialraumteam verknüpft die Arbeit der Schule mit dem integrativen Freizeitprogramm des Jugendtreffs.

Bei den Recherchen in den Schulen in Speichersdorf und Marktredwitz kamen einige "spezifisch türkische" Probleme der Kulturation und Interaktion der türkischen Kinder ans Licht. Es ist bemerkenswert, dass mehrere Experten unabhängig voneinander dieselben Gründe für diesen



Umstand nennen. Vor allem in der Grundschule macht sich der fehlende Integrationswillen einiger türkischer Kinder der dritten und mittlerweile schon vierten Generation bemerkbar. Es wird über verstärkte Clanbildung, mangelnde Freundschaftsbeziehungen nach außen bei den Mädchen und über die Übertragung der Rolle des "kleinen Prinzen" in die Schule und Öffentlichkeit bei den türkischen Jungen gesprochen. Laut Aussage des Direktors der Grundschule Marktredwitz ist sogar ein leichter Rückgang der Sprachkompetenz türkischer Kinder der zweiten und dritten Generation festzustellen. Dieses Phänomen lässt sich vermutlich durch die zwischenzeitlichen Veränderungen in der türkischen Gemeinde erklären. Viele in Marktredwitz aufgewachsene Türken der zweiten und dritten Generationen haben mittlerweile die ihnen in der Türkei "versprochenen" Ehegatten geheiratet und nach Deutschland geholt. In solchen Familien wird nicht nur überwiegend türkisch gesprochen, sondern auch türkisch ferngesehen, was durch den modernen Satellitenempfang ermöglicht wird. Die Kontakte zu den Deutschen sind i.d.R. aufgrund der mangelnden Sprachkompetenz eher gering, bei den Verwandtschaftsbesuchen wird überwiegend Türkisch gesprochen. So bekommen einige Kinder keine Gelegenheit, außerhalb des Kindergartens Deutsch zu hören und zu sprechen. Der Vorsitzende des Türkisch-Islamischen Kulturvereins gibt den Eltern die Schuld dafür, unter diesen Umständen zu wenig mit ihren Kindern Deutsch zu sprechen; dies sei seiner Meinung nach aber – neben dem Besuch eines Kindergartens – für jedes türkisches Kind von großer Bedeutung.

In anderen türkischen Familien dagegen ist bei einigen Eltern die Sorge über eine "schleichende" Assimilation vor allem in der dritten und vierten Generation groß. Dies betrifft oft gerade Familien, die ihre Kinder durch vielfache Anstrengungen auf das Leben in Deutschland vorzubereiten versuchen: es wird auch zu Hause Deutsch gesprochen (zumindest mit einem Elternteil), die Kinder werden gefördert und in die Realschule oder ins Gymnasium geschickt, Freundschaftsbeziehungen des Kindes zu den Deutschen werden geduldet bzw. unterstützt usw. Dabei rechnen die Eltern anfangs nicht immer mit den damit verbundenen und oft unvermeidlichen Veränderungen bei Selbstbewusstsein, Identifikation und Verhalten der Kinder und Jugendlichen, was die Familien später nicht selten in Verwirrung bringt und vor unerwartete familiäre Probleme stellt. Ein Ausschnitt aus dem Interview mit einer türkischen Mutter in Marktredwitz zeigt ein Beispiel für eine solche Situation.

Türkin: Meine Tochter (17) ist nicht so wie ich war.

Interviewer: Was meinst Du damit?

Türkin: Wenn ich ihr sage, ich kenne einen netten Jungen aus guter Familie, sie könnte mit ihm ausgehen, sagt sie einfach "Nein". Ich könnte das meinem Vater nicht sagen...





Interviewer: Hat dein Vater Deinen Mann für Dich ausgesucht?

Türkin: Ja.

Die Eltern vieler türkischer Kinder und vor allem Jugendlicher sehen sich mittlerweile nicht nur mit deren äußerlichen Veränderungen oder neuen, nicht immer erwünschten, Freundschaftsbeziehungen konfrontiert; sie nehmen bei den Kindern auch einen Verlust der traditionellen Werte und Identitätsmerkmale (Herkunftssprache, Religionsausübung, familiärer Zusammenhalt, Respekt gegenüber älteren Menschen, Trinkverhalten usw.) wahr: Die Suche nach einer Balance zwischen Assimilation und Identitätserhaltung gestaltet sich in den meisten Fällen sehr schwierig. Hier ist eine Begleitung der Familien durch Sozialarbeiter gefragt, die ein sehr feines Fingerspitzengefühl erfordert, um das Vertrauen der türkischen Eltern zu gewinnen.

#### **4 Aspekte der sozialräumlichen Integration von Türken in der Region Oberfranken-Ost**

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich unter den in den folgenden Abschnitten beschriebenen Aspekten der sozialräumlichen Integration zusammenfassen.

##### **4.1 Sozio-kulturelle Aspekte der sozialräumlichen Integration**

Infolge der lange Zeit fehlenden und erst in den letzten Jahren einsetzenden Integrationspolitik fand kaum eine Kulturation der ersten Generation von türkischen Zuwanderern in den peripheren Beispielgemeinden statt. Die Aneignung der Sprachkenntnisse der zweiten und folgenden Generationen erfolgte und erfolgt überwiegend in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen in den Gemeinden. Für die beiden untersuchten Gemeinden war der Rückgriff auf die Kinder als Übersetzungshilfe bei Eltern der ersten Generationen typisch. So ist es zu einer Art sozialer Isolation von der deutschen Bevölkerung auch in den kleinsten Gemeinden gekommen, die sich im jahrzehntelangen meist friedlichen, aber stummen Nebeneinanderleben verfestigt hat. Diese Situation ändert sich da, wo die interkulturelle Kommunikation gezielt angeregt und gefördert wird, wie bei dem Projekt "Mittendrin" in Speichersdorf oder im Interkulturellen Frauenkreis in Marktredwitz. Die Interaktion zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Türken im Sinne interkultureller Kommunikation bringt die Menschen näher zusammen, gibt ihnen die Möglichkeit, einander besser zu verstehen, führt zum Abbau der Vorurteile durch persönliche Erfahrungen. Es wird danach von "unseren Türken" gesprochen, oft wird verwundert festgestellt "... ich habe mir das bei Euch anders vorgestellt".



Das Potential der Interaktion im Bezug auf den Abbau der gegenseitigen Vorbehalte ist zweifellos noch sehr groß.

Mit der Entscheidung der türkischen Familien, in Deutschland zu bleiben und i.d.R. darauffolgender Einbürgerung der Familienmitglieder, ändert sich ihre Einstellung zur "Verortung" in der deutschen Gesellschaft, besonders im Bezug auf die Bildung und Ausbildung ihrer Kinder. Hier sind Eltern türkischer Herkunft oft der Überzeugung, nicht die gleichen Rechte einfordern zu können wie die etablierte Bevölkerung. Sie empfinden es als besonders schmerzhaft, wenn sie bei der Überlegung über den Bildungsweg ihrer Kinder die "gut gemeinte", undifferenzierte Empfehlung erhalten, sich doch für die Haupt- oder Mittelschule zu entscheiden. Gerade für die Eltern, die großen Wert auf die Bildung ihrer Kinder legen und sich in dieser Richtung bemühen, klingt eine solche Empfehlung nach ihrer Aussage "wie eine Ohrfeige".

Die Frage der Identifikation der türkischen Bevölkerung mit der deutschen Gesellschaft lässt sich unter Berücksichtigung des historisch-geographischen Hintergrundes der türkischen Zuwanderung beantworten. Die türkische Bevölkerung in Oberfranken stammt überwiegend aus den landwirtschaftlich geprägten Regionen Mittel- und Ostanatoliens. Die traditionell-religiöse Verankerung mit der Heimat ist bei den Türken der ersten Generation sehr stark, im Vergleich zu ihren Landsleuten aus den westlichen Regionen der Türkei sind sie sehr konservativ. Nach ihren eigenen Aussagen ".. sind wir (Türken in Oberfranken) für die Türken aus Ankara ungebildete Bauern". Die Türken, die im Kinder- oder Jugendalter nach Deutschland geholt wurden und hier aufwuchsen, haben i.d.R. das Problem, dass sie sich weder voll mit Deutschland, noch mit der Türkei identifizieren können. Sehr treffend beschreibt es die Frauenbeauftragte des Türkisch-Islamischen Kulturvereines in Marktredwitz:

Wenn ich hier bin, so bin ich eine Türkin, obwohl ich Deutsch spreche, arbeiten gehe und deutschen Pass habe. Wenn ich in die Türkei komme, bin ich aber keine Türkin. Sie [die Türken in der Türkei] haben für uns [Türken in Deutschland] ein spezielles Wort – "Deutschländer". Also bin ich zwischendrin, eine "Deutschländerin".

Der "Zwischendrin-Zustand" ist bei allen befragten Türken der zweiten und folgenden Generationen mehr oder weniger ausgeprägt. Generell lässt sich sagen, dass die Zugehörigkeitsgefühle zur Türkei mit abnehmendem Alter und verstärkter Platzierung in der Aufnahmegesellschaft im Sinne von ESSER (siehe Abschnitt 2.3) nachlassen. Die in Deutschland geborenen Jugendlichen bezeichnen i.d.R. Deutschland als ihre Heimat, da sie sich hier wohl fühlen, ihre Familien und Freunde haben. Gleichzeitig sagen viele, sie können es sich vorstellen, später in der Türkei zu leben, da sie sich dort



genauso wohl fühlen wie in Deutschland. Ein Ausschnitt aus einem Interview in Marktredwitz kann diese Aussage verdeutlichen:

Interviewer: Was gefällt Dir am Leben in der Türkei?

Türkischer Jugendlicher, 17 Jahre: Es ist warm da (lacht). Nein, ernst – die Leute sind da auch wärmer, offener... ich möchte gerne da leben.

Interviewer: Dann gehst Du nach der Schule in die Türkei?

Türkischer Jugendlicher: Ich glaube nicht. Ich bleibe da, wo meine Familie ist.

Es ist auch anzumerken, dass sogar die erwachsenen Befragten, die sich hier gut positionieren konnten, Deutschland zwar als Vaterland ansehen, sich selbst aber eher als seine "Stiefkinder"; sie wünschen sich mehr Unterstützung und vor allem Gleichberechtigung mit der deutschen Bevölkerung.

#### **4.2 Baulich-räumliche Aspekte der sozialräumlichen Integration**

Zu den entscheidenden Faktoren der Integration zählt der Erwerb von Immobilien von den türkischen Einwohnern in den untersuchten Gemeinden. Die Entscheidung darüber wird in den meisten Familien gleichzeitig mit der Entscheidung in Deutschland zu bleiben getroffen. Wie die Beispiele in Speichersdorf und Marktredwitz deutlich zeigen, bevorzugen türkische Käufer eher ältere, oft renovierungsbedürftige Häuser. Den Erwerb eines neueren Hauses oder den Neubau können sich die meisten türkischen Familien finanziell nicht leisten. Gleichwohl besitzen einige Familien nicht selten zwei und mehr Häuser, die i.d.R. renoviert und weiter gemietet werden. Diese Entwicklung wird seitens der Gemeindeverwaltungen im Großen und Ganzen begrüßt, da dadurch Leerstände (vor allem im Stadtkern Marktredwitz) beseitigt werden.

Bei der etablierten Bevölkerung trifft die zunehmende "Ausbreitung" der Türken oder anderer Ausländer in der Altstadt nicht immer auf volles Verständnis, manche befürchten die Entstehung von großstädtischen Problemvierteln ähnlichen Verhältnissen. Gleichwohl ist die Bereitschaft der Deutschen, die alten Häuser und Wohnungen selbst zu erwerben, ziemlich gering. Diese Immobilien gelten bei Einheimischen als zu alt, zu klein und zu wenig Komfort bietend.

Zusammenfassend lässt sich behaupten, dass es zur wichtigsten Aufgabe der Integrationspolitik in ländlichen Räumen gehört, Chancengleichheit von türkischen oder anderen Zuwanderern und ihren Nachfahren mit der etablierten Bevölkerung zu schaffen. Dabei sollen sich alle Beteiligten im



Klaren sein, dass dieser Prozess nur bei beidseitigem Verständnis und Engagement erfolgreich sein kann, was ein gezieltes, auf einzelne Gruppen ausgerichtetes Arbeitsprogramm erfordert. Die Erfahrung einzelner Gemeinden zeigt, dass es sich dabei um eine langwierige, über die Generationen hinweg andauernde Arbeit mit einem schlecht vorhersehbaren Ende und auf jeder Etappe möglichen Rückschritten handelt. Trotz alledem zeigen die Bemühungen zur Integration der türkischstämmigen Bevölkerung in den untersuchten Gemeinden schon jetzt einige erfolgreiche und funktionsfähige Ansätze für die konzeptuellen Modelle der Integrationsarbeit außerhalb von Ballungsregionen.

## 5 Fazit

Die Gemeinden im ländlichen Raum suchen ihren eigenen, oft schwierigen Weg, das interkulturelle Zusammenleben mit türkischen und anderen Migrantengruppen zu gestalten.

Dabei haben gerade die kleinen und mittelgroßen ländlichen Gemeinden offensichtliche Vorteile gegenüber den Großstädten, die Bedingungen für die sozio-kulturelle Integration positiv zu gestalten. Da es im ländlichen Raum i.d.R. zu keiner ausgeprägten Segregation der Ausländer kommt, erfolgt die Durchmischung der Bevölkerung in den sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Gemeinden per se – in Kindergärten, Schulen, Vereinen. Die Überschaubarkeit, Intimität, Nachbarschaft prägen die Integrationsbedingungen auf dem Land (vgl. Web-Seite der SCHADER-STIFTUNG). Man stellt aber immer wieder fest, dass ohne den Willen der Akteure zur Teilnahme an der interkulturellen Kommunikation diese Vorteile folgenlos bleiben. Die Aufgabe, den Integrationswillen anzuregen und zu fördern, liegt vor allem bei den Gemeinden und erfordert unter anderem finanzielle Unterstützung ihrerseits, vor allem für die Einstellung ausgebildeten Personals – für viele hochverschuldete Kommunen in Oberfranken und anderswo ein eher unrealisierbares Vorhaben. Aber die Praxis einiger Gemeinden zeigt, dass man auch mit wenig Mitteln und viel Engagement etwas bewirken kann. Gute Beispiele dafür kann die Gemeinde Speichersdorf liefern. Mit Genehmigung der Gemeinde 2003 wurde ein älteres Gebäude zum Jugendtreff umgenutzt, dabei halfen die Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft freiwillig bei den Renovierungsarbeiten. In Kooperationsarbeit mit sozial orientierten Trägern und Verbänden wurde staatliche Unterstützung für die Durchführung mehrerer Integrationsprojekte beantragt und genehmigt, so dass die Gemeinde nur ein Teil davon selbst finanzieren musste. Somit wird deutlich, dass der Wille zur Integration nicht nur seitens der Migranten vorhanden sein muss, sondern auch seitens der einheimischen Bevölkerung und vor allem seitens der Gemeindeverwaltung.



Die durchgeführten Untersuchungen zeigen, dass die türkischen Gemeinden in Oberfranken, wie klein sie auch sein mögen, nicht homogen sind. Der Wille und das Interesse zur Integration variieren je nach Alter, Geschlecht und persönlicher Einstellung der Migranten. Ein verstärkter Wunsch nach gleichen Chancen für deutsche und türkische Kinder, Identitätskonflikte und "schleichende" Assimilation in der zweiten und dritten Generation zählen zu den wichtigsten (aber nicht einzigen) Ausgangspunkten für die Gestaltung der künftigen Integrationsmaßnahmen in den Gemeinden.

Der Erfolg der Integration von Ausländern im ländlichen Raum steht mit der wirtschaftlichen Situation in den betroffenen Gemeinden, der Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung und der Migrantengruppen zu gemeinsamen Anstrengungen sowie der Einstellung und dem Engagement der Ortsautoritäten in direkter Verbindung. Obwohl es momentan kaum fertige Konzepte zur Integration in peripheren Gemeinden gibt, lassen sich aus den Beispielen Speichersdorf und Marktredwitz einige Ansätze zur Stärkung und Förderung des interkulturellen Zusammenlebens mit Menschen mit Migrationshintergrund erkennen.

## Anmerkungen

- 1 Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund handelt es sich um Personen, die nach 1949 ins heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen AusländerInnen und alle in Deutschland Geborenen mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil (Statistisches Bundesamt Deutschland 2011)
- 2 Die Aleviten und Sunniten in Speichersdorf kommen fast ausschließlich aus Anatolien. Dabei sind die Speichersdorfer Aleviten überwiegend kurdischer Abstammung, die Sunniten dagegen türkischer. Diese Tatsache kommt anscheinend erschwerend zu der religiösen Trennung der beiden Gruppen hinzu.
- 3 Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) – ein in Deutschland seit 1984 eingetragener Verein mit religiöser und sozialer Zielsetzung, der dauerhafter Leitung, Kontrolle und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten der Türkei in Ankara und damit indirekt dem türkischen Ministerpräsidenten untersteht. DITIB funktioniert außerdem als bundesweiter Dachverband für die Koordinierung der religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten der angeschlossenen türkisch-islamischen Moscheegemeinden.



## Literatur

BOOS-KRÜGER, Annegret (2005). "Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherung an ein neues Forschungsgebiet". In: Schader-Stiftung, Deutsche Städtetag, GdW Bundesverband deutsche Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft und Stadt und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt. Darmstadt, 407-444.

ESSER, Hartmut (2001). Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere. Mannheimer Zentrum Europäische Sozialforschung. Nr. 40. ([www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf](http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf), eingesehen am 03.03.2011).

FRIEDRICHS, Jürgen/Jörg BLASIUS (2001). "Sozial-räumliche Integration von Türken in zwei Kölner Wohngebieten", Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 2001, 1, 48-67.

"Fröhliches Fest der Kulturen in Speichersdorf", Nordbayerischer Kurier vom 06.06.2010.

([www.nordbayerischer-kurier.de/nachrichten/1290920/details\\_8.htm](http://www.nordbayerischer-kurier.de/nachrichten/1290920/details_8.htm), eingesehen am 26.03.2011).

HÄÜBERMANN, Hartmut/Walter SIEBEL, (2003). Die Stadt als Ort der Integration von Zuwanderern. Vortrag bei der Verleihung des Schader-Preises in Darmstadt am 6. November 2003.

([www.uni-kassel.de/.../Literatur\\_Zuwanderung05%20HäuSie\\_Integration.pdf](http://www.uni-kassel.de/.../Literatur_Zuwanderung05%20HäuSie_Integration.pdf), eingesehen am 23.02.2011).

HECKMANN, Friedrich (2005). Ghettobildung in der Großstadt? Aspekte sozialräumlicher Integration. In: Bayerisches Integrationsforum

"Integration im Dialog – Migranten in Bayern". Regionale Auftaktveranstaltung der Regierung von Mittelfranken. Nürnberg.

([www.regierung.mittelfranken.bayern.de/serv/download/downabt6/050323rede\\_prof\\_heckmann.pdf](http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/serv/download/downabt6/050323rede_prof_heckmann.pdf), eingesehen am 05.03.2011)

MIKSCH, Jürgen/Anja SCHWIER (2001) Fremde auf dem Lande. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Otto Lembeck.

MIKSCH, Jürgen/Anja SCHWIER, (2002). Islam in europäischen Dörfern. Frankfurt am Main 2002: Otto Lembeck.

REGIERUNG VON OBERFRANKEN. Zahlenspiegel des Regierungsbezirks Oberfranken. Bevölkerungsspiegel am 31.12.2009. <

([www.regierung.oberfranken.bayern.de/imperia/md/content/regofr/oberfranken/daten/zahle005\\_2009.pdf](http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/imperia/md/content/regofr/oberfranken/daten/zahle005_2009.pdf); eingesehen am 17.03.2011)



SCHÄFERS, Bernhard (8. Auflage 2004). Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Stuttgart.

SCHAFFER, Franz/Karin THIEME (2001). Muslime in der Großstadt – Vorschläge zur kommunalen Integration am Beispiel von Augsburg. In: Mitteilungen der geographischen Gesellschaft in München 85, 227-256.

SCHADER-STIFTUNG, Forschung: Integration von Ausländern.  
([www.schader-stiftung.de/wohn\\_wandel/909.php](http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/909.php), eingesehen am 25. 03. 2011)

ŞEN, Faruk (1997) Türkische Selbständige in der Bundesrepublik. In: Geographische Rundschau 49, 7-8, 413-417

STANDL, Harald (2007). Sektorale und (intra-)regionale Wohnungsmarktentwicklungen in der oberfränkischen Peripherie: aktuelle Trends und mittelfristige Prognosen. In: Institut für Entwicklungsforschung im ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V. (2007). Immobilienmärkte im ländlichen Raum. (= 20. Heiligenstädter Gespräche), 4-22.

STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (2011). Personen mit Migrationshintergrund. Methodische Erläuterungen.  
(<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Aktuell.psml>, eingesehen am 10.10.2011)

WOHLWILL, Philipp (2008). Immigration und Integration von Türken in Deutschland - Emotionsethnologische Perspektiven. Norderstedt.

## **Zuwanderung von Arbeitsemigranten als Rettung für die europäische Peripherie? Das Beispiel Schottland**

**Doris Schmied**

*\*Institut für Geographie, Universität Bayreuth*

### **Kurzfassung**

Ländliche Peripherien werden in der Regel als Gebiete wahrgenommen, die von negativer Nettoabwanderung betroffen sind, da sie unfähig sind Migranten, vor allem im arbeitsfähigen Alter, anzuziehen. Dass diese Vorstellung nicht zutreffen muss, wird am Beispiel der Highlands & Islands in Schottland demonstriert, die im Zuge der Osterweiterung der EU im Jahre 2004 eine Welle der Zuwanderung erlebten. Eine beträchtliche Zahl internationaler Arbeitsmigranten vor allem aus den so genannten A8-Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Ungarn und der Tschechischen Republik) – mit Polen als Hauptursprungsland – wählte dieses untypische periphere Wanderungsziel. Dieser Beitrag beschreibt den Hintergrund der Wanderungsbewegung und gibt einen Einblick in die demographischen, ökonomischen und sozialen Folgen für das Zielgebiet.

### **Abstract**

Rural peripheries are commonly pictured as areas of negative net migration due to their inability to attract migrants, especially of working age. This does not need to be the case as is being demonstrated by the example of the Highlands & Islands in Scotland which attracted considerable inward migrants in the wake of the Eastern enlargement of the European Union in 2004. A considerable number of international labour migrants especially from the so-called A8 countries (Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Slovakia and Slovenia) – with the Polish as the largest contingent – flocked to this rather untypical peripheral destination. This paper describes the background of this movement and gives a first insight into the demographic, economic and social impacts on the receiving region.





## 1 Peripherie und Migration

Immer wieder werden Migrationsprozesse als Narrative der Wege in die Städte, vor allem in die Metropolen, dargestellt, während periphere Räume allenfalls als Quellgebiet von Migranten wahrgenommen worden sind. Dies gilt vor allem für die stereotype Vorstellungen von Arbeitsmigration: Strukturelle Faktoren verhindern nach gängigen Vorstellungen das Bleiben der jungen/aktiven Bevölkerung in ländlichen und/oder peripheren Gebieten und so wandern Jugendliche bzw. junge Erwachsene auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen aus den "Passivräumen" ab. Eine Rückwanderung erfolgt danach allenfalls im Rentenalter.

In den letzten Jahren sind bereits mehrfach Forschungsergebnisse veröffentlicht worden, die diese stereotype Vorstellung von einer monodirektionalen auf die Städte/Metropolen gerichteten Migration herausgefordert haben, indem sie zeigten, dass auch ländliche Räume in Europa für Migranten, und sogar für internationale Arbeitsmigranten, attraktiv sein können (vgl. u.a. FONSECA, ALEGRIA & NUNES 2004 und FONSECA 2008 für Portugal, MENDOZA 2003, MORÉN-ALEGRET & SOLANA 2004 und MORÉN-ALEGRET 2008 für Spanien, KING & MAI 2008 für Italien, KASIMIS, PAPADOPOULOS & ZACOPOULOU 2003 und KASIMIS & PAPADOPOULOS 2005 für Griechenland, MAC ÉINRÍ 2007b für Irland, JENSCH, DE LIMA & MACDONALD 2007 für Schottland oder allgemein HUGO & MORÉN-ALEGRET 2008, JENTSCH 2007 und JENTSCH & SIMARD eds. 2009). In diesem Beitrag wird das Beispiel der Highlands & Islands<sup>1</sup> in Schottland herangezogen, um zu untersuchen, ob und wie internationale Arbeitsmigration die Entwicklungschancen eines extrem peripheren Gebietes verändern kann.

Nach der Osterweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 erlebte das Vereinigte Königreich die größte internationale Zuwanderungswelle seit Jahrzehnten und nahm innerhalb von wenigen Jahren schätzungsweise 0,5 bis 1 Million Migranten aus den neuen Beitrittsländern auf. Die Ursache für diesen Massenansturm war, dass Großbritannien – neben Schweden und Irland – Migranten aus den neuen Mitgliedsstaaten sofort Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährte, während die meisten anderen Staaten der "alten EU" sich mehr oder weniger lange Übergangsfristen ausbedungen hatten. Für Migranten aus Malta und Zypern gab es im Vereinigten Königreich sofort nach dem EU-Beitritt keinerlei Beschränkung, für Arbeitskräfte aus den so genannten A8-Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik) gewisse Einschränkungen, die im Falle der so genannten A2-Staaten (Bulgarien, Rumänien) noch etwas höher waren und bis 2014 bleiben werden.

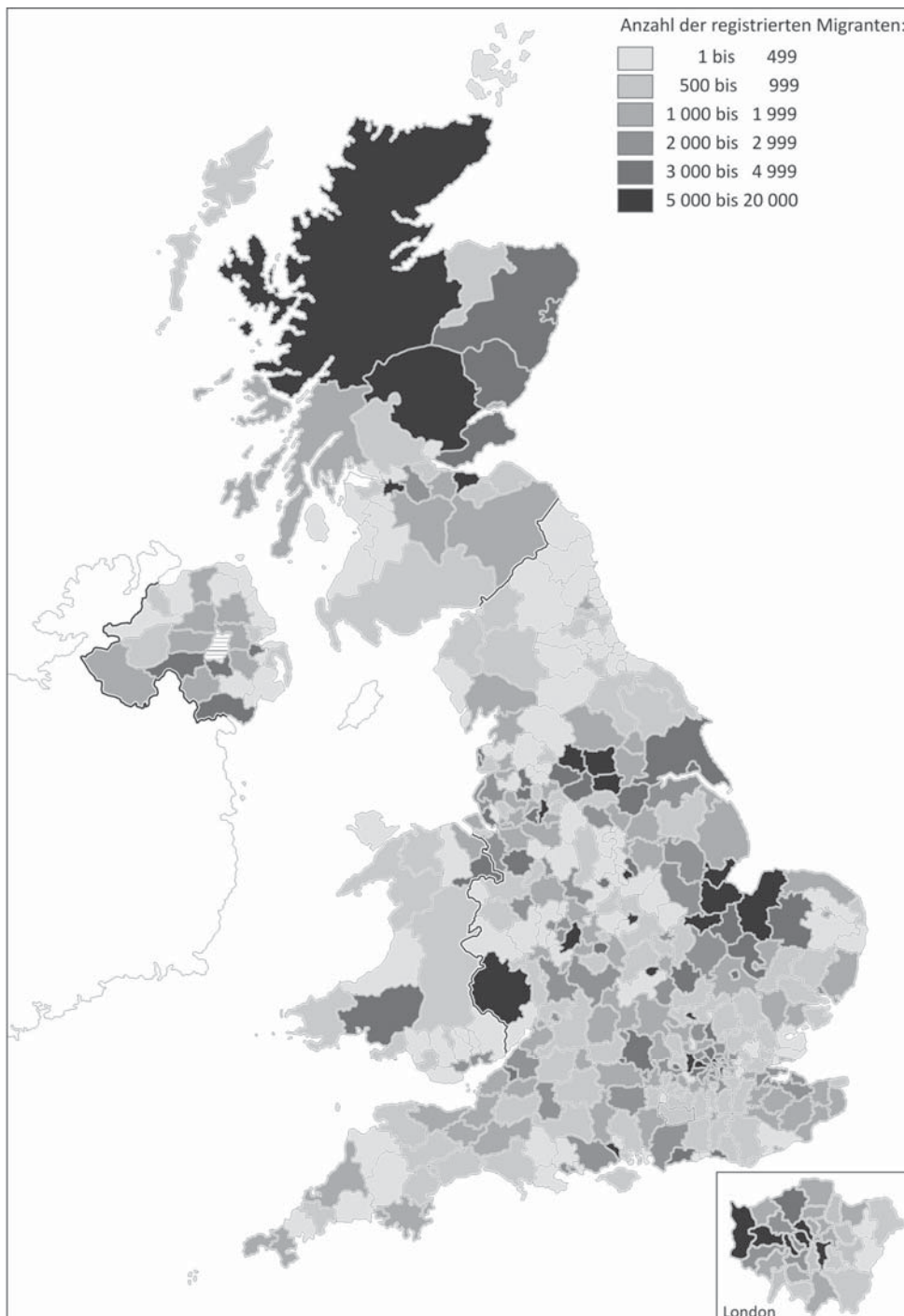
Der große Ansturm brachte für Großbritannien eine neue Erfahrung mit sich, denn die Migranten zogen auch in bisher kaum von internationalen Arbeitsmigranten gewählte ländliche und/oder periphere Gebiete, wie anhand von

Abbildung 1 deutlich wird. Im extremen Norden Schottlands erlebten die Highlands & Islands eine bisher unbekannte Welle der Zuwanderung.

### Abbildung 1

#### Registrierte Migranten aus A8-Ländern, 2004-2007

Quelle: BBC 2007a, basierend auf Daten des *Institute of Public Policy Research*  
(zur Unsicherheit der Datenlage siehe Abschnitt 3)





## 2 Politisch-regulatorische Rahmenbedingungen

Das große Interesse der Migranten an Schottland lässt sich zum Teil durch die politisch-regulatorischen Rahmenbedingungen erklären, die sich von denen Englands unterscheiden.

Auf gesamtnationaler Ebene kann das Vereinigte Königreich, vor allem England, als "reluctant country of immigration" charakterisiert werden. Zwar zeichnete sich das Land nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre durch eine vergleichsweise geglückte Aufnahme von internationalen Migranten aus (Zuwanderung aus den ehemaligen Kolonien/Territorien, aber auch aus Ostblockländern), aber der steigende Prozentsatz von Personen mit Migrationshintergrund, die Zunahme an Asylbewerbern und illegalen Einwanderer ließ spätestens in den 1990er Jahren die Angst vor Überfremdung steigen und seit den Terroranschlägen vom Juli 2005 verschlechterte sich das politisch-soziale Klima in England zunehmend. Die bisherige Toleranz gegenüber Fremden nahm deutlich ab. Dies führte zu Restriktionen für Migranten aus den neu hinzukommenden EU-Staaten Bulgarien und Rumänien im Jahre 2007 und zur Erschwerung der Zuwanderung und Einbürgerung auf nationaler Ebene durch eine neue Gesetzgebung in Form des *Borders, Citizenship and Immigration Act 2009*.

Schottland, das selbst lange Zeit Auswanderungsland war und das nach jahrhundertelanger Zentralregierung durch London im Zuge der politischen *Devolution* durch den *Scotland Act 1998* beschränkte regionale Autonomierechte erhielt, teilt diese Entwicklung nicht, es präsentiert sich vielmehr als "welcoming country of immigration". Obwohl Einwanderungspolitik ein *reserved matter* und die juristische Zuständigkeit damit bei Westminster verblieben ist, unterscheidet sich die Regierung in Edinburgh deutlich von der in London. So sind die politische Rhetorik und die – im Rahmen des politischen Handlungsspielraums der *devolved matters* möglichen – Maßnahmen migrantenfreundlicher als südlich des Tweed.

So erklärte *First Minister of Scotland* Alex Salmond 2008 auf einer Webseite "Scotland is the Place" für potenzielle Migranten und Investoren:

We aim to attract more people to our country. We encourage bright, talented and hard-working individuals to come and live and work with us to achieve our vision of a wealthier and fairer Scotland for everyone (SCOTLAND IS THE PLACE 2008).

Bereits 2001 wurde *TalentScotland* gegründet, das internationale Migranten für den Elektrosektor anwerben sollte, seinen Tätigkeitsbereich aber immer mehr erweiterte. 2004, dem Jahr der EU-Osterweiterung, wurde dann die so genannten *Fresh Talent*-Initiative ins Leben gerufen. Danach sollten einerseits ausländische Studierende die Möglichkeit erhalten, nach ihrem



Studium in Schottland berufstätig zu werden. Doch außerdem sollte der Zuzug im Rahmen der Familienzusammenführung und vor allem die Aufnahme bestimmter – auch weniger hoch qualifizierter – Tätigkeiten (z.B. als Krankenschwester oder als Koch) ermöglicht werden. 2005 wurde ein *Relocation Advisory Service* eingerichtet, der den Zuzug und die Integration von internationalen Migranten erleichtern sollte. Dieser wurde 2010 mit *TalentScotland* zusammengeführt. Zur Erleichterung der Eingliederung wurde auch ein so genanntes *Welcome Package* erarbeitet, das potenzielle Migranten im Internet bei der Vorbereitung auf das Leben und Arbeiten im neuen Gastland vorbereiten soll.

Aufgrund dieser recht positiven Haltung gegenüber Zuwanderung und der begleitenden Maßnahmen ist es nicht verwunderlich, dass sich Schottland, das bisher nur vergleichsweise wenige internationale Migranten angezogen hatte, zu einem wichtigen Zielgebiet für Migranten aus den neuen EU-Mitgliedsländern entwickelte. 2001 betrug die Zahl der im Ausland geborenen Bevölkerung in Schottland insgesamt nur 3,3 (2001 Census), selbst 2009 war sie mit ca. 6 % nach einer Schätzung des *Office for National Statistics* (REID & MILLER 2010/11) noch recht niedrig, aber doch deutlich gestiegen<sup>2</sup>.

### 3 Datenlage

Dass Schottland einen Ansturm von Migranten erlebte, ist unbestritten. Schwieriger ist es konkrete Aussagen zu treffen, denn es gibt in Großbritannien keine systematische Ein- und Ausreiseregistrierung (also bleibt unklar, wer wann ins Land kommt und es wieder verlässt) und auch keine systematische Wohnortregistrierung (also bleibt offen, wer sich wann wo niederlässt). Die beste Datenquelle ist der *Census*; aber mit dem Abstand zu einem Volkszählungsjahr wächst die Datenunsicherheit. Die letzte vor dem Zeitpunkt der Durchführung dieser Studie erfolgte Volkszählung fand 2001 – also vor der EU-Osterweiterung und dem darauf folgenden Migrantenzustrom – statt, die Ergebnisse der Volkszählung von 2011 waren zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Beitrags noch nicht erhältlich.

Trotz dieser unbefriedigenden Datenerhebung gibt es einige Quellen, die – zumindest in eingeschränktem Maße – Informationen zur internationalen Migration bieten:

#### 1) *International Passenger Survey (IPS)*

Beim IPS handelt es sich um die wichtigste Quelle für internationale Migration. Diese seit 1961 durchgeführte Stichprobenerhebung beruht auf der Befragung von Personen, die in das Vereinigte Königreich einreisen oder



den Staat verlassen. Durch die jährlich ca. 250.000 Interviews werden allerdings nur 0,2 % aller Reisenden, und das schließt auch "normale" Touristen ein, erfasst.

## 2) *National Insurance Number Registration (NINo)*

Das *Department for Work and Pensions* (DWP) erstellt vierteljährlich Statistiken über die nationalen Versicherungsnummern, die an Ausländer vergeben werden. Sie können als Hinweis auf die Zahl der legalen ausländischen Arbeitskräfte verwendet werden. Da die nationale Versicherungsnummer aber einmalig für das ganze Leben vergeben wird, ist unklar, wie der Migrant sich nach der Registrierung verhält, wie lange und wo er sich aufhält/arbeitet, ob er das Land wieder verlassen hat usw. Außerdem kann durchaus Zeit zwischen der Ankunft eines Migranten und seiner Registrierung verstreichen (vgl. GILLINGHAM 2010, 7).

## 3) *Work Registration Scheme (WRS)*

Das WRS war eine Statistik des Innenministeriums, die im Mai 2004, also zum Zeitpunkt der Osterweiterung der EU und dem Beginn des Zustroms aus den neuen Mitgliedsländern, eingeführt wurde. Migranten aus den A8-Staaten waren gehalten, sich registrieren zu lassen, wenn sie eine legale Arbeit aufnahmen oder Sozialleistungen in Anspruch nehmen wollten. Diese Statistik gab also Auskunft über den Ort der ersten Arbeitsaufnahme, aber nicht über das weitere Migrationsverhalten. Mit dem Ende der Übergangsphase für die neuen EU-Mitgliedsländer Ende April 2011 entfiel auch diese Registrierung. Unter dem WRS registrierten sich innerhalb von 7 Jahren im gesamten Königreich 1,1 Millionen Migranten ([WWW.WORKPERMIT.COM](http://WWW.WORKPERMIT.COM)).

## 4) *National Health Service Central Register (NHSCR)*

Hierbei handelt es sich um eine Statistik, die Migranten dann erfasst, wenn sie Dienstleistungen des Gesundheitssektors in Anspruch nehmen wollen. Über Personen, die das nicht tun, gibt es keine Informationen.

## 5) *Pupil Census*

Diese jährlich durchgeführte Erhebung gibt indirekt Auskunft über Personen/Familien mit Migrationshintergrund, deren Kinder eine Schule und oder einen Kindergarten besuchen, indem er die wichtigste zuhause gesprochene Sprache erhebt. Dies betrifft zwar nur einen Teil der Arbeitsmigranten, ist aber gerade für eine kleinräumige Betrachtung und Planung besonders in ländlichen Gebieten ein wichtiges Indiz.



## 6) Mothers' Country of Birth

Diese Erhebung ist ähnlich zu bewerten wie der *Pupil Census*. Hier wird bei nicht im Vereinigten Königreich geborenen Kindern der Geburtsort der Mutter in Erfahrung gebracht. Also gibt es bei dieser Statistik nur Informationen über (weibliche!) Migranten mit Kindern, die mit nach Schottland gebracht worden sind.

Aufgrund der sehr unsicheren Datenlage stellte die AUDIT COMMISSION (2007) fest:

Consequently, there is little evidence on who stays where or for how long, and limited information on the intentions of migrant workers, especially those from the accession states.

Trotz dieser Einsicht hat sich die Datenlage nicht grundsätzlich verbessert. Daher wird bereits die Zahl der Migranten nur geschätzt. Nach WRS-Daten lebten 2007 etwa 60.000 Migranten aus den A8-Staaten in Schottland, über 80 % waren junge Erwachsene (Altersgruppe zwischen 18 und 34 Jahre), männliche Migranten überwogen leicht (ca. 57:43), eine deutliche Mehrheit stammte aus Polen (ca. 65 % oder mehr) (zitiert aus WEISHAAR 2008, 1251). Die Situation in der Region der Highlands & Islands kann und dürfte durchaus von dieser gesamtschottischen Konstellation abweichen.

Besonders wenige Informationen gibt es über die Motivation der Migranten, ihre Zuwanderung, ihr Verhalten und ihre Aktivitäten im Zielland und ihre Aufenthaltsdauer. Ist die Migration saisonal, zyklisch, längerfristig, permanent, folgt sie einem transitorischen Migrations- oder einem echten Einwanderungs-Muster? Dazu müssen als *evidence base* (ROLFE & METCALF 2008) regionale, vor allem qualitative, Fallstudien herangezogen werden (z.B. DE LIMA, JENTSCH & WHELTON 2005, KOCIOŁEK 2007, JENTSCH 2007, JENTSCH, DE LIMA & MACDONALD 2007). Doch muss man sich im Klaren darüber sein, dass das Bild, das diese Fallstudien zeigen, sich schnell ändern kann und – wie die Erfahrung zeigte – auch geändert hat.

## 4 Demographische Auswirkungen

Schottland ist ein Land mit 5 Millionen Einwohnern und möchte diese Bevölkerungszahl möglichst halten, denn eine stabile oder sogar wachsende Bevölkerungszahl wird als Voraussetzung für die gestiegene politische Bedeutung und Handlungsfähigkeit wahrgenommen, die Schottland durch die *Devolution* gewonnen hat. So ist es erklärte schottische Regierungsstrategie zwischen 2007 und 2017 das gleiche Wachstum wie in den alten EU-15-Staaten zu erzielen. Das Ziel für die Highlands & Islands ist noch ambitionierter. *Highlands & Islands Enterprise* (HIE), die Wirtschaftsagentur



der schottischen Regierung, die für die dünn besiedelte westliche und nördliche Hälfte Schottlands zuständig ist, strebt ein Wachstum von 440.000 Einwohnern (2005) auf 500.000 (2025) "in jedem Teil des Gebietes" an und verfolgt damit eine offensive Bevölkerungspolitik. Denn gerade hier werden Migranten als ein Mittel gegen demographische Alterung und Schrumpfung gesehen.

Bis ins 18. Jahrhundert waren die Highlands & Islands – trotz ihrer Randlage im Vereinigten Königreich und Gesamteuropa – deutlich dichter besiedelt als heute, erlebten dann aber mehrere Phasen der Ab- und Auswanderung als Folge der Zerstörung der traditionellen Lebensform, der Vertreibungen im Zuge der berüchtigten *Highland Clearances* sowie der Abwanderung in die zentralschottischen Städte während der Industrialisierung. Das Erbe dieser nationalen Abwanderung bzw. internationalen Emigration ist eine der geringsten Bevölkerungsdichten Europas. Das Problem wird dadurch verschärft, dass fast ein Viertel der Bevölkerung der Highlands & Islands auf über 90, zum Teil schwer erreichbaren Inseln verstreut lebt.

Erst durch eine gezielte Struktur- und Förderpolitik – insbesondere die Einrichtung des *Highlands & Islands Development Board* im Jahre 1965, der 1991 durch *Highlands & Islands Enterprise* abgelöst wurde – wurden die Highlands & Islands allmählich wirtschaftlich und damit auch demographisch wieder etwas attraktiver (vgl. SCHMIED 2004). Seit den 1960er Jahren begann die Bevölkerung etwas zu steigen. Zu einem deutlichen Wachstum kam es im Zeitraum 1984 bis 1995, danach sank die Bevölkerungszahl wieder – eine Entwicklung, die erst durch die Zuwanderungswelle erneut umgekehrt wurde (vgl. Abb. 2). Nach Schätzungen des GENERAL REGISTER OFFICE FOR SCOTLAND (GROS) stieg die Zahl der Bewohner der Highlands & Islands zwischen Mitte 2001 und Mitte 2009 von 433.448 auf 447.043 (zitiert aus HIE 2011) und damit stärker als die Bevölkerung von Gesamt-Schottland (3,14 % im Vergleich zu 2,48 %).

Allerdings verlief die Bevölkerungsentwicklung in den verschiedenen *Council*-Gebieten der Highlands & Islands sehr unterschiedlich. In Argyll & Bute ist die Bevölkerungsentwicklung seit Ende der 1980er/Anfang 1990er mehr oder weniger stark rückläufig. Auf den Western Isles (Eilean Siar bzw. Hebriden) hat die Bevölkerung in den letzten drei Jahrzehnten relativ kontinuierlich abgenommen, während sie auf den Shetlands seit 1983 nahezu gleich geblieben ist. Die Bevölkerungsentwicklung auf den Orkneys ist in ihren Verlust- und Gewinnphasen der der Highlands & Islands insgesamt am ähnlichsten. Moray erzielte Anfang der 1990er Jahre sehr deutliche Bevölkerungsgewinne und hält sich seitdem mit einigen Einbrüchen etwas unter dem erzielten Niveau von 1995. Das *Council*-Gebiet Highland aber hat in den letzten drei Jahrzehnten ein deutliches Wachstum verzeichnet, das sich im Zuge der Zuwanderungswelle nochmals klar gesteigert hat. Zusammengefasst bedeutet dies, dass Argyll & Bute, Eilean



Siar sowie die Shetlands mehr oder weniger stark von Abwanderung betroffen sind, während die Orkney Islands, Moray und vor allem Highland sich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends – auch beeinflusst durch internationale Zuwanderung – positiv entwickelt haben. Demzufolge kommt es innerhalb der Highlands & Islands gewissermaßen zu einer Konzentration der Bevölkerung – mit Ausrichtung auf den Moray Firth –, während die entlegenen Gebiete klare Verlierer sind.

## Abbildung 2

### Bevölkerungsentwicklung in den Highlands & Islands, 1981-2010

Quelle: General Register Office for Scotland, Population Estimates Time Series Data, <http://www.gro-scotland.gov.uk/statistics/theme/population/estimates/mid-year/time-series.html>



Der wichtigste Steuerungsfaktor für die Bevölkerungsentwicklung ist die Entwicklung der Migration, und zwar nicht nur der internationalen Migration.

Ein großes Problem der Highlands & Islands ist die starke Abwanderung von Jugendlichen/jungen Menschen, vor allem im Rahmen der Bildungswanderung, von denen nur ein Teil wieder in das Heimatgebiet zurückkehrt. Geht man davon aus, dass die Highlands & Islands den gleichen Altersaufbau wie Gesamt-Schottland haben sollten, so fehlen in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen etwa 18.000 Menschen. Ihr Anteil an der regionalen Bevölkerung sank von 23 % im Jahr 1985 auf 15 % im Jahr 2004 (Angaben nach HIE n.d.). Die Situation hat sich durch die Errichtung einer Hochschule, der *University of the Highlands & Islands*, mit 13 Colleges



und Forschungsinstituten sowie mit 50 *Learning Centres*, etwas verbessert, aber dennoch fehlen berufliche Ausbildungsplätze und qualifizierte Arbeitsplätze für junge Menschen.

Allerdings gab es bereits vor der Zuwanderungswelle im Zuge der EU-Osterweiterung durchaus Rückwanderung und sogar Zuwanderung. Besonders auffällig ist das Phänomen der so genannten *White Settlers*. Dabei handelt sich um Personen, die auf der Suche nach einer höheren *quality of life* (vgl. SHORT & STOCKDALE 1999) – häufig, aber nicht nur aus England – in die ländlichen Gebiete Schottlands wandern. Diese Gegenstrommigranten bzw. Stadt-Land-Wanderer meist mittleren oder höheren Alters machten zum Beispiel bereits Mitte der 1990er Jahre 15 % der Bevölkerung auf Skye aus.

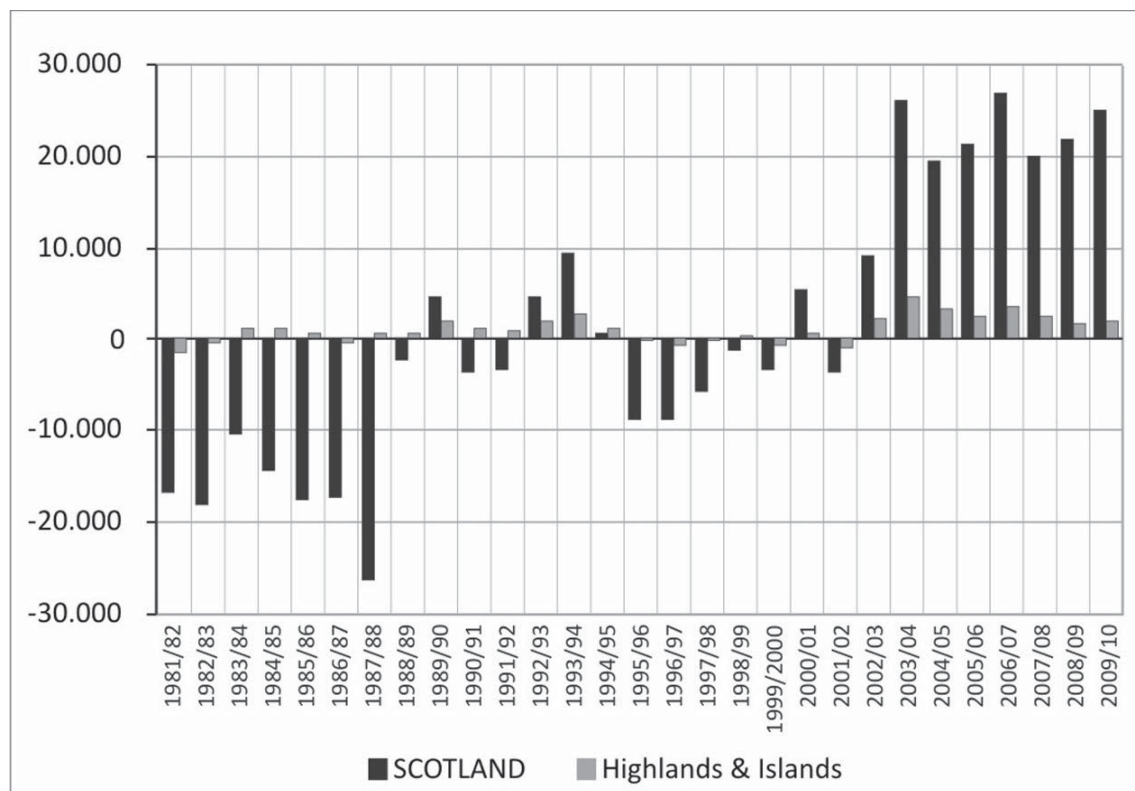
Dieses Migrationsmuster wurde nun durch die Zuwanderung von internationalen Migranten ergänzt.

### Abbildung 3

#### Nettomigration in Schottland und den Highlands & Islands, 1981/82 bis 2009/2010

Quelle: General Register Office for Scotland, Migration Statistics,

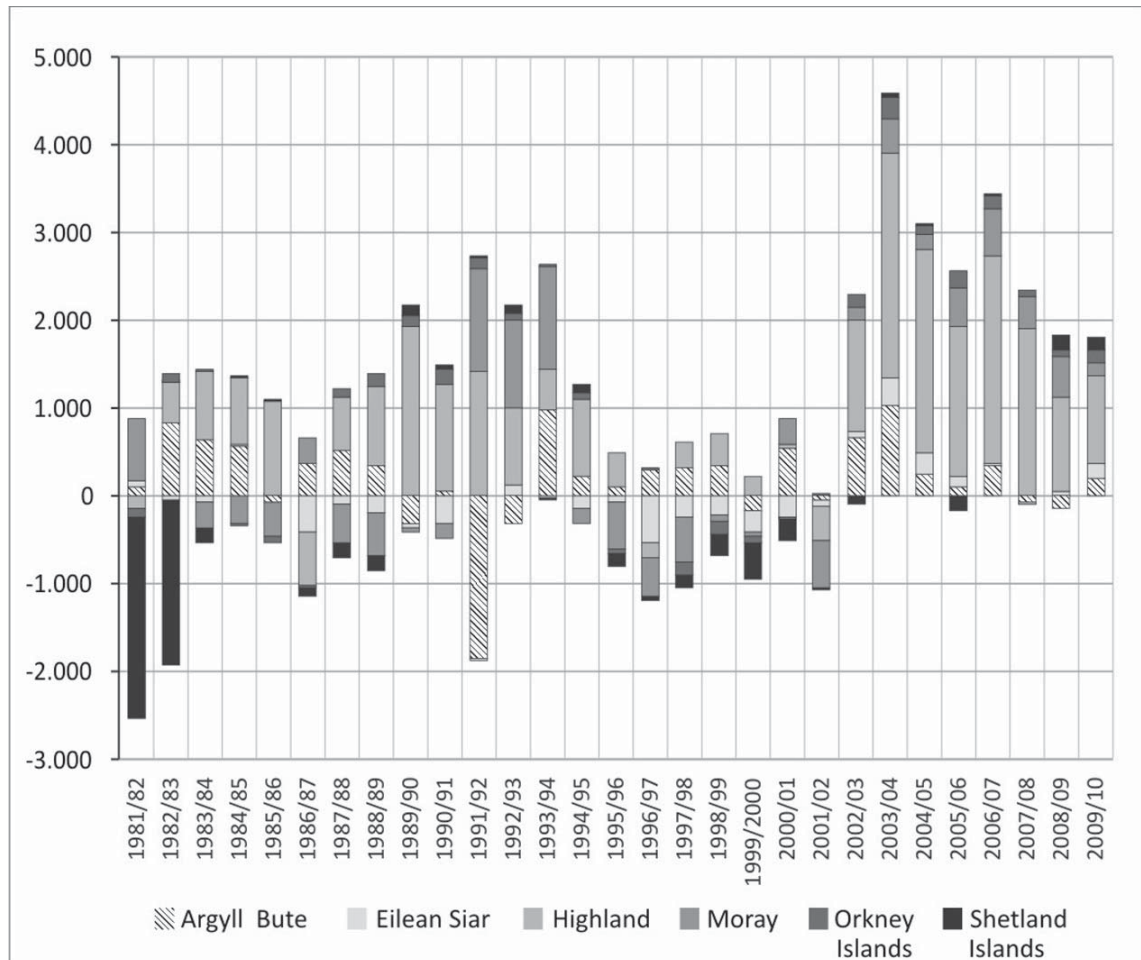
<http://www.gro-scotland.gov.uk/statistics/theme/migration/mig-stats/total.html>



**Abbildung 4**  
**Nettomigration in den Council-Gebieten der Highlands & Islands,**  
**1981/82 bis 2009/2010**

Quelle: General Register Office for Scotland, Migration Statistics,

<http://www.gro-scotland.gov.uk/statistics/theme/migration/mig-stats/total.html>



Die in den Abbildungen 3 und 4 verwendeten Zahlen sind Schätzungen für die Mitte eines Jahres und sollen alle Wanderungen in und aus einem Verwaltungsgebiet umfassen. Dazu gehören sowohl Wanderungsbewegungen innerhalb des Vereinigten Königreiches sowie internationale. Die Schätzungen basieren auf dem *International Passenger Survey* und Anmeldungen bei Allgemeinärzten. Aufgrund von methodologischen Änderungen sind die Zahlen vor 2000/01 nur bedingt mit späteren zu vergleichen.

Auch wenn die Datenbasis starke Mängel zeigt (vgl. Abschnitt 3) und hier Binnen- und internationale Migration miteinander verwoben dargestellt werden, wird doch deutlich, dass eine deutliche Veränderung der Netto-



migration stattgefunden hat. War sie seit Mitte der 1990er Jahre negativ bis geringfügig positiv, ist sie seit 2002/03 überwiegend und deutlicher positiv.

Die quantitative Bedeutung der internationalen Migranten für die hier dargestellte Nettomigration lässt sich allerdings nur indirekt erschließen. Laut NiNo-Daten (vgl. Abschnitt 3) beantragten in den Finanzjahren 2002/03 bis 2008/09 20.870 Personen im Gebiet der Highlands & Islands eine nationale Versicherungsnummer. Doch lassen sich keine Aussagen zur Verweildauer der internationalen Migranten in dem zunächst von ihnen gewählten Arbeitsgebiet machen. Aber immerhin lassen die NiNo-Daten Aussagen über die Herkunft der internationalen Migranten zu. Wie Tabelle 1 zeigt, kam die überwiegende Mehrheit von ihnen aus den neuen EU-Mitgliedsländern, gefolgt von Zuwanderern aus der "alten" EU. Andere Herkunftsregionen spielen eine relativ geringe Rolle.

**Tabelle 1**

**Herkunft der Personen, die zwischen Januar 2002 und März 2009 nationale Versicherungsnummern beantragten (in Prozent)**

Quelle: *Department for Works and Pensions*, zusammengestellt nach HIE AREA PROFILES 2011

Zielgebiet	Herkunftsgebiet						
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Argyll & Bute	13	53	3	9	9	6	8
Orkney	18	54	0	3	8	8	8
Highland	12	66	2	4	7	5	6
Innse Gall	9	58	4	4	15	6	4
Moray	22	61	1	3	6	4	3
Shetland	14	65	4	3	8	4	4
Highlands & Islands	14	62	2	4	7	5	6
Scotland	17	44	2	7	18	5	8

- (1) alte EU                      (2) EU-Beitrittsländer                      (3) andere europäische Länder  
 (4) Afrika                      (5) Naher Osten/Asien                      (6) Nord-, Mittel- und Südamerika  
 (7) Australien, Ozeanien

Als erste Zielregion wählten die meisten das Gebiet Highland (12.960), gefolgt von Argyll & Bute (3.670), Moray (2.540), Shetland (800), Innse Gall/Outer Hebrides (520) und Orkney (380). Hier wird deutlich, dass sich die Migranten nicht gleichmäßig über den Raum verteilt haben, sondern eine Konzentration in bestimmten Gebieten zeigen. Zwar haben auch einige kleinere ländliche und selbst abgelegene Siedlungen einen Zustrom von Arbeitsmigranten erfahren, dennoch lässt sich im Bereich Highland eine gewisse Konzentration im – auch bei Einheimischen beliebten – zentralen



städtischen Raum Inverness–Inner Moray Firth ausmachen. Nicht umsonst galt Inverness einige Zeit lang als die am schnellsten wachsende Stadt Europas. Andere städtische Schwerpunkte für Migranten im Gebiet Highland waren Fort William und Aviemore, Alness und Wick. Die internationalen Migranten wirken also nur sehr bedingt der beschriebenen Tendenz zur Bevölkerungskonzentration in den Highlands & Islands entgegen.

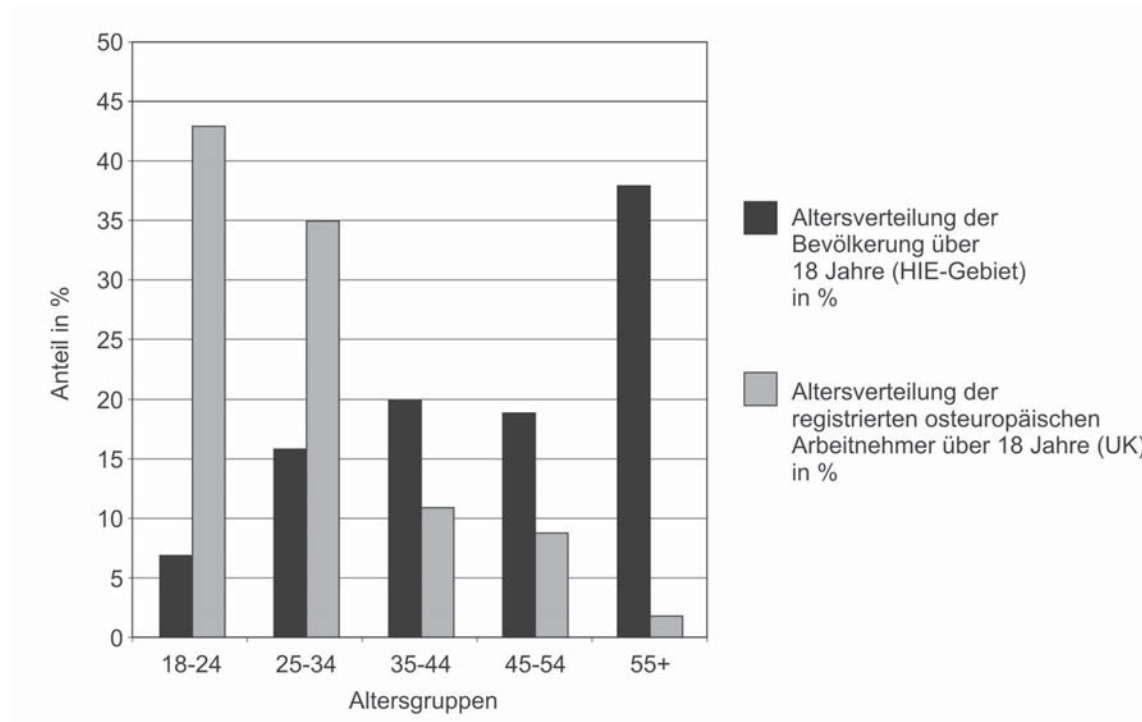
Zeitlich gesehen ist interessant, dass die Zuwanderung in die Highlands & Islands bereits vor dem 1. Mai 2004 stieg, wie bereits in den Abbildungen 3 und 4 deutlich wurde. Dies dürfte an der Liberalisierung der Arbeitsmigration im Vorfeld der EU-Osterweiterung gelegen haben. So wurde die Quote für saisonale Arbeitskräfte in der Landwirtschaft unter dem *Seasonal Agricultural Workers Scheme* (SAWS), das bereits in den 1940er Jahren im Vereinigten Königreich eingeführt wurde, erweitert. Diese Möglichkeit nahmen Anfang der 2000er Jahre vor allem junge Menschen aus Polen, den baltischen Staaten und der Ukraine wahr. Im Jahr 2003 wurde das *Sector-based Scheme* eingeführt, das den Arbeitskräftemangel vor allem in der Nahrungsmittelverarbeitungsindustrie, Hotellerie und Gastronomie beheben sollte. Migranten aus den A8-Staaten konnten damit schon vor dem offiziellen EU-Beitritt eine Arbeit im Vereinigten Königreich aufnehmen. Sie erhielten eine Arbeitserlaubnis für maximal 12 Monate. Diese Möglichkeit betrifft seit 2007 nur junge Arbeitsmigranten aus Bulgarien und Rumänien. Die Zuwanderung aus den A8-Staaten erreichte 2007 ihren Höhepunkt, sank dann infolge der Finanz-/Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 deutlich (DAY 2008a und b), kam aber nicht zum Erliegen (vgl. Daten für Highland in THE HIGHLAND COUNCIL, PLANNING AND DEVELOPMENT SERVICES, 2011).

Die Zuwanderung von Arbeitsmigranten hat nicht nur zu einer positiven Gesamtentwicklung der Bevölkerung beigetragen, sie hat sich auch positiv auf die Altersstruktur des Zielgebietes ausgewirkt (vgl. Abb. 5). Geht man davon aus, dass die Alterszusammensetzung der internationalen Migranten in den Highlands & Islands sich nicht grundsätzlich von der des UK-Durchschnitts unterscheidet, ergibt sich folgendes Bild: Junge Zuwanderer (Einzelpersonen und – im relativ geringem Maße – Familien mit Kindern) treffen auf eine einheimische Gesellschaft mit starken Gruppen mittleren und höheren Alters. Mit anderen Worten die Altersverteilung ist fast "komplementär", die Zuwanderer tragen damit deutlich zur demographischen Verjüngung bei. Dieser Effekt verstärkt sich noch dadurch, dass durch die Zuwanderung von jungen Frauen auch die Geburtenrate wieder leicht gestiegen ist. Dies wiederum hat zur Folge, dass sich die Bevölkerungsprognose wieder verbessert hat.

## Abbildung 5

### Altersverteilung der Bevölkerung (HIE) und der registrierten osteuropäischen Arbeitsmigranten (UK), Mitte der 2000er Jahre

Quelle: zusammengestellt aus Daten von GROS und BBC 2007b, eigene Darstellung



## 5 Ökonomische Auswirkungen

Die ökonomische Ausgangssituation in den Highlands & Islands ist für eine – "typische", d.h. auf Städte ausgerichtete – internationale Arbeitswanderung relativ ungewöhnlich, hat aber trotz der ländlichen Strukturierung des Arbeitsmarktes durchaus auch Merkmale, die eine Zuwanderung begünstigen.

1. Die Erwerbstätigenquote ist sehr hoch. Sie reichte 2004 von 77,8 % in Argyll & Bute bis 85,9 % auf den Shetlands und lag damit deutlich über dem schottischen Durchschnitt von 74,6 % (THE SCOTTISH GOVERNMENT 2009). Dies deutet bereits an, dass es kaum regionale Reserven an Arbeitskräften für bestimmte schwer/nicht zu besetzende Tätigkeiten gibt.
2. Für die Arbeitsmigranten besonders wichtig ist die geringe Arbeitslosigkeit, die klar unter UK- und schottischem Niveau lag und liegt. Allerdings zeigt diese eine ausgeprägte Saisonalität, was bedeutet, dass viele Arbeitsplätze nur von Frühjahr bis Herbst zur



Verfügung stehen, wodurch viele Migranten in ein saisonales Arbeitsmuster gedrängt werden.

3. Die Arbeitsverhältnisse sind sehr locker. Stephen CASTLES (2006, 753) argumentiert, dass durch die starke Deregulierung "British economy is very open to casual and informal work relationships" und damit für Migranten, die bereit sind, unter diesen Bedingungen zu arbeiten.
4. Allgemein liegt der Wochenlohn von Arbeitnehmern unter dem schottischen Durchschnitt. Das kommt daher, dass viele Arbeitsplätze dem Niedriglohnsektor angehören. Gerade in diesem Bereich fehlen Einheimische, die bereit sind, schlecht bezahlte Arbeiten zu übernehmen.
5. Es gab und gibt relativ viele Arbeitsplätze, die nur Grundfertigkeiten erfordern. Dies kann in der Anfangsphase nach der Ankunft der Migranten im Zielgebiet vorübergehend von Vorteil sein.

Die wichtigsten Sektoren mit den meisten abhängigen Beschäftigten in den Highlands & Islands sind die öffentliche Verwaltung und der Gesundheitssektor (32,8 %), der Handel mit Hotel- und Gaststättengewerbe (24,9 %) sowie Banken/Finanzen/Versicherungen (11,8 %), gefolgt von der verarbeitenden Industrie (8,9 %), dem Baugewerbe (6,9 %), Verkehr und Kommunikation (6,1 %), anderen Dienstleistungen (5,5 %), Landwirtschaft/Fischerei (2,3 %) und Energie/Wasser (0,9 %) (Angaben für 2008, zitiert nach HIE 2011). Allerdings ist davon auszugehen, dass die Zahlen in der Primärindustrie und im Tourismus aufgrund von *under-reporting* und Scheinselbständigkeit deutlich höher sein dürften. Gerade dies sind auch die Sektoren, in denen viele internationale Migranten arbeiten.

Nach einer 2004-2006 im *Council*-Gebiet Highland durchgeführten Studie arbeiteten 1.994 unter dem WRS registrierte Migranten aus den A8-Staaten, davon 39,7 % in der verarbeitenden Industrie (einschließlich Fisch- und Fleischverarbeitung, Verpackungsindustrie), 39,5 % im Hotel- und Gaststättenbereich (als Küchenhilfen und Cateringassistenten, Zimmermädchen, Bedienung), 9,1 % im Pflegesektor, 6,6 % im Baugewerbe und 5,0 % als Reinigungskräfte (The HIGHLAND COUNCIL 2006).

**Tabelle 2**
**Beschäftigung der A8-Arbeitsmigranten nach Wirtschaftsbranchen in Highland [in %]**

Quelle: Highland Profile 2009. Migrant Workers in Highland. Unpublished paper

<b>Wirtschaftsbranche</b>	<b>2004/05 und 2005/06</b>	<b>2006/07</b>	<b>2007/08</b>	<b>Insg.</b>
Hotel- und Gaststättengewerbe	37,0	30,2	30,5	33,2
Verwaltung & Wirtschaftsdienstleistungen*	17,3	26,4	28,9	23,1
Sektoren-spezifische Arbeitserlaubnis‡	19,5	17,3	13,4	17,2
Gesundheits- & Sanitätsdienste	10,2	4,4	1,7	6,2
Verarbeitendes Gewerbe	5,0	4,1	9,4	5,9
Baugewerbe, Landvermessung	3,5	5,3	7,4	5,1
Landwirtschaft	3,3	5,9	3,0	4,0
Einzelhandel & verwandte Dienstleistungen	1,2	2,9	2,7	2,1
Unterhaltung & Freizeitangebote	1,2	1,6	0,6	1,2
Verkehr	0,4	1,5	0,9	0,9
Bildung & Kultur	0,2	0,2	0,1	0,2
Computerdienste	0,2	0,5	0,0	0,2
Immobilien & Vermögensberatung	0,2	0,2	0,2	0,2
Rohstoffförderung	0,1	0,4	0,3	0,2
Sicherheitsdienste	0,1	0,0	0,1	0,1
Sport	0,1	0,2	0,0	0,1
Telekommunikation	0,2	0,1	0,0	0,1
Versorgung (Gas, Strom, Wasser)	0,1	0,2	0,0	0,1
Finanzdienstleistungen	0,1	0,0	0,0	0,0
Regierung	0,0	0,1	0,0	0,0
Rechtsdienstleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
unbekannt	0,2	0,1	0,0	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>2.405</b>	<b>1.705</b>	<b>1.490</b>	<b>5.600</b>

 \* *administration/business/managerial services* — unklare Kategorie

‡ betrifft vor allem die Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie sowie Gesundheits- und Sanitätsdienste



Wie dieses Beispiel zeigt, übernahmen die Neuankömmlinge tatsächlich überwiegend unbeliebte Arbeitsstellen (DANSON & JENTSCH 2007), die harte physische Arbeit, lange/unregelmäßige Arbeitsstunden verlangen, aber gering bezahlt sind und/oder einen geringen Status haben. Damit füllten sie auf dem Arbeitsmarkt Lücken, die durch einheimische Arbeitnehmer nicht geschlossen werden könnten. Dadurch kam es – zumindest in der Anfangsphase der Zuwanderung – zu keinen nennenswerten Verdrängungsprozessen.

Außerdem haben die Zuwanderer dabei geholfen die Funktionsfähigkeit bzw. die Stabilität von Wirtschaftsbranchen (Beispiel: Gesundheitssektor und Obstanbau) zu sichern. In einigen Fällen haben sie sogar die Expansion von Unternehmen ermöglicht.

Die Arbeitsmigranten aus Osteuropa haben einen guten Ruf, da sie über eine ausgezeichnete Arbeitsmoral verfügen sollen. Sie sind nach Meinung der Mehrzahl der schottischen Arbeitsgeber sogar flexibler als "unwillige" einheimische Arbeitskräfte und werden auch daher gerne angestellt, da sie die Produktivität verbessern.

Darüber hinaus sind Migranten, wie bereits erwähnt, in der Regel billige Arbeitskräfte. Zwar erhält die Mehrheit der legalen Arbeitsmigranten den staatlichen Mindestlohn oder mehr. Dennoch gibt es gewisse Anzeichen von *undercutting*. Das bedeutet, dass ein unbekannter Anteil von – meist irregulären – Zuwanderern zu Substandard-Löhnen arbeitet. So gibt es immer wieder Fälle von Ausbeutung (v.a. bei größeren Firmen).

Allerdings hat die Erfahrung gezeigt, dass selbst billige Arbeitskräfte nicht grundsätzlich die Verlagerung von Arbeit im Zuge der Globalisierung verhindern (Beispiel: Krabben zum Pülen nach Thailand oder China geschickt) und auch nicht den Abbau von Arbeitsstellen bzw. die Schließung von Betrieben (Beispiel: Fischverarbeitung Stornoway und Inverness).

Außerdem gibt es – gerade in den Sektoren Fischerei, Fischindustrie, Landwirtschaft und Gastronomie – eine unbekannte Anzahl von illegalen Beschäftigungsverhältnissen. Diese Arbeitskräfte sind sehr verwundbar, da sie von ihren Arbeitgebern in hohem Maße abhängig sind und ihre Rechte (Bezahlung, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen usw.) nicht einklagen können. Dabei handelt es sich inzwischen aber hauptsächlich um Arbeitsmigranten aus dem östlichen Osteuropa (Rumänien und Bulgarien oder um Staaten, die (noch) nicht EU-Mitglied sind), sowie aus Asien (insbesondere China, Vietnam, Bangladesch, Pakistan). Grundsätzlich hat der unterschiedliche legale Status der Migranten einen großen Einfluss auf ihre wirtschaftliche und soziale Eingliederung, wobei die Angehörigen der A8-Staaten – trotz bestehender Benachteiligungen – inzwischen zu den "privilegierten" Einwanderern zählen.





Negativ anzumerken ist, dass die schottische Aufnahmegesellschaft das Humankapital der Immigranten nicht voll nützt, nützen kann oder nützen will. So dokumentierte eine Studie von HALL AITKEN/NATIONAL CENTRE FOR MIGRATION STUDIES (2007), die im Auftrag von *Highlands & Islands Enterprise* durchgeführt wurde, die ökonomisch (und in Folge dessen sozial) problematischen Phänomene des *de-skilling* und *skill mismatch*. Beim *de-skilling* werden die Kenntnisse/Fähigkeiten, die die Zuwanderer in ihrem Heimatland erworben hatten (Beispiel: Lehrer, Ingenieure und Sozialarbeiter), entwertet. Dies kann (muss aber nicht) die Folge eines *skill mismatch*, also eines Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage von *skills* sein. Selbst wenn Migranten über ausreichende, im Gastland benötigte Fähigkeiten/Kenntnisse bzw. Erfahrung verfügen, können sprachliche Barrieren eine entsprechende Anstellung verhindern. KOCIOŁEK (2007, 13f) zeigte anhand von *Focus group*-Interviews, dass beschränkte Englisch-Kenntnisse, Schwierigkeiten im Umgang mit dem gesprochenen Dialekt sowie das Gefühl mangelnder Sprachsicherheit die beruflichen Chancen von polnischen Migranten in den Highlands & Islands deutlich beeinträchtigten. Daher wurden von staatlichen Stellen Sprachkurse für ESOL (*English for Speakers of Other Languages*) angeboten, um die Chancen dieser Migranten auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Dennoch sind viele Migranten vom sogenannten *glass ceiling*-Phänomen betroffen. Das bedeutet, dass sie es nicht schaffen, die unsichtbare Barriere, die die berufliche Weiterentwicklung behindert, zu durchbrechen. Dies kann auf lange Sicht zu Demotivation und sozialen Problemen oder zur Rückkehr ins Heimatland führen.

So ist es – zumindest teilweise – ein positives Zeichen, dass die Zahl der Zuwanderer, die eine selbständige Arbeit aufgenommen haben, steigt. Es gibt *business start-ups* (Existenzgründungen), meist in Form von *ethnic enterprises* oder *ethnic businesses*, also Kleinunternehmen, die zunächst überwiegend auf *Ingroup*-Bedürfnisse abzielen. Bereits nach kurzer Zeit hat sich eine relativ breite Palette an selbständig Tätigen entwickelt. Dazu gehören z.B. Einzelhandelsgeschäfte mit polnischen Waren, polnische Transport- und Fahrzeugreparaturdienste, Schneider- und PC-Arbeiten (vgl. Abb. 6). Aber es gibt auch bereits Fälle nicht-markierter Selbständigkeit, wie z.B. ein Cafe in Inverness, das zwar auch als Treffpunkt für osteuropäische Migranten fungiert, aber nicht in erster Linie auf Migranten abzielt. Allerdings sind diese Möglichkeiten auf Standorte mit einem größeren Kundenpotenzial beschränkt und werden zum Teil auch nur als Nebenverdienst durchgeführt.



## Abbildung 6

### Beispiele von polnischen *ethnic businesses* in Inverness

Quelle: eigene Fotos





## 6 Auswirkungen in anderen Bereichen: Wohnungssektor

Die meisten Migranten leben in Mietwohnungen des privaten Sektors, z.T. auch in Unterkünften des Arbeitgebers (*tied accommodation*), die an den Arbeitsplatz gebunden sind. Letzteres findet sich vor allem bei Personen, die in der Landwirtschaft oder im Hotel- und Gaststättensektor beschäftigt sind.

Grundsätzlich herrscht fast überall in Schottland – auch in den peripheren Gebieten – Wohnungsmangel. Und durch die Zuwanderung steigt der Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt um billige Wohnungen, auch um Wohnungen des sozialen Sektors. Besonders schwierig ist die Situation in attraktiven ländlichen Gebieten, in denen viele Gebäude für touristische Zwecke genutzt werden oder von finanzstarken Käufern von außerhalb aufgekauft werden. Hier ist es für Migranten besonders schwierig eine (bezahlbare) Unterkunft zu finden.

Als Folge des Wohnungsmangels wurden immer wieder qualitativ minderwertige und/oder überfüllte Unterkünfte von Migranten dokumentiert. In welchem Maße Zuwanderer von Obdachlosigkeit betroffen sind, ist unklar, obwohl es Sozialdienste und Vertreter des Dritten Sektors gibt, die wiederholt von solchen Fällen berichten. Die Gründerin der "Inverness Polish Association", Zosia Wierzbowicz-Fraser, beschrieb in einem Interview (03/09/09) die problematischen Wohnverhältnisse von polnischen Arbeitsmigranten (z.B. in Wohnwägen) und auch Fälle von Obdachlosigkeit.

Bei der Wohnungssuche spielen soziale Netzwerke eine wichtige Rolle. Es gibt einige sogenannte Pionier-Migranten, die später ankommenden Landsleuten vorübergehend eine Unterkunft bieten bzw. bei der Suche danach behilflich sind. Dass Migranten die Bedürfnisse ihrer Landsleute erkennen, zeigt das Beispiel "Tani pokoj" in Inverness. Hier bieten Polen Neuankömmlingen billige Gästezimmer, bis sie eine Unterkunft gefunden haben.

## 7 Auswirkungen in anderen Bereichen: staatliche Einrichtungen

Die Auswirkungen der Migrationswelle auf das Sozialsystem waren deutlich geringer als erwartet. So entstand zunächst kaum zusätzliche Nachfrage im Gesundheitswesen. Das liegt zum einen daran, dass es sich bei den Arbeitsmigranten aus Osteuropa vorwiegend um junge Menschen handelt, zum anderen daran, dass die Zuwanderer vor allem in der Anfangsphase nur ein mangelndes Bewusstsein für ihre rechtliche Ansprüche hatten. So war der Mehrbedarf an Ärzten und Gesundheitspersonal nur gering. Allerdings stieg die Nachfrage nach Erziehungseinrichtungen (Kindergärten,



Schulen, Erwachsenenurse), was von Einheimischen überwiegend sogar begrüßt wurde (Sicherung von Standorten, Schaffung von neuen Stellen).

Es ist allerdings zu erwarten, dass sich der Druck auf Infrastruktur und Dienstleistungen bei Migranten mit zunehmender Bleibedauer deutlich erhöhen wird.

## **8 Erfahrungen mit der Zuwanderung in die schottische Peripherie**

Das Beispiel der schottischen Highlands & Islands zeigt, dass auch die Peripherie – unter bestimmten Umständen – attraktiv für Arbeitsmigranten sein kann und die Situation in der Peripherie positiv beeinflussen kann. Aus der Perspektive der Aufnahmeregion kann Zuwanderung die Bevölkerungsstruktur (Zahl, Altersaufbau, eventuell Verteilung) verbessern. Auf dem Arbeitsmarkt können Migranten eine Erleichterung insbesondere für den Niedrig-Lohn-Sektor (Land- und Fischwirtschaft, Tourismus, Gesundheitswesen) bedeuten. Weitere ökonomische Nebeneffekte sind das Entstehen von ethnischen Unternehmen und eine Erhöhung der Nachfrage durch Migranten als Kunden. Die Belastungen für den Wohnungsmarkt sind unmittelbar spürbar, die für den Sozialsektor eher zeitversetzt.

Doch die positiven Effekte sind sehr fragil. Ein Problem ist die relativ große Fluktuation der Arbeitsmigranten, die ein Ausdruck der Anfälligkeit für wirtschaftliche Veränderungen im Quelle- und Zielgebiet sind, was sich deutlich in der Finanz- bzw. Wirtschaftskrise 2008/09 gezeigt hat. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung in den Quellgebieten führt dazu, dass einige Arbeitsmigranten nach Hause zurückkehren. Eine schlechte wirtschaftliche Entwicklung im schottischen Zielgebiet hat denselben Effekt. Ein nicht unerheblicher Teil der Arbeitsmigranten will ohnehin nur eine begrenzte Zeit fern der Heimat Geld verdienen.

Das große Problem der Highlands & Islands ist daher das Halten (Stichwort: *retention*) der Migranten, um sie nicht an ihr Heimatland, aber auch nicht an andere britische Regionen oder andere Zielländer zu verlieren. Denn, wie sich gezeigt hat, veranlasst die schwierige, kostspielige und zweitaufwändige An-/Rückreise aus den/in die Heimatgebiete(n) der Migranten sich nach alternativen Zielregionen umzusehen.

Ob internationale Arbeitsmigranten längerfristig in den Highlands & Islands bleiben, hängt aber nicht nur von den ökonomischen Rahmenbedingungen ab, sondern auch von ihrer erfolgreichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Integration in der Aufnahmegesellschaft. Nur wenn internationale Arbeitsmigranten den Status der "Reservearmee" abstreifen,



adäquate Arbeitsplätze finden können und die Chance einer gesamtgesellschaftlichen Teilhabe haben, werden sie sich tatsächlich integrieren.

Das setzt kurz- und längerfristige Maßnahmen voraus wie z.B. Sprachförderung und Integrationskurse, aber auch eine umfassendere Betreuung wie etwa die Beratung über soziale Rechte (sozialer Wohnungssektor, Gesundheitssektor, Arbeitnehmerrechte) bis hin zu beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Dessen sind sich die zuständigen staatlichen Stellen sehr bewusst (Interview mit Ruth Sime von *Highland & Islands Enterprise*, 14/09/09). Zur Erleichterung der Integration von neu angekommenen Migranten wurde daher im *Council*-Gebiet Highland die *Highland Wellbeing Alliance*, ein Zusammenschluss von Organisationen des staatlichen und freiwilligen Sektors, eingerichtet (SHARP & BITEL 2008). Dieser bietet Migranten Hilfestellung beim Spracherwerb und praktischen Rat in Zusammenhang mit relevanten Problemen, aber auch Arbeitgebern Beratung bei Fragen in Zusammenhang mit der Anstellung von Migranten.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle für eine gelungene Integration spielt aber auch das ehrenamtliche Engagement. Viele Menschen mit osteuropäischen, insbesondere polnischen, Vorfahren oder Partnern helfen Migranten bei ihren Alltagsproblemen und beim Aufbau von sozialen Netzwerken.

## 9 Die schottische Peripherie –(k)ein Sonderfall?

Wie bereits in Abschnitt 1 gezeigt, können ländliche, selbst ländlich periphere, Gebiete Ziel für internationale Arbeitsmigranten sein. Dass die Highlands & Islands, also eine extrem periphere Region Europas, einen außergewöhnlich starken Zustrom an Migranten aus den osteuropäischen Ländern im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends erlebt und die große Zahl an Migranten vergleichsweise unproblematisch aufgenommen hat, beruht allerdings auf außergewöhnlich positiven Rahmenbedingungen.

1. Gerne wird von Experten das spezielle historische Verhältnis zwischen Schotten und Polen, dem Gros der Zuwanderer, angeführt: Schotten wanderten vom 15. bis 17. Jahrhundert in großer Zahl nach Polen aus und wurden dort gut aufgenommen, während später immer wieder polnische Flüchtlinge (insbesondere in der Zeit des Dritten Reiches – nach Großbritannien, auch Schottland kamen. Nach der Auflösung des Ostblocks wurde die politisch motivierte Migration durch eine ökonomisch motivierte abgelöst.
2. Wichtig ist auch, dass im hier untersuchten Fall der kulturelle Abstand zwischen den Migranten und der – ländlich-peripheren – Gastgesellschaft sehr gering ist, deutlich geringer als z.B. bei Migranten aus



arabischen Ländern und Südasien, die sich in den Städten Englands und Schottlands konzentrieren. Daher gibt es auch vergleichsweise geringe soziale Spannungen.

3. Hinzu kommt, dass die wachstumsorientierte Bevölkerungspolitik politischer Konsens in Schottland ist und als Argument für den Erhalt der durch die *Devolution* gewonnenen politischen Handlungsfähigkeit dient.
4. Und schließlich ist auch die niedrige Arbeitslosigkeit als Voraussetzung für die weitgehend problemlose Akzeptanz der Arbeitsmigranten zu nennen.

Dennoch ist bisher unklar, ob die Aufnahme von internationalen Arbeitsmigranten in Highlands & Islands langfristig erfolgreich sein wird und tatsächlich einen nachhaltigen – und nicht nur kurz- oder mittelfristigen – Beitrag zur Entwicklung der Region leisten kann.

## Anmerkungen

- 1 Eine Abgrenzung der Highlands & Islands ist schwierig: Geographisch gesehen sind darunter die schottischen Highlands einschließlich der Inselgruppen der Hebriden, Orkneys und Shetlands zu verstehen. Historisch wird der Begriff meist für die Gebiete verwendet, in denen der *Crofters Act 1886* galt. Ökonomisch wird heute meist der Zuständigkeitsbereich von *Highlands & Islands Enterprise* als Bezugsraum verwendet, der auch in der Europäischen Statistik als NUT-2-Einheit ausgewiesen ist. HIE hat seinen Zuständigkeitsbereich in 8 Teilgebiete aufgeteilt, nämlich in 1) Argyll & Bute, 2) Caithness & Sutherland, 3) Inner Moray Firth, 4) Innse Gall/Outer Hebrides, 5) Lochaber, Skye & Wester Ross, 6) Moray, 7) Orkney und 8) Shetland. Für Wahlen gibt es seit 1999 eine *Highlands & Islands Electoral Region*. Im Rahmen dieses Beitrags werden vorwiegend die administrativen Einheiten, also die sechs *Local Authorities*, nämlich Argyll & Bute, Eilean Siar (Western Isles), Highland, Moray, Orkney und Shetland, betrachtet. Dabei ist das Einbeziehen von Gesamt-Moray in die Highlands & Islands diskussionswürdig.
- 2 Dennoch entspricht das nur 5 % der im Ausland geborenen Bevölkerung des Vereinigten Königreichs (ibid.).



## Literatur

BBC (2007a). "Mapping migration from the new EU countries", BBC News.

BBC (2007b). "Migrant workers: what we know", BBC News, August 21. ([http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk\\_news/6957171.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/6957171.stm), eingesehen am 18.08.2009).

BOLGER, Andrew (2006). "Scotland launches hiring drive in Poland", Financial Times, June 13.

BOLGER, Andrew (2006). "Poles home in on the Highlands", Financial Times, August 25.

BROWN, R./M. DANSON (2008). "Fresh talent or cheap labour? Accession state migrant labour in the Scottish economy", Scottish Affairs 64, 37-62.

Burrell, K. ed. (2009). Polish Migration to the UK in the 'New' European Union: After 2004. Farnham, Surrey: Ashgate.

CASTLES, Stephen (2006). "Guestworkers in Europe: a resurrection?", International Migration Review 40, 4, 741-766.

COWAN, Douglas/Ruth SIME (2007). Migrant workers in the Highlands & Islands of Scotland. (PowerPoint presentation, NI Conference, Sabhal Mòr Ostaig, Isle of Skye, 11th and 12th October) ([www.ini.smo.uhi.ac.uk/.../powerpoints/Cowan\\_S...](http://www.ini.smo.uhi.ac.uk/.../powerpoints/Cowan_S...), eingesehen am 18.08.2009).

DANSON, Mike/Birgit JENTSCH (2007). The new Scottish rural labour market: processes of inclusion and exclusion. (PowerPoint presentation, NI Conference, Sabhal Mòr Ostaig, Isle of Skye, 11th and 12th October). ([www.ini.smo.uhi.ac.uk/.../powerpoints/Danson\\_...](http://www.ini.smo.uhi.ac.uk/.../powerpoints/Danson_...), eingesehen am 18.08.2009).

DANSON, Mike (2007). "Fresh or refreshed talent: exploring population change in Europe and some policy initiatives", International Journal on Multicultural Societies 9, 1, 13-34.

DAY, Matthew (2008a). "Financial crisis: A third of Poles driven home by recession", The Telegraph, October 22.

DAY, Matthew (2008b). "Half of Poles in UK 'plan to return home'", The Telegraph, January 28.

DE LIMA, Philomena (2009). A8 migration: perspectives from the North of Scotland. Citizenship and Migration Group Seminar, University of Edinburgh, February 5. ([http://www.pol.ed.ac.uk/migration/events/seminar\\_series/2008\\_2009/a8\\_](http://www.pol.ed.ac.uk/migration/events/seminar_series/2008_2009/a8_)



migration\_perspectives\_from\_the\_north\_of\_scotland2, eingesehen am 19.08.2009).

DE LIMA, Philomena/Birgit JENTSCH/Rob WHELTON (2005). Migrant workers in the Highlands and Islands. International migration and Scotland: the public and social policy agendas. PowerPoint presentation, Sabhal Mòr Ostaig, Isle of Skye, September 1-2. ([www.ini.smo.uhi.ac.uk/.../delima\\_jentsch\\_wheilt...](http://www.ini.smo.uhi.ac.uk/.../delima_jentsch_wheilt...), eingesehen am 19.08.2009).

DE LIMA, Philomena/Birgit JENTSCH/Rob WHELTON (2005). Migrant workers in the Highlands and Islands. Research report on behalf of Highlands & Islands Enterprise. (<http://www.hie.co.uk/migrant-workers-2005.html>, eingesehen am 10.08.2009).

DÜVELL, Franck (2004). Polish undocumented immigrants, regular high-skilled workers and entrepreneurs in the UK. A comparative analysis of migration patterns, strategies and identity processes. (= Prace Migracyjne, nr 54). Warszawa: Instytut Studiów Społecznych UW.

ELRICK, Tim (2008). "The influence of migration on origin communities: insights from Polish migrations to the West", *Europe – Asia Studies* 60, 9, 1503-1517.

FONSECA, Maria Lucinda (2008). "New waves of immigration to small towns and rural areas in Portugal", *Population, Space and Place* 14, 6, 525-535.

GENERAL REGISTER FOR SCOTLAND (GROS). Verschiedene statistische Datenreihen. (<http://www.gro-scotland.gov.uk/statistics/index.html>).

GILLINGHAM, Emma (2010). Understanding A8 migration to the UK since Accession. Office for National Statistics. (<http://www.ons.gov.uk/ons/rel/migration1/migration-statistics-quarterly-report/november-2010/understanding-a8-migration-to-the-uk-since-accession.pdf>, eingesehen am 02.04.2011).

HALL AITKEN/NATIONAL CENTRE FOR MIGRATION STUDIES (2007). Progression of migrant workers. Report for Highlands & Islands Enterprise.

HIE (Highlands & Islands Enterprise) (n.d.). Young people in the Highlands and Islands. Understanding and influencing the migration choices of young people to and from the Highlands and Islands of Scotland. ([www.hie.co.uk/.../download-document.ashx?id...](http://www.hie.co.uk/.../download-document.ashx?id...), eingesehen am 12.09.2009).

HIE (Highlands & Islands Enterprise) (2011). Area profiles (<http://www.hie.co.uk/highlands-and-islands/economic-reports-and-research/default.html?year=2011>, eingesehen am 12.01.2012).





HUGO, Graeme/Ricard MORÉN-ALEGRET (2008). "International migration to non-metropolitan areas of high income countries: editorial introduction", *Population, Space and Place* 14, 473-477.

JENTSCH, Birgit (2007). "Migrant integration in rural and urban areas of new settlement countries: thematic introduction", *International Journal on Multicultural Societies* 9, 1, 1-12.

JENTSCH, Birgit/Philomena DE LIMA/Brain MACDONALD (2007). "Migrant workers in rural Scotland", *International Journal on Multicultural Societies* 9, 1, 35-53.

JENTSCH, Birgit/Myriam SIMARD eds. (2009). *International Migration and Rural Areas: Cross-national Comparative Perspectives*. Farnham, Surrey, UK: Ashgate.

JOHNSON, Simon (2008). "Gypsies and Poles to be counted in official Scottish statistics", *The Telegraph*, July 30.

KASIMIS, Charalambos/Apostolos G. PAPADOPOULOS/Ersi ZACOPOULOU (2003). "Migrants in rural Greece", *Sociologia Ruralis* 43, 2, 167-184.

KASIMIS Charalambos/Apostolos G. PAPADOPOULOS (2005). "The multifunctional role of migrants in the Greek countryside: implications for the rural economy and society", *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31, 99-127.

KELBIE, Paul (2006). "Polish migrants find a welcome in the underpopulated Highlands", *The Independent*, May 30.

KING, Cath/Ruth SIME (2009). *Review of Highlands and Islands Inward Migration Support Strategy*. Unpublished paper.

KING, Russell/Nicola MAI (2008). *Out of Albania: From Crisis Migration to Integration in Italy*. New York: Berghahn Books.

KOCIOŁEK, Anna (2007). *Polish newcomers' experiences in the Highlands and Islands of Scotland*. Report to Highlands and Islands Enterprise

MCARTHUR, Anne/Daniela SIME (2007). *Polish children's uses of public and private services in Scotland: The service providers' perspective*. PowerPoint presentation.  
(the-nine-koi.co.uk/.../..., eingesehen am 15.08.2009).

MAC ÉINRÍ, Piaras (2007). "The challenge of migrant integration in rural Ireland", *International Journal on Multicultural Societies* 9, 1, 75-90.

MENDOZA, Cristóbal (2003). *Labour Immigration in Southern Europe. African Employment in Iberian Labour Markets*. Aldershot: Ashgate.



MORÉN-ALEGRET R./M.SOLANA (2004). "Foreign immigration in Spanish rural areas and small towns: current situation and perspectives", Finisterra. Revista Portuguesa de Geografia XXXIX 77, 21-38.

MORÉN-ALEGRET, Ricard (2008). "Ruralphilia and urbophobia versus urbophilia and ruralphobia? Lessons from immigrant integration processes in small towns and rural areas in Spain", Population, Space and Place 14, 6, 537-555.

ORLOWSKI, Witold M. (2000). "Migration from Central and Eastern European countries after accession: effects for regions, labour markets, and social security systems", Research Bulletin (Warsaw) 9, 2, 7-21.

POLLARD, Naomi, Maria Latorre/Dhananjayan SRISKANDARAJAH (2008). Floodgates or turnstiles? Post-EU enlargement migration flows to (and from) the UK. Institute for Public Policy Research.

PORTES, Jonathan/Simon FRENCH (2005). The impact of free movement of workers from central and eastern Europe on the UK labour market: early evidence. Department for Work and Pensions Working Paper No 18.

REID, Alice/Caroline MILLER (2010/11). Regional characteristics of foreign-born people living in the United Kingdom. Office for National Statistics, Regional Trends 43.

ROLFE, Heather/Hilary METCALF (2009). Recent migration into Scotland. The Evidence base. Edinburgh: The Scottish Government  
 (.<http://www.scotland.gov.uk/Resource/Doc/261996/0078342.pdf>, eingesehen am 04.02.2010).

SCOTLAND IS THE PLACE (2008), 'Foreword by the First Minister'.  
 (archiviert unter [http://collections.europarchive.org/tna/20080205132101/http://scotlandistheplace.com/stitp/files/First\\_Minister\\_Welcome\\_foreward\\_Oct\\_2008.pdf](http://collections.europarchive.org/tna/20080205132101/http://scotlandistheplace.com/stitp/files/First_Minister_Welcome_foreward_Oct_2008.pdf)).

SCHMIED, Doris (2004). "Die schottischen Highlands and Islands – immer noch eine 'klassische Peripherie'?", Europa Regional 12, 2, 69-80.

SHARP, Cathy/Mark BITEL (2008). Migrants in the Highlands: the implications for action by the Highland Wellbeing Alliance and other partner agencies. Final Report, Highland Wellbeing Alliance.

STOCKDALE, Aileen (2002). "Towards a typology of out-migration from peripheral areas: A Scottish case study", International Journal of Population Geography 8, 5, 345-364.

THE HIGHLAND COUNCIL, PLANNING AND DEVELOPMENT SERVICES (2006). Overseas migrant workers in Highland. Policy & Information Briefing Note 15.  
 (<http://www.highland.gov.uk/NR/rdonlyres/CC6020DD-6233-4A90-9373-E95058E6F023/0/BriefingNote15.pdf>, eingesehen am 19.08.2009).



THE HIGHLAND COUNCIL (2009). Highland Profile 2009. Migrant Workers in Highland. Unpublished document.

THE HIGHLAND COUNCIL, PLANNING AND DEVELOPMENT SERVICES (2011). Migration to Highland 2004-2010. Policy & Information Briefing Note 49. (<http://www.highland.gov.uk/NR/rdonlyres/E0DE1A26-6C85-4AC1-831E-684151B77159/0/Briefingnote49amended.pdf>, eingesehen am 10.12.2011).

THE SCOTTISH GOVERNMENT (2009). Local Area Labour Markets in Scotland: Statistics from the Annual Population Survey 2008. National Statistics Publication for Scotland (<http://www.scotland.gov.uk/Resource/Doc/280316/0084451.pdf>, eingesehen am 17.09.2009).

TRIANDAFYLLIDOU, Anna ed. (2006). Contemporary Polish Migration in Europe. Complex Patterns of Movement and Settlement. Lewiston/Queenston/Lampeter: The Edwin Mellen Press.

WEISHAAR, Heide B. (2008). "Consequences of international migration: a qualitative study on stress among Polish migrant workers in Scotland", Public Health 122, 11, 1250-1256.

WHITE, Anne/Louise RYAN (2008). "Polish 'temporary' migration: the formation and significance of social networks", Europe-Asia Studies 60, 9, 1467-1502.

WWW.WORKPERMIT.COM – The world's most popular immigration advice site. UK Immigration and UK Visa Services. (<http://www.workpermit.com/uk/uk.htm>, eingesehen am 12.02.2012).

## **Gemeindekooperationen als Chance für periphere ländliche Regionen – das Beispiel des österreichischen Bundeslandes Steiermark**

**Franz Brunner und Corinna Mitterhuber\***

*Institut für Geographie und Raumforschung, Graz*

### **Kurzfassung**

Im Beitrag wird der Frage nachgegangen, ob Gemeindekooperationen eine periphere Lage von Gemeinden und auch Regionen mildern können. Nach einer theoretischen Darstellung der Thematik "Peripherie" und der Betrachtung von peripheren ländlichen Regionen besonders in Österreich, wird der Rahmen und die Praxis interkommunaler Zusammenarbeit im österreichischen Bundesland Steiermark vorgestellt. An der Pilot-Kleinregion Übelbachtal, einer überwiegend peripher gelegenen ländlichen Region, am Rande des Zentralraumes Graz, die als eine der ersten steirischen Kleinregionen im Jahre 2008 ein kleinregionales Entwicklungskonzept (KEK) erstellt hat, werden die positiven Wirkungen der kommunalen Zusammenarbeit gezeigt. Damit kann auch die oben genannte Forschungsfrage, nach den Auswirkungen von Gemeindekooperationen, gerade in eher peripher gelegenen Regionen, positiv beantwortet werden.

### **Abstract**

This paper investigates whether inter-communal co-operations can mitigate the disadvantages of peripheral communities and regions. After a theoretical discussion of peripheral areas in general and peripheral areas in Austria in particular, the framework for and practice of inter-communal cooperation in the land of Styria are presented. The region of Übelbachtal (Kleinregion Übelbachtal) with four communes shows peripheral characteristics, although it is situated at the edge of the central area of Graz. It was one of the first Styrian micro-regions which in 2008 developed a "small-region concept for development" and is a suitable example to demonstrate that inter-communal co-operations, particularly in peripheral regions, can have clear positive effects.



## 1 Einleitende Bemerkungen und Forschungsfragen

Peripheren ländlichen Regionen wird eine niedrige Bevölkerungsdichte, eine Abnahme der Wohnbevölkerung, ein geringes Infrastrukturangebot, ein geringes Angebot an Arbeitsplätzen sowie eine eher niedrige Verkehrs- und Umweltbelastung attestiert. Dennoch haben auch die Gemeinden in peripheren Regionen zahlreiche Leistungen zu erbringen und geraten daher oft in Finanzierungsschwierigkeiten. Wenn auch manches in und an der Peripherie positiv besetzt ist, so überwiegen doch meist negative Zuschreibungen, die mit Benachteiligung und Chancenungleichheit, allgemein mit großen Disparitäten (zum Zentrum) umschrieben werden können.

Für viele periphere ländliche Regionen wird diese Ungleichheit zur Existenzbedrohung. In vielen europäischen Ländern gibt es daher – wieder – verstärkte Zeichen, die eine Zusammenlegung von Gemeinden, primär unter dem Aspekt der Verringerung der Finanzknappheit, propagieren. Auch in Österreich und besonders in der gemeindlich kleinstrukturierten Steiermark ist dies so (GIGLER und KÜBECK 2011, 18f.). Man folgert, dass größere Einheiten leistungsfähiger und kostengünstiger zu führen wären. Ein Szenario, das es schon in den 1960er und 1970er Jahren europaweit gab (BRUNNER 1990; HENKEL 1993). Doch können die Nachteile peripherer Regionen auch gemildert werden, wenn bestehende Gemeinden verstärkt zusammenarbeiten. Die in den letzten Jahren daher stark forcierten Gemeindekooperationen, worunter man die Zusammenarbeit der Gemeinden auf vielerlei Arten und Ebenen verstehen kann, werden dabei entweder als eine Vorstufe der Zusammenlegung oder als eine Alternative zum drohenden Verlust der gemeindlichen Eigenständigkeit gesehen.

In Österreich gibt es zahlreiche Modelle, denn mehrere Bundesländer haben bereits diesen Weg eingeschlagen. In der Steiermark werden Gemeindekooperationen im Rahmen von Regionext (DAS LAND STEIERMARK – REGIONEXT 2011) betrieben.

Die zentralen Forschungsfragen lauten nun: Sind solche Gemeindekooperationen tatsächlich in der Lage effizienter und kostengünstiger zu arbeiten und damit die Nachteile einer peripheren Situation zu mildern? Wie sollten gemeinsame Agenden aussehen, um eine positive Entwicklung zu initiieren? Ohne den folgenden Ausführungen entscheidend vorgreifen zu wollen, ist festzuhalten, dass solche gemeindeübergreifenden Kooperationen in der Tat erfolgreich sein können, wie an der Kleinregion Übelbachtal gezeigt werden wird. Diese Region ist zwar nahe dem steirischen Zentralraum gelegen, dennoch kann bzw. muss man aber aufgrund ihrer Strukturmerkmale (z.B. Bevölkerung, Arbeitsplätze) und ihrer erschwerten Erreichbarkeit (teils alpine Tallage) von einer inneren Peripherie sprechen. Man könnte sich im Fall der Kleinregion Übelbachtal, wegen der Nähe der



Landeshauptstadt Graz, auch des Begriffs der "nichträumlichen Peripheralität" bedienen (IRPUD 2011). Die Teilregion Übelbachtal kann als ländlich geprägter Raum am Rande des Steirischen Zentralraumes angesprochen werden. Ähnliche Situationen sind durchaus auch in der Bundesrepublik Deutschland zu finden (SPANGENBERG 2008).

## 2 Peripherie und periphere ländliche Regionen in Österreich

SCHÄTZL (1996, 185) beschreibt die Peripherie nach FRIEDMANN (1973) vorwiegend als ein Abhängigkeitsverhältnis mit Negativzuschreibungen bzw. als Restkategorie. HENKEL (1993, 251) spricht von einer Wirkungskette zur Herausbildung strukturschwacher ländlicher Regionen bzw. einem "Regionalen Teufelskreis" mit folgenden Merkmalen: Abwanderung, Stagnation bzw. Rückgang der Bevölkerung; wirtschaftliche Stagnation, hohe Arbeitslosigkeit, Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen, geringe Chancen für die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen; begrenzte kommunale Steuerungsmöglichkeiten; verminderte Infrastrukturausstattung; Imageverluste; sinkende kommunale Finanzkraft; sinkende private Kaufkraft. Besonders deutlich sind diese Merkmale in den peripheren, dünn besiedelten ländlichen Räumen (Typ III nach HENKEL 1993, 211) ausgeprägt.

DAX und OEDL-WIESER (2010, 1) betonen in Bezugnahme auf Österreich zuerst die Vielfalt ländlicher Gebiete. Die regionalwirtschaftlichen Probleme der meisten ländlichen Gebiete seien durch unterdurchschnittliche Wirtschaftskennziffern, eine erhöhte Abwanderung bis hin zu Entleerungsprozessen, Rückgang der Einwohnerzahl, Grenzlage sowie inneralpine Lage und ungünstige Verkehrsanbindungen gekennzeichnet. Die regionalen Disparitäten geraten seit den 1980er Jahren verstärkt in den Mittelpunkt. Das Wirtschaftsgefälle zwischen Stadt und Land und die Abwanderung der Bevölkerung, besonders der Jungen, stellen gravierende Probleme dar. Periphere und rurale Strukturen überlagern und verstärken sich dabei. Von einer solchen Entwicklung betroffen sind in Österreich besonders die ehemaligen Grenzgebiete im Norden, Osten und Süden (Bundesländer Niederösterreich und Burgenland, aber auch Oberösterreich, Steiermark und Kärnten), also Gebiete, die früher am sogenannten Eisernen Vorhang gelegen waren. Sie haben teilweise ein Drittel ihrer Bevölkerung verloren und waren lange durch geringe Arbeitsplatzdichte und damit Beschäftigungsquote gekennzeichnet. Die Öffnung der Grenzen und die Integration dieser Länder in die Europäische Union konnten diese Entwicklung nicht völlig stoppen (DAX und OEDL-WIESER 2010, 2f). Auch in den inneralpinen Bereichen (Talschaften), hier sind die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Steiermark und Kärnten zu nennen, finden sich periphere Situationen. In einigen Fällen weisen diese ähnliche Struktur-



merkmale auf und sind verkehrsmäßig oft sogar noch schlechter erschlossen als die "Grenzgebiete". Dazu kommen erschwerte Bedingungen in den Wintermonaten, so nicht wegen des Tourismus eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur (Straßen mit Lawinenverbauung) geschaffen wurde.

Eine "neue Kategorie", auch der inneren Peripherie zugehörig, kann u.a. durch eigene Arbeiten (BRUNNER 2007) belegt werden. In relativ zentral gelegenen Regionen finden sich immer wieder Teilbereiche, einzelne Gemeinden, die viele Merkmale von Peripheralität aufweisen. Sie sind geographisch am Rande der Zentralräume gelegen, haben eine relativ große Entfernung zum Zentrum, sind zudem noch topographisch benachteiligt (Tallagen, alpine Lagen) und durch weniger attraktive Siedlungslagen (schmale Täler mit durchführender Autobahn) gekennzeichnet. Diese Gemeinden/Regionen, sind dann oft jene, die um entsprechende regionale Förderungen bangen müssen, da sie ja in einem "Zentralraum" liegen. In der hier vorgestellten empirischen Studie wird gerade ein solcher peripherer Raum näher beleuchtet.

Als Handlungsansätze empfehlen DAX und OEDL-WIESER (2010, 7) die Förderung der sozialen Vielfalt, die **Förderung der interkommunalen Kooperationen** und die Landschaftsentwicklung als regionalpolitische Aufgabe. Damit haben wir eine Arbeitsanleitung für Maßnahmen der Regionalentwicklung vor uns, die eine inhaltliche Öffnung, eine institutionelle und räumliche Erweiterung der Entwicklungsbemühungen erfordert. Für eine positive Gesamtentwicklung peripherer ländlicher Gemeinden und Regionen ist es wichtig, die Zusammenarbeit zwischen den regionalen Zentren und dem ländlichen Umfeld auszubauen und zukunftsweisende Kooperationsstrukturen aufzubauen (STRAHL 2011, 652). Primär sollte dies auf freiwilliger Basis erfolgen, indem die Schlüsselakteure die Vorteile der Zusammenarbeit erkennen. Über die Bindung und Vergabe von Finanzmitteln (Bedarfszuweisungen, Förderungen u.a.) kann und sollte seitens des Landes aber ein sanfter Druck ausgeübt werden.

### **3 Effizientere und effektivere Aufgabenerfüllung durch interkommunale Kooperationen in Form von Kleinregionen**

Um den genannten Problemen in peripheren Gemeinden und insbesondere der angespannten finanziellen Situationen zu begegnen, bietet sich eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zur effizienteren und effektiveren Aufgabenerfüllung als förderlicher Lösungsansatz an. Dies ist besonders wichtig für die Steiermark (ST), die – im Vergleich zu den anderen Bundesländern Österreichs – eine sehr kleinräumliche Gemeindestruktur bzw. -gliederung aufweist, denn etwa drei Viertel der 542 steirischen



Gemeinden gehören der Kategorie "Klein- und Kleinstgemeinden" an (vgl. Tab. 1).

Gemeindezusammenlegungen stoßen stets auf Widerstand und sind, laut SCHÖPFER (o.J.), im Interesse von Demokratie und Bürgernähe auch abzulehnen. Zwar würde die Auflfassung einiger Gemeinderäte eine Drosselung der Ausgaben bewirken, aber letztlich wiegt die Einsparung nicht das Potenzial des ehrenamtlichen Engagements auf, das – wie Erfahrungen zeigen – vor allem in den Kleinst- und Kleingemeinden noch aktiv gelebt wird. Als Alternative zu Gemeindezusammenlegungen bieten sich interkommunale Kooperationen an, durch die einerseits die lokale Identität weiterhin bewahrt werden kann, andererseits aber bestehende oder künftige Herausforderungen gemeinsam leichter bewältigt werden können.

**Tabelle 1**

**Größenklassen der Gemeinden in Österreich nach Bundesländern  
(Stand 2006)**

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, 2009; HIRZBERGER, 2010, 33

Gemeindegrößenklassen	B	K	NÖ	OÖ	S	ST	T	V	W
<500	17	-	19	14	6	70	37	15	-
501 bis 1 000	37	11	85	78	17	122	63	21	-
1 001 bis 2 000	77	48	246	149	25	219	89	19	-
2 001 bis 5 000	35	53	161	159	51	99	67	24	-
5 001 bis 10 000	4	12	41	32	14	26	16	8	-
10 001 bis 20 000	1	5	14	8	5	3	6	5	-
20 001 bis 50 000	-	1	6	3	-	2	-	4	-
50 001 bis 100 000	-	2	1	1	-	-	-	-	-
>100 000	-	-	-	1	1	1	1	-	1
<b>insgesamt</b>	<b>171</b>	<b>132</b>	<b>573</b>	<b>445</b>	<b>119</b>	<b>542</b>	<b>279</b>	<b>96</b>	<b>1</b>

Solche interkommunalen Kooperationen ermöglichen durch Ausnutzen von Synergieeffekten sowie von Rationalisierungspotenzialen eine optimale Ausführung der Gemeindeaufgaben. Insbesondere wirken sie sich vorteilhaft in den Bereichen Gemeindeverwaltung, Schulen, Kultur sowie Infrastruktur durch nachhaltige Wirtschaftlichkeit (z.B. durch einen gemeinsamen Bauhof, Fuhrpark oder allgemein die Nutzung von Größenvorteilen) aus. Ebenso erfolgversprechend erweisen sie sich in Bezug auf raumordnungspolitische Maßnahmen, beispielsweise durch gemeindeübergreifende Raumplanung, konzentrierte Siedlungsentwicklung, größere und besser definierte Standortauswahl und geringere Planungskosten. Letztlich ergeben sich dadurch neue Chancen für Gemeinden, die sich nicht nur durch vermehrte Professionalität der Verwaltung, stärkeres politisches Gewicht (verbesserte Position gegenüber dem Bundesland), höhere Qualität der politischen





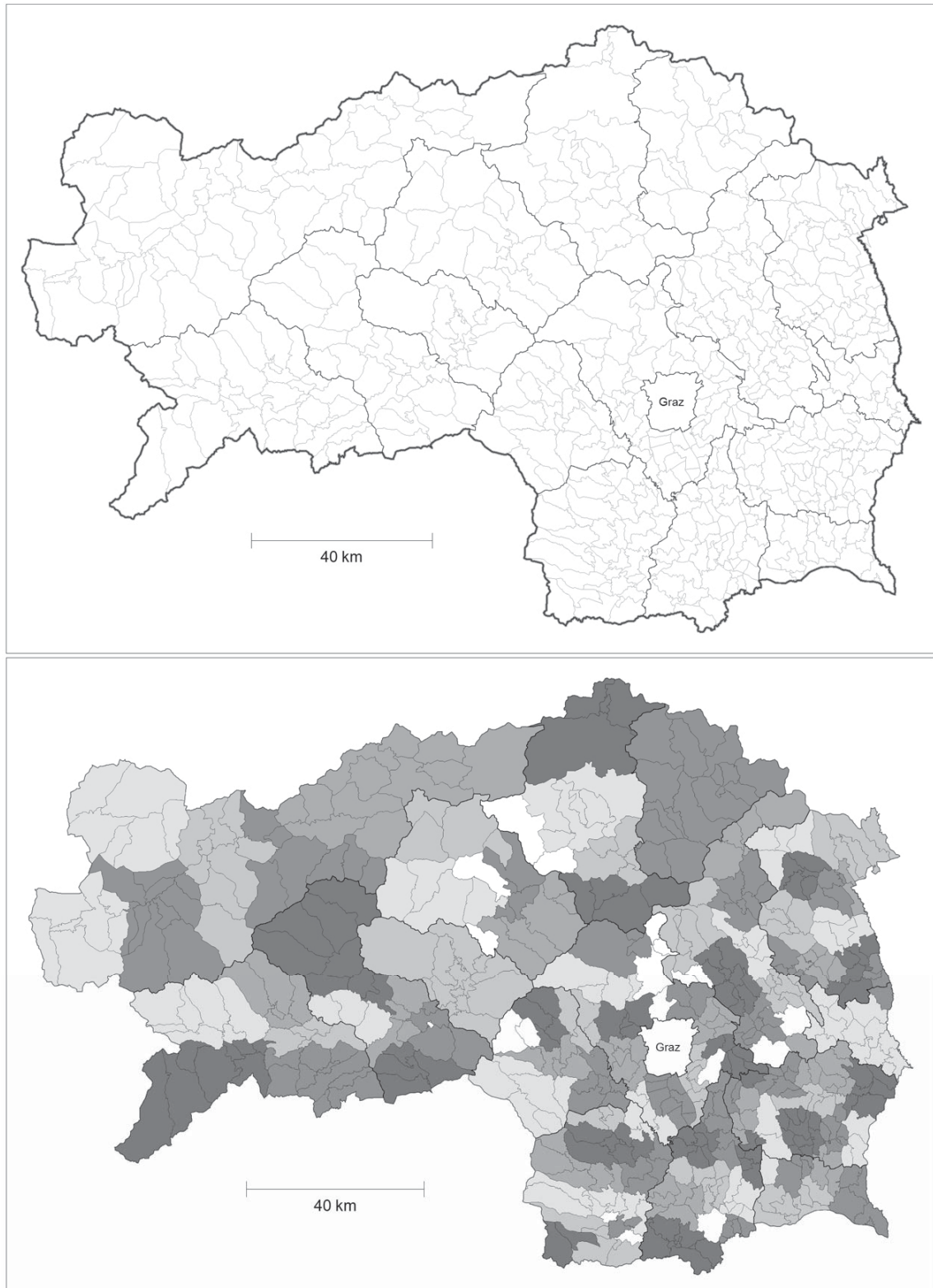
Verantwortlichen, sondern auch durch bessere Ressourcenausnutzung, Kosteneinsparungen, Stabilisierung der Finanzen, erhöhte Entwicklungschancen sowie Qualität der Dienstleistungen zeigen. Zudem würde auch der Konkurrenzkampf unter den einzelnen Gemeinden einer Kooperation deutlich geringer werden (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2004, 6). Ferner könnten durch Kooperationen auch jene Planungsvorhaben realisiert werden, die ansonsten die Leistungskraft einer einzelnen Gemeinde übersteigen würden, beispielsweise bei größeren Infrastrukturmaßnahmen etwa im Bereich der Ver- und Entsorgung usw. (ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND 2009b).

Eine gezielte Verstärkung der interkommunalen Kooperationen, die seitens der Steiermärkischen Landesregierung durch die Initiative "Regionext" gefördert wird, erfolgt durch die Bildung von Kleinregionen. Gemäß Landesrecht §38a GemO (Gemeindeordnung) besteht die Möglichkeit, dass sich Gemeinden – unter Wahrung der Gemeindeautonomie – freiwillig und auf Grundlage von fachlichen Kriterien zu Kleinregionen, welche aus mindestens vier Gemeinden und mindestens 3.000 Einwohnern zu bestehen haben, zusammenschließen können (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2008a, 19f.). Ein entsprechender Konzeptentwurf sieht die Zusammenfassung der 542 steirischen Gemeinden zu derzeit 72 Kleinregionen vor (siehe Abb. 1) (ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND 2009a). Neben der Erstellung eines Kleinregionalen Entwicklungskonzeptes (KEK), in dem die langfristigen Entwicklungsziele sowie die geplante Durchführung der gemeinsamen Vorhaben festgelegt sind, werden die Evaluierung zum Zwecke der Optimierung und die Weiterentwicklung des KEKs als Aufgaben der Kleinregionen definiert (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG, 2008a, 16).

**Abbildung 1**

**Gemeinden der Steiermark (oben) werden durch interkommunale Kooperationen zu Kleinregionen (unten)**

Quelle: AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2011





### **3.1 Regionext – eine Initiative des Landes Steiermark zur Stärkung der regionalen Lebensräume**

Als Reaktion auf immer dringlicher werdende Probleme (wie z.B. die prognostizierte demographische Entwicklung, den wachsenden Globalisierungsdruck, den immer härter werdenden Standortwettbewerb der europäischen Regionen und die steigenden Ausgaben öffentlicher Haushalte) wurde mit Regionext eine Möglichkeit geschaffen, sich mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen und diesen aktiv entgegenzusteuern. Regionext ist ein seit 2006 initiiertes Programm der Steiermärkischen Landesregierung, mit dem die Aufgaben auf kommunaler, regionaler und Landes-Ebene effizienter und mit mehr Qualität bewältigt werden sollen.

Regionext stellt im Grunde eine Weiterentwicklung der steirischen Raumentwicklungspolitik dar. Entwicklungen innerhalb und außerhalb des Landes veranlassten eine Neuorientierung und Neuorganisation (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2011). Die neue Verwaltungsstruktur, die im Rahmen von Regionext konzipiert wurde, ist durch die Ausrichtung auf Regionen zeitgemäßer und basiert auf folgenden drei räumlichen Ebenen in der Steiermark (STATISTIK AUSTRIA, 2011):

1. Kleinregionen als interkommunale Kooperationen,
2. Sieben (Groß-) Regionen (bestehend aus meist mehreren politischen Bezirken) und
3. Bundesland (mit Verwaltung und Förderstellen).

Diese Ausrichtung ist im Zusammenhang mit dem Bedeutungsgewinn der Regionen seit den 1990er Jahren zu sehen, denen im Vereinten Europa eine wachsende Verantwortung übertragen wird und die sozusagen zu politischen und ökonomischen Hoffnungsträgern avanciert sind. Der Staat ersetzt hierbei die interventionistische Lenkung zunehmend durch marktliche, die eine Intensivierung der Selbststeuerung vorsieht. Durch formalisierte Beteiligungsverfahren in den Planungsprozessen bzw. durch (Klein-)Regionale Entwicklungskonzepte wird letztlich eine problemorientiertere Konzeption erreicht (WIECHMANN 1999, 43).

Durch eine aktive Vernetzung der steirischen Gemeinden zu Kleinregionen sollen die vorhandenen Ressourcen besser gebündelt und daraus neue Synergien geschaffen werden. Regionext setzt mithilfe eines *bottom-up*-Ansatzes auf eine verstärkte Eigenverantwortung auf kommunaler sowie regionaler Ebene, zumal Entscheidungen, die von den Regionen initiiert, abgestimmt und getragen werden, in vielen Fällen von positiver regionalwirtschaftlicher Wirkung sind (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2008b, 16). Auf der Basis von geeigneten Beteiligungseinrich-



tungen und arbeitsfähigen Gremien mit professionellen Geschäftsstellen sollen die Zielsetzungen, nämlich die Schaffung eines attraktiven Lebensraumes für die Bevölkerung sowie eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, erreicht werden (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG o.J., 5). Der konkrete Mehrwert der Regionen, der durch diese Neustrukturierung der regionalen Ebenen verfolgt wird, wird gemäß den Zielsetzungen wie folgt definiert (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2008b, 2):

- Erhöhte Effizienz und Transparenz regionaler Entwicklungsstrukturen,
- Gemeinsame und gemeinsam getragene Entscheidungen zur regionalen Strategie durch das regionale Leitbild und den darin definierten regionalen Leitprojekten,
- Verbesserte Abstimmung der regionalen Ebenen mit den Landespolitiken.

Regionext soll die Gemeinden vom klassischen Kirchturmdenken weg hin zu einem konstruktiven Wettbewerb zwischen den Gemeinden führen, wobei die Stärkung der regionalen Identität und die thematische regionale Spezialisierung (Markenbildung) im Vordergrund stehen. Die Vorteile, die sich für Gemeinden, Kleinregionen und Regionen durch Regionext ergeben, sind vielfältig. So werden beispielsweise Planungsstrukturen und -abläufe überschaubarer, sie lassen sich leichter nachvollziehen, und Qualitätsverbesserungen bei der Projektentwicklung und -umsetzung sowie Einsparungsmöglichkeiten können besser wahrgenommen werden. Nachhaltigkeit wird durch die Bürgerorientierung erzielt, zumal durch die Einbeziehung der BürgerInnen eine höhere Akzeptanz gegenüber den getroffenen Entscheidungen gefördert wird. Demzufolge erweitert sich auch der Handlungsspielraum auf Gemeinde-, Kleinregions- und Regionesebene. Folglich wird die Existenz der Gemeinden mithilfe von Regionext gesichert (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG o.J., 11).

### **3.2 Interkommunale Kooperationen in der Steiermark durch Kleinregionen**

Kleinregionen resultieren aus freiwilligen Zusammenschlüssen von Gemeinden zu Gemeindeverbänden, wobei der Wille zur Zusammenarbeit und eine gemeinsame Vertrauensbasis als Grundlage angesehen werden (vgl. Kapitel 3). Zudem besitzen sie gemäß §38a der GemO Rechtspersönlichkeit. Der Zweck einer solchen interkommunalen Kooperation beruht auf der Erstellung und Weiterentwicklung eines Kleinregionalen Entwicklungskonzeptes (KEK), wo jene kommunalen Aufgaben festgelegt werden, die zukünftig gemeinsam bewältigt werden



sollen. Die abgestimmten Entwicklungsstrategien mit Zielen und Maßnahmen dienen hierbei als Grundlage. Die Gemeinden werden zudem von externen Prozessbegleitern unterstützt, die seitens der Landesregierung gefördert werden und zu deren Aufgabe das Aufzeigen von ungenutzten Potenzialen zählt. Demzufolge tritt das Land Steiermark im Rahmen von Regionext als Partner auf, indem es den interkommunalen Verbänden zur Seite steht (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG, 2008a, 2f.+6). Des Weiteren werden – unter breiter Beteiligung relevanter kleinregionaler Akteure – gemeinsame Entwicklungsstrategien sowie Ziele und Maßnahmen erarbeitet. Durch diese Einbindung sollen die tatsächlichen Bedürfnisse in der erarbeiteten Strategie bzw. in den definierten Zielen garantiert werden. Infolgedessen sollen die daraus resultierenden Synergieeffekte die kommunalen Leistungen verbessern, die einzelnen Gemeindehaushalte entlasten, aber auch den Handlungsspielraum für gemeinsame Projekte vergrößern. Ein KEK baut sich auf folgenden Inhalten auf (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2009a, 10f.):

1. Bestandsanalyse: Unter anderem werden hier die strukturelle Ausgangssituation der Kleinregion, das Kooperationsprofil, das Infrastrukturprofil, die Finanzanalyse sowie die bereits bestehenden Gemeindekooperationen erläutert; d.h. der Status quo wird durchleuchtet, um daraus künftige Entwicklungen gemeinsam zu definieren.
2. SWOT-Analyse (Analyse der Stärken/Schwächen sowie Chancen/Risiken): Durch diese Analyse erhalten die Gemeinden einen Überblick sowohl über die aktuelle Situation einer Kleinregion, als auch über zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten.
3. Festlegung einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung und der Zielsetzungen: Hierbei wird das Hauptziel der interkommunalen Kooperation, die effizientere Erledigung kommunaler Aufgaben durch Nutzung von Synergie- und Einsparungspotenzialen sowie Entwicklungspotenzialen definiert. Basierend auf der Bestandsanalyse werden Ziele und Maßnahmen nach Themenbereichen – Verwaltung, Daseinsvorsorge, kleinregionale Wirtschaft in den einzelnen Wirtschaftssektoren, Naturraum, Umwelt, Klima sowie soziokulturelle und technische Infrastruktur – formuliert.
4. Festlegung gemeinsamer kommunaler Aufgaben: Hier werden jene Bereiche im KEK herausgefiltert, in denen durch eine gemeinschaftliche Ausführung und gemeinsame Nutzung von vorhandenen Ressourcen ein wechselseitiger Vorteil für die einzelnen Gemeinden erzielt werden kann.

Die organisatorische Struktur einer Kleinregion baut sich aus der Kleinregionsversammlung und dem Kleinregionsvorstand auf. Die Bürger-



meister und Gemeinderäte der einzelnen Gemeinden sind stimmberechtigt in der Kleinregionsversammlung vertreten. Sie bilden auf Kleinregionsebene das strategische Entscheidungsgremium, zu dessen Aufgaben die Diskussion sowie die Beschlussfassung und Weiterentwicklung des KEKs mit den abgestimmten, gemeinsamen kommunalen Aufgaben zählen. Der Kleinregionsvorstand, das Arbeitsgremium, setzt sich aus den Bürgermeistern der Gemeinden der jeweiligen Kleinregion und dem bzw. der Kleinregionvorsitzenden (gewählter Bürgermeister bzw. gewählte Bürgermeisterin einer Kleinregionsgemeinde) zusammen und befasst sich mit der gemeinsamen Planung und der gemeinsamen Umsetzung von kommunalen Aufgaben. Hierzu zählen unter anderem (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2008a, 10f.):

- Erarbeitung des KEK-Entwurfes, Beschlussfassung und Vorlage des KEKs in der Kleinregionsversammlung,
- Koordination bei Erstellung und Beauftragung der Umsetzung des KEKs,
- Koordination und Beauftragung bei Umsetzung der gemeinsamen kommunalen Aufgaben,
- Weiterentwicklung des KEKs,
- Erarbeitung von Projektvorschlägen an die (Groß)Region,
- Information und Kommunikation der Kleinregionen.

Der Erfolgsfaktor einer Kleinregion hängt aber auch weitgehend vom Zusammenspiel bzw. von den Schnittstellen mit anderen Ebenen, wie (Groß-)Region und Land Steiermark, ab. Hierbei nimmt Regionext eine wichtige Position ein, insbesondere durch die konsequent mit dem Land Steiermark abgestimmte Vorgehensweise, bei der Fördermittel nur auf Basis abgestimmter Strategien vergeben werden. Zudem können sich durch die Einbeziehung der Strukturanalysen, Ziele und Maßnahmen in das Örtliche Entwicklungskonzept (ÖEK) Synergieeffekte bzw. Einsparungspotenziale für die beteiligten Gemeinden ergeben, zumal auch jede Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist, ein ÖEK, in dem langfristig räumliche Entwicklungen festgeschrieben werden, zu erstellen.

So wie bei der Erstellung eines KEKs die Einbindung der örtlichen Raumplanung Voraussetzung ist, wird in der Folge der Inhalt des KEKs mit regionalen Leitbildern und Leitprojekten und benachbarten KEKs abgestimmt. Durch diese Abstimmung sollen Doppelgleisigkeit bzw. Konkurrenz vermieden werden. Die Region als solche verfügt allerdings über keine Entscheidungskompetenz über kommunale Aufgaben und Projekte. Für Gemeinden besteht auch weiterhin die Möglichkeit, eigenständig Projekte zu initiieren, jedoch sollen bei der Erstellung des KEKs solche geplanten Vorhaben besonders dahingehend hinterfragt werden, ob sich durch Koope-



rationen Synergieeffekte und Vorteile für die Gemeinden der Kleinregion ergeben (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2008a, 14f.).

Durch die Bildung von Kleinregionen ergeben sich für die BürgerInnen keine direkten Veränderungen, da das jeweilige Gemeindeamt als erste Anlaufstelle bestehen bleibt. Indirekt erwächst jedoch aus einer abgestimmten strategischen Entwicklung ein umfassenderes und effizienteres Dienstleistungs- und Infrastrukturangebot für die Gemeindebevölkerung (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2008a, 3). Interkommunale Kooperationen in Form von Kleinregionen bieten den Gemeinden folglich die Möglichkeit, die Daseinsvorsorge in entsprechender Qualität auch weiterhin zu gewährleisten. Dabei wirkt diese kleinregionale Ausrichtung der Zentralisierung (Gemeindezusammenlegung) entgegen und des Weiteren wird den Gemeinden der Kleinregionen auch die Gelegenheit geboten, gemeinsame Impulse für regionalwirtschaftliche Entwicklungen zu setzen (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG o.J., 3).

Die Kleinregionsbildung ist landesweit nahezu abgeschlossen; viele steirische Gemeinden arbeiten in Kooperationen und können auf entsprechende Erfolge hinsichtlich kooperativer Lösungen verweisen. Schlussendlich sollen mittelfristig in einem flächendeckenden Prozess nicht nur möglichst viele kommunale Aufgaben gemeinsam erledigt werden, sondern auch verbesserte Leistungen für die Bevölkerung sowie Einsparungen beim hierfür erforderlichen Ressourceneinsatz erzielt werden (ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND UND STATISTIK AUSTRIA 2009, 11).

### **3.3 Kleinregionsansatz und LEADER-Ansatz der Steiermark im Vergleich**

Vorbildwirkung für die Kleinregionen der Steiermark hatte zum einen die LEADER-Initiative der Europäischen Union und zum anderen das Kleinregionsmodell des Bundeslandes Niederösterreich (HIRZBERGER 2010, 42). Die LEADER-Initiative, die eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum fördert, indem sie modellhaft innovative Aktionen im ländlichen Raum vorantreibt, befasst sich in dem Zusammenhang auch mit wirtschaftlichen, sozialen und umweltrelevanten Fragen. Das Wesensmerkmal von LEADER zeigt sich – im Vergleich zu anderen traditionellen ländlichen Politikmaßnahmen – darin, dass LEADER nur vorgibt "wie" man vorgehen sollte und nicht "was" getan werden muss, wodurch folglich auch die Fähigkeit der eigenen Problemlösung gestärkt wird. Die sieben wesentlichen Merkmale des LEADER-Ansatzes sind territoriale lokale Entwicklungsstrategien, Netzwerkbildung, Kooperation, Innovation, integrierte und multisektorale Aktionen, lokale öffentlich-private Partnerschaften (durch lokale Aktionsgruppen – LAG) sowie die *bottom-up*-Ausarbeitung und Umsetzung von Strategien. LEADER setzt auf Entwicklungsstrategien, die



durch lokale Akteure und auf lokaler Ebene beschlossen, umgesetzt und (durch transparente Verfahren) begleitet werden und dadurch effizienter und effektiver sind. Zudem erfahren die Akteure bzw. Strategien auch Unterstützung durch relevante öffentliche Verwaltungen (EUROPÄISCHE KOMMISSION Hrsg. 2006, 5+8).

Parallelen zu Regionext bzw. zu Kleinregionen finden sich darin, dass auch diese durch eine regionale Ausrichtung der Zentralisierung entgegensteuern und strukturschwache ländliche Gebiete durch Kooperationen und gemeinsamen *bottom-up*-Initiativen aufwerten möchten. Durch die verstärkten nationalen Förderprogramme für ländliche Gebiete im Rahmen der ländlichen Entwicklung auf EU-Ebene wird Regionext in der aktuellen Förderperiode von LEADER mit eingebunden, wodurch sich ein größerer finanzieller Handlungsspielraum für die Regionen bzw. Kleinregionen ergibt. Die Förderung der partizipativen Entscheidungsfindung findet beim *bottom-up*-Ansatz von LEADER durch LAGs, die sich aus öffentlichen Stellen und privaten Einrichtungen oder Personengruppen zusammensetzen, mehr Beachtung als bei Regionext. Bei der Initiative Regionext wird zwar Bürgerbeteiligung eingefordert, aber das Entscheidungsgremium besteht aus politischen Akteuren wie Bürgermeister\*innen, Gemeinderäten; d.h. die Bürger werden bei der Entscheidung nicht so stark eingebunden. Aufgrund der Tatsache, dass sich ähnlich gelagerte Ansätze bei der Vorgangsweise sowie bei Bestandsaufnahme und bei Planungsschritten finden, kann man davon ausgehen, dass LEADER als Vorbild für Regionext diene. Ein Unterschied zwischen den beiden Ansätzen besteht jedoch hinsichtlich der Größe, denn Regionext spricht eine noch kleinere Einheit an als LEADER (eine LEADER-Region umfasst zwischen 10.000 und 100.000 Einwohner), wodurch die Planung genauer erfolgen kann und infolgedessen eine höhere Effizienz möglich ist. Demzufolge stellt Regionext gewissermaßen den "verlängerten Arm" von LEADER dar, indem die LEADER-Idee auf die kleinere Ebene der steirischen Regionen und Kleinregionen übertragen wird (HIRZBERGER 2010, 75f.).

### **3.4 Interkommunale Kooperationen in den anderen österreichischen Bundesländern**

Generell lässt sich feststellen, dass die Konzepte für interkommunale Kooperationen in den österreichischen Bundesländern differieren, da auch die Gemeindegrößenklassen variieren. Interkommunale Kooperationen in Form von Kleinregionen finden sich in Österreich außer in der Steiermark auch noch in Niederösterreich und – in ähnlicher Form – in Vorarlberg und Oberösterreich. In Oberösterreich hat man durch die 24 LEADER+-Regionen gleichsam eine kleinregionale Struktur geschaffen, die fast das gesamte Bundesland abdeckt. Vorarlberg verfügt durch das Programm "Vision Rheintal" über ein europaweit beachtetes Regionalentwicklungskonzept, ein





Musterbeispiel für nachhaltige Regionalentwicklung. In Salzburg finden sich projektbezogene Kooperationen und freiwillige Zusammenschlüsse. Die restlichen Bundesländer Österreichs bauen zwar ebenso auf interkommunale Kooperationen, jedoch nicht in der strukturierten Form, wie sie Kleinregionen darstellen (HIRZBERGER 2010, 70 und 93ff).

Eine Vorbildrolle für die Steiermark nimmt Niederösterreich ein, denn hier wurden bereits Mitte der 1980er Jahre die ersten Kleinregionen gebildet. Zudem ist die Gemeindestruktur in Niederösterreich ähnlich wie in der Steiermark (ersichtlich in Tab. 1) und strukturschwache periphere Gebiete, vor allem jene an den Staatsgrenzen, sind in ähnlich starker Weise von Abwanderung betroffen. Diese Ausgangslage war Anlass dafür, dass bereits seit Mitte der 1970er Jahre erste Versuche mit interkommunalen Kooperationen unternommen wurden, um den Fortbestand bzw. die Autonomie von Gemeinden weiterhin zu gewährleisten. Neben der Erstellung eines Kleinregionalen Entwicklungskonzeptes finden wir ebenso eine organisatorische Gliederung in Kleinregion – Region – Bundesland. Kleinregionen in Niederösterreich erreichen allerdings zumeist die von LEADER vorgeschriebene Mindest-EinwohnerInnenzahl von 10.000, weshalb EU-Förderungen direkt an die Kleinregionen ausgewiesen werden können (HIRZBERGER 2010, 93ff.).

#### **4 Kleinregion und Kleinregionales Entwicklungskonzept Übelbachtal: Musterregion für kleinregionale Entwicklungen in der Steiermark**

In diesem Kapitel wird näher auf die steirische Kleinregion Übelbachtal, die als eine Musterregion für kleinregionale Entwicklungen in der Steiermark gilt, eingegangen. Anhand dieses Fallbeispiels soll aufgezeigt werden, dass es Gebiete bzw. Gemeinden gibt, die trotz zentrumsnaher bzw. stadtnaher Lage bzw. Lage in einer prosperierenden Region periphere Merkmale aufweisen (vgl. Kapitel 2). Es soll aber auch gezeigt werden, dass Lage- und generelle Strukturnachteile durch kleinregionale Zusammenarbeit verbessert werden können.

Die Kleinregion Übelbachtal, die sich aus dem Zusammenschluss der Gemeinden Peggau, Deutschfeistritz, Großstübing und Übelbach ergeben hat, ist Teil der Region "Zentralraum Graz" (KLEINREGIONALES ENTWICKLUNGSKONZEPT KLEINREGION ÜBELBACHTAL 2011, 3). Der Zentralraum Graz setzt sich wiederum aus der Stadt Graz und aus den politischen Bezirken Voitsberg



und Graz-Umgebung zusammen. Die Landeshauptstadt Graz bildet hierbei nicht nur den Siedlungs- und Wirtschaftsschwerpunkt innerhalb der Region, sondern auch innerhalb des Landes Steiermark, zudem zählt der Zentralraum Graz zu den wirtschaftsstärksten Regionen Österreichs. Die Stadt Graz als zweitgrößte Universitätsstadt Österreichs hat hinsichtlich Bildung bzw. Bildungsinfrastruktur einen besonderen Stellenwert. Überdies weist Graz mehr als die Hälfte der Bevölkerung und beinahe drei Viertel der Arbeitsplätze des Zentralraumes Graz auf. Durch Betriebsansiedlungen und durch die seit Jahren anhaltenden Suburbanisierungstendenzen im Grazer Umland haben vor allem die südlichen Randgemeinden von Graz deutlich an Bedeutung gewonnen. Diese Gemeinden können zum Teil einen Bevölkerungszuwachs von bis zu 20% (seit 2001) verzeichnen. Die auch für die Zukunft prognostizierte generell positive demographische Entwicklung der Region "Zentralraum Graz" (mit einem starken Anstieg der Bevölkerung um mehr als 10% (2006-2031) kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass peripher gelegene Gemeinden im Westen und Nordwesten der Region von Abwanderung und strukturellen Defiziten (Infrastrukturverlust etc.) betroffen sind (vgl. Abb. 2) (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2009b, 6ff.).

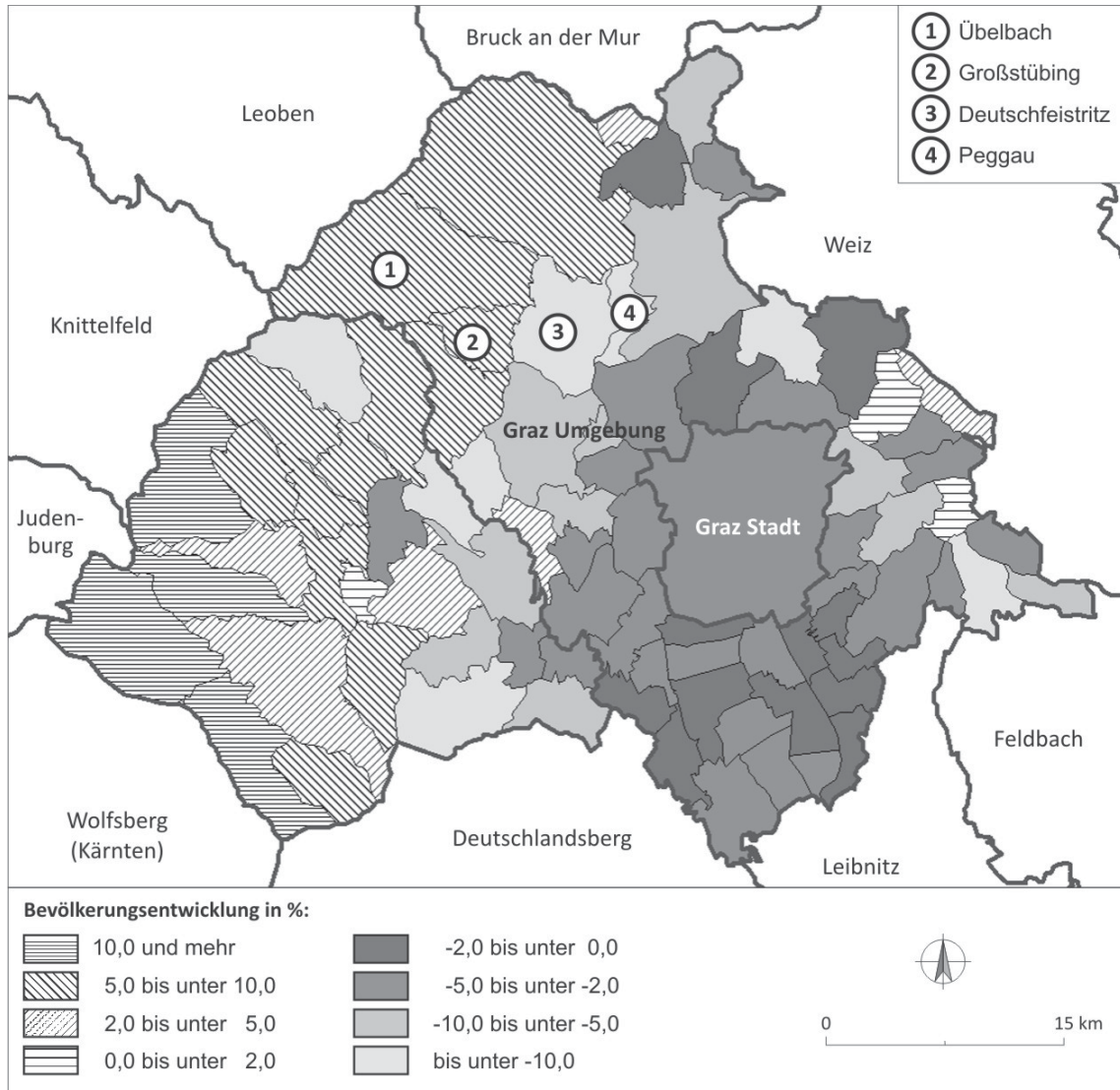
Naturräumlich wird die Kleinregion Übelbachtal durch das Grazer Bergland geprägt, wobei die Gemeinde Übelbach sich von der Gleinalpe bis ins Murtal entlang des Übelbaches erstreckt und in Teilen alpinen Charakter aufweist.

Um die Standortentwicklung zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen, entschieden sich die vier Gemeinden Peggau, Deutschfeistritz, Großstübing und Übelbach gemeinsam Ansiedlungsflächen zu erschließen bzw. zu vermarkten. Im Jahr 2005 wurde hierfür der "Wirtschaftsverband Region Übelbachtal" gegründet, wobei nicht das "Wo?", also die Frage, in welcher Gemeinde Unternehmen angesiedelt werden sollen, im Vordergrund stand. Vielmehr sollten bestehende Betriebe gestärkt werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu sichern. Dieser Wirtschaftsstandort im Norden von Graz hat sich mittlerweile als "Kontrastpunkt" zum Süden des Zentralraumes etabliert. Die erfolgreiche Arbeit durch die enge Kooperation der Gemeinden im "Wirtschaftsverband Region Übelbachtal" war auch Anlass dafür, dass das Land Steiermark im Jahr 2006 die Kleinregion Übelbachtal als Musterregion auswählte, da genau die aktive Vernetzung dieser Kommunen den Grundgedanken des Projekts Regionext widerspiegelt (KLEINREGIONALES ENTWICKLUNGSKONZEPT KLEINREGION ÜBELBACHTAL 2011, 9).

## Abbildung 2

### Bevölkerungsentwicklung 2002-2009 im Zentralraum Graz nach Gemeinden. Veränderung in %

Quelle: AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2009b, 11, modifiziert





Im Jahr 2008 wurde in der Kleinregion Übelbachtal als Pilotprojekt eines der ersten Kleinregionalen Entwicklungskonzepte erstellt und 2011 adaptiert, um den aktuellen Anforderungen zu entsprechen. Das KEK bietet einen Überblick über sämtliche zukünftig geplante Maßnahmen in der Region. Die dabei angewandte Entwicklungsstrategie kann zudem als Vorlage bei der Bildung und Begleitung künftiger Kleinregionen dienen (KLEINREGIONALES ENTWICKLUNGSKONZEPT KLEINREGION ÜBELBACHTAL 2011, 3). Positive Synergieeffekte, die durch gemeinsame Maßnahmen erzielt werden, reichen von der Verwaltung über die kleinregionale Wirtschaft, die soziokulturelle Infrastruktur bis hin zu Umweltthemen (REGIONALMANAGEMENT GRAZ & GRAZ UMGEBUNG 2011, 10). Laut Markus Windisch, dem Bürgermeister von Übelbach, belaufen sich die möglichen Einsparungen durch Nutzen von Synergieeffekten auf rund € 250.000 pro Jahr. So würde unter anderem eine bessere Koordination der MitarbeiterInnen der Gemeinden auch weniger Personalaufwand bedeuten; auch gemeinsame Ausschreibungen im Energie-, Abwasser- und Abfallbereich würden sich finanziell lohnen. Zudem ist man bestrebt, die Kleinregion als attraktive Wohngegend zu etablieren. Durch Ansiedelung von derzeitigen Pendlern aus der Obersteiermark (Bezirke des Murtales) würde sich deren Reiseweg Richtung Zentrum Graz verkürzen und die Umwelt geschont werden. Überdies sollen auch begleitende Maßnahmen, wie Kinderbetreuung, Wohnungen für Jungfamilien, aber auch betreutes Wohnen, gefördert werden. Ein verdichtetes Verkehrsnetz in der Kleinregion ("Wegerhaltungsverband Übelbachtal") sowie optimale Anbindungen an den öffentlichen Verkehr (Österreichische Bundesbahnen) sollen zudem bessere Chancen beim Standortwettbewerb und mehr Betriebsansiedlungen garantieren. Ein gemeinsamer Tourismusverband mit dem Ausbau der Infrastruktur sowie der besseren Vermarktung (Österreichisches Freilichtmuseum Stübing und Tropfsteinhöhle Lurgrotte) sollen den Tourismus ankurbeln (FRIZBERG 2009, 18). Gemeinsame Anstrengungen werden auch im Bildungsbereich hinsichtlich einer Einrichtung einer neuen Mittelschule anstelle der derzeitigen Hauptschule Deutschfeistritz gesetzt. Ebenso wird der Musikschulunterricht vernetzt gefördert. Durch all diese Maßnahmen soll die technische und soziale Infrastruktur gemeinsam gestärkt werden, um so an den Standard des übrigen Zentralraumes Graz heranzukommen. Mit dieser interkommunalen Kooperation kann die Lebensqualität in der Kleinregion auf Dauer gesichert und die Peripheralität (trotz administrativer Zugehörigkeit zum Zentralraum) gemildert werden (REGIONALMANAGEMENT GRAZ & GRAZ UMGEBUNG 2011, 10).



## 5 Schlussfolgerung

Wie sich aus den zuvor detaillierten Ausführungen ablesen lässt, ergeben sich für die einzelnen Gemeinden in der Kleinregion Übelbachtal deutliche Vorteile. Das sind im Einzelnen Verbesserungen im Bereich der Infrastruktur und Bildung sowie eine bessere Vermarktung der Region als Standort für Betriebsansiedelungen und Wohnen. Dadurch verbessert sich auch die finanzielle Situation aller Gemeinden, da die Kosten größerer Vorhaben aufgeteilt werden können. Statistisch lassen sich diese Entwicklungen in einer Verminderung der Abwanderung (Bevölkerungszuwächse im letzten Jahr) und einer Steigerung der Arbeitsplätze darlegen. Dies führt infolge zu einer Milderung der peripheren Situation im Übelbachtal und bringt damit die Kleinregion näher an den Zentralraum heran.

Es können daher aus diesem Fallbeispiel auch Handlungsanleitungen für andere periphere Regionen abgeleitet werden. Denn die Lage am Rande eines Zentralraumes – wie im gegenständlichen Fall – verdeckt oft die inneren Strukturprobleme der betreffenden Teilregion. Ähnliche sozio-ökonomische und topographische Gegebenheiten finden sich z.B. auch im Norden des Zentralraumes Linz (Urfahr-Umgebung). Durch sinnvolle Kooperationen im Bereich der technischen und sozialen Infrastrukturen (Nutzung von Synergieeffekten) können einerseits Konkurrenzen unter den Gemeinden verhindert und andererseits wettbewerbsfähigere Mehrwert-situationen (interkommunale Gewerbegebiete, gemeinsamer Schulstandort, Wohnungsinfrastruktur) geschaffen werden. Damit kann auch die zentrale Forschungsfrage, ob interkommunale Kooperationen die Peripheralität verringern, positiv beantwortet werden.

## Literatur

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG – Abteilung 16 LANDES- UND GEMEINDEENTWICKLUNG HRSG. ( o.J.). kopfstark.steiermark. Regionext, Graz. (<http://www.rml.at/pdfdateien/documents/3RegioNextInfofolder.pdf>).

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG – ABTEILUNG 16 LANDES- UND GEMEINDEENTWICKLUNG HRSG. (2004). Gemeindekooperationen unter Berücksichtigung von peripheren Gemeinden im Ziel 2 Gebiet. Graz. ([http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/10164676/935ff60f/Gemeindekooperationen\\_dez\\_2004.pdf](http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/10164676/935ff60f/Gemeindekooperationen_dez_2004.pdf)).

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG – ABTEILUNG 16 LANDES- UND GEMEINDEENTWICKLUNG Hrsg. (2008a). Leitfaden Kleinregion. Aufgaben, Struktur und Bildung, Graz. ([http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/10976643\\_922664/850d83a0/LF\\_Kleinregion\\_20080630.pdf](http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/10976643_922664/850d83a0/LF_Kleinregion_20080630.pdf)).



- AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG – ABTEILUNG 16 LANDES- UND GEMEINDEENTWICKLUNG Hrsg. (2008b). Regionext. Leitfaden Regionalstruktur, Graz.  
([http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/10976643\\_922664/4438e9c3/LF\\_Regionalstruktur\\_20080630.pdf](http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/10976643_922664/4438e9c3/LF_Regionalstruktur_20080630.pdf)).
- AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG – ABTEILUNG 16 LANDES- UND GEMEINDEENTWICKLUNG Hrsg. (2009a). Raumplanung Steiermark. Landesentwicklungsprogramm Verordnung und Erläuterung, LGBl. Nr. 75/2009, Graz.  
([http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/11164779\\_280339/3c105f9e/Landesentwicklungsprogramm\\_LGBl\\_Nr\\_75-2009.pdf](http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/11164779_280339/3c105f9e/Landesentwicklungsprogramm_LGBl_Nr_75-2009.pdf)).
- AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG – ABTEILUNG 16 LANDES- UND GEMEINDEENTWICKLUNG Hrsg. (2009b). Regionsprofil Steirischer Zentralraum. Ein Projekt im Rahmen der Initiative Regionext, Graz.  
([http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/11142226\\_28444368/d1e94dc0/steirischer\\_zentralraum\\_reduziert.pdf](http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/dokumente/11142226_28444368/d1e94dc0/steirischer_zentralraum_reduziert.pdf)).
- AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG – ABTEILUNG 14 - WIRTSCHAFT UND INNOVATION Hrsg. (2010). Wirtschaftsbericht 2009, Graz,  
([http://www.wibis-steiermark.at/\\_uploads/\\_elements/1278509032\\_\\_256\\_file1.pdf](http://www.wibis-steiermark.at/_uploads/_elements/1278509032__256_file1.pdf)).
- BRUNNER, Franz (1990). "Die Gemeindezusammenlegungen in Österreich und ihre Folgeerscheinungen". In: Henkel, Gerhard/Rolf Tiggemann Hrsg. (1990). Kommunale Gebietsreformen - Bilanzen und Bewertungen. (= Essener Geographische Arbeiten 19). Paderborn: Schöningh, 47-77.
- BRUNNER, Franz (2007). Lebensqualität in Grazer Umlandgemeinden. Unpublizierte Studie im Auftrag der Stadt Graz (Kampus Consulting).
- DAX, Thomas/Theresia OEDL-WIESER (2010). "Periphere ländliche Regionen im Brennpunkt. Der ländliche Raum zwischen Dynamik und Entleerung", Online Fachzeitschrift des BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft, Jahrgang 2010, 1-17.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION Hrsg. (2006). Der Leader-Ansatz. Ein grundlegender Leitfaden, Brüssel, 27 Seiten.  
([http://ec.europa.eu/agriculture/publi/fact/leader/2006\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/publi/fact/leader/2006_de.pdf)).
- HENKEL, Gerhard (1993, 4. ergänzte und neu bearbeitete Auflage 2004). Der ländliche Raum. Stuttgart. Teubner, Gebrüder Bornträger Verlagsbuchhandlung.
- FRIZBERG, Rüdiger (2009). Kleinregion Übelbachtal. In: Amt der Steiermärkischen Landesregierung – FA 1C - Landespressediensl Hrsg. (2009). Steiermark-Report, Ausgabe 09-09, Graz, 18-19  
([http://www.landespressediensl.steiermark.at/cms/dokumente/11065517\\_49410283/c61559f5/STMK\\_Report\\_Internet\\_doppelseitig\\_x\\_K1.pdf](http://www.landespressediensl.steiermark.at/cms/dokumente/11065517_49410283/c61559f5/STMK_Report_Internet_doppelseitig_x_K1.pdf)).



GIGLER, C./J. KÜBECK, (2011). "Gemeinden: Probleme gemeinsam lösen", Kleine Zeitung (Graz), 5.6.2011, 18-19.

HIRZBERGER, Philipp (2010). Regionext - Eine reelle Chance für die steirischen Kleinregionen? Unpublizierte Diplomarbeit, Institut für Geographie und Raumforschung, Karl-Franzens-Universität Graz.

Kleinregionales Entwicklungskonzept – Kleinregion Übelbachtal (2011), ([http://www.uebelbach.gv.at/uploads/media/Kleinregionales\\_Entwicklungskonzept.pdf](http://www.uebelbach.gv.at/uploads/media/Kleinregionales_Entwicklungskonzept.pdf)).

ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND UND STATISTIK AUSTRIA Hrsg. (2009). Österreichs Städte in Zahlen. Wien.

REGIONALMANAGEMENT GRAZ & GRAZ UMGEBUNG Hrsg. (2011). Neues aus der Region, Graz. ([http://www.graz-umgebung.at/fileadmin/user\\_upload/Neues\\_aus\\_der\\_Region\\_Juni\\_2011.pdf](http://www.graz-umgebung.at/fileadmin/user_upload/Neues_aus_der_Region_Juni_2011.pdf)).

SCHÄTZL, Ludwig (1996). Wirtschaftsgeographie 1: Theorie. (= UTB 782), Paderborn: Schöningh.

STRAHL, Wibke/Theresia OEDL-WIESER/Thomas DAX (2011). "Mobilisierung des endogenen Potenzials in peripheren Regionen", Proceedings REAL CORP 2011 Tagungsband, S. 643-653.

WIECHMANN, Thorsten (1999). "Regionalmanagement auf dem Prüfstand. Anspruch und Wirklichkeit kommunikativer Verfahren in der Regionalplanung", Standort – Zeitschrift für angewandte Geographie 23, 1, 43-47.

## Internet

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG (2011). Raumordnung. (<http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/ziel/146009/DE/> (abgerufen am 12.05.2011)).

DAS LAND STEIERMARK – REGIONEXT (2011). (<http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/ziel/47821580/DE/>, abgerufen am 15.06.2011).

IRPUD (2011). Ländliche Entwicklung. ASPIRE: Nichträumliche Peripheralität (2001-2004). (<http://www.raumplanung.tu-dortmund.de/irpud/projectdetails/viewproject/aspire/>, abgerufen am 16.06.2011).

Österreichischer STÄDTEBUND (2009a). Steiermark: Hauptausschuss diskutiert Kleinregionen.



([http://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/aus-dem-staedtebund/aus-dem-staedtebund-details/artikel/steiermark-hauptausschuss-diskutiert-kleinregionen.html?tx\\_ttnews%5Bpointer%5D=14&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=8529&cHash=f969f94de0e5133fb7fbfa6e0a116612](http://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/aus-dem-staedtebund/aus-dem-staedtebund-details/artikel/steiermark-hauptausschuss-diskutiert-kleinregionen.html?tx_ttnews%5Bpointer%5D=14&tx_ttnews%5BbackPid%5D=8529&cHash=f969f94de0e5133fb7fbfa6e0a116612), abgerufen am 11.05.2011).

ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND (2009b). Interkommunale Zusammenarbeit in Österreich – Aktuelle Trends und Thesen zur weiteren Fachdiskussion. [http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegz-beitraege/jahresarchiv/details/artikel/interkommunale-zusammenarbeit-in-oesterreich-aktuelle-trends-und-thesen-zur-weiteren-fachdiskus.html?tx\\_ttnews%5BpS%5D=1112306400&tx\\_ttnews%5Bpointer%5D=63&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=9140&cHash=92f675e4362b673a8eb36ea3f32aac2e](http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegz-beitraege/jahresarchiv/details/artikel/interkommunale-zusammenarbeit-in-oesterreich-aktuelle-trends-und-thesen-zur-weiteren-fachdiskus.html?tx_ttnews%5BpS%5D=1112306400&tx_ttnews%5Bpointer%5D=63&tx_ttnews%5BbackPid%5D=9140&cHash=92f675e4362b673a8eb36ea3f32aac2e), abgerufen am 11.05.2011).

SCHÖPFER, Gerald (o.J.). Zusammenarbeit lohnt sich. Zur Zukunft der steirischen Gemeinden. ([http://www.steirische-berichte.at/archiv1/stb081/stb\\_081\\_12.html](http://www.steirische-berichte.at/archiv1/stb081/stb_081_12.html), abgerufen am 11.05.2011).

SPANGENBERG, M. (2008). Ländlichkeit und Peripheralität. ([http://www.deutsche-landeskunde.de/06\\_sektionen/\\_docs/vortrag\\_spangenberg.pdf](http://www.deutsche-landeskunde.de/06_sektionen/_docs/vortrag_spangenberg.pdf), abgerufen am 15.06.2011).

STATISTIK AUSTRIA (2011). Bevölkerungsprognose. ([http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/demographische\\_p\\_rognoesen/bevoelkerungsprognosen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_p_rognoesen/bevoelkerungsprognosen/index.html), abgerufen am 11.05.2011).

STEIRISCHE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT MBH (2011). Gewerbegebiet Übelbach. (<http://www.standortservice.at/detail/483>, abgerufen am 13.05.2011).







